

34. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 5. April 2001

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	2116	Frage 672 (Programm "Innovative regionale Wachstumskerne")	
1. Fragestunde		Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	2123
Drucksache 3/2549	2116	Frage 673 (Lehrerabwerbung durch Berlin)	
Frage 665 (Brandenburgischer Bildungsserver)		Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ...	2124
Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ...	2116	Frage 674 (Förderung regionaler Koordinierungs- stellen für Arbeitsmarktpolitik)	
Frage 666 (Konzept gegen Gewalt, Rechtsextre- mismus und Fremdenfeindlichkeit an Schulen)		Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	2126
Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ...	2117	2. Aktuelle Stunde	
Frage 667 (Position der Landesregierung zum Entwurf des 2. AAÜG-Änderungsgesetzes)		Thema:	
Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	2119	Tourismusentwicklung in Brandenburg - Chancen für neue Arbeitsplätze	
Frage 668 (Bundratsinitiative gegen die schlech- te Zahlungsmoral in der Wirtschaft)		Antrag	
Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	2120	der Fraktion der CDU	2126
Frage 669 (Ausbau der Bundesautobahn 13)		Bartsch (CDU)	2126
Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	2120	Domres (PDS)	2128
Frage 670 (Finanzierung der Deichrückverlegung an der Elbe bei Lenzen)		Kliesch (SPD)	2130
Ministerin der Finanzen Ziegler	2121	Claus (DVU)	2132
Frage 671 (Vergabegesetz)		Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	2133
Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	2122	Dr. Niekisch (CDU)	2136
		3. Gewalt gegen Frauen	
		Große Anfrage 15	
		der Fraktion der PDS	

	Seite		Seite
Drucksache 3/2008		<u>in Verbindung damit:</u>	
Antwort der Landesregierung		Konzeption für die weitere Förderung sozio- kultureller und kulturpädagogischer Einrich- tungen sowie der freien Theater	
Drucksache 3/2543	2137	Antrag der Fraktion der PDS	
Frau Bednarsky (PDS)	2137	Drucksache 3/2573	2152
Frau Redepenning (SPD)	2139	Frau Konzack (SPD)	2152
Frau Fechner (DVU)	2141	Hammer (PDS)	2153
Frau Schulz (CDU)	2142	Dr. Niekisch (CDU)	2154
Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	2143	Finneburg (DVU)	2155
Frau Kaiser-Nicht (PDS)	2144	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka	2156
4. Erstes Gesetz zur Änderung des Fischereige- setzes für das Land Brandenburg		Erklärung eines Mitglieds der Landesregierung zu Tagesordnungspunkt 2 gemäß § 31 Abs. 1 der Ge- schäftsordnung	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Minister des Innern Schönbohm	2158
Drucksache 3/1388		Beratung über die Erklärung gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung		Prof. Dr. Bisky (PDS)	2159
Drucksache 3/2572	2145	Klein (SPD)	2159
5. Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft Schönefeld (BBI) (gemäß Beschluss des Landtages vom 16.11.2000 - DS 3/1965-B)		Homeyer (CDU)	2159
Bericht der Landesregierung		Frau Hesselbarth (DVU)	2160
Drucksache 3/2576	2146	7. Unterrichtung des Landtages Brandenburg über Schadensersatzansprüche und Schadens- ersatzforderungen der Gesellschafter der BBF gegen die Credit Suisse First Boston AG	
Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	2146	Antrag der Fraktion der PDS	
Frau Tack (PDS)	2147	Drucksache 3/2541	2160
Dellmann (SPD)	2148	Frau Tack (PDS)	2160
Schuldt (DVU)	2149	Dellmann (SPD)	2161
Karney (CDU)	2149	Schuldt (DVU)	2162
Minister Dr. Fürniß	2150	Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	2163
Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	2151	8. Konzeption für das Potsdamer "Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte"	
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Domres (PDS) zu seinem Redebeitrag zu Tagesordnungs- punkt 2	2152	Antrag der Fraktion der PDS	
6. Bestandsaufnahme Kultur im Land Branden- burg/Vorschlag für Prioritäten		Drucksache 3/2542	2164
Antrag der Fraktion der SPD		Dr. Trunschke (PDS)	2164
der Fraktion der CDU		Dr. Niekisch (CDU)	2165
Drucksache 3/2528		Finneburg (DVU)	2166
		Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka	2167

	Seite		Seite
9. Änderung der Verdingungsordnung für Bauleistungen - Teil B/ Fassung 2000, in Anwendung seit dem 01.02.2001		11. Bildung einer Gemeindefinanzkommission zur Vorbereitung eines kommunalen Finanzausgleichsgesetzes	
Antrag der Fraktion der DVU		Antrag der Fraktion der PDS	
Drucksache 3/2564 (Neudruck)	2168	Drucksache 3/2575	2176
Frau Hesselbarth (DVU)	2168	Sarrach (PDS)	2176
Homeyer (CDU)	2169	Schippel (SPD)	2177
Christoffers (PDS)	2170	Frau Hesselbarth (DVU)	2178
Frau Hesselbarth (DVU)	2170	Minister des Innern Schönbohm	2178
10. Modifizierung des Wasserstraßenbaus im Zuge des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17		Anlagen	
Antrag der Fraktion der PDS		Gefasste Beschlüsse	2180
Drucksache 3/2574		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 10 - Modifizierung des Wasserstraßenbaus im Zuge des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17 - Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/2574, Nr. 2	2181
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU		Schriftliche Antworten der Landesregierung auf Mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 5. April 2001	2181
Drucksache 3/2619	2171		
Frau Tack (PDS)	2171		
Vogelsänger (SPD)	2173		
Schrey (CDU)	2174		
Frau Hesselbarth (DVU)	2174		
Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	2175		
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr**Präsident Dr. Knoblich:**

Meine Damen und Herren! Herzlich willkommen zur 34. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 3. Wahlperiode!

Mit der Einladung ist Ihnen der Entwurf der Tagesordnung zugegangen. Gibt es von Ihrer Seite diesbezüglich Bemerkungen? - Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Ich darf darauf hinweisen, dass sich der Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung mit dem Entwurf des Ersten Gesetzes zur Änderung des Fischereigesetzes für das Land Brandenburg beschäftigt hat und darum bittet, die 2. Lesung des Gesetzes heute durchzuführen. Er war nicht in der Lage, den Entwurf bis zur Präsidiumssitzung vorzulegen. Wir würden dies als zusätzlichen Tagesordnungspunkt aufnehmen. Er erschiene an dritter Stelle.

Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um Ihr zustimmendes Handzeichen, dass wir die Tagesordnung so erweitern. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich darf mich heute wieder einer angenehmen Pflicht entledigen. Da das Älter- oder Reiferwerden weder ein Makel noch ein Verdienst ist, bietet so ein Tag immer Gelegenheit zum Feiern. Ich darf das Mitglied des Landtages Frau Dr. Enkelmann herzlich zum 28. Geburtstag beglückwünschen.

(Allgemeiner Beifall und Heiterkeit - Präsident Dr. Knoblich überreicht Frau Dr. Enkelmann [PDS] Blumen.)

Anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz ist der Ministerpräsident des Landes Brandenburg in der Pflicht und deswegen heute durch den Innenminister vertreten. Es gibt Abgeordnete, die sich aus Krankheitsgründen heute nicht einfinden können. Ich bitte dies zur Kenntnis zu nehmen.

Wir sind beim **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde

Drucksache 3/2549

Das Wort geht an den Abgeordneten Kliesch, der Gelegenheit hat, die **Frage 665** (Brandenburgischer Bildungsserver) zu formulieren.

Kliesch (SPD):

Die Landesregierung hat Ende des Jahres 2000 den Brandenburgischen Bildungsserver gestartet. Damit werden für Lehrkräfte, Schüler und eine breite Öffentlichkeit vielfältige Möglichkeiten zur Nutzung aktueller Informationen und neuer Serviceangebote geschaffen.

Ich frage die Landesregierung: Wie unterstützen Sie die Nutzung der zusätzlichen Informations- und Bildungsangebote des Brandenburgischen Bildungsservers, insbesondere durch Lehrkräfte und Schüler?

Präsident Dr. Knoblich:

Bevor der Minister antwortet: Herzlich willkommen sind Gäste aus Angermünde, die heute an unserer Plenarsitzung teilnehmen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Minister Reiche, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Herr Kliesch, der Brandenburgische Bildungsserver ist seit dem 24. Oktober 2000 online. Sie finden ihn unter www.bildung-brandenburg.de.

Dieses regional ausgerichtete Internetportal zum Thema Bildung wird durch unser Medienpädagogisches Zentrum im Land Brandenburg realisiert. Auf das umfangreiche und ständig wachsende Angebot des Brandenburgischen Bildungsservers haben seit seinem Start schon Zehntausende von Brandenburgerinnen und Brandenburgern, aber auch Interessenten weit darüber hinaus zugegriffen.

Der weitere Ausbau des Brandenburgischen Bildungsservers im Rahmen der Medieninitiative MauS, also „Medien an unseren Schulen“, wird fortgesetzt.

Nicht zuletzt aufgrund der fortschreitenden Ausstattung von brandenburgischen Schulen mit Computertechnik ist mit weiter steigenden Zugriffszahlen auf den Brandenburgischen Bildungsserver zu rechnen und natürlich auch mit dem weiteren Ausbau und weiteren Links, zum Beispiel zu allen brandenburgischen Schulen, die mittlerweile am Netz sind.

Die Nutzung der Informations- und Bildungsangebote des Brandenburgischen Bildungsservers wird durch die Landesregierung auf folgende Weise unterstützt:

Im Rahmen der umfangreichen MauS-Grundlagenfortbildung werden Lehrkräfte des Landes grundsätzlich und fachbezogen mit dem Brandenburgischen Bildungsserver vertraut gemacht. Gleichmaßen wird dort an ganz konkreten Beispielen verdeutlicht, wie der Brandenburgische Bildungsserver Lehren und Lernen auf dem Weg in die Informationsgesellschaft unterstützen kann.

Darüber hinaus bietet das Medienpädagogische Zentrum zum neuen Schuljahr 2001/2002 zwei dezentrale spezielle Fortbildungsveranstaltungen im Land zu besonderen Aspekten der Nutzung des Brandenburgischen Bildungsservers an.

Mein Ministerium und die nachgeordneten Einrichtungen haben auf ihren Internetseiten Links auf den Brandenburgischen Bildungsserver geschaltet und durch diese Vernetzung ist gewährleistet, dass der Brandenburgische Bildungsserver für alle am Thema Bildung interessierten Nutzer auch erschlossen wird.

In den Publikationen meines Hauses und der nachgeordneten Einrichtungen wird dort, wo es sich anbietet, auf das Informations- und Bildungsangebot des Brandenburgischen Bildungsservers unter Nennung der Netzadresse verwiesen. Auf diese

Weise werden noch einmal zusätzliche Nutzer und Interessenten gewonnen.

Durch die Listung unseres Bildungsservers in Suchmaschinen und übergreifenden Portalen - zu nennen ist hier als länderübergreifender Meta-Server an erster Stelle der deutsche Bildungsserver - ist sichergestellt, dass auch externe Nutzer über in diesen Medien übliche Suchstrategien Kenntnis vom Bildungsserver erhalten und zur Nutzung bewegt werden.

Die hier nur stichpunktartig genannten Maßnahmen zur vielfältigen Nutzung des Bildungsservers mit den angedeuteten Möglichkeiten der Vernetzung und dem damit verbundenen schnellen Zugriff auf die wichtigsten Informations- und Bildungsangebote meines Hauses bieten hervorragende Chancen der Informationsbeschaffung und Kommunikation und damit auch der Fundierung der von uns gemeinsam vorangetriebenen Bildungsoffensive.

Die Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler und natürlich auch die Abgeordneten dieses Hohen Hauses sind aufgerufen, die neuen Medien intensiv zu nutzen, um die Qualität der Bildung sowie die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen weiterzuentwickeln. Der Bildungsserver, Herr Abgeordneter Kliesch, erfüllt dabei seine Aufgabe. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir kommen zur **Frage 666** (Konzept gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit an Schulen), gestellt vom Abgeordneten Petke. Bitte sehr!

Petke (CDU):

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat in einem Rundschreiben vom 16. Januar 2001 an alle Schulleiter eine Verbotsempfehlung für Kleidungsstücke, die Gewaltbereitschaft kennzeichnen oder dazu dienen, Dominanz auszuüben, ausgesprochen.

Ich frage die Landesregierung: In wie vielen Fällen wurde bisher aufgrund des Rundschreibens Schülern das Tragen solcher Kleidungsstücke untersagt?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Petke, ich danke für Ihre Frage und auch für die Zustimmung, die ich darin finde.

Das Rundschreiben 3/01 vom 16.01. dieses Jahres - „Ordnungsrechtliche Grundsätze zum schulischen Konzept gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ - weist auf ordnungsrechtliche Voraussetzungen und Zusammenhänge hin, um die Handlungssicherheit der Lehrkräfte und das Bewusstsein für Probleme im Zusammenhang mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu stärken.

Betont wird darin der Schutz der schulischen Ordnung als Voraussetzung für die Durchführung des Bildungs- und Erziehungsauftrages. Gestärkt wird unter anderem die Rechtssicherheit der Lehrkräfte im Falle strafbarer Handlungen, wozu eben auch das mögliche Verwenden verbotener Zeichen in der Schule gehört.

Darüber hinaus sind Aussagen über Festlegungen in Hausordnungen enthalten. In dem oben genannten Rundschreiben ist das wie folgt charakterisiert:

„Hinsichtlich der Hausordnung ist darauf hinzuweisen, dass ein generelles Verbot bestimmter Kleidung oder Kleidungsstücke in jedem Fall dann gilt, wenn die Kleidung mit verbotenen Symbolen verbunden ist.“

Im Übrigen wäre das Verbot von Kleidungsstücken, die nach allgemeinem Verständnis auf eine rechtsextremistische Einstellung hinweisen können oder bewusst in diesem Zusammenhang getragen werden, nicht verhältnismäßig. Der Hinweis in Hausordnungen, auf solche Kleidungsstücke möglichst zu verzichten, die nach allgemeiner Anschauung mit rechtsextremistischen Einstellungen in Verbindung gebracht werden, ist dagegen möglich.

Diese Grundsätze werden dann um den Hinweis erweitert, dass ein Kleidungsverbot im Einzelfall dann ausgesprochen werden kann, wenn Kleidung benutzt wird, um Dominanz auszuüben oder Gewaltbereitschaft zu kennzeichnen. Insofern handelt es sich nicht um eine Verbotsempfehlung, sondern um Hinweise über die Möglichkeit eines Verbots im Einzelfall. Es geht also um eine sorgfältige Abwägung der einzelnen Schulleitung im Einzelfall in Bezug auf die Umstände gewaltorientierten Auftretens.

Die Schulen haben gegenüber den Staatlichen Schulämtern Mitteilungspflicht zu Vorfällen in rechtsextremistischem, gewalttätigem oder fremdenfeindlichem Zusammenhang. Eine gesonderte statistische Erfassung möglicher Kleidungsverbote wäre nicht zweckmäßig und ist daher auch nicht vorgesehen.

Die Dreiklang-Gesamtschule in Schwedt hat in ihrer Hausordnung ein Verbot von Springerstiefeln und Bomberjacken vorgesehen und damit gute Erfahrungen gemacht. Deshalb habe ich diese Schule in der letzten Zeit immer wieder in besonderer Weise herausgehoben und empfohlen, dem zu folgen. Inzwischen hat sich bereits eine ganze Reihe von Schulen dieses Vorbild der Schwedter Schule angesehen, und an manchen Stellen wurde mit den Schulen auch schon darüber diskutiert, dies eventuell zu übernehmen. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt noch Klärungsbedarf. - Frau Hesselbarth, bitte!

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Minister Reiche, meine erste Frage: Wozu erlassen Sie Rundschreiben, wenn Sie hinterher nicht kontrollieren, ob es auch so ausgeführt wird?

Meine zweite Frage: Wie stehen Sie zu der Thematik der einheitlichen Schulkleidung?

Minister Reiche:

Frau Abgeordnete, ich gehöre nicht zu den Anhängern des Nachwächterstaates, die permanent kontrollieren, ob auch ausgeübt wird, was vom Staat vorgegeben ist. Ich gehe davon aus, dass sich in einem demokratischen Staat alle an die Gesetze, die das Parlament erlassen hat, bzw. an die Verordnungen, die die Regierung erlassen hat, halten und dass wir nur in dem Falle, in dem uns angezeigt wird, dass den Gesetzen oder den Verordnungen nicht entsprochen wird, dieser Anzeige nachgehen. Ich denke, dies ist für einen modernen Staat und für die moderne Zivilgesellschaft das sinnvolle Verfahren. Sonst müssten wir vermutlich die Zahl der Mitarbeiter der Landesregierung und der nachgeordneten Einrichtungen von derzeit 65 000 auf vielleicht 100 000 oder 120 000 erhöhen. Das ist von niemandem gewollt.

Nun zu der zweiten Frage, nach dem Tragen einheitlicher Schulkleidung, manchmal auch unter dem Thema „Schuluniform“ angesprochen. Seitens der Landesregierung beabsichtigen wir nicht, eine diesbezügliche Vorschrift zu erlassen. Dies wäre auch ein Eingriff in die Rechte der Schülerinnen und Schüler auf die Auswahl ihrer eigenen Kleidung. Allerdings wäre ich bereit, ein entsprechendes Pilotprojekt - auch finanziell - zu unterstützen, wenn sich bestimmte Klassen, wie eine Hamburger Schule, entscheiden sollten, aus verschiedenen Gründen, zum Beispiel um nicht dem Markenfetischismus und dem Wettbewerb um möglichst teure Kleidung zu erliegen, eine solche gemeinsame Kleidung zu tragen. Ich bin dankbar, dass Joop und andere Designer uns schon deutlich gemacht haben, sie seien bereit mitzuhelfen, eine gute, moderne Kleidung für diese Schülerinnen und Schüler zu entwerfen.

Insofern ist der Freiheit der Klassen und ihrer Entscheidung keine Grenze gesetzt. An eine staatliche Vorgabe ist aber nicht gedacht.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Kaiser-Nicht, bitte!

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Minister, ich halte die von Ihnen herausgegebene Richtlinie durchaus für sinnvoll, ungeachtet dessen, dass viele Schulen das Problem ja schon vor längerer Zeit angegangen sind, zum Beispiel indem sie Springstiefel einfach als Waffen deklariert haben und Waffen laut Hausordnung verboten sind. Die Schulen haben insoweit also bereits vorgearbeitet. Dennoch finde ich Ihr Vorgehen wichtig und richtig.

Meine Frage ist: Wissen Sie, dass ein großes Problem der Schulen in diesem Zusammenhang darin besteht, dass ihre Bemühungen den Schülern gegenüber oft nicht nachhaltig sind? Sie können Schüler zum Umziehen nach Hause schicken. Aber diese Maßnahme ist nicht nachhaltig, weil in den Elternhäusern zum Teil gefestigte Einstellungen vorhanden sind, die dazu führen, dass sich bei dem Schüler kein Bildungserfolg zeigt. Wie gehen Sie vor dem Hintergrund von Rechtssicherheit und Mitteilungspflicht mit diesem Problem um und wie leisten Sie den Lehrern und den Schulen hierbei Hilfestellung?

Minister Reiche:

Frau Kaiser-Nicht, das war zu unserer Jugendzeit nicht anders.

Auch damals konnte die Schule nicht als Ersatz für das Elternhaus dienen. Heute, in der modernen Gesellschaft, in einer Demokratie, ist dies auch nicht anders. Wir müssen allerdings dafür sorgen, dass das Elternhaus seine Verpflichtung als Partner von Schule wieder wahrnimmt.

Ich freue mich, dass mir in den letzten Wochen und Monaten viele Lehrerinnen und Lehrer gesagt haben, dass insoweit eine Besserung eingetreten sei. Das heißt, dass die Elternhäuser, die aus den verschiedensten Gründen in den letzten Jahren ihre Verpflichtung in der Partnerschaft Elternhaus - Schule nicht so intensiv wahrgenommen haben, wie das an vielen Stellen bis 1990 gelungen ist, die Bemühungen der Schule in den verschiedenen Erziehungsbereichen wieder intensiver unterstützen.

Insoweit gibt es auch viele Gespräche mit den Eltern. Ich bin gerne bereit, Ihnen Berichte zur Verfügung zu stellen, in denen von Lehrern dargestellt wird, wie der Bitte, die Kleidung zu wechseln, nachgekommen wurde und wie dann über diese Bitte der Schule zu Hause ein Gespräch stattgefunden hat. Dies bewirkt natürlich keine Wunder oder dass rechtsextreme oder fremdenfeindliche Einstellungen gleich aufgebrochen werden, aber es kommt ein Diskussionsprozess um Veränderung in Gang.

Sie wissen: Wir werden hieran lange arbeiten müssen und wir werden die rechtsextremen Tendenzen nicht auf rechtsextreme Weise erledigen, wir werden also den gordischen Knoten nicht mit einem Schwert durchschlagen können. Vielmehr ist von uns allen gemeinsam eine schwierige und langwierige Überzeugungsarbeit zu leisten.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Das Wort geht an den Abgeordneten Domres, der nun Gelegenheit hat, die **Frage 667** (Position der Landesregierung zum Entwurf des 2. AAÜG-Änderungsgesetzes) zu formulieren.

Domres (PDS):

Die Bundesregierung hat zum Komplex der Rentenüberleitung den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes vorgelegt. Mit diesem Gesetz soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes eine Reihe der bisherigen Regelungen für mit dem Grundgesetz unvereinbar und teilweise nichtig erklärt worden sind und weitere Entscheidungen des Bundessozialgerichtes Korrekturen erfordern.

Mit dem Gesetzentwurf werden nach gegenwärtigem Stand zwar in einigen Bereichen notwendige Verbesserungen erfolgen, zugleich bleiben aber sozialversicherungsrechtlich nicht gerechtfertigte Benachteiligungen und Elemente des „Rentenstrafrechts“ erhalten. Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Mit welchen Änderungsvorschlägen wird sie in die weiteren Beratungen zum Gesetzentwurf gehen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Ziel, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Domres, der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landtages hat sich intensiv mit dem Änderungsgesetz befasst. Insgesamt befindet sich der Entwurf noch im bundesparlamentarischen Verfahren. Ich selbst habe jedoch in einem Schreiben an Arbeitsminister Riester unmissverständlich die Erwartung Brandenburgs klargemacht, den Spruch des Bundesverfassungsgerichts vom April 1999 strikt umzusetzen, damit die Neuregelung bis Juni 2001 steht.

Ich erinnere nochmals daran: Es geht um die Entgeltbegrenzungsregelungen bei den so genannten staatsnahen Versorgungssystemen der DDR, um die vorläufigen Zahlbetragsberechnungen sowie um die Neuberechnung der Bestandsrenten ehemals Zusatz- und Sonderversorgter des Rentenüberleitungsgesetzes vom Juli 1993. Das Bundesverfassungsgericht hatte diese Regelungen für verfassungswidrig erklärt und bis Juni 2001 eine verfassungsgemäße Regelung verlangt.

Meine Damen und Herren, Brandenburg trägt den Gesetzentwurf der Bundesregierung grundsätzlich mit. Allerdings sehe ich kritisch, dass auch dieser Gesetzentwurf die Entgeltbegrenzungsregelungen für die Angehörigen der so genannten staats- und systemnahen Versorgungssysteme der DDR nicht endgültig beseitigt. Ich halte das mit dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts für nicht vereinbar. Dieses hatte nämlich unter anderem auch festgestellt, dass die Einkommen von Mitarbeitern des Staatsapparats nicht signifikant vom volkswirtschaftlichen Durchschnitt abwichen; so die Auffassung des Gerichts. Danach gibt es keinen Grund, die betreffenden Rentnerinnen und Rentner schlechter zu stellen. Leider fanden unsere Anträge dazu im Bundestagsausschuss für Arbeit und Sozialpolitik wie auch ein erneuter Vorstoß mit Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt direkt im Bundesrat keine Mehrheit.

Meine Damen und Herren, zehn Jahre nach der Einheit Deutschlands ist es an der Zeit, aus den Urteilen des Obersten Verfassungsgerichts die richtigen Schlüsse zu ziehen und hierbei insbesondere auch den Mut aufzubringen, unter den wohl umstrittensten Komplex, der Rentenüberleitung, einen Schlusstrich zu ziehen. Dabei stehen die Gefühle der Opfer des SED-Regimes außer Frage. Ihre Enttäuschung über die Entschädigung ihres erlittenen Unrechts ist verständlich. Der rentenrechtliche Nachteilsausgleich bewirkt in vielen Fällen keine höhere Rente. Deshalb hat Brandenburg im Bundesrat einen besseren Ausgleich in Form eines pauschalen Rentenzuschlags für den Kreis dieser Betroffenen angestrebt - und das mit Erfolg. Der Antrag wurde mehrheitlich unterstützt. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt noch Klärungsbedarf. Wir beginnen mit dem Fragesteller, Herrn Domres.

Domres (PDS):

Herr Minister, werden sich Ihre Bedenken bei Ihrem Abstimmungsverhalten im Bundesrat widerspiegeln, das heißt, wie werden Sie bei dem vorliegenden Entwurf abstimmen?

Minister Ziel:

Herr Domres, wie Sie eben selbst noch einmal gesagt haben, gibt es einen Entwurf. An diesem Entwurf wird noch gearbeitet. Deshalb kann ich das jetzt nicht einfach pauschal von diesem Pult aus verkünden.

(Zuruf von der PDS: Aber Tendenzen!)

- Über Tendenzen spreche in von diesem Pult aus nicht gern; denn was soll ich mit Tendenzen? Ich brauche klare Fakten und dafür auch klare Grundlagen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Birkholz, bitte!

Frau Birkholz (PDS):

Herr Minister, in Ihrer Presseerklärung vom Februar 2001 haben Sie eigentlich schon Ihre Absicht geäußert, endlich einen Schlusstrich unter diesen umstrittensten Teil der Rentenüberleitung zu ziehen. Deshalb hoffe ich, dass Ihr Abstimmungsverhalten eigentlich relativ klar ist.

Ich habe dann noch eine konkrete Frage. Halten Sie unter der Voraussetzung, dass beim MfS überhöhte Arbeitsverdienste erzielt wurden, die vorgesehene Begrenzung auf das Durchschnittseinkommen für angemessen?

(Zurufe von der SPD)

Minister Ziel:

Natürlich muss es dazu eine weitere Diskussion geben. Ich habe das eben schon angedeutet. Ich hoffe auch insgesamt, dass sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren Möglichkeiten für klare Positionen finden lassen. Diese möchte ich aber vorher gern überprüft haben. Jedenfalls bin ich der Meinung, dass wir den unseligen Streit über dieses Gesetz insgesamt zwischen allen politischen und gesellschaftlichen Kräften endlich zu einem tragenden Konsens führen sollten. Alles andere wäre auch nicht mehr zu vertreten und es wäre auch den Menschen nicht mehr vermittelbar.

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Abgeordnete Hesselbarth, die Gelegenheit hat, die **Frage 668** (Bundratsinitiative gegen die schlechte Zahlungsmoral in der Wirtschaft) zu formulieren.

Frau Hesselbarth (DVU):

Wie verschiedenen Pressemitteilungen zu entnehmen war, plant die Landesregierung eine Bundratsinitiative gegen die schlechte Zahlungsmoral in der Wirtschaft.

Das seit Mai 2000 geltende Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen müsse in einigen Punkten nachgebessert werden,

sagte auch Wirtschaftsminister Wolfgang Fürniß am 12. März 2001 bei einer Veranstaltung in der Handwerkskammer Frankfurt (Oder).

Ich frage die Landesregierung: Wann gedenkt sie diese Bundesratsinitiative im Bundesrat einzubringen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesrat hat schon bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Beschleunigung fälliger Zahlungen die Entschließung gefasst, die Bundesregierung zur Prüfung weiterer gesetzgeberischer Maßnahmen zur Bekämpfung der schlechten Zahlungsmoral aufzufordern. Inzwischen ist auch eine EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Handelsverkehr verabschiedet worden, die in nationales Recht umzusetzen ist. Es besteht also Handlungsbedarf. Sobald der Prozess der Meinungsbildung in der Landesregierung abgeschlossen ist, werde ich mich wieder dazu äußern und Sie entsprechend informieren.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Bitte, Frau Hesselbarth!

Frau Hesselbarth (DVU):

Ich möchte noch nachfragen, ob Sie schon etwas über konkrete Inhalte sagen können.

Minister Dr. Fürniß:

Nein, das kann ich nicht. Die Klagen der Handwerker, der Betroffenen liegen mir auf dem Tisch, die Kammern haben sich entsprechend geäußert. Aber jetzt müssen wir erst einmal daran gehen, das aufzuarbeiten. Wenn das soweit ist, werden wir uns dazu äußern. Ich meine, es ist besser, zunächst intern richtig zu arbeiten und dann zu sagen: Jetzt gehen wir dorthin und dorthin.

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort hat der Abgeordnete Vogelsänger zur Formulierung der **Frage 669** (Ausbau der Bundesautobahn 13).

Vogelsänger (SPD):

Die A 13 ist die wichtigste Straßenverkehrsanbindung der Lausitz an den Berliner Raum. Die Bundesautobahn 13 befindet sich insbesondere zwischen dem Autobahnkreuz Schönefeld und der Anschlussstelle Duben in einem schlechten Zustand. In der Pressemitteilung des MSWV wurde eine Sanierung bis Autobahndreieck Spreewald bis 2007 angekündigt. Zwischen der Anschlussstelle Duben und dem Autobahndreieck Spreewald ist bereits eine Zwischensanierung erfolgt.

Ich frage die Landesregierung: Wann ist mit der Fertigstellung des dringlichsten Abschnittes zwischen dem Autobahnkreuz Schönefeld und der Anschlussstelle Duben zu rechnen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vogelsänger, Sie sind offenbar einer Meldung auf den Leim gegangen, nach der der Abschnitt der BAB Nord zwischen dem Autobahnkreuz Schönefeld und der Anschlussstelle Duben bis zum Jahre 2007 zur Sanierung vorgesehen sei. Ich möchte das gern richtig stellen:

Wir haben auf dem Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Duben und dem Autobahndreieck Spreewald in der Zeit von 1994 bis 1996 einen Zwischenausbau gemacht. Diese Strecke wird natürlich erst dann grundhaft ausgebaut, wenn auch der Verschleißgrad entsprechend ist. Das könnte sogar noch etwas später sein. Die restlichen 58 km zwischen Duben und dem Autobahnkreuz Schönefeld werden bis 2004 fertig. Das ist also ein Vorziehen der Maßnahme um drei Jahre.

Gleiches gilt natürlich - das möchte ich ergänzend sagen - für die Strecke vom Autobahndreieck Spreewald bis zur polnischen Grenze bei Forst, womit wir Ende 2002 fertig sein werden. Also auch diese Maßnahme wird ca. zwei Jahre eher abgeschlossen sein.

Weil das eine Nachfrage provozieren könnte, füge ich gleich hinzu: Der weitere Anschluss des Autobahnkreuzes Schönefeld über den BBI mit Anschluss nach Berlin wird natürlich vor Fertigstellung des Flughafens abgeschlossen; ich sage einmal: 2006.

Ein Problem besteht bei der Nordlandebahn, wobei wir noch nicht wissen, ob sie dann, wenn sie entwidmet wird - zurzeit ist sie noch gewidmet -, eine Tunnel-, eine Trog- oder eine Brückenlösung haben wird. Sie erkennen: Die Achse Berlin - Lausitz hat eine hohe Priorität. Das Gesamtpaket wird um Jahre vorgezogen und die zusätzlichen Gelder in Südostbrandenburg versetzen uns in die Lage, dass diese Region eine der ersten sein wird, die einen verkehrsinfrastrukturellen Qualitätsanschluss an die alten Bundesländer erreicht.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt noch Klärungsbedarf. Herr Abgeordneter Freese, bitte!

Freese (SPD):

Herr Minister, Sie haben richtigerweise zugestanden, dass das die wichtigste Achse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Lausitz ist, und haben ein Vorziehen auf 2004 als einen Erfolg dargestellt. Meine Frage ist: Können Sie sich vorstellen, dass im Rahmen weiterer Verhandlungen noch zusätzlicher Druck erzeugt werden kann, um über zwei- und dreischichtiges Arbeiten an dieser Baustelle noch einen zeitigeren Fertigstellungstermin zu erreichen, damit die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region dann auch tatsächlich stattfinden kann?

Minister Meyer:

Nein, das kann ich mir nicht vorstellen, Herr Freese. Auch bei

einem forcierten Bau von Autobahnen legen alle Nutzer Wert darauf, dass eine vierspurige Nutzung erhalten bleibt. Wir müssen bei Autobahnen - das sind bundesweite Erfahrungen - abschnittsweise bauen, meistens in Abschnitten von 8 Kilometern, bei denen der Verkehr eingeengt ist, um den Verkehrsfluss auf der Gesamtfernverkehrsverbindung dann auch in entsprechender Qualität halten zu können.

Wenn ich von der Fertigstellung der Autobahn zwischen Autobahnkreuz Schönefeld und Anschlussstelle Duben bis 2004 gesprochen habe, dann sind darin die Abschnitte von Schönefeld bis Mittenwalde zwischen 2002 und 2004 enthalten. Mit der Anschlussstelle Mittenwalde bis Groß Köris werden wir 2002 fertig sein; in diesem Jahr wurde mit dem Bau begonnen, im nächsten Jahr ist die Fertigstellung. Das Gleiche gilt auch für Groß Köris bis Baruth - diese Strecke wird 2001 fertig sein - und für Staakow nach Freivalde, deren Fertigstellung ebenfalls im Jahre 2001 sein wird.

Der letzte Abschnitt - die nördliche Anschlussstelle von Groß Köris bis zur Abfahrt Groß Köris - wird erst 2004 fertig sein. Das sind solche einzelnen Bauabschnitte, die auch eine gewisse Logik in sich bergen.

Zu dem, was Sie angesprochen haben, zwei- und dreischichtiges Arbeiten und möglichst auch noch Sonntagsarbeit, möchte ich sagen: Wenn wir das einmal getan haben, dann war die Flut der Proteste, in denen es hieß: Müssen die denn auch noch sonntags auf den Baustellen sein?, sehr groß in unserem Hause.

Ich darf Ihnen ein Weiteres sagen: Ich bin sehr froh, dass ich in den nächsten Jahren so viel Geld zur Verfügung habe, um die verkehrliche Infrastruktur in ganz Brandenburg zu verbessern. Wenn ich die Ausschreibung auf zwei- und dreischichtige Arbeit verlege, erhöhe ich für die einzelnen Abschnitte die Kosten und kann mit gleichem Geld weniger machen. Ich glaube, das ist nicht im Interesse von Brandenburg. Ich muss an die Gesamtregion denken. Wo Sie jetzt zwei- und dreischichtiges Arbeiten und damit mehr Kosten fordern, hieße das, mehr Geld in einer Region einzusetzen, die zurzeit fördermäßig sogar etwas privilegiert ist. Deshalb sage ich ein klares Nein.

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Dombrowski, der Gelegenheit zur Formulierung seiner **Frage 670** (Finanzierung der Deichrückverlegung an der Elbe bei Lenzen) hat.

Dombrowski (CDU):

Frau Finanzministerin Ziegler hat am 22. März 2001 mitgeteilt, dass die Deichrückverlegung an der Elbe bei Lenzen, die etwa doppelt so teuer ist wie die Deichsanierung, zu 100 % aus Mitteln der EU finanziert wird.

Ich frage die Landesregierung: Aus welchem Förderprogramm der EU erfolgt die 100%ige Finanzierung der Deichrückverlegung an der Elbe bei Lenzen?

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Finanzministerin. Bitte sehr!

Ministerin der Finanzen Ziegler:

Sehr geehrter Herr Dombrowski, ich danke Ihnen, dass Sie mir mit Ihrer Anfrage Gelegenheit geben, etwas Werbung für die Prignitz und Brandenburgs Elbregion zu machen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und PDS)

Dieses Gebiet mit dem länderübergreifenden Biosphärenreservat Elbtalau ist von einzigartig schöner Naturlandschaft geprägt. Mächtig durchzieht - wenn ich in diesem Hohen Hause einmal poetisch werden darf - der breite Strom das weite Land; Wanderer und Radfahrer genießen den freien Blick über Wiesen und Felder. Das Storchendorf Rühstätt ist wichtiger Bestandteil des Biosphärenreservats, das in das weltumspannende Netz von rund 350 UNESCO-Schutzgebieten eingebunden ist. Darauf können wir Prignitzer - um einmal eine schwierige aktuelle Diskussion aufzunehmen - stolz sein.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und PDS)

Wir können stolz darauf sein, was in dieser Region, in einem über Jahrzehnte vergessenen Gebiet an einer unmenschlichen Grenze geschaffen wurde. Naturschutz und Tourismus und damit eine zumindest gewisse wirtschaftliche Entwicklung ziehen an einem Strang und bedingen einander.

Für die Zukunft dieser Region ist es notwendig, dass der Elbdeich auf modernsten Stand gebracht wird. Daran arbeitet das Landesumweltamt intensiv nach einer Prioritätenliste planmäßig und ohne Zeitverzögerungen. Für diese gute Arbeit möchte ich an dieser Stelle unserem Umweltminister Wolfgang Birthler herzlich Dank sagen.

Die aus Sicht des Naturschutzes angestrebte partielle Rückverlegung des Elbdeiches auf 6 Kilometer Länge gibt uns die einmalige Chance, ein besonderes Stück Natur, die Auwälder zwischen Lenzen und Wustrow, zurückzugewinnen. Zugleich wird dadurch Retentionsfläche geschaffen. Sie bietet der Elbe eine zusätzliche Ausbreitungsfläche.

Der entscheidende Grund für die Rückverlegung sind jedoch Naturschutzaspekte, die Ihnen als Naturschützer besonders am Herzen liegen dürften. Im Rahmen des LIFE-Projektes der EU wurden bisher rund 5,5 Millionen DM für die zur Deichrückverlegung notwendigen Flächenkäufe, Auwaldpflanzungen und Projektplanungen eingestellt. Der Bund beteiligte sich an diesem besonderen Projekt mit der Finanzierung notwendiger Forschungsarbeiten mit bisher 3,5 Millionen DM.

Die Deichrückverlegung, die 2004 beginnen soll, kann insgesamt doppelt so teuer werden wie der übliche Deichbau. Das ist richtig. Aber gerade deshalb wurden und werden hierfür intensiv Drittmittel eingeworben. Im Ergebnis sollen dafür nicht mehr Landesmittel eingesetzt werden, als für die Sanierung auf der alten Deichlinie ohnehin benötigt würden. Die Antragstellung für die Drittmittel vom Bundesumweltministerium soll in diesem Jahr erfolgen. Als Träger ist der Trägerverbund Burg Lenzen e. V. vorgesehen.

Von diesen Drittmitteln, Herr Dombrowski, sprach ich in der von Ihnen erwähnten Sitzung des Ausschusses für Haushalt und

Finanzen am 22. März. Ich habe im Übrigen nie behauptet, dass - jedoch implizieren Sie das mit Ihrer Anfrage - die Deichrückverlegung zu 100 % aus EU-Mitteln finanziert werden würde. Ich sprach grundsätzlich davon, dass projektgebundene EU-Gelder nicht in einem anderen Bereich, in diesem Fall der Justiz, eingesetzt werden können. Ich wies bereits in dieser Sitzung darauf hin, dass man Äpfel nicht mit Birnen vergleichen sollte. Da wurden gedanklich einige Punkte inhaltlich und zeitlich vermengt, die einfach nicht zusammengehören.

Sehr geehrter Herr Dombrowski, ich war auch durchaus verwundert, dass der Vorsitzende des Umweltausschusses für Einsparungen im eigenen Bereich eintritt, um einen anderen Bereich finanziell zu unterstützen.

(Beifall des Abgeordneten Gemmel [SPD])

Aber ich sehe es positiv. Sie sind ein Abgeordneter, der weit über die Grenzen des eigenen Ausschusses blicken kann. Weiter so! - Ich danke Ihnen für das Interesse an der schönen Prignitz. Sie ist immer eine Reise wert.

(Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin, es gibt noch Klärungsbedarf. Herr Christoffers, bitte!

Christoffers (PDS):

Frau Ministerin, auf die Prignitz ist ganz Brandenburg stolz.

(Beifall bei der PDS)

Meine Frage an Sie: Gibt es andere Projekte oder Beispiele, bei denen eine so intensive Einwerbung von Drittmitteln einschließlich EU-Mitteln in diesem Bereich in Brandenburg gegenwärtig realisiert wird?

Ministerin Ziegler:

Das müssen Sie bitte den Umweltminister fragen, der für diese Projekte federführend verantwortlich ist. Ich wurde nur als Ministerin aus dieser Region angesprochen. Deshalb antworte ich dazu.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Dombrowski, hatten Sie noch eine Frage?

Dombrowski (CDU):

Frau Ministerin, auch ich bin selbstverständlich stolz auf die Prignitz.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem habe ich noch eine Nachfrage, wenn sie auch nicht so poetisch ist. Würden Sie es im Rahmen der Prioritätensetzung zur Mitfinanzierung von Maßnahmen aus dem EU-LIFE-Projekt auch für möglich halten, Maßnahmen zur Entwicklung sauberer Technologien, Maßnahmen der Abfallwirtschaft, der Deponie-

sanierung und zum Beispiel der Entwicklung umweltfreundlicher Produkte in die Prioritätensetzung der Landesregierung einzubeziehen?

Ministerin Ziegler:

Herr Dombrowski, genau das ist im Ausschuss Debatte. Sie setzen dort die Prioritäten, was innerhalb der Programme in welcher Rangfolge abgearbeitet wird. Es ist doch die Aufgabe der Fachpolitiker, dort wirksam zu werden; das macht kein Haushälter. Die Haushälter gucken darauf, dass das Geld zweckentsprechend eingesetzt wird. Das war der Ansatzpunkt unserer Diskussion. Sie haben jede Chance, jede Priorität zu ändern, die Sie möchten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Schönen Dank. - Zur Formulierung der **Frage 671** (Vergabegesetz) erhält Herr Christoffers Gelegenheit.

Christoffers (PDS):

In der 20. Landtagssitzung wurde durch den Minister für Wirtschaft auf Anfrage bekannt gegeben, dass ein Arbeitsausschuss auf Landesebene eingesetzt worden ist, der die Möglichkeiten und Grenzen eines Vergabegesetzes im Land Brandenburg prüfen soll.

Da sich die Anfragen nach dem Stand der Erarbeitung in der Öffentlichkeit häufen, frage ich die Landesregierung: Zu welchen Ergebnissen ist die Arbeitsgruppe bisher gekommen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Christoffers, ich kann Ihnen leider noch nicht Vollzug melden. Die zum Thema Vergabegesetz gebildete Arbeitsgruppe hat ihren Bericht noch nicht vollständig abgestimmt. Es ist wirklich eine ganz schwierige Materie, über die die Abstimmung in der Landesregierung nicht ganz einfach ist. Aber ich gehe davon aus, dass wir das noch vor der Sommerpause hinkriegen und dann der Landesregierung eine Beschlussempfehlung zuleiten können. Dann können wir im Parlament angemessen darüber diskutieren.

Präsident Dr. Knoblich:

Es besteht noch Klärungsbedarf. Bitte sehr!

Christoffers (PDS):

Herr Minister, gestatten Sie trotzdem noch zwei Nachfragen. Das Land Berlin hat ebenfalls ein Landesvergabegesetz vorgegeben. Ist in der Arbeitsgruppe beabsichtigt, die bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung des Landesvergabegesetzes in Berlin mit einzubeziehen?

Meine zweite Frage: Würden Sie mir zustimmen, dass im Lan-

des Vergabegesetz insbesondere geklärt werden müsste, wie die Regelung der VOB, wirtschaftliches Angebot, und die des Haushalts- und Finanzrechts, sparsamstes Angebot, miteinander kompatibel gemacht werden können, um die Regionalität der Vergaben durchzusetzen?

Minister Dr. Fürniß:

Ich kann beide Fragen mit Ja beantworten.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der **Frage 672** (Programm „Innovative regionale Wachstumskerne“), zu deren Formulierung der Abgeordnete Sternagel Gelegenheit hat.

Dr. Sternagel (SPD):

Das Bundesforschungsministerium stellt - laut Presseinformation von Frau Ministerin Bulmahn vom 23. März 2001 - für das Programm „Innovative regionale Wachstumskerne“ in Nachfolge des InnoRegio-Programms bis zum Jahr 2003 150 Millionen DM aus UMTS-Mitteln zur Verfügung. Damit soll die Bündelung von Kompetenzen in den Ländern zwischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen sowie Einrichtungen aus Politik und Verwaltung weiter gefördert werden. Gemeinsame Innovationsinitiativen mit regional und thematisch fokussierten Produktions- und Kompetenzprofilen sollen so gebildet werden. Die Einreichungsfrist für eine erste Auswahlentscheidung ist der 31. Mai 2001, das heißt, wir haben noch acht Wochen Zeit.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie gedenkt sie die Brandenburger Bewerber für das Programm „Innovative regionale Wachstumskerne“ aktiv zu unterstützen, um ein möglichst erfolgreiches Abschneiden unserer Einrichtungen zu ermöglichen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Fürniß, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir zunächst einmal ein Bedürfnis zu sagen, dass ich auf alle, die am Wettbewerb teilgenommen haben, aufgrund ihrer hohen Qualität besonders stolz bin.

(Beifall des Abgeordneten Christoffers [PDS])

Nach dem InnoRegio-Wettbewerb initiiert das Bundesministerium für Bildung und Forschung für die neuen Länder die Fördermaßnahme „Innovative regionale Wachstumskerne“. Hierbei handelt es sich um eine Initiative im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms 2001 bis 2003 der Bundesregierung. Für die Finanzierung werden Mittel aus den UMTS-Auktionserlösen eingesetzt. Erfahrungen aus dem InnoRegio-Wettbewerb sollen bei den neuen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Das BMBF hat die neuen Länder am 18. Dezember letzten Jahres informiert und mitgeteilt, dass es beabsichtigt, eine Initiative zu starten. Am 13. März ist im „Bundesanzeiger“ das Notwendige zu lesen gewesen.

In Abstimmung mit dem Wissenschaftsministerium hat das Wirtschaftsministerium umgehend die Wirtschaftsfördergesellschaften in den Landkreisen sowie die Servicecenter der Zukunftsagentur Brandenburg informiert. Darüber hinaus wurden über den Koordinator des BMBF für regionale Innovationsförderung alle Nichtgewinner aus dem InnoRegio-Wettbewerb angeschrieben, um auf diese Fördermaßnahmen hinzuweisen. Wir wollen diejenigen, die damals nicht zum Zuge gekommen sind, jetzt in besonderer Weise animieren, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Wir bieten auch gemeinsam mit dem Projektträger des BMBF für die Fördermaßnahme in Informationsveranstaltungen und -gesprächen Unterstützung durch die Landesgesellschaften an. Eine erste Veranstaltung dazu wird am 18. April in Cottbus, eine weitere am 19. April in Altruppin durchgeführt.

Wie bereits bei dem InnoRegio-Wettbewerb haben auch bei dieser Maßnahme die Länder keine direkten Mitwirkungsmöglichkeiten. Bei einem Gespräch am 18. Dezember hatten die Länder vorgeschlagen, direkt in dem die Förderanträge bewertenden Fachgremium des Bundes mitzuarbeiten. Leider hat das Bundesministerium sich nicht dazu bereit erklärt, die Länder einzubeziehen. Hinweise aus den Ländern zu den Anträgen sollen in die Entscheidung jedoch einbezogen werden. Wir werden natürlich von diesem Instrument der Hinweise intensiv Gebrauch machen.

Wir können also, um es zusammenzufassen, eine informierende Rolle spielen und wir können eine koordinierende Rolle spielen. Beides werden wir intensiv tun. Die Fördermaßnahme des BMBF wird durch Innovationsforen in ausgewählten Regionen unter dem Titel „Interregionale Allianzen für die Märkte von Morgen“ begleitet. Das erste Forum wird am 10. April in Frankfurt (Oder) durchgeführt. Dabei wird es um das Thema „Drahtlose Kommunikation“ gehen. Diese Foren werden durch mein Haus begleitet und auch finanziell unterstützt.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Dettmann, bitte!

Frau Dettmann (SPD):

Ich habe dazu eine Nachfrage. Sie sagten, dass vonseiten des Bundes unterstützende Hinweise des Landes akzeptiert werden. Nun ist gerade diese Nachfolgekampagne für InnoRegio schon am Laufen. Es gibt dazu einen Zeitplan. Meine Frage ist: Gibt es auch einen abschließenden Termin, bis wann die einzelnen Länder ihre unterstützenden Meldungen oder Beiträge abgeliefert haben müssen?

Minister Dr. Fürniß:

Nein, es gibt diesen Termin nicht, aber wir haben es schon gemacht.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir kommen zur **Frage 673** (Lehrerabwerbung durch Berlin), die vom Abgeordneten Bartsch gestellt wird.

Bartsch (CDU):

Wie mir bekannt geworden ist, findet im Kreis Barnim immer

noch die Abwerbung von Lehrkräften durch Berliner Stellen statt, sodass die Unterrichtsversorgung teilweise erheblich gefährdet ist.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen hat sie ergriffen, um den oben genannten Abwerbeaktionen zu begegnen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Bartsch, die Abwanderung von Lehrkräften aus dem Land Brandenburg in andere Bundesländer, insbesondere nach Berlin, stellt nach wie vor ein ernst zu nehmendes Problem dar. Mit dieser Problematik hat sich der Landtag bereits mehrfach befasst. Ich möchte vorwegschicken, dass es leider einfache und vor allen Dingen kostenfreie Patentlösungen nicht geben kann.

Die Landesregierung versucht alles im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, um Lehrkräfte an unseren Schulen zu halten, auch, um damit die Unterrichtsversorgung kontinuierlich zu gewährleisten. Ich habe bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass beispielsweise das Land Berlin in der Lage ist, weil wir kein gemeinsames Schulgesetz und kein gemeinsames Besoldungsgesetz haben, Lehrkräften attraktivere Angebote zu unterbreiten und grundsätzlich unbefristete Einstellungen mit vollem Beschäftigungsumfang, Vollzeitverbeamtung, und das Ganze zu 100 % Tarif, vorzunehmen. Das unterschiedliche Vergütungsniveau und die unterschiedliche Beamtenbesoldung betragen für die Beschäftigten im Land Brandenburg rund 10 % weniger als in den alten Ländern und führen fast zwangsläufig zur Fluktuation von Lehrkräften.

Zum anderen haben wir, um gewisse Spitzenbelastungen durch die geburtenstarken Jahrgänge, die im Moment im System sind - 2003/2004 gehen die geburtenschwachen Jahrgänge in die Sekundarstufe I -, zu bewältigen, zum Beispiel in Falkensee von Berlin nicht eingestellten Lehrern in der Vergangenheit in Brandenburg befristete Arbeitsverträge angeboten.

Umgekehrt wird es im Land Brandenburg kaum möglich sein, kurzfristig eine Angleichung der Vergütung und Besoldung auf das in den alten Bundesländern gezahlte Niveau zu realisieren. Wir haben einmal überschlägig gerechnet. Dies würde rund 700 bis 800 Millionen DM kosten, um nicht nur den Lehrern, sondern dem gesamten öffentlichen Dienst auf der Landesseite vergleichbare Bedingungen zu realisieren.

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit alles getan und wird auch zukünftig alles tun, damit der Wechsel von Lehrkräften in ein anderes Bundesland zumindest in geordneten Bahnen, das heißt am Schuljahresende, verläuft und nicht im laufenden Schuljahr realisiert wird. Entsprechende Beschlüsse der Kultusministerkonferenz sind auch auf meine Initiative hin mittlerweile zustande gekommen, denn das hat es bisher in Deutschland noch nicht gegeben und darf es auch in Zukunft nicht geben, dass ein Land seine Mangelsituation zulasten eines anderen mitten im Unterrichtsjahr bewältigt hat.

Ich habe deshalb inzwischen eine Vereinbarung mit dem Schulsenator Böger in Berlin getroffen, die ebenfalls darauf abzielt, die Einstellung von Lehrkräften im laufenden Schuljahr zu verhindern und nur dann zuzulassen, wenn die Arbeitsverhältnisse ordnungsgemäß beendet worden sind bzw. wenn der betreffende Lehrer aus unserem Überhang kommt. Die Übernahme von Bewerberinnen und Bewerbern soll deshalb nur zum Schuljahreswechsel erfolgen.

Ich kann heute feststellen, dass sich das Berliner Landesschulamt bisher an diese Absprache auch hält. Die Absprache war, dass nach dem Beginn des Schulhalbjahres nicht mehr Brandenburger Lehrer durch Berlin abgeworben werden dürfen. Jeden Fall von Lehrerabwerbung und -abwanderung, der der Vereinbarung widerspricht, bitte ich hier bzw. mir auch zu nennen.

Ich arbeite mit meinen Mitarbeitern im Haus im Moment sehr intensiv daran, darüber hinausgehende Maßnahmen zur Annäherung der Beschäftigungsstruktur zu entwickeln. Ich werde noch vor der Sommerpause in einer Kabinettsklausur den Kollegen darüber Bericht geben und sie bitten, auch einigen Maßnahmen zuzustimmen. Sie werden zurzeit in meinem Haus entwickelt. Wir suchen sehr intensiv nach Möglichkeiten. Bisher sind wir noch in der Erarbeitungsphase. Aber ich hoffe und denke, dass dies in der Kabinettsklausur dann auch in einer zufrieden stellenden Weise gelingt.

Es geht dabei um Fragen wie die einheitliche Gestaltung der bundesrechtlich festgelegten Einstufung von Lehrkräften, der unbefristeten Einstellung, der Vorbereitung und Durchführung von Stellenausschreibungen im bundesweiten Maßstab und auch um die Übernahme von Lehrkräften in das Beamtenverhältnis.

In der Mitteilung meines Hauses Nr. 4 dieses Jahres wurden allen Schulämtern Hinweise gegeben, wie langfristig benötigte Lehrkräfte auch gehalten werden können. Hier geht es vor allem um das Entfristen von befristeten Arbeitsverträgen. Ich bin deshalb in einem intensiven Gespräch mit der GEW und hoffe, dass der Vorsitzende der Brandenburger GEW in den nächsten Tagen nun auch endlich zustimmt, dass wir rund 750 Kolleginnen und Kollegen unbefristete Arbeitsverträge anbieten können und damit die Einstellungskorridore der Jahre 2002 bis 2004 vorziehen und jetzt realisieren. Ich hoffe, dass er, weil er ja in vergleichbarer Verantwortung nicht nur für die Lehrerinnen und Lehrer steht, sondern auch für die Qualität des Unterrichts, meiner dringenden Bitte zustimmt, darüber nachzudenken, wie wir in den Mangelfächern die Erhöhung der Mindestbeschäftigungsumfänge auf 100 % bei vielen, die wir auf jeden Fall halten wollen, realisieren können, wie wir mehr Lehrkräften die Zusicherung der Übernahme in das Beamtenverhältnis anbieten können und wie wir Angebote auf unbefristete Beschäftigung und - auch dies muss diskutiert werden - eine Höhergruppierung von SEK-I-Lehrern analog anderen Ländern auch endlich in unseren Landeshaushalt einstellen. Die Gespräche mit der Kollegin Finanzministerin dazu laufen bereits.

Zur Absicherung der Unterrichtsversorgung werden zurzeit ergänzende Maßnahmen, die im Bedarfsfall die Umsetzung von Lehrkräften aus anderen Schulen und die Versetzung aus anderen Landkreisen, in denen Lehrkräfte im Überhang sind, erfordern, getroffen. Also lautet zum Beispiel die dringende Bitte für die Klärung der Probleme in Falkensee, dass Lehrkräfte, die beispielsweise in Rathenow oder in den kleineren Orten an der

Peripherie im Überhang sind, dann in den berlinnahen Raum kommen, um dort die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Angesichts der bevorstehenden so genannten Pensionierungswelle in den alten Bundesländern und der Fluktuation zu Beginn eines Schuljahres wird dennoch alles versucht, um die Abwerbung von Lehrkräften einzudämmen und Nachteile für das Land Brandenburg so weit wie irgend denkbar und möglich auszuschließen.

Abschließend möchte ich an dieser Stelle hervorheben, dass die von der Landesregierung beschlossene Bildungsoffensive mit der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel grundsätzlich dazu beitragen wird, die Situation der Lehrerinnen und Lehrer im Land Brandenburg zu verbessern.

Die 132 Millionen DM, die Sie mit dem Nachtragshaushalt, insbesondere mit der mittelfristigen Finanzplanung, beschließen werden, werden mithelfen, dass wir insbesondere im Grundschulbereich eine bessere Beschäftigungsposition anbieten können.

Der Lehrerberuf, meine Damen und Herren, ist wieder gefragt. Es lohnt sich wieder, ein Pädagogikstudium aufzunehmen. Ich bitte deshalb die Eltern und Großeltern, die das jetzt hören:

(Zurufe von der PDS)

Weisen Sie die Kinder darauf hin, dass es sich wieder lohnt, ein Lehrerstudium aufzunehmen!

Wir müssen darüber hinaus mehr Formen der Anerkennung für die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer finden.

(Zuruf von der PDS)

- Sie können sich gern daran beteiligen, und zwar nicht nur durch Zwischenrufe.

(Vietze [PDS]: Sie sollten als Minister konzentrierter sprechen, denn es gibt noch viele andere Fragen.)

Gestern wurde ich von drei Schüler- bzw. Elternvertretern nach Falkensee eingeladen. Ich werde dieser Einladung heute folgen und mit ihnen vor Ort über solche Maßnahmen sprechen. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Bitte, Herr Abgeordneter Claus!

Claus (DVU):

Herr Minister, meine Frage hat sich erübrigt. Sie führten in den letzten Sätzen aus, wie Sie nach dem Schuljahresende die Lehrerinnen und Lehrer in Brandenburg für die nächsten Jahre halten wollen. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Kliesch, bitte!

Kliesch (SPD):

Sehr geehrter Herr Minister, die Antwort zu der Frage, weshalb

Lehrer weggehen wollen, ist ja sehr löblich. Das betrifft auch die Vereinbarung mit Berlin.

Meine erste Frage: Haben Sie einmal untersuchen lassen bzw. ist es vorstellbar, einmal zu ergründen, warum aus bestimmten Schulamtsbereichen mehr Lehrer abwandern als aus anderen Bereichen? Dies hat sicherlich nicht nur mit Abwerbeversuchen zu tun, sondern vielleicht sogar mit der Unzufriedenheit von Lehrern in diesen Bereichen.

Die zweite Frage: Ist es denkbar, dass in Anbetracht des umfassenden Lehrermangels in Deutschland auf der Kultusministerkonferenz endlich einmal darüber nachgedacht wird, Quereinsteigern aus dem Bereich des Ingenieurwesens oder anderen hoch qualifizierten Menschen zu gestatten, eine derartige Tätigkeit aufzunehmen?

Minister Reiche:

Herr Kliesch, wir haben in Brandenburg schon seit einigen Jahren bessere Möglichkeiten für Quereinsteiger aus den Ingenieurberufen geschaffen, die mit einem Zusatzstudium im Bereich Pädagogik dann an unseren Oberstufenzentren den erheblichen Berufsschullehrermangel ausgleichen können.

Vielleicht ist der Kreis Oberhavel nicht ganz so schön wie die Prignitz, Herr Kliesch. Dennoch lohnt es sich auf jeden Fall, im Kreis Oberhavel zu bleiben. Dass wir dort eine besonders hohe Lehrerabwerbung haben, hängt damit zusammen, dass zum Beispiel in Reinickendorf - also Oberhavel ganz nahe gelegen - die Zahl der Kinder in den letzten Jahren signifikant gestiegen ist und deshalb in Reinickendorf besonders viele Lehrer gebraucht werden und deshalb viele Lehrer aus Oberhavel nach Reinickendorf gehen, um dort zu besseren Konditionen in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes ihren Dienst aufzunehmen. Der Hintergrund sind nicht etwa schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen im Kreis Oberhavel.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Ludwig, bitte!

Ludwig (PDS):

Herr Minister, nach Ihrer zwölfminütigen Antwort habe ich nun trotzdem noch zwei Nachfragen. Erstens: Wie beurteilen Sie die Tragfähigkeit Ihrer Vereinbarung mit dem Berliner Schulsenator vor dem Hintergrund, dass es nicht möglich ist, brandenburgischen Lehrkräften die Arbeitsaufnahme in Berlin dauerhaft zu verwehren, da in Deutschland das Recht auf freie Berufsausübung gilt?

Präsident Dr. Knoblich:

Der guten Ordnung halber sage ich: Es waren acht Minuten und fünf Sekunden.

Ludwig (PDS):

Zum Zweiten: Herr Minister, wenn nach Ihrer Analyse das in Berlin höhere Gehaltsniveau eine der wesentlichen Ursachen dafür ist, dass brandenburgische Lehrkräfte abwandern - was unternimmt dann die Landesregierung zur Erhöhung der Bezüge

der brandenburgischen Lehrer und damit zum Wegfall des BAT Ost?

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Minister Reiche:

Auf schwierige Fragen einfache Antworten zu geben, das versucht mit wenig Erfolg die PDS. Ich habe mich Ihrem Erfolgsrezept deshalb ungern angeschlossen.

(Frau Osten [PDS]: Ja, hätten Sie es doch einmal getan!)

Die Berufswahlfreiheit, die durch das Grundgesetz und natürlich in gleicher Weise durch die Brandenburger Landesverfassung gesichert ist, ist damit in keiner Weise eingeschränkt. Sondern wer einen Vertrag abschließt, der muss ihn auch erfüllen. Nur darum geht es. Ein Vertrag, der mit dem Land zur Schulbetreuung von Kindern im Land Brandenburg abgeschlossen worden ist, muss bis zum Schuljahresende erfüllt werden. Dann besteht wieder die volle Berufswahlfreiheit für jeden Lehrer im Land Brandenburg. Deshalb werden wir im Sommer dieses Jahres eine Situation haben, wo aller Voraussicht nach zwischen 200 und 400 Lehrer die Berufswahlfreiheit so wahrnehmen, dass sie in anderen Ländern ihren Dienst beginnen.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 674** (Förderung regionaler Koordinierungsstellen für Arbeitsmarktpolitik), die von der Abgeordneten Birkholz formuliert wird. Bitte sehr, Frau Birkholz!

Frau Birkholz (PDS):

In einigen Landkreisen werden aufgrund der prekären Arbeitsmarktsituation regionale Strukturförderprogramme entwickelt, die das Ziel haben, die Verantwortung der regionalen Entscheidungsträger bei der Realisierung arbeitsmarktpolitischer Initiativen zu stärken, regionale Beschäftigungsprogramme zu entwickeln und die Arbeitsmarktpolitik mit strukturbildenden Vorhaben in der Region zu verzahnen. Diese Programme wurden in den letzten Jahren regelmäßig fortgeschrieben und vom Land durch Zuwendungen zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik unterstützt. Obwohl die Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik offiziell ein Schwerpunkt der Landespolitik geblieben ist, drohen die Stellen für kreisliche Koordinatoren wegzubrechen, weil die Landesregierung über die weitere Förderung noch nicht entschieden hat.

Ich frage die Landesregierung: Wann trifft sie die Entscheidung über die Förderung kreislicher Koordinierungsstellen, um die erfolgreich entwickelten Strukturen in den Kreisen zu erhalten?

Präsident Dr. Knoblich:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte auch Sie, komprimiert zu fragen, damit wir darauf bestehen können, komprimierte Antworten zu bekommen.

(Beifall bei CDU und DVU)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr für Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik und grundsätzlich werden wir auch weiterhin das Bemühen um eine verstärkte Regionalisierung unterstützen. Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik hat dabei mehrere Aspekte. Zum einen geht es darum, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente in die Verwirklichung eines Leitbildes der Region oder etwa in die Umsetzung einer Kreisentwicklungskonzeption einzubinden. Ich lege großen Wert darauf, dass die Regionen Leitbilder haben bzw. die Kreise Kreisentwicklungskonzeptionen vorlegen können.

Strukturförderprogramme stehen vor allem dann zur Verfügung, wenn es eigene Anstrengungen gibt und Konzeptionen vorgelegt werden. Es geht um die Initiierung spezifischer regionaler und lokaler Initiativen. Ich denke hier zum Beispiel an die speziellen, zum Teil auch aus europäischen Mitteln geförderten Programme der Oderregion. Nicht zuletzt kann Regionalisierung auch durch die Einbindung von regionalen Partnern in die Bewilligung von Fördermitteln erfolgen.

Diese verschiedenen Facetten sind im partnerschaftlichen Abstimmungsprozess der Planungsperiode der Europäischen Strukturfonds - sie läuft bis 2006 - ausführlich diskutiert worden. Klar ist, dass beide Ansätze zukünftig vom Land unterstützt und gegebenenfalls ausgebaut werden sollen. Aber Sie werden mir gewiss zustimmen, wenn ich sage, dass sich dies in die bereits vorhandenen Förderstrukturen einpassen muss und nur auf der Grundlage eines schlüssigen Gesamtkonzepts erfolgen kann.

Nach meiner Einschätzung erfordert das noch weitere Diskussionen auch in den Landkreisen. Ich halte es nicht für effizient, vorab einzelne Fördertatbestände, wie etwa die Förderung von Koordinierungsstellen, herauszulösen. Dennoch würde ich Ihnen zustimmen, wenn Sie auf eine rasche Entscheidung drängen. Ich gehe davon aus, dass wir die Entscheidung noch vor der Sommerpause treffen können und dann auch Klarheit bezüglich der Förderung von Koordinierungsstellen haben. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Da es keine Nachfragen gibt, ist Tagesordnungspunkt 1 geschlossen und ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde

Thema:

Tourismusentwicklung in Brandenburg - Chancen für neue Arbeitsplätze

Antrag
der Fraktion der CDU

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der beantragenden Fraktion. Herr Abgeordneter Bartsch, bitte sehr.

Bartsch (CDU):*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jahr 2000 war für die Tourismuswirtschaft im Land Brandenburg das erfolgreichste Jahr seit 1990. Angesichts eines Zu-

wachses von 6,3 % bei den Mehrtagesgästen, von 6,7 % bei den Übernachtungen und einer Umsatzsteigerung von rund 12 % können wir stolz auf das Ergebnis der Tourismuswirtschaft im Jahr 2000 blicken. Die Kapazitätsauslastung ist - gemessen an der Bettenauslastung in allen Monaten dieses Jahres - höher als im Jahr zuvor gewesen und erreichte im Monat Juni mit 45,2 % sowie im August mit 45,1 % die höchsten Werte seit 1995. Mit diesem Jahresergebnis bleibt die Tourismusbranche eine der wichtigsten Wachstumsbranchen des Landes.

Die Potenziale dieses Wirtschaftszweiges zu nutzen heißt, die Chancen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze anzunehmen. Wir wollen die uns gebotenen Chancen annehmen und jeder von uns weiß, dass Brandenburg gute Ausgangsbedingungen hat. Die landschaftlichen Gegebenheiten und Ressourcen, das kulturelle Erbe, die sympathischen und weltoffenen Menschen unserer Region sowie die Berlinnähe vieler Regionen Brandenburgs sind Ausgangsbedingungen, die weitere erfolgreiche Entwicklungen in der Tourismusbranche versprechen. Wir alle wissen aber, dass die positive Entwicklung der Tourismusbranche eng mit den politischen Rahmenseetzungen auf Landes-, aber auch auf Bundesebene verbunden ist und weiterhin sein wird. Dass viele Entscheidungen in den letzten beiden Jahren auf Bundesebene nicht gerade zur positiven Entwicklung unserer Tourismusbranche beigetragen haben, wissen wir. Meine Meinung zu den einzelnen Gesetzesinitiativen der Bundesregierung kennen Sie. Ich möchte mich dazu heute nicht äußern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch bei der Landesgesetzgebung sollten wir in Zukunft verstärkt darauf achten, dass unsere Gesetze nicht negativ auf die Attraktivität des Landes wirken.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke hier speziell an unser Naturschutzgesetz. Die natürlichen Gegebenheiten sind für viele Besucher der Grund, Brandenburg zu bereisen. Jedoch können wir mehr naturverbundene Menschen für den Urlaubsort Brandenburg begeistern, wenn wir es schaffen, ein Naturschutzgesetz zu verabschieden, welches mit dem Ziel verbunden ist, nicht den Menschen aus der Natur zu vertreiben, sondern ein friedliches Miteinander von Mensch und Natur zu organisieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der DVU)

Tourismuspolitik ist nur zum Teil Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Touristen des 21. Jahrhunderts stellen hohe Anforderungen an die Region ihres Urlaubsortes. Nun kann die Landesregierung nicht für schönes Wetter sorgen - das verlangt höchstens die Opposition. Sie kann jedoch durch gezielte Maßnahmen im Infrastrukturbereich auf die Erhöhung der Attraktivität des Landes Brandenburg als Urlaubs-, Erlebnis- und Erholungsort hinwirken. Wir müssen unseren Besuchern Angebote machen, sicherlich angefangen damit, dass das Land gezielt das Entstehen touristischer Erlebniszentren wie Spaßbäder - zum Beispiel die Naturtherme Templin - finanziell unterstützt. Unsere Aufgabe ist aber weitreichender. Besondere Anziehungspunkte, touristische Angebote mit Eventcharakter, zum Beispiel die Veranstaltung „Kulturland Brandenburg“, die Potsdamer Schlössernacht, der Brandenburg-Tag in Frankfurt (Oder) oder touristische Einrichtungen wie der Lausitzring und der Filmpark Babelsberg machen Ansatzpunkte für tourismuspolitische Auf-

gaben deutlich. Diese Bereiche zu stärken und mit neuen Ideen zur Ausweitung der Angebote beizutragen wird sich positiv auf die Tourismusbilanz der nächsten Jahre auswirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einige Worte zum Lausitzring verlieren. Das Land hat mit über 240 Millionen DM dieses Projekt gefördert. Die in Aussicht gestellten Arbeitsplätze für die Lausitzregion sollten das Landesengagement rechtfertigen. Wenn ich sehe, wie die Betreiber die Aufgabe, deren Lösung wir durch unser landespolitisches Engagement einfordern können, für die Region wahrnehmen, weiß ich nicht, ob zukünftige Unterstützung nicht besser beim sächsischen Wirtschaftsministerium beantragt werden sollte.

(Beifall des Abgeordneten Claus [DVU])

Als Erstes denke ich hier an den Versuch, die Bezeichnung „Lausitz“ aus dem Namen der Rennstrecke zu entfernen, als Zweites an die Streichung von Hotelreservierungen in Cottbus und die Neubuchung in Dresden.

Angesichts dieser Problematik halte ich es für dringend erforderlich, dass wir uns im Wirtschaftsausschuss über geeignete Maßnahmen unterhalten, um diesem Verhalten der Betreiber etwas entgegenzusetzen, zumal noch weiteres landespolitisches Engagement im Bereich der Infrastruktur von den Betreibern eingefordert wird.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr richtet Potsdam die BUGA aus. Zudem begehen wir das Preußenjahr. Die Angebote, die das Land, die Kommunen, die Tourismuswirtschaft in diesem Zusammenhang machen, werden Hunderttausende Besucher zusätzlich nach Brandenburg locken. BUGA und Preußenjahr sind die Chancen der Tourismuswirtschaft für das Jahr 2001. Dass in diesem Zusammenhang viele Arbeitsplätze entstehen, steht für uns außer Frage. Die Frage, die wir aber beantworten müssen, ist: Wie kann es uns gelingen, die in der Tourismuswirtschaft neu entstandenen Arbeitsplätze auch in den kommenden Jahren zu sichern? Was kommt nach dem Jahr 2001?

Sicherlich werden viele Besucher der BUGA oder der Veranstaltungen des Preußenjahres auch in den nächsten Jahren Gäste in Brandenburg sein. Denn wer die Schönheit und die Angebote Brandenburgs kennen gelernt hat, wird gern wiederkommen. Um die Zahl der Besucher, die wir langfristig an Brandenburg binden können, zu erhöhen, müssen wir weitere überregionale Highlights für die kommenden Jahre vorbereiten. Für die Organisation dieser Highlights müssen das Land und die Kommunen mit Unterstützung des Landes die Verantwortung übernehmen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt der Tourismuspolitik des Landes sollte es sein, die Herausbildung des Thementourismus zu unterstützen. Durch die Kur- und Bäderplanung, bei der wir jetzt verantwortlich sind, die Bäderkonzeption konsequent durchzusetzen, wird vonseiten des Landes das Segment Gesundheits- und Wellness-tourismus konsequent unterstützt. Angesichts der Entwicklungsprognosen für dieses Segment des Tourismus verspricht sich unser Engagement künftig in steigenden Tourismuszahlen und zusätzlichen Arbeitsplätzen auszuzahlen.

Ein weiteres Segment, in dem Brandenburg erhebliche Poten-

ziale zur Weiterentwicklung besitzt, ist der Rad-, Reit-, Wasser- und Sporttourismus. Auf Sportreisen entfallen bundesweit rund 13,8 Millionen Übernachtungen. Das entspricht rund 3,4 % aller Übernachtungen. Für Brandenburg haben Sportreisen eine noch höhere Bedeutung als bundesweit. Rund 8,8 % der Übernachtungen entfallen hier auf Sportreisende. Besonderheiten wie die größte Skaterstrecke in Teltow-Fläming sind Angebote, wie sie Sporttouristen wünschen. Aber auch unsere Radwege, die im Einzelfall mit dem europaweiten Radstreckennetz verbunden sind, erhöhen die Attraktivität Brandenburgs als Urlaubsort.

Als weitere Säule der Entwicklung des Sporttourismus in Brandenburg muss sich der Wassertourismus stetig weiterentwickeln. Wir haben hier natürliche Voraussetzungen, um die uns viele Bundesländer beneiden. Die Tourismuswirtschaft bei der Erarbeitung und Vermarktung von attraktiven Gesamtangeboten in diesem Bereich zu unterstützen ist eine Aufgabe der Landes- und Kommunalpolitik sowie der TMB.

Meine Damen und Herren, wir können hier die Tourismuspolitik nicht abschließend bereden. Von der Aktuellen Stunde sollte jedoch das Signal ausgehen, dass wir in Brandenburg erkannt haben, welche Chancen die Tourismuswirtschaft für das Land und die hier lebenden Menschen hat. Wir wollen ein Signal dafür geben, dass wir ständig bemüht sind, Qualitätsverbesserungen herbeizuführen, und dass Brandenburg mit neuen Ideen und Angeboten in Zukunft verstärkt um neue Touristen werben wird. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Bartsch. - Das Wort erhält die Fraktion der PDS, Herr Abgeordneter Domres.

Domres (PDS):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Anlass für diese Aktuelle Stunde ist die Präsentation der Tourismusbilanz 2000 auf der ITB im letzten Monat. Aus Sicht der PDS-Fraktion hätten Arbeit und Leistung der Tourismusverbände mehr Wertschätzung verdient, als dies bei der Verleihung des Tourismuspreises 2001 auf der ITB durch den Staatssekretär und am Brandenburg-Abend durch den Chef der Staatskanzlei zum Ausdruck gebracht wurde. Die Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des zuständigen Ministers wäre sicher bei der Brandenburger Tourismuswirtschaft und den Tourismusverbänden gut angekommen und hätte die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus für unser Land unterstrichen.

In diesem Land hat Tourismuspolitik bisher eher eine untergeordnete Rolle gespielt. So darf es nicht bleiben, meine Damen und Herren. Deshalb möchte ich im Namen der PDS-Fraktion anregen, einen Tourismusausschuss einzusetzen. Der Landesregierung empfehlen wir, mit klugen Personalentscheidungen den Tourismus als politische Aufgabe aufzuwerten und zu stärken.

(Beifall bei der PDS)

Da die Arbeit der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern von der Koalition immer ganz besonders gern bemüht

wird, möchte ich Ihnen sagen: Dort wird es so gemacht und die Tourismuspolitik von SPD und PDS ist sehr erfolgreich.

(Beifall bei der PDS)

In einer Umfrage, die von der PDS-Bundestagsfraktion in Auftrag gegeben wurde, haben die Tourismusverbände und -vereine folgende Probleme benannt, die auch für Brandenburg gelten:

Erstens zu geringe Finanzausstattung: Warum, frage ich, werden die Vereine und Verbände von den Finanzämtern nicht als gemeinnützig anerkannt und müssen sogar Zuschüsse der Kommunen versteuern? Dies ist ebenso wie die Steuergesetzgebung arbeitsplatzverhindernd. So sehen Vertreterinnen und Vertreter der Tourismuswirtschaft den gegenwärtigen Mehrwertsteuersatz als Belastung für das Hotel- und Gaststättengewerbe an.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist die Trinkgeldbesteuerung. Viele Beschäftigte in dieser Branche befinden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen, werden zu niedrig bezahlt und arbeiten zumeist mit belastenden Arbeitszeiten. Deshalb hat die PDS immer wieder kritisiert, dass ausgerechnet bei den Niedriglohnbezieherinnen und -bezieher an der konsequenten Umsetzung der Steuersystematik in Form der Trinkgeldbesteuerung festgehalten wird. Wir fordern die Landesregierung auf: Setzen Sie sich für die Abschaffung der Trinkgeldsteuer und die Halbierung der Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen ein!

Zweitens: Es war eine Initiative des Europaparlaments, arbeitsintensive Dienstleistungen mit einer ermäßigten Steuer zu belegen. Neun Länder in Europa probieren dies aus, die Bundesrepublik nicht. In Frankreich wurde beispielsweise der Mehrwertsteuersatz für die Dienstleistungen von 20,6 auf 5,5 % gesenkt. Folge: Die Schwarzarbeit ging auf fast null zurück, neue Arbeitsplätze sind entstanden. In Deutschland wird das Gaststättengewerbe weiterhin benachteiligt.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, ergreifen Sie im Bundesrat die Initiative und bauen Sie diese Benachteiligung ab! Vielleicht gibt ja die Finanzministerin gerade nach der Perleberger Erklärung der CDU ihre Verweigerungshaltung auf. Also runter mit der Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Dienstleistungen!

(Beifall bei der PDS)

Drittens: Mit der Einführung des Euro werden Preise und Leistungen für die Kunden transparenter. So wird es jedenfalls immer wieder versprochen. Unterschiedliche Rechtsvorschriften und Steuersätze sowie schwer handhabbare Förderrichtlinien gefährden die Wettbewerbspositionen der Anbieter. Daher sind Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit aller Tourismusanbieter in einem gemeinsamen Europa notwendig, unter anderem eben auch die Harmonisierung der Steuern.

Viertens: Umwelt und Naturschutz sind von einer nachhaltigen Tourismuspolitik nicht zu trennen. Deshalb unternehmen die umweltpolitische Sprecherin, die landwirtschaftspolitische Sprecherin und der tourismuspolitische Sprecher der PDS-Fraktion gerade eine Reise durch die Großschutzgebiete Brandenburgs. Dort wird sehr deutlich, dass es im Interesse der Nachhaltigkeit dringend geboten ist, neue Leitbilder, eine neue Ziel-

gruppenarbeit und vor allem eine verstetigte und verlässliche Finanzierung aller Aufgaben zu erreichen.

Fünftens: Chancen für neue Arbeitsplätze setzen voraus, dass in den Verbänden eine kontinuierliche Arbeit geleistet wird. Das ist aber kaum möglich, wenn viele Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter nur auf ABM- oder SAM-Stellen arbeiten. Das sind ca. 40 % aller von Vereinen und Verbänden Beschäftigten. Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wie viele der 52 000 Menschen, die in Brandenburg im Tourismus arbeiten, sind über ABM oder SAM beschäftigt? Ziel muss es sein, mehr feste Arbeitsplätze zu schaffen. Denn fallen ABM- oder SAM-Stellen weg, brechen nicht selten mühsam aufgebaute touristische Angebote zusammen. Beispiele kennen Sie alle sicherlich aus Ihren Wahlkreisen.

Sechstens ungenügende Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Qualitätsoffensive des Wirtschaftsministers wird von uns ausdrücklich unterstützt. Die Gewerkschaft NGG verweist darauf, dass gerade im Gastronomiebereich Vollzeit-arbeitsplätze mit Auszubildenden besetzt werden. Das ist zwar an und für sich nicht schlecht, weil die Branche damit selbst für Nachwuchskräfte sorgt; aber zwischen 60 und 80 % der jungen Fachleute verlassen das Gewerbe zumeist schon unmittelbar nach der Ausbildung. Dem müssen wir entgegenwirken, meine Damen und Herren. Wir brauchen mehr Vollzeit-arbeitsplätze in dieser Branche. Deshalb müssen sich Lohngestaltung und Lohngefüge verbessern.

Das Tourismusbarometer 2001 des OSGV fordert eine Arbeitsmarktkampagne, die unter anderem bank- und tourismusfachliche Beratung, Qualifizierung der Unternehmer, gezielte Maßnahmen der Weiterbildung und ein verbessertes statistisches System zur Beschäftigungslage im Tourismus beinhaltet. Aus der Sicht der PDS-Fraktion ist es richtig, künftig Förderung mit der Qualifizierungsbereitschaft der Unternehmen zu koppeln.

Leider lässt eine neue Tourismuskonzeption des Landes auf sich warten. Einige Ansätze der künftigen Tourismuspolitik, die dem Entwurf zu entnehmen waren, finden unsere Unterstützung. Wir hoffen, dass die ZAB eine Koordinierungsstelle für Fördermittel wird und so das Fördermittelchaos aufhört und vor allem Bürokratie abgebaut wird.

(Beifall bei der PDS)

Wir fordern die Landesregierung auf, Tourismusentwicklung als ressortübergreifende Aufgabe zu verstehen. Ein Radweg auf dem Elbdeich in der Prignitz darf nicht daran scheitern, dass Landeseinrichtungen ihre Arbeit unzureichend abstimmen. Ziel muss es sein, die touristische Infrastruktur, wie Rad-, Wander- und Reitwege, fertig zu stellen. Dazu muss auch für die Kommunen verlässlich klar sein, in welchen Zeitabschnitten in welcher Höhe finanziert wird. Kommunen und Landkreise brauchen Planungssicherheit. Es muss deutlich gemacht werden, wie ein Lückenschluss im Radwegenetz mit den Nachbarkreisen und den Ländern erreicht wird. Der Förderausschuss der ILB muss auch solche Projekte wie das Radwegkonzept der Prignitz auf die Tagesordnung setzen, das eben diese Bedingungen erfüllt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz, ohne sie ausführlich zu erörtern, einige Probleme und Fragen aufwerfen.

Stichwort BUGA: Bei aller Euphorie sollten sich die Akteure

schon jetzt Gedanken machen, wie eine Nachnutzung gewährleistet werden kann.

Nach der Auflösung der Entwicklungsgesellschaft Wassertourismus liegt dieses Geschäftsfeld besonders in Nordwestbrandenburg brach. Es wurde eine Menge Geld investiert, sodass es einfach unzweckmäßig wäre, wenn sich dort niemand als Moderator fände. Die Kommunen sind damit überlastet. Herr Minister, ich bitte Sie: Nehmen Sie sich dieses Themas an!

(Beifall bei der PDS)

Bei Entscheidungen im Marketingbereich dürfen Länder- und regionale Grenzen keine Rolle spielen. Kleinstaaterei und regionale Egoismen sind für die Tourismusentwicklung hinderlich. Eine Marketingoffensive nach Mecklenburger Vorbild wäre auch für Brandenburg denkbar. Dazu bedarf es einer intensiveren Zusammenarbeit der Vereine und Verbände mit der TMB und einer entsprechenden Finanzausstattung. Es kann doch nicht sein, dass im Eventkalender des Jahres 2001 der Deutschen Zentrale für Tourismus für Brandenburg ganze drei Veranstaltungen zu finden sind. Haben wir in Brandenburg nicht mehr zu bieten?

Die aktuelle Diskussion um die Abschaffung des „Schönes-Weekend-Tickets“ ist ein völlig falsches Signal. Vielmehr muss es für Familien attraktiver und auf andere Nutzungen ausgeweitet werden. Die Landesregierung wird dafür in der PDS einen Partner finden.

Stichwort Bettenförderung: Hier darf es kein generelles Nein geben. Der Bedarf und das jeweilige Konzept sollten eine Rolle spielen. Da kann es eben sein, dass in einer Region im Interesse eines breiteren Angebotes eine Bettenförderung notwendig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gehören ein für alle Mal aus unserem Land verbannt. Neonazis, ob jung oder alt, ob kahl geschoren und uniformiert oder bürgerlich gekleidet, sind eine Gefahr für die Demokratie.

(Beifall bei der PDS)

Sie sind aber auch eine Gefahr für den Standort Brandenburg und für das Image unseres Landes. Ein Brandenburg-Trip hat bei der internationalen Tourismusorganisation Tourinfo 2000 die Risikostufe 12, also eine Risikostufe noch vor Bosnien, gleichrangig mit Sierra Leone und nur eine Stufe hinter den Golanhöhen. Deshalb werden diese Reisen von den meisten Versicherern nicht mehr versichert.

(Unruhe im Saal)

Auch deswegen ist es notwendig, Zivilcourage und zivilgesellschaftliche Strukturen aktiv zu fördern. Toleranz und Welt-offenheit sind die Grundlagen für einen funktionierenden und erfolgreichen Tourismus. - Danke sehr.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Domres und gebe das Wort an die Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Kliesch.

Kliesch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, dass das Thema heute nicht heißt: „Ist Tourismus Wirtschaft?“ Das war einmal unsere Ausgangssituation. Aber wir reden heute über die Chancen dieses Wirtschaftszweiges. Das finde ich gut und ich danke den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion dafür, dass wir dieses Thema heute angehen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf Initiative des Tourismusausschusses des Bundestages hat die Bundesregierung in einer Gemeinschaftsaktion mit allen touristischen Partnern in Deutschland - den Bundesländern, Regionen, Kommunen, Unternehmen und Verbänden - das Jahr 2001 zum Jahr des Tourismus in Deutschland erklärt. Dazu werden in jedem Monat eine oder mehrere Veranstaltungen in den Ländern durchgeführt, die landestypische Veranstaltungen sein sollen. Brandenburg ist mit dabei gewesen.

„300 Jahre Preußen“, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Thema für dieses Jahr. „300 Jahre Preußen“ heißt natürlich auch Potsdam und Bundesgartenschau. Für den Tourismus sind das wichtige Ereignisse.

Seit 1998 ist die Bundesgartenschau in Potsdam ein Thema für Workshops und Veranstaltungen in Deutschland. Die BUGA, die vom 21.04. bis 07.10. in Potsdam stattfindet, ist das Reiseziel, die Tourismusveranstaltung in Potsdam, im Umland von Berlin und im ganzen Land. Das möchte ich hier deutlich sagen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Die Geschäftsführung erwartet 2,5 Millionen Besucher. Rund 80 % sind Tagesgäste und 20 % wollen auch übernachten. So wird kalkuliert. Etwa 6 000 Plätze für ein gastronomisches Angebot werden in Potsdam vorhanden sein. Für die Zeit der BUGA gibt es Vollzeit- und Teilzeitarbeitskräfte auf 1 000 Arbeitsstellen.

Wünschen wir der Stadt Potsdam, der Geschäftsleitung der BUGA, allen Dienstleistern und dem gesamten Land also einen vollen Erfolg!

(Beifall bei SPD und CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Tourismuswirtschaft in Brandenburg und der Ausbau der touristischen Infrastruktur sind seit der Eröffnung der Gemeinschaftsaufgabe im 24. Rahmenplan durch den Tourismus und durch Mittel der Europäischen Union entscheidend vorangekommen. Ich weiß nicht, Herr Domres, wo Sie damals waren. 1995 ging hier im Tourismus die Post ab!

Wir haben Millionen in Radwege und Wasserwanderrastplätze, in Thermal- und Spaßbäder usw. investiert. Anfangs wurde das von manch einem, auch von den Kolleginnen und Kollegen, belächelt. Einige haben die Notwendigkeit heute noch nicht ganz verstanden. Aber dazu kommen wir später.

Heute ist klar, dass es um den Erhalt von 52 000 Arbeitsplätzen geht und dass wir längst noch nicht am Ende dieser Arbeitsplatzinitiative sind. Das Potenzial Brandenburgs liegt höher, als wir es zurzeit im Bereich der Arbeitsplätze realisiert haben. Es

voll zu nutzen setzt voraus, dass auf allen Ebenen, besonders in den Gemeinden und Kreisen, endlich begriffen wird, dass sie sich für die Wirtschaftsförderung des Tourismus einsetzen müssen. Das muss nicht immer mit Geld erfolgen. Sicher, Politiker schaffen keine Arbeitsplätze. Doch wir entscheiden darüber, ob die Wirtschaftsunternehmen Erfolg oder Misserfolg am Standort haben - nicht nur wir als Landespolitiker, sondern mehr noch die Politiker vor Ort, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Landräte und Gemeindevertretungen.

Wir müssen weiterhin auf der Ebene der Gemeinden und besonders in den Kreisen darauf drängen, dass die Fördermittel, die über das GFG ausgereicht werden, ausreichend in die touristische Infrastruktur fließen.

Wir müssen uns natürlich auch überlegen, wie es weitergeht. Wir sind noch längst nicht am Ende. Es fehlt auch weiterhin an Radwegenetzen, an Wasserwanderraststellen, an Wanderwegen und an den nötigen Informations- und Leitsystemen. Natürlich erwarten die Gäste auch gepflegte Dörfer, schöne Straßen, gute Autobahnen, einen ordentlichen ÖPNV und SPNV - dafür sind wieder andere zuständig. Dies alles gehört aber zum Bereich Tourismus.

Für die wichtigsten Vorhaben gibt es im Land abgestimmte Konzepte - prima! Die öffentliche Förderung ist auf der Grundlage dieser beschlossenen Konzepte auszurichten. Wenn nötig, sind sie fortzuschreiben und zu überarbeiten. Aber in jedem Falle sind sie für die Zukunft umzusetzen.

Zurzeit arbeiten wir, meine Damen und Herren, die Projekte ab, die 1995 planerisch angeschoben wurden. Die letzte Periode der Förderung durch die Europäische Union schließen wir in diesem Jahr ab. Wir wollen sehen: Wo sind die neuen Projekte? Wie geht es weiter? Wie werden die Pläne mit der Gemeinschaftsaufgabe und den europäischen Mitteln weitergeführt?

Dabei ist natürlich darauf zu achten, dass wir mit diesen Investitionen den Wettbewerb der Unternehmen fördern und dass wir nicht durch unüberlegte Investitionen den Bestand guter Unternehmen gefährden. Deswegen sage ich anders als Herr Domres: Es war richtig, 1995/96 zu entscheiden, die Förderung von Betten im Prinzip einzustellen. Das ist genauso richtig wie heute. Denn die Auslastung der Betten in der Hotellerie und bei Pensionsbetreibern ist nicht dadurch gestiegen, dass sich die wirtschaftliche Situation verbessert hat, sondern die Prozenz sind im letzten Jahr nur dadurch angestiegen, dass einige Unternehmen Konkurs anmelden mussten und die Bettenzahl insgesamt gesunken ist.

Noch immer investieren die Unternehmen dieser Branche zu wenig in Instandhaltung und Modernisierung. Das ist eine schwere Hypothek für die Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es geht in diesem Bereich um Stabilität und eine bessere Auslastung. Daran muss sich alles messen.

Wie gesagt: Zins und Tilgung sind von den meisten kaum aufzubringen. Sie leben von der Substanz.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Herr Minister Fürniß, Sie haben insbesondere mit der Gemeinschaftsaufgabe in der Zukunft den Schlüssel für den vernetzten

Ausbau der öffentlichen Infrastruktur in der Hand. Ich teile Ihre Meinung nicht, dass die derzeitige Infrastruktur für ein erfolgreiches Agieren der touristischen Dienstleister ausreicht. In Berlin werden wieder, anders als Herr Bartsch das gesagt hat, tourismuspolitische Themen diskutiert, auch wenn der halbe Mehrwertsteuersatz und die Trinkgeldbesteuerung nicht das primäre Ziel sind. Schauen Sie sich den Antrag der Bundestagsfraktionen der Koalition an. Dann sehen Sie: Hierbei geht es auch um wichtige Fragen der Zukunftssicherung der Unternehmen. Ich will sie gar nicht im Einzelnen aufzählen. Umweltschonende Konzepte sind das Ziel, und unsere Großschutzgebiete bilden das Rückgrat des Tourismus im ländlichen Raum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein besonderes Thema ist der Tourismus in den ländlichen Regionen. Der ländliche Raum umfasst alle Gebiete außerhalb des engeren Verflechtungsraumes mit Berlin. Die Probleme brauche ich niemandem zu schildern. Der Tourismus in diesen Regionen, von einigen Unternehmen betrieben, hat aber noch nicht die soziale Akzeptanz, die wir brauchten, auch wenn einiges bereits heute hervorragend ist. Nur, die Mehrzahl der dort ansässigen Bevölkerung ist in diese Entwicklung nicht eingebunden und auf dieses Thema auch nicht sonderlich vorbereitet. Dabei will ich nicht verhehlen, dass es immer noch vorkommt, dass die gestressten Berliner am Sonntag in einer wunderschönen Pension durch den Winkelschleifer des Nachbarn geweckt werden. Solche Ereignisse sollte es normalerweise gar nicht mehr geben.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist die Investition in die Köpfe der Menschen dort genauso wichtig wie die Investition in die Köpfe der Mitarbeiter der Verwaltung, der Landesregierung usw.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS - Zuruf von der CDU: Landesumweltamt!)

- Das Landesumweltamt meine ich gar nicht. Ich werde gleich ein anderes Beispiel nennen. - Wie kann es denn sein, dass die interministerielle Arbeitsgruppe für Tourismus arbeitet, aber die einfachsten Koordinationen nicht zustande kommen? Ich glaube, wir brauchten einen Minister für Tourismus. Aber, Herr Fürniß, vielleicht reicht es auch, wenn Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen auffordern, zusammenzuarbeiten und gemeinsam Entscheidungen zu treffen.

Folgendes ist doch unverständlich: Im nächsten Jahr begehen wir ein Event. - Den Namen muss ich jetzt einmal herausuchen, damit ich es nicht verwechsle.

(Zuruf von der CDU: Die BUGA!)

- Nein, es heißt nicht BUGA. Ich meine das „Jahr des Ökotourismus“. Und das Wissenschaftsministerium kreiert das „Europäische Jahr“. Das sind doch verschiedene Dinge. Wir arbeiten sowohl auf der Ebene landesweiter Events als auch auf der Ebene der Deutschen Zentrale für Tourismus und auch auf der Ebene unserer Marketing-Gesellschaft. Wir haben doch ein Instrument geschaffen, das solche Dinge im Land exzellent bewegen kann. Warum müssen wir dann verschiedene Dinge angehen? Kann sich das Kultusministerium hier nicht einklinken? Kann man nicht sagen: Wir machen im nächsten Jahr daraus das Event „Lust auf Natur“? - Na klar, mit Kultur. Also bitte: Gemeinsam arbeiten!

Ein anderes Thema, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das erfolgreiche Agieren der Tourismus-Marketing Gesellschaft Brandenburg. Wir haben sie ganz bewusst als GmbH gegründet, um damit nicht zuzulassen, dass die Marketingaktivitäten des Landes zur Selbstdarstellung von Politikern verkommen. Wenn Politiker zu weit in den wirtschaftlichen Bereich hineingehen, geht es meistens schief. Politiker haben die Infrastruktur zu schaffen, Rahmenbedingungen zu organisieren, die Bürokratie zu entschlacken

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

und sich dann aber auch mit Anstand davon zu entfernen. Die Unternehmen bestimmen die Regeln, und die TMB ist auf dem besten Wege, als Instrument des Landes selbstständig agierend, dies zusammen mit den Reisegebieten zu organisieren.

Wir haben, wie gesagt, ein Instrument. Die Bedingungen zwischen Landestourismusverband, der TMB und den Reisegebieten sind aber nicht geklärt. Es gibt Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit kommt schwerlich zustande, wenn sich Politiker auf der Kreis- oder Kommunalebene permanent einmischen und glauben, dass Marketing auch beispielsweise der Selbstdarstellung des Landkreises dienen sollte. Hier geht es um ein wirtschaftliches Agieren von Unternehmungen, die Arbeitsplätze und Einkommen im Lande Brandenburg schaffen. Das ist der primäre Zweck. Diesen Auftrag hat die TMB.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang muss man sagen, dass wir die TMB auch in Zukunft mit ausreichend Landesmitteln ausstatten werden, dass die TMB aber gleichzeitig mit den Reisegebieten weitere Bemühungen unternimmt, um Eigenmittel zu erwirtschaften. Erst die Ankoppelung der TMB und aller im Tourismus tätigen Organisationen an den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg ihrer in der Region befindlichen Unternehmen bringt das wirtschaftliche Denken in diesen Organisationen zustande. In dieser Hinsicht besteht derzeit noch der größte Mangel. Oftmals werden Dinge organisiert, mit denen die Unternehmen vor Ort nichts anfangen können. Insoweit müssen wir also, wie gesagt, zurückstecken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass die Tourismuswirtschaft in Brandenburg auf einem guten Weg ist. Alle, die daran beteiligt sind, müssen zusammenarbeiten.

Vielleicht noch ein abschreckendes Beispiel, nachdem meine Vorredner bereits solche genannt haben.

Der Lausitzring war **das** Megaprojekt, das wir hier durchgeführt haben. Einige sagten: Das ist das Highlight nach der Kohle; das bringt Chancen für die Lausitz. Andere sagten deutlich: Unsinn, Geldverschwendung. Jeder hatte seine Sichtweise. Aber jetzt, wo die Arena steht, gibt es nur eines: Der Erfolg muss organisiert werden.

(Beifall bei SPD und PDS)

Wer glaubt, mit provinziellen, auf dem Markt Europas nicht absetzbaren Gedanken dieses Projekt nach vorne treiben zu können, unterliegt einem Trugschluss. Wo die Gäste unterkommen, entscheiden sie selbst.

Bringen Sie sich ein, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Bank, die das finanziert hat, die Tourismuswirtschaft, die TMB, die Reisegebiete, alle müssen konzentriert zusammenarbeiten. Entscheidend ist der wirtschaftliche Erfolg, nicht, wie gut einige dabei wegkommen. Unter dem Strich muss bei jeder Veranstaltung ein Gewinn herauskommen. Das werden wir mit den Verantwortlichen dort abrechnen müssen. Das ist das Entscheidende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Tourismus ist also mehr als nur die Selbstdarstellung der Politik. Ohne uns geht es nicht. Wir sind wichtig. Aber wir sollten, wenn wir politisch agieren, auch immer bereit sein, die Dinge praktisch umzusetzen.

In nächster Zeit werden womöglich nicht mehr benötigte Forsthäuser auf dem Markt sein. Die Brandenburgische Bodengesellschaft oder die Nachfolgeorganisationen der BVVG haben Wälder und Seen im Verkauf. Können wir zulassen, dass die wirtschaftliche Basis von Unternehmungen einfach an Einzelpersonen verkauft wird, die zur Jagd gehen?

(Beifall bei der PDS)

Kann es nicht möglich sein, dass auch die brandenburgische Hotellerie- und Pensionswirtschaft Jagdurlaub anbietet? Sollten wir diesbezüglich nicht eher langfristig denken und nicht so sehr an kurzfristigen Gelderwerb? Wer die Bilanzen eines Waldgebietes nur auf Holz reduziert und den Tourismus nicht einbindet, unterliegt weltweit einem Trugschluss.

(Beifall bei der PDS)

Die Tourismuswirtschaft wird viel schneller, als manche denken, ökologische Fragen der Waldwirtschaft vorantreiben. Plantagen mit Kiefern, so wie wir sie jetzt haben, sind keine attraktiven Wälder, die dazu reizen, auf das Land zu fahren. Auch wir sind deswegen in der Verantwortung mitzuhelfen, die Basis des Tourismus im Lande zu sichern.

Die SPD in Brandenburg sieht die entscheidenden Fragen der Zukunft erstens im Ausbau der Infrastruktur. Dazu stehen wir. Zweitens hat der Wirtschaftsminister angekündigt, mehr auf Qualität zu setzen. Insoweit warten wir auf schlüssige Konzepte. Auch sind wir, wie gesagt, daran interessiert, dass mehr in die Köpfe der Menschen investiert wird. Wir brauchen ein ausgeweitetes System von Moderatoren, die über die Lande ziehen, die die Lebensfähigkeit dieser ländlichen Räume sichern, indem sie Menschen helfen, zur Selbsthilfe aktiv zu werden. Dabei kann Vermietung durchaus ein Thema sein.

Damit keiner denkt, es funktioniere nicht, habe ich einen kleinen Zettel bei mir: Die Gemeinde mit 600 Einwohnern, der ich vorstehe, hat das Ziel, 1 000 Betten anzubieten, und zwar für 30 DM pro Nacht. Es soll angestrebt werden, diese Betten 100 Tage pro Jahr zu vermieten. Sie können sich ausrechnen, wie sich der jährliche Bruttokaufkraftzuwachs in der Gemeinde darstellen würde. Das belebt nicht nur die Tourismuswirtschaft als solche, sondern das belebt letztendlich auch das Handwerk. Auch die Gewerbetreibenden können entsprechend Profit aus dieser Kaufkraft ziehen. Solange wir das aber nicht haben, gibt es keinen Laden, gehen Gaststätten ein und wir bedauern es politisch, dass wir nicht vorankommen.

Vor Ort muss gehandelt werden. Bürgermeisterinnen und Bür-

germeister und Landräte, die solche Zettel nicht aus der Tasche ziehen können, weil sie sagen, sie hätten gar keine Chance, und fragen, ob denn alle vom Tourismus leben sollten, begehen einen Fehler. Sie unterschätzen die Kreativität der Menschen und sie versäumen es, etwas in die Köpfe dieser Menschen zu investieren. Indem sie ihnen nur vorhalten, dass sie das nicht können, ist nicht voranzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD will also den Tourismus nach vorn bringen. Entscheidend ist, dass wir gemeinsam handeln und dass wir uns, wie gesagt, nicht beirren lassen. Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftszweig. Wir haben ihn zehn Jahre lang systematisch aufgebaut. Jetzt gilt es, ihn abzusichern, und, wenn es geht, die Beschäftigtenzahl in den nächsten zehn Jahren zu verdoppeln. Damit hätten wir ein Ziel und an diesem Ziel müssen sich letztlich die Kommunen und Kreise ausrichten.

Obwohl sie bedauerlicherweise immer sagen, dass Wirtschaftsförderung nicht ihr Thema sei, geben sie aber doch fast 10 Millionen DM für Broschüren und sonstige Werbung in der Tourismuswirtschaft aus. Ist das notwendig? Ich sage Ihnen: Bei 2,6 Millionen Einwohnern haben wir mit der TMB ein Superinstrument, haben wir mit dem Verein zur Förderung von Urlaub und Freizeit auf dem Lande ein wirtschaftlich agierendes Unternehmen. Vielleicht brauchen wir am Ende nur drei bis vier wirklich starke Tourismusbüros. Wie die sich organisieren, will ich ihnen selbst überlassen. Einige werden mir das später vorhalten; trotzdem sage ich ganz deutlich: Wir müssen mit mehr Mitteln mehr Qualität und mehr Erfolg organisieren. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Kliesch. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU, an Herrn Abgeordneten Claus.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Schlagzeilen sind gut für eine Aktuelle Stunde, und „Tourismusentwicklung in Brandenburg - Chancen für neue Arbeitsplätze“ hört sich gut an. Aber welche Personengruppen kommen in den Genuss der zu erwartenden neuen Arbeitsplätze - etwa unsere von Arbeitslosigkeit geplagte einheimische Bevölkerung? Schön wäre es und zu begrüßen ebenfalls. Allein, mir fehlt der Glaube.

Am 8. März dieses Jahres las ich einen Artikel in der „Lausitzer Rundschau“, den ich sehr bemerkenswert fand. In dem Artikel wurde vom Hauptgeschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbandes Brandenburg, Herrn Norbert Stroscher, erklärt, dass in der Branche derzeit 3 000 Fachkräfte fehlten und dass er daher eine Green Card-Regelung befürworte, um Ausländer als Arbeitskräfte zu gewinnen. Ich meine, Brandenburg hat selbst genug Arbeitslose, und deshalb brauchten wir eine solche Regelung eigentlich nicht. Außerdem unterstützte Stroscher die jüngste Initiative des Hotelverbandes Deutschland, und zwar offenbar in Ermangelung passender deutscher Worte mit dem Slogan „We like Ausländer“. Mit dieser geistreichen Äußerung will er ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit setzen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, aus

kompetentem Munde, durch die Zeitung sozusagen amtlich bestätigt, hören Sie also, dass für die deutsche Bevölkerung nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Ausländerfeindlichkeit ein großes Problem ist. Daher stelle ich hier die Frage in den Raum, ob wir uns für einen sich selbst tragenden Tourismus im Lande, der hier in Brandenburg als Wachstumsmotor Arbeitsplätze schafft, einsetzen oder nur pure Propaganda betreiben wollen.

Dass unser Land so schlecht nicht sein kann, zeigen die steigenden Zahlen von Besuchern, vor allem die der ausländischen Touristen. Viele Arbeitsplätze gerade auch im ländlichen Raum hängen am Tourismus. Ich denke da vor allem an den wunderschönen Spreewald, der im vergangenen Jahr von über zwei Millionen Menschen besucht worden ist.

Touristische Perlen befinden sich jedoch im ganzen Lande, angefangen von der Prignitz über die Uckermark bis hin zur Niederlausitz. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, befindet sich dort der neu eröffnete Lausitzring, der in diesem Jahr seine erste Rennsaison durchführen wird. Doch wo übernachten die Renngäste? Herr Bartsch sprach die Frage schon an. Sie übernachten nicht etwa im brandenburgischen Teil der Niederlausitz, wo es auch an der entsprechenden Übernachtungsinfrastruktur fehlt, sondern im nicht weit entfernten Dresden. Natürlich ist auch Dresden sehr sehenswert. Wir alle kennen den Dresdner Zwinger, das Elbsandsteingebirge usw.

Doch über diesen Wachstumsmarkt schieben sich in letzter Zeit schwarze Wolken, die von Westen her kommen. Damit meine ich das Schlagwort MKS, das jetzt ganz groß im Gespräch ist. Wenn bei uns hier MKS ausbricht, was ja möglich ist, dann werden wir die Zuwachsrate des letzten Jahres von mehr als 6 % in diesem Jahr vermutlich nicht mehr erreichen können. Wie wir erfahren mussten, werden wegen MKS bereits die ersten Veranstaltungen wie Landpartien, Bauertreffen abgesagt oder zumindest verschoben. Wenn MKS ausbrechen würde, wäre das natürlich gerade für den gebeutelten strukturschwachen ländlichen Raum eine Katastrophe.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, schon heute Konzepte zur Überbrückung der kommenden schwierigen Phase für die Betroffenen zu erarbeiten. Woher der schon genannte Herr vom Hotelverband die Zahlen über die fehlenden Arbeitskräfte hat, kann ich nämlich beim besten Willen nicht nachvollziehen. Wie Sie wissen, beträgt die Bettenauslastung nicht 100 %, sondern, wie Herr Bartsch schon sagte, nur 45 %. Wenn der Herr vom Hotelverband von einzelnen globalen Hotelbetten spricht, die Arbeitskräfte zu Dumpingpreisen suchen, dann könnte seine Aussage zutreffen. In Brandenburg gibt es jedoch nicht nur einige Hotelketten, sondern Brandenburg ist insofern bodenständig und weitgehend durch Familienbetriebe strukturiert. Wenn Sie durchs Land fahren und irgendwo übernachten, werden Sie selbst feststellen, dass in den Betrieben weitgehend nur die Familienmitglieder arbeiten. Wenn es hier zum Ausbruch von MKS käme, dann müssten gerade diese oftmals örtlich sehr stark verwurzelten Gaststätten und Herbergen wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage den Betrieb schließen und der Tourismus in unserem Lande würde dadurch Schaden nehmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Claus und gebe jetzt das Wort an die Landesregierung. Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor man über die zukünftige Entwicklung redet, sollte man sich noch einmal die Bilanz der letzten Jahre vor Augen führen. Diese Bilanz kann sich sehen lassen. Im letzten Jahr gab es allein im Mehrtagestourismus 8,4 Millionen Übernachtungen. Das ist wesentlich mehr gewesen als in den Jahren zuvor. In den Monaten Juli und August wurde bei den Übernachtungen jeweils zum ersten Mal die Millionengrenze überschritten. Im September zum Beispiel betrug die Zuwachsrate bei den Gästeankünften 7,5 % und bei den Übernachtungen 8,5 %. Auch für das Jahr 2001 rechnen wir mit einem Zuwachs. Das hängt natürlich auch mit der BUGA und mit dem Preußenjahr zusammen. Die BUGA sollten wir nicht nur nutzen, um im Jahr 2001 gute Gastgeber zu sein -

(Vereinzelt Beifall)

ich bin sicher, dass das nach den Vorbereitungen richtig läuft -, sondern wir sollten die BUGA auch nutzen, um über die Nachhaltigkeit der Strukturen nachzudenken. Eine Bundesgartenschau rechnet sich im Grunde ja erst durch die langfristigen Investitionen, wenn die Veranstaltung vorbei ist. Vor allem aber gilt: Nachhaltigkeit geht im Tourismus nur, wenn wir gute Gastgeber sind, wenn wir weltoffen sind. Bevor wir über alles andere reden, sollten wir uns also klarmachen: Wenn wir nicht lernen, gute Gastgeber zu sein, dann helfen alle Infrastrukturmaßnahmen, alle Verbesserungen, alles andere nicht. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe das schon einmal hier gesagt und wiederhole das gern, damit wir es uns merken: Solange in amerikanischen Reiseführern geschrieben steht: „Wenn Sie nicht aussehen wie ein Europäer, dann sollten Sie nicht in den Osten Deutschlands reisen“, haben wir ein Problem. Ich habe dem Herausgeber dieser Reiseführer einen Brief geschrieben, in dem ich ihn gebeten habe, mir zu erklären, was das bedeutet. Er hat mir zurückgeschrieben, man müsse nur die großen amerikanischen Zeitungen lesen, dann wisse man schon, dass das so sei.

Es gibt also jede Menge Pauschalisierungen, Vorurteile.

(Zuruf von der PDS: Es gibt auch Anlass dazu!)

Man kann dagegen zwar argumentieren, aber wir können nicht so tun, als ob es das Problem nicht gäbe. Das Problem gibt es und wir müssen damit offensiv umgehen. Das ist auch Teil von Tourismuspolitik. Ich habe das bewusst an den Anfang meiner Ausführungen gestellt.

Es ist richtig, dass die Bettenauslastung in allen Monaten des Jahres 2000 höher lag als 1999. Wir haben in den Monaten Juni mit 45,2 % und August im 45,1 % die höchsten Werte seit 1995 erreicht. Im Durchschnitt, das heißt, wenn wir das ganze Jahr

betrachten, sind wir noch lange nicht dort, wohin wir wollen. Es gibt hier Nachholbedarf.

Ein Instrument, um Abhilfe zu schaffen, kann darin gesehen werden, dass wir die Förderpolitik konsequent fortführen, neue Betten nur noch im Ausnahmefall und zur Qualitätsverbesserung zu fördern. Wir werden von diesem Weg nicht abweichen. Quantitative Entwicklungen sind keine Perspektive für die Zukunft. Stattdessen müssen wir stärker auf Angebotsqualität, auf Serviceorientierung und Kundenfreundlichkeit setzen. Das sind die Maßstäbe, die es zu beachten gilt.

Ich möchte auch gern etwas dazu sagen, was manchmal im Windschatten steht, aber wichtig ist. Wir haben hervorragende Ergebnisse bei den brandenburgischen Campingplätzen. Brandenburg gehört neben Mecklenburg-Vorpommern zu den bedeutendsten Campingländern in Deutschland. Wie gut wir inzwischen hierin sind, können Sie daran ablesen, dass gleich zwei brandenburgische Teilnehmer im Bundeswettbewerb bei Campingplätzen mit einer Gold- und einer Bronzemedaille ausgezeichnet worden sind. Das sollten wir mit Respekt anerkennen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Tagestourismus. Er wird auch in Zukunft eine große Rolle spielen, nicht zuletzt durch die Hauptstadtbesucher, die dann auch, wenn wir es gut machen, den Tag nutzen, um Brandenburger Angebote anzunehmen. Im letzten Jahr hatten wir durch Tagestouristen immerhin einen Bruttoumsatz von fast 5 Milliarden DM. Das ist viel Geld, wenn man bedenkt, dass Berlin in diesem Bereich über knapp 7 Milliarden DM liegt.

Ein zentraler Punkt ist die Beschäftigung. Aktuell können wir relativ gesichert sagen, dass wir 52 000 unmittelbare Arbeitsverhältnisse in der Tourismuswirtschaft haben und etwa 20 000 Personen durch Nebenerwerb am Tourismus beteiligt sind. Das bedeutet in diesem Bereich in den letzten fünf Jahren einen jährlichen Zuwachs zwischen 7 und 10 %. Es gibt keine Branche in der brandenburgischen Wirtschaft, die ähnliche Zuwachsraten im Personalbereich zu verzeichnen hat. Trotzdem können wir damit noch nicht zufrieden sein.

Es ist vorhin schon über die Qualität der Arbeitsverhältnisse diskutiert worden. Aber bevor wir über Qualität reden, müssen wir alle rechtlichen Rahmenbedingungen ausschöpfen, damit Arbeitsverhältnisse - auch und gerade Nebenbeschäftigungen - in diesem Bereich geschaffen werden können.

Wichtiger zu sagen ist mir allerdings, dass wir anerkennen, dass die Menschen, die im Servicebereich, in der Gastronomie, in der Hotellerie tätig sind, einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der Wirtschaft leisten. Wir müssen das anerkennen und dürfen zum Beispiel nicht sagen: Wer nichts wird, wird Wirt. Solche unqualifizierten Sprüche müssen der Vergangenheit angehören, sonst werden wir in diesem Bereich in der Zukunft keine Zuwachsraten haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich möchte die Gelegenheit gern nutzen und sagen: Diese positiven Zahlen, meine Damen und Herren, sind nicht dadurch zustande gekommen, dass wir nur im Landtag kluge Beschlüsse

gefasst haben, sondern sie sind deshalb zustande gekommen, weil die Menschen in der Tourismusbranche in den letzten Jahren hart an sich und an der Verbesserung des Angebotes gearbeitet haben.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Trotzdem besteht kein Anlass, sich auszuruhen. Wir haben in den vergangenen zehn Jahren den Schwerpunkt auf die notwendige Verbesserung der Infrastruktur und die Schaffung von Kapazitäten gelegt. Die nächsten zehn Jahre müssen Jahre der Qualitätsverbesserung sowohl der Produkte als auch der Arbeit der Mitarbeiter sein. Das werden die Schwerpunkte sein und das werden auch die Schwerpunkte in der Förderpolitik sein. Dort, wo wir im Infrastrukturbereich noch etwas zu tun haben, werden wir es tun. Aber das wird nicht mehr der Schwerpunkt sein.

(Dr. Wiebke [SPD]: Vor allem Projekte zu Ende bringen!)

Das Zu-Ende-bringen der Projekte ist so eine Sache. Vorhin ist von allen Rednern bewusst über die Kleinstaaterei im Tourismus gesprochen worden. Meine Damen und Herren, mich interessieren die Projekte, die das Land Brandenburg so vernetzen, damit wir es als Ganzes vermarkten können. Mich interessiert nicht so sehr der Radweg von der Gemeinde A zur Gemeinde B. Mich interessiert der Radweg, der das Land Brandenburg als Ganzes mit einem Radwegenetz versieht, damit wir es auch gemeinsam vermarkten können. Glauben Sie doch nicht, dass wir im internationalen Maßstab jedes Dorf vermarkten können! Wir müssen das Land als Tourismusland vermarkten. Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen.

Kollege Kliesch hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir bei dieser Vermarktung zwei Dinge unterscheiden müssen, einmal das Außenmarketing, wofür die TMB zuständig ist. Sie macht es professionell und hat in den letzten Jahren einen guten Job gemacht. Ich sage aber auch: Die TMB wird nicht mehr allein vom Land Brandenburg finanziert werden können. Sie muss einen größeren Anteil an Eigenfinanzierung erbringen. Sonst geht das nicht. Es ist immer gesagt worden: Fünf Jahre Anschub, und dann müssen sie in der Lage sein, wenigstens zu einem beachtlichen Teil aus eigenen Kräften zu leben. Diesen Punkt werden wir jetzt einlösen. Die TMB muss für das ganze Land Marketing machen.

Ich bedaure sehr, lieber Herr Kollege, dass wir uns auf der ITB nicht begegnet sind. An dem Tag, an dem es darum ging, gegenseitig anzustoßen, konnte ich nicht da sein. Aber ich habe mit allen Unternehmern geredet und mich mit jedem Einzelnen beschäftigt. Manchmal sind Arbeitsbesuche hilfreicher als Festveranstaltungen!

(Beifall bei der CDU)

Auf der ITB ist mir eine ganz positive Entwicklung deutlich geworden. Vergleicht man die ITB 2000 mit der im Jahre 2001, dann stellt man fest, dass wir eine immer stärkere Konzentration haben. Es gibt nicht mehr die Vielzahl der Stände aus jeder Ecke in Brandenburg, sondern die Netzwerke, die Zusammenarbeit sind besser geworden; die Präsentation auf der ITB ist wesentlich besser geworden. Warum ist das besser geworden? Es ist die Einsicht gewachsen, dass wir nur in lokal übergreifenden Strukturen eine Chance auf dem Markt haben.

Das Entscheidende im Tourismus, meine Damen und Herren, ist aber die Kundenorientierung. Es kommt überhaupt nicht darauf an, dass wir zufrieden sind. Es kommt ausschließlich darauf an, dass der Kunde, der unser Land besucht, zufrieden ist. Darum muss sich alles drehen. Wann fühlt sich der Kunde wohl? Diese Frage kann jeder von Ihnen beantworten. Aus den Studien und Untersuchungen, die gemacht worden sind, kann ich Ihnen sagen: Der Kunde fühlt sich dann wohl, wenn er eine Erlebniswelt vorfindet.

(Dr. Wiebke [SPD]: Das ist richtig!)

Er fühlt sich dann wohl, wenn ihm dieses Wohlgefühl auch von denen vermittelt wird, die die Produkte anbieten. Erlebniswelt heißt nicht darauf zu vertrauen, dass wir viele Naturschönheiten haben - das reicht nicht aus -, sondern wir müssen dies auch mit attraktiven Paketen, mit attraktiven Angeboten verbinden. Das wird unsere zentrale Aufgabe sein.

Ich habe bei den Studien über den Tourismus noch etwas gelernt. Unsere Kunden planen nicht mehr langfristig, sondern sehr kurzfristig einen Kurztrip, einen Zweitages- oder Dreitagesurlaub. Die finanzkräftigsten Gruppen sind zwei, auf die wir Wert legen müssen - außer der Orientierung auf Familien, was nach wie vor ein Schwerpunkt für uns sein sollte. Neben den Familien sind es einmal die Singles, die immer wichtiger werden, also der Einzel- und Alleinreisende. Diese Gruppe nimmt ganz stark zu. Zum Zweiten sind es die so genannten jungen Alten, wie die Tourismusforscher sagen. Das sind also diejenigen, deren Kinder aus dem Haus sind, die wieder mehr Zeit haben und flexibler sind. Das sind im Übrigen auch die Finanzkräftigsten. Diese rufen dienstags im Hotel an und fragen: Was ist bei euch für drei Tage los, wenn ich am Donnerstag komme? Da müssen wir ein Angebot machen, wobei ich keinen Altersschnitt für die jungen Alten angelegt habe.

Ich habe von den Paketen gesprochen, die wir anbieten müssen. Dazu gehört, dass wir auch in der Lage und bereit sind, unsere Produkte zu bewerten. Wir müssen auch einen Wettbewerb der eigenen Angebote haben und sehen: Wie machen es andere, wie können wir profitieren? Wir müssen die Kundennachfrage ernst nehmen und Abschied nehmen von manchen lieb gewordenen Gewohnheiten, die wir im Tourismus in Brandenburg noch haben. Schließlich müssen wir sehen, dass nicht das Gewicht der Werbemittel bei der ITB das Entscheidende ist, sondern die Qualität und die Aussage der Werbemittel. Also: Weniger ist mehr. Ich denke, dass wir bei der nächsten ITB in diesem Bereich wieder ein Stück vorankommen werden.

Ein ganz zentraler Punkt ist die Qualifizierung der im Tourismus tätigen Arbeitskräfte, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir können nicht nur sagen: Sie sollen gute Dienstleister sein, sondern wir müssen ihnen dann auch die Qualifikation vermitteln, die dafür notwendig ist. Das ist der Grund, warum wir an einer Tourismusakademie arbeiten, warum wir an Qualifizierungsangeboten arbeiten.

Das ist aber auch der Grund dafür, warum wir uns die bestehenden Qualifizierungsangebote auf dem Markt sehr kritisch ansehen. Nicht alles, auf dem Qualifizierung steht, ist auch Qualifizierung. Deswegen werden wir das genauso kritisch durchschauen, wie wir uns die Förderrichtlinie im Tourismus kritisch anschauen werden. Diese Qualifizierungsoffensive wird der zentrale Bestandteil der Tourismuspolitik in der Zukunft sein.

Herr Kliesch, ich habe mit großem Interesse gehört, dass es immer dann, wenn sich Politiker in die Wirtschaft einmischen, problematisch ist. Ich gebe das dem Hohen Hause zur Beherzigung intensiv weiter, habe aber den Eindruck, dass es dann, wenn es um Wahlkreisprojekte geht, nicht immer durchzuhalten ist. Auf den Tourismus übersetzt heißt das ganz einfach Folgendes: Unterstützen Sie Ihre Unternehmer dadurch, dass Sie sie Unternehmer sein lassen, und nicht, indem Sie in erster Linie gucken, ob sie gute Kommunal- oder Kreistagsvertreter sind!

Wir brauchen einfach das überregionale Angebot, die überregionale Orientierung im Tourismus stärker als bisher. Wir brauchen übrigens auch die übergreifende Zusammenarbeit der Ressorts in der Landesregierung. Das gilt für das, was wir ländlichen Tourismus nennen, das gilt für die naturschutzorientierte touristische Ausrichtung, das gilt für die Zusammenarbeit im Bereich Kultur in ganz starkem Maße.

Ich will das an einem Beispiel gerne noch ein bisschen erläutern. Glauben Sie denn ernsthaft, dass ein Kunde in Brandenburg mit der Antwort zufrieden ist: Da konnten wir uns mit dem Ministerium B nicht einigen? Das wird ihn nicht sonderlich interessieren, sondern er fragt: Wie kommt das Gesamtangebot zusammen?

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass wir langfristig mit der Unterscheidung zwischen ländlichem und nichtländlichem Tourismus nicht weiterkommen. Es gibt nur gute und schlechte Angebote. Es gibt Angebote im stadtnahen Bereich und es gibt Angebote im eher ländlichen Bereich. Aber dass es dafür richtig einen ländlichen Tourismus und einen nichtländlichen Tourismus geben soll, das hat mir nie eingeleuchtet. Ich denke, wir müssen das auch stärker zusammenführen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Ich will am Beispiel Kultur noch ein paar Anmerkungen machen, wie ich mir Kooperation besser vorstellen kann. Wir haben Branitz, wir haben Sanssouci, wir haben Rheinsberg, aber wir haben auch über 100 Schlösser und Herrenhäuser, Tausende Denkmale, wir haben Dorfkirchen, 220 Museen und literarisch bedeutsame Orte. Die oft kleinen, aber vielfältigen kulturellen Projekte oder Einrichtungen leisten manchmal mehr für den Tourismus, als das auf den ersten Blick sichtbar wird.

(Beifall bei PDS und DVU)

Wenn ich einmal deutlich mache: Ein freies Theater erreicht jährlich mit insgesamt 45 Veranstaltungen im In- und Ausland circa 20 000 Zuschauer. Die Kulturfeste e. V., die wir bei uns haben, bündeln 800 qualitativ hochwertige Veranstaltungen an etwa 200 Orten Brandenburgs und erreichen ungefähr 200 000 Besucher. Also auch quantitativ und deswegen umsatzorientiert ist das ein wichtiges Thema.

Das Kulturland Brandenburg, das wir beschreiben, ist unter wirtschaftlichen, unter Erlebnisaspekten überhaupt nicht vom Tourismusland Brandenburg zu trennen. Es ist eine Einheit. Das gilt auch für Industriekultur. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie viele Besucher der Museumspark Rüdersdorf, das Museumsdorf Glashütte und der Ziegeleipark Mildenberg im Jahr haben. Ich habe gestaunt. Die haben zusammen über 150 000 Besucher pro Jahr. Das sind beachtliche Zahlen. Das sind lokale Initiativen.

Deswegen dürfen wir nicht darauf verzichten, diese lokalen Initiativen in unser Tourismuskonzept einzubeziehen.

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, ich würde mich freuen, wenn Sie zum Schluss kämen.

Minister Dr. Fürniß:

Es ist mir ein Vergnügen. - Also Außenmarketing habe ich betont. Was wir noch zusätzlich brauchen, ist ein Innenmarketing. Die Konzepte, die die TMB entwickelt, die wir hier gemeinsam entwickeln und verabschieden werden, die müssen wir auch den Menschen in den einzelnen Reiseregionen in Brandenburg vermitteln. Wir müssen sie dafür gewinnen, dass sie das, was wir für richtig halten, mittragen. Deswegen werden wir - das ist meine letzte Bemerkung - auch in der Förderpolitik neue Wege einschlagen müssen. Ich werde Ihnen dazu entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Meine Damen und Herren, Tourismus in Brandenburg ist ein Erfolgsfaktor. Er ist ein Wirtschaftsfaktor. Wenn es dann noch nicht nur für unsere Kunden, sondern auch für uns ein Wohlfühlfaktor wird, dann sind wir auf dem richtigen Weg. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, CDU und DVU sowie vereinzelt bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Fürniß und gebe abschließend das Wort an Herrn Dr. Niekisch von der Fraktion der CDU.

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kollegen Kliesch und Bartsch und der Herr Minister haben schon eindringlich und plastisch auf den Arbeitsmarkt und den volkswirtschaftlichen Wert der Tourismusentwicklung unseres Heimatlandes hingewiesen. Meine Aufgabe besteht ergänzend darin, den Wert und die Kraft der Kultur anzusprechen, die mehr für den Tourismus tun kann, als viele bereit sind zuzugeben, ja, die in Brandenburg viel mehr für den Tourismus leisten muss als anderenorts.

Dem Land oder der Mark Brandenburg ist der touristische Charakter nicht unbedingt an der Wiege gesungen worden. Anders als etwa Schwarzwald oder Alpen, am Rhein zwischen Bonn und Sankt Goar, die Strände und Inseln von Nord- und Ostsee, der Harz oder der Thüringer Wald sind die Gegenden der Mark erst recht spät entdecktes touristisches Land. Vergleiche mit dem Süden Europas können wir uns schon gar nicht leisten. Wir haben keine durchgängige Sonnengarantie im Sommer, keine Schneegarantie im Winter und keine augenfälligen Landschaften oder Naturereignisse, die Brandenburg von vornherein zum Tourismusland machen würden.

Es war erst Theodor Fontane, meine Damen und Herren, der Brandenburg im Plauderton des Touristen für das Entspannung suchende Auge entdeckte. Es lohnt sich gerade heute in der Aktuellen Stunde, auch aus wirtschaftlicher Sicht bei dem Apothekerssohn aus Neuruppin noch einmal in die Schule zu gehen.

Mit dem 1881 abgeschlossenen Werk, den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“, so schrieb der Germanist Gottfried Erler, hat der Wanderer und Spaziergänger Theodor Fontane ein Standardwerk geschaffen und „es wurde zum Bahnbrecher des Märkischen Tourismus“.

Der Tourismus ist bei uns also noch ein vergleichsweise junger Wirtschaftszweig, nicht älter als 120 Jahre. Dies hat seine Gründe, auf die man Rücksicht nehmen muss.

Lassen Sie uns diesen Gründen mit Fontane und seinem guten Kenner Erler einige Augenblicke nachgehen. Bis noch in die Zeit unserer Urgroßeltern galt die Mark lediglich als Streusandbüchse des „heiligen römischen Reiches deutscher Nation“ und hatte einen eher zweifelhaften Ruf, der, wie Fontane schrieb, nur mit Schlachten, immer wieder Schlachten, Staatsaktionen und Gesandtschaften in Verbindung gebracht wurde. Fontane wörtlich:

„Das Schönenschliche blieb tot dabei.“

Erst er hat die Lokalität der Mark literarisch erobert und touristisch erschlossen. Er spürte hinter kahlen Plateaus, die nichts als Gegend sind, alte Sagen und Geschichten auf, suchte liebevoll nach den Resten wendischer Kultur, beschrieb die Zeugnisse der Zisterzienserbaukunst, porträtierte Städte und Dörfer, Bürger und Junker, Kutscher und Kossäten, er entdeckte zwischen Kiefern und Kusseln, Sumpf und Sand die vielleicht bescheidene, aber liebenswerte Schönheit der märkischen Landschaft. Darauf müssen wir immer wieder Bezug und Rücksicht nehmen.

Fontane tat das mit sehr zielgerichteter Absicht, denn, wie er sagte, hatte er einfach vor, seinen Landsleuten zu zeigen, dass es in ihrer nächsten Nähe auch nicht übel sei und dass es in der Mark Brandenburg auch historische Schlösser, schöne Seen, landschaftliche Eigentümlichkeiten und Schritt für Schritt auch tüchtige Kerle gebe. Allein diese touristische Perspektive würde ihn heute zum Geschäftsführer der Tourismus- und Marketing GmbH qualifizieren. Aber doch machte er immer wieder Einschränkungen. Es sei mit der märkischen Natur - und die Damen verzeihen mir dieses Zitat - wie mit manchen Frauen, auch die hässlichste habe immer noch sieben Schönheiten. Genauso, sagt Fontane, ist es mit dem Land zwischen Oder und Elbe, wenige Punkte sind so arm, dass sie nicht auch ihre sieben Schönheiten hätten. Immer wieder betont er, man müsse sie nur zu finden wissen, man müsse ein Auge dafür haben, man müsse sie also erst suchen, fördern und - in heutiger Sprache würde ich sagen - durch Werbung vermarkten.

Sie sehen, meine Damen und Herren, dass für die touristische Entwicklung des Landes Brandenburg sehr viel mehr Potenziale nötig sind, sehr viel Vorbereitungen, sehr viel Einfühlung und vor allen Dingen sehr viel geistige, künstlerische und kulturelle Infrastruktur. Die Musiksommer, Festspiele, Dorffeste, Theater- und Konzertaufführungen, Museen und die Kultur von der Lausitz über das Oderland bis nach Prenzlau und Wittenberge sind unverzichtbare Basis und Anreiz für touristische Attraktivität, mehr als in anderen Ländern, vor allen Dingen auch hier bei uns im Osten Deutschlands.

Fontane zählt fünf Voraussetzungen auf, man könnte fast sagen, Hindernisse, die man überspringen oder die man mitbringen

müsse, um in die Mark zu reisen, und zwar so, dass man auch Lust hat, wiederzukommen.

Erstens: Man müsse Liebe zu Land und Leuten mitbringen, ohne Voreingenommenheit, also mit gutem Willen. Wie schaffen wir dies? Durch kulturelle Vorbildung, durch kulturelle Führung.

Zweitens: Man müsse mit einer geduldigen und feinsinnigen Art von Natur- und Landschaftssinn ausgerüstet sein. Wie erreichen wir das? Durch Kulturbildung und die Schaffung von kultureller Attraktivität.

Drittens: Man sollte die Geschichte des Landes kennen und lieben. Über das „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“ reden wir heute noch, Herr Prof. Bisky. Das Verständnis dafür kann man vorher wecken, es muss aber durch Museen, durch Ausstellungen vielfach vor Ort geweckt werden.

Viertens: Man sollte nicht so sehr durch Komfort verwöhnt sein oder Komfort erwarten. Ich glaube, dies ist von der Zeit überholt. Das galt vielleicht noch kurz für die Zeit nach der Wende. Aber die Hotels und auch die Pensionen sind gut ausgestattet. Darauf, glaube ich, brauchen wir heute nicht mehr zu verzichten.

Schließlich meint der Dichter, wer in Brandenburg eine Reise wagen wolle, der fülle seinen Geldbeutel, denn Reisen in der Mark sei alles andere als billig.

Ich denke, hier hat sich auch einiges verändert. Das traf bestimmt auf die ersten 90er Jahre zu, aber es gibt sicher noch einzelne Orte in Brandenburg, in denen das Preis-Leistungs-Verhältnis noch in Ordnung gebracht werden muss, vor allen Dingen auch im Vergleich zu Reisen in das Ausland.

Doch wer schließlich, meine Damen und Herren, sind die Träger der Kultur, des Tourismus und der touristischen Entwicklung im Land Brandenburg? Dabei hat sich zu Fontane auch einiges geändert. Fontane hat ja den Adel, vor allen Dingen den Landadel, entdeckt. Und er dichtete damals, wer den Adel abschaffen wollte, schaffte den letzten Rest von Poesie aus dem Land.

Diese Kulturträgerschaft des Landadels ist in großen Teilen - bis auf wenige Ausnahmen -, die auch in diesem Hohen Hause wiederkehren, zum Beispiel in unserer Fraktion, verschwunden.

(Heiterkeit)

Ich würde gern ein Gedicht vorlesen, in dem dessen Name vorkommt, aber dazu habe ich jetzt keine Zeit. Aber Sie sehen an der Uckermark, an Schwedt zum Beispiel: Dort, wo früher ein Landadelsschloss gestanden hat, steht heute eine Kultureinrichtung, die Uckermärkischen Bühnen. Das zeigt, wie sich viele Dinge verändert haben und wie wir heute vor allen Dingen in Richtung Tourismus und Landesentwicklung auf die Kultur setzen müssen.

Doch ganz kurz noch ein paar nackte, einfache Zahlen, die deutlich machen, wo wir im Land Brandenburg stehen. Wir können unser Land immer gut mit zwei anderen Ländern im Osten vergleichen, die eine ähnliche Einwohnerschaft und ähnliche Beschäftigungszahlen aufweisen - mit dem Freistaat Thüringen und dem Land Sachsen-Anhalt. Alle drei Bundesländer haben reichlich eine Million Beschäftigte. In Sachsen-Anhalt sind es

etwa 28 000 Menschen, die im Tourismus arbeiten, bei uns sind es 52 000. Wir sind also schon ein großes Stück vorangekommen. In Thüringen sind es 90 000 bis 100 000.

Herr Kollege Kliesch, hier haben Sie die Zahl, zu der wir auch kommen wollen. Lassen Sie uns darauf hingehen, aber auch mit der Kultur, denn Kultur ist nicht nur Konsumtion, sondern auch Investition und mindestens genauso wichtig wie bekleidungsähnliche Gegenstände für Landesbeamte. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Dr. Niekisch von der Fraktion der CDU. - Wir sind damit am Ende der Rednerliste angekommen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 2 und unterbreche die Landtagssitzung bis um 13 Uhr zu einer Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.02 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.02 Uhr)

Präsident Dr. Knoblich:

Meine Damen und Herren! In Anbetracht der notwendigen Zeit zum Erreichen des Plenarsaales tausche ich die Tagesordnungspunkte 3 und 4.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gewalt gegen Frauen

Große Anfrage 15
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/2008

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 3/2543

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Frau Bednarsky, Sie haben das Wort.

Frau Bednarsky (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dank für die umfangreiche und Überblick gewährende Antwort! Wir hoffen, dass es gelungen ist, ressortübergreifende Anstöße zu geben und viele Beteiligte zu sensibilisieren, die direkte und vermittelte Verantwortung tragen.

„Gewalt gegen Frauen“ - dieses Thema haben wir aufgerufen, weil es für viele tabu ist, weil es im Alltagsbewusstsein als so genanntes Kavaliersdelikt betrachtet wird, aber in der Gesellschaft nicht ausreichend geächtet oder gar totgeschwiegen wird.

Der zweite Frauenreport des Landes Brandenburg hat festgestellt:

„Das öffentliche Interesse für die alltägliche Gewalt in den

innersten Räumen - Familien- und Paarbeziehungen - steht in keinem Verhältnis zu ihrem Schweregrad und ihrer Verbreitung. Sie kommt in allen sozialen Schichten vor ...”

Der Bericht kommt 1999 zu dem Schluss, dass die Notwendigkeit besteht, dezentrale ambulante Beratungsangebote auszubauen und die Frauenhausarbeit zu differenzieren. Wir konnten nicht erkennen, dass die Landesregierung diesen Forderungen in ausreichendem Maße gerecht wurde.

Die Zahlen sind alarmierend. Wenn wir der uns zur Verfügung gestellten Statistik entnehmen, dass in den Jahren von 1995 bis 1999 die Anzahl der Opfer von Vergewaltigung und sexueller Nötigung sowie von sexuellem Missbrauch deutlich gestiegen ist, können wir dies keineswegs als Privatangelegenheit betrachten.

Im Gegenteil: Es sollte vielmehr Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen über die Zunahme von Gewalt, insbesondere von Gewalt gegen Frauen, sein, die den Ursachen und Bedingungsgefügen nachgehen und auf deren Grundlage Angebote für politische Handlungsstrategien gemacht werden sollten.

Wir sagen auch hier deutlich: So wichtig es ist, den Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt wurden, Hilfsangebote zu unterbreiten und das Schlimmste noch zu verhindern, muss doch die Hauptaufgabe in der Prävention gesehen werden.

Um es gleich vorwegzunehmen: Wir finden es sehr kritikwürdig, dass es trotz des bereits laufenden Bundesprogramms „Keine Gewalt gegen Frauen“ keine Brandenburger Konkretisierung in Form eines eigenen Aktionsplanes gibt. Wir hielten dies aber für ein geeignetes Mittel, um zum einen die gesamte Problemstellung aufzuwerten und zum anderen ressortübergreifende Zusammenarbeit zu initiieren und zu koordinieren.

Welche Hauptkonflikte sehen wir gegenwärtig?

Erstens: Ist es nicht notwendig, vorhandene Strukturen bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder den realen, konkret existierenden Bedingungen anzupassen? Gefragt ist ein unkompliziertes Zusammenwirken von Hilfseinrichtungen, Polizei, Familiengerichten, Staatsanwaltschaften und auch Strafgerichten, damit man der individuellen Problemlage der Frauen gerecht werden kann. Deshalb halten wir Interventionsprojekte, die Täter an der Ausübung von Gewalt hindern und die Opfer schützen, für einen deutlichen Schritt nach vorn.

Zweitens: Der Antwort der Landesregierung haben wir entnommen, dass es eine Reihe von so genannten Strukturen gibt, zum Beispiel das Netzwerk brandenburgischer Frauenhäuser, Arbeitsgruppen auf verschiedenen Ebenen etc., die auf diesem Problemfeld wirken.

Ich möchte jetzt auf die Thematik Frauenhäuser eingehen. An der Sichtbarmachung dieser unterschiedlichen Formen von Gewalt haben Frauenhäuser und auch Frauen- und Mädchenzentren durch gezielte und kraftaufwendige Öffentlichkeitsarbeit einen erheblichen Anteil. In der Antwort der Landesregierung gerade zu diesen tragenden Einrichtungen hat man den Eindruck, es sei alles in Ordnung. In diesen Punkten haben wir uns ein stärkeres Problembewusstsein gewünscht. Es hilft, die Probleme aufzunehmen, und bewahrt davor, sie durch Verschiebetechnik wo-

möglich gar nicht mehr anzupacken. Welche dringenden Probleme sehen wir daher beispielsweise?

1. Frauenhäuser in ihrer Aufgabe als Schutz- und Zufluchtsstätten haben darüber hinaus ein breites Angebot von Beratung, Betreuung und Begleitung entwickelt. Das ist unumgänglich, wenn Frauen eine neue Lebensperspektive, die frei ist von Gewalt, eröffnet werden soll.

Prävention und Öffentlichkeitsarbeit haben sich in der Arbeit der Frauenhäuser in Bezug auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit ...

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Bednarsky, ich muss Sie für einen kleinen Moment unterbrechen.

Meine Herrschaften, ich kann nicht verstehen, dass Sie den Plenarsaal zum Forum irgendwelcher, möglicherweise auch privater, Gespräche machen. Das trifft auf die rechte wie die linke Seite zu. Ich glaube, manchem ist nicht ganz bewusst, wo er sich hier befindet.

(Vereinzelt zustimmendes Klopfen bei SPD und CDU)

Bitte sehr, Frau Bednarsky.

Frau Bednarsky (PDS):

... als notwendig für eine Veränderung im gesellschaftlichen Bewusstsein erwiesen.

2. Wenn das so ist, muss zugleich festgestellt werden: Der Landeszuschuss ist in den letzten Jahren eingefroren worden bzw. zurückgegangen. Dies geht einher mit der skizzierten Ausweitung der Aufgabenbereiche. Wir würden die Beschäftigungsverhältnisse der Frauen in den Frauenhäusern als prekäre Arbeitsverhältnisse einstufen - ein Zustand also, der gerade in der Frauenarbeit um sich greift. Die Beschäftigten arbeiten als Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen mit staatlicher Anerkennung in schwierigen Tätigkeitsfeldern. Eine tarifgerechte Entlohnung - sie liegt im Schnitt bei V/BAT-Ost und darunter - ist auch deshalb nicht möglich, weil die bewilligten Landesmittel eine solche Entlohnung nicht zulassen. Man muss sich schon fragen, welcher Wert dieser Arbeit bemessen wird.

3. Hinzu kommt, dass wir in diesen Fällen nicht von normalen Arbeitsverhältnissen sprechen können. Das ergibt sich aus der Doppelfunktion der Mitarbeiterinnen. Wenn die Landesregierung - wohl nicht ohne Stolz - davon berichten konnte, dass nahezu rund um die Uhr eine Erreichbarkeit über Nottelphone gewährleistet ist, dann funktioniert dies nur, weil Frauen Bereitschafts- und Telefondienste leisten. Vergütet wird dies nicht. Hier treffen wir also die klassische Situation an, dass Frauen sich unter Wert verkaufen, obwohl sie anderen Frauen helfen.

4. Parallel dazu sind diese Frauen auch noch aktive Mitglieder in ihren Trägervereinen und sorgen auf diese Art, indem sie sich intensiv mit der Problematik als Person identifizieren, auch für eine sinnvolle Verknüpfung von Anti-Gewalt-Arbeit. Das erwartet man offensichtlich einfach so. Honoriert wird es nicht.

5. Die Struktur der Tätigkeit in den Frauenhäusern hat sich in den letzten Jahren verändert. Das hängt mit der Veränderung der Realitäten und den tatsächlichen Bedürfnissen der von Gewalt betroffenen Frauen zusammen. Es ist nicht mehr so, dass Frauen sich ein halbes Jahr oder länger im Frauenhaus aufhalten wollen. Sie haben das dringende Bedürfnis, wieder in das so genannte normale Leben zurückzukehren, was immer das heißen mag. Jedenfalls sollte es ein vor Gewalt geschütztes Leben sein und dafür sind die Mitarbeiterinnen in Zusammenarbeit mit vielen zuständigen Behörden tätig. Ist das geschafft, ist ein deutlich höherer Begleitungs- und Beratungsbedarf vonnöten, als noch vor zehn Jahren. Auch diese Arbeit wird geleistet.

Der Konflikt besteht allerdings darin, dass sich der Fördermechanismus nicht danach richtet. Der ist ausgerichtet auf Übernachtungstage und Übernachtungsdauer. Etwa ein Drittel der Frauen bleibt Umfragen zufolge sieben Tage, ein weiteres Drittel bis zu einem Monat. Das hat zur Konsequenz: Intensive, aber kurze Betreuung im Haus, langfristige Begleitung danach. Hier muss also eine andere Förderlogik her, wenn die Arbeit praxisnah erfolgen soll. Sie sollte sich auch in einem veränderten Betreuungsschlüssel wiederfinden. Prävention und Nachsorge muss ein höherer Stellenwert beigemessen werden.

Von allen Mitarbeiterinnen wird ein komplexes Handeln als Expertin erwartet. Deshalb sind Qualifizierung und Weiterbildung so wichtig. Viele finanzieren das selbst. An dieser Stelle erwarten wir, mit dem Aktionsplan des Landes weiterzukommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS und des Abgeordneten Muschalla [SPD])

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Frau Abgeordnete Redepenning, bitte sehr.

Frau Redepenning (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich war doch überrascht, dass nach so langer Zeit Landtagsgeschichte dieses Thema nun erstmalig im Landtag besprochen wird, auch wenn es in diesem Fall noch nicht zu einer Beschlussfassung kommt. Bemerkenswert ist auch, wer zu diesem Thema spricht. Haben wir doch das Glück, dass unser Minister ein Mann ist. Insofern sprechen nicht nur Frauen zu einem Thema, das es ohne Männer nicht gäbe. Dr. Monika Hauser sagte völlig zu Recht:

„Die Verbrechen an Frauen werden von Männern begangen, von Männern vertuscht, verharmlost und ignoriert.“

Natürlich möchte ich Ihnen hier nicht unterstellen, dass Sie ...

(Zuruf von der CDU: Auf keinen Fall!)

Aber wenn Männer sich von Gewalt an Frauen in der Öffentlichkeit distanzieren, hat dies doch einen ganz anderen Effekt, auch einen erzieherischen Sinn für die folgenden Generationen, als wenn ewig diese „nörgelnden Emanzen“ über ihre Geschlechtsgenossen sprechen. Ich sehe mich nicht in letztgenannter Rolle und möchte zum Ausdruck bringen, dass mit einer Diskussion und dieser wirklich sehr gut formulierten Großen

Anfrage das Thema nicht abgeschlossen sein darf, sondern erst in die Diskussion im Land Brandenburg eingetreten werden sollte.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD sowie Beifall bei der PDS)

Die meisten anderen Bundesländer haben in ihren Landtagen klare Positionen formuliert und diese auch beschlossen. Dies ist nicht nur ein Zeichen der Anerkennung an die Frauen, die in erster Linie eine begleitende Betreuungsfunktion für misshandelte Frauen ausüben, sondern gibt auch Impulse in die Kommunen, diese Bereiche in der Förderung nicht zu vergessen, sondern weiter aktiv zu unterstützen.

Ich begrüße, dass das Land Brandenburg den Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen mit dem Ziel unterstützt, die Gewalt nachhaltig zu bekämpfen. Es sollte auch das Thema der häuslichen Gewalt angesprochen werden und Möglichkeiten, wie Erleichterung geschaffen werden sollte für die der Gewalt ausgesetzten Frauen.

Es geht darum, neben den bestehenden Hilfsangeboten für Frauen diese Maßnahmen besser auszubauen, verschiedene Projekte miteinander zu vernetzen und die Stellen vor Ort in ihrer Arbeit zu unterstützen. Präventive Maßnahmen, die bereits in Kindergärten und Schulen angeboten werden, müssen ebenso wie Familienbildung und Familienberatung, welche zielgenau bei den Problemen ansetzen, ein besonderes Gewicht erhalten.

Eines ist klar: Kein Mensch wird gewalttätig geboren. Gewalt wird erlernt - in den Familien, in den Medien, im allgemeinen gesellschaftlichen Umgang. Bis zu 10 000 Fernsehmorde hat ein Schüler bis zu seinem 13. Lebensjahr in Deutschland bereits gesehen. Gewalt wird einfach verharmlost. „Fäuste statt Worte“ lautet das Prinzip. Dafür, dieses nicht hinnehmen zu müssen, werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um der Gewalt gegen Frauen energisch einen Riegel vorzuschieben.

Natürlich ist die Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1993 nur ein erster Schritt in der Umsetzung der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Solch eine Erklärung kann nur durch die Arbeit in der kleinsten Gemeinde umgesetzt werden, um letzten Endes vom Erfolg gekrönt zu werden, was hier heißt, Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu ächten und ihnen die Chance zur Selbstverwirklichung zu geben, eine autonome Existenz aufzubauen, als Notanker zur Verfügung zu stehen.

Wichtig ist natürlich, dass durch solche Anfragen, Nachfragen etc. das öffentliche Interesse wach gehalten wird und jeder Einzelne für dieses Thema sensibilisiert wird.

Wir als Landtag müssen uns für professionelle, ausgebildete Leute als Ansprechpartner einsetzen, die in der Lage sind, auch in Extremsituationen wirklich zu helfen.

Es ist wichtig, Zahlen auf den Tisch zu packen, aus denen hervorgeht, dass die Zahl der Gewaltopfer nicht jährlich geringer wird, sondern stetig anwächst, und uns Gedanken darüber machen, inwieweit unsere Politik dazu beiträgt bzw. was wir tun müssen, um langfristig ein Absinken dieser Zahlen zu erreichen.

So umfangreich diese Frage formuliert wurde - und viele Fakten

stehen nun allen Abgeordneten zur Verfügung -, möchte ich doch als Ergänzung zu dem gehörten Beitrag näher auf den Punkt 5 zu sprechen kommen. Formaljuristisch existiert der Begriff „Frauenhandel“ nicht. Im deutschen Strafgesetzbuch ist lediglich von „Menschenhandel“ die Rede, obwohl Menschenhandel de facto Frauenhandel ist; denn über 99,7 % der beim Bundeskriminalamt registrierten Opfer von Menschenhandel sind Frauen. Um dieser Tatsache Nachdruck zu verleihen, sprechen wir von Frauenhandel. Wenn wir den Begriff „Menschenhandel“ benutzen, beziehen wir uns auf juristische Definitionen.

In der Fachöffentlichkeit herrscht große Uneinigkeit darüber, wie Frauenhandel bzw. Menschenhandel zu definieren ist. Neben verschiedenen strafrechtlich orientierten Definitionen der Gesetzgeber, von Europol oder Interpol gibt es mehrere Definitionen verschiedener Nichtregierungsorganisationen, die entweder menschenrechtsorientiert sind oder die sexuelle Ausbeutung in den Mittelpunkt stellen. In §§ 180 b und 181 des deutschen Strafgesetzbuches ist Menschenhandel definiert. Danach kann nur von Menschenhandel ausgegangen werden, wenn die betroffenen Personen in die Sexindustrie gezwungen wurden oder aber über das Ausmaß der Ausbeutung ihrer Tätigkeit in der Sexindustrie getäuscht worden sind.

Die praktische Arbeit der Gruppen, die diese Frauen unterstützen, hat jedoch gezeigt, dass diese Definition der Realität nicht gerecht wird. Es wäre sinnvoller, von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, genauer: von erzwungener Arbeit, Knechtschaft oder sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen zu sprechen. Dieser Definitionserweiterung kommt nach meiner Meinung angesichts der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft und damit auch des Arbeitskräftemarktes größere Bedeutung zu. In Anlehnung an die Definition von Menschenhandel kann eine Ausbeutung durch Menschenhandel in vielen Arbeitsbereichen stattfinden, beispielsweise in der Bekleidungsindustrie, in der Landwirtschaft, im Bettelgewerbe, in der Sexindustrie und in anderen Gewerben, ebenso im Haushalt oder durch erzwungene Heirat, in der die Frauen wie Gefangene leben, regelmäßig von ihren Ehemännern vergewaltigt und häufig zur Schwangerschaft gezwungen werden. Daher müsste eine breitere Definition von Menschenhandel, bei der der Aspekt des Handels in der Sexindustrie nur eine Erscheinungsform der Ausbeutung von Frauen darstellt, eingesetzt werden.

Die Lebenssituation der von Frauenhandel Betroffenen, die im Rahmen eines Strafverfahrens auch Zeuginnen sind, wird durch verschiedene Faktoren sehr belastet. Dabei spielen die gesetzlichen Rahmenbedingungen, von denen diese Frauen betroffen sind, eine große Rolle. Hinzu kommt eine mögliche Gefährdung durch eine Zeugenaussage aufgrund der Bedrohung durch die Täter.

Frauen, die in der Sexindustrie gehandelt wurden und sich in der Lage sehen, gegen Schlepper und Händler auszusagen, werden, sofern die Staatsanwaltschaft ihre Aussage als wichtig erachtet, folgende Rechte gewährt: Sie können sich in der Regel in dem jeweiligen Bundesland aufhalten, solange sie als Zeuginnen benötigt werden. Sie erhalten für diese Zeit eine „Duldung“, die in der Regel auf Bitten der Staatsanwaltschaft von der Ausländerbehörde erteilt wird. Sie können, wenn sie das wünschen, in einer Zufluchtswohnung aufgenommen werden und in dieser Zeit eingeschränkt Sozialhilfe beantragen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Sie haben Anspruch auf einen Rechtsbei-

stand, also einen Nebenklagevertreter. Dies gilt allerdings nur für Anklage bei schwerstem Menschenhandel. Die Anwaltskosten werden in der Regel vom Staat übernommen.

Folgende Rechte werden ihnen verwehrt: Sie dürfen keine Arbeit aufnehmen. Sie dürfen keine Ausbildung machen. Sie dürfen, falls sie Kinder oder engere Beziehungspartner im Herkunftsland haben, diese nicht im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland holen. Sie dürfen das Bundesland, in dem der Prozess stattfindet, nicht verlassen, da die ihnen erteilte Duldung die Bewegungsfreiheit auf dieses Gebiet beschränkt.

All dies trifft für den Zeitraum vor und während des Prozesses zu. Nach der Beendigung des Prozesses müssen die Frauen die BRD verlassen. Zahlreiche Zeuginnen kehren nicht mehr in ihren Heimatort zurück, weil sie Angst vor Verfolgung von Seiten der Schlepper und Händler haben. Von der ersten Aussage der Frau bis zur Urteilsverkündung können mehrere Jahre vergehen. Während dieser Zeit können die Frauen weder ihre Kinder noch andere Angehörige aus ihrem Herkunftsland sehen.

Auch die Tatsache, dass die Frauen in dieser Zeit nicht arbeiten bzw. keine Ausbildung machen dürfen, ist für die Zeuginnen sehr belastend. Zum einen bedeutet dies, dass sie zur Untätigkeit gezwungen werden, zum anderen, dass sie in dieser Zeit kein Geld verdienen dürfen. Der finanzielle Druck, unter dem die Frauen stehen, ist jedoch auch in dieser Situation enorm. Die Länge der Wartezeit auf den Prozess bedeutet außerdem, dass sie wichtige Zeit verlieren, die sie dringend benötigen, um ihre Zukunftsperspektive auszuarbeiten.

Anspruch auf psychologischen Beistand haben die Frauen in dieser Zeit nicht. Um die Aussagebereitschaft von Zeuginnen in Menschenhandelsverfahren zu erhöhen und somit eine höhere Verurteilungsquote der Täter zu erreichen, wäre eine Bedenkzeit sinnvoll. Denn nach der ersten Vernehmung durch die Kriminalpolizei wird in der Regel entschieden, ob diese Frau als Zeugin in Frage kommt oder nicht. Häufig stehen die Frauen unter Schock und sind nicht in der Lage einzuschätzen, ob sie aussagen wollen oder überhaupt können, da sie gerade einer sehr traumatischen Situation entkommen sind. Dies zu begreifen braucht Zeit.

Daher ist eine sehr wichtige Forderung von Projekten, wie in Belgien praktiziert, Frauen, die potenziell von Menschenhandel betroffen sein könnten, eine automatische Duldung zu erteilen, damit sie zur Ruhe kommen und eine Beratungsstelle aufsuchen können, um Zeit zum Überlegen zu haben, ob sie Anzeige erstatten wollen. Frauen können sich bei Vertrauenspersonen darüber informieren, was eine Aussage für sie bedeuten würde.

Im Bereich des Handels in der Sexindustrie versuchen Frauenhändler aufgrund des gesetzlichen Hintergrunds häufig den Aufenthalt der von ihnen angeworbenen Frauen durch Eheschließung zu legalisieren. Die Frauen erhalten durch die Eheschließung einen legalen, allerdings zeitlich befristeten Aufenthalt. Sie werden deshalb bei einer Razzia von den Polizeibeamten in der Regel nicht mehr als mögliche Opfer von Menschenhandel wahrgenommen, da sie das Kriterium illegalen Aufenthalts nicht mehr erfüllen. Diese bezeichnen wir als statistisch unsichtbare Betroffene von Menschenhandel. Ausländerrechtliche Probleme gibt es nach drei Jahren, wenn der Aus-

länderbehörde das Bestehen der Ehe bewiesen werden muss, um die Aufenthaltsgenehmigung weiter verlängern zu können. Es ist aber nach dieser Zeit nicht mehr das Interesse der Frauenhändler, dass der Aufenthalt der Frauen verlängert wird. Zum einen haben sie bereits genug an den Frauen verdient. Zum anderen verlieren sie Macht über die Frauen, wenn sie einen von der so genannten Scheinehe unabhängigen Aufenthaltsstatus haben. Dieser könnte die Bereitschaft der Frauen, gegen die Frauenhändler Anzeige zu erstatten, erhöhen. Daher werden die Zweckehen vor allen Dingen so organisiert, dass die Ehemänner nach drei Jahren unauffindbar sind.

Das Ausländergesetz trägt in dem Fall dazu bei, dass sich die Frauenhändler sehr einfach der Frauen entledigen können. Denn sollte nach drei Jahren der Bestand der Ehe nicht zu beweisen sein, werden die Migranten ausgewiesen. Auf diese Weise gehen sie als mögliche Zeugen in einem Menschenhandelsverfahren verloren. So wird diese gesetzliche Regelung als Machtinstrument im Zusammenhang mit Frauenhandel benutzt. Die Migrantinnen sind gezwungen, selbst Gewalt durch den Ehemann zu erdulden, wenn sie nicht ausgewiesen werden wollen.

Die wesentlichste Veränderung der letzten Jahre im Bereich Frauenhandel ist zweifellos die, dass vermehrt Frauen aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland gehandelt werden. Anders als ursprünglich angenommen, haben diese Frauen die Frauen aus Thailand nicht vom Markt verdrängt. Mitarbeiterinnen von Beratungsstellen berichten, dass sie nun zunehmend von Frauen aufgesucht werden, die in irregulären Arbeitsverhältnissen gehandelt werden. Da es in diesem Bereich so gut wie keine rechtliche Regelung gibt, ist die Ausbeutung der Frauen ohne Risiko möglich. Vor allen Dingen ist eine Professionalisierung des Handels in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zu verzeichnen. Während zunächst private Haushalte die Arbeitsplätze der Frauen waren, sind es nunmehr immer häufiger Kleinbetriebe, zum Beispiel Imbissstuben.

Eine neue Tendenz ist die Bereitschaft von Politik, Nichtregierungsorganisationen und Behörden, interdisziplinär zu arbeiten. Dies basiert darauf, dass sich in den letzten Jahren die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass einem so komplexen und ressortübergreifenden Phänomen nur effektiv begegnet werden kann.

Die rechtliche Situation der Prostitution wird durch eine Reihe von Verordnungen im Strafgesetz und im Ordnungswidrigkeitengesetz bestimmt. Diese Paragraphen haben eine lange Tradition und wurden teilweise zum Schutz der Prostituierten vor Ausbeutung und Gewalt erlassen. Diese damals durchaus fortschrittlichen Regeln erfassen nur unzulänglich die heutige Situation.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Abgeordnete, kommen Sie zum Schluss Ihrer Rede!

Frau Redepenning (SPD):

Auf all diese Fragen und Probleme in Bezug auf Frauenhandel machen Projekte wie das in der Anfrage genannte Projekt „Schutz und Hilfe für Opfer von Menschenrechtsverletzung“ aufmerksam. Gerade in der letzten Zeit titelte die Gewerkschaftszeitung „Deutsche Volkspolizei“ in ihrer Märzausgabe: „Moderne Sklaverei - das Geschäft mit der Ware Mensch flo-

riert“. Das bedeutet auch, dass wir das Thema Gewalt und deren Zusammenhang mit dem Frauenhandel nicht auf Krampf herbeiziehen, sondern dass es tatsächlich diskutiert, dass die Gesetzgebung überarbeitet und die Arbeit der Beratungsstellen und Frauenhäuser unterstützt werden muss.

Meine Damen und Herren! Gehen Sie in ein Frauenhaus, sehen Sie sich an, unter welchen Bedingungen die Frauen dort Zuflucht finden und zu sich selbst eine neue Beziehung aufbauen! Sprechen Sie mit den Mitarbeitern!

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss!

Frau Redepenning (SPD):

Die Gewalt gegen Frauen ist still und leise, wird totgeschwiegen, geschieht in der Sicherheit der Wohnung, auf der Straße, am Arbeitsplatz, überall. Die Dunkelziffer ist mit Sicherheit noch viel größer, auch wenn das Ministerium nicht mit Zahlen aufwarten konnte. Gewalt gegen Frauen ist nicht allein der Faustschlag ins Gesicht, sondern das sind auch die Verletzungen mit Worten und Gesten, die Missachtung und Herabwürdigung von Frauen, ihrer Leistung und Kompetenz. - Ich danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Abgeordnete Frau Fechner. Sie spricht für die DVU-Fraktion.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vorherrschende Gewalt gegen Frauen ist sehr vielfältig - sei es die häusliche Gewalt, seien es der Menschenhandel und die Prostitution, denen Frauen zum Opfer fallen, oder seien es sonstige Körperverletzungen, denen Frauen ausgesetzt sind.

Erfreulich ist die Tatsache, dass der prozentuale Anteil der weiblichen Opfer von Gewaltkriminalität leicht gesunken ist. Unter Gewaltkriminalität zählen unter anderem neben Mord und Totschlag auch Vergewaltigung, sexueller Missbrauch und Menschenhandel.

Auch die Zahl der Frauen, die Opfer von Prostitution wurden, ist gegenüber dem Jahr 1998 rückläufig, was mit Sicherheit nicht den zu erwartenden rechtlichen Konsequenzen für diese strafbaren Handlungen zu verdanken ist; denn von den vier wegen Menschenhandels verurteilten Straftätern erhielten drei eine Freiheitsstrafe von maximal gerade einmal zwei Jahren; einer wurde sogar nur zu einer Geldstrafe verurteilt.

Und für die Anhänger der Multikultigesellschaft folgender Hinweis: Der „BZ“ vom 21. März dieses Jahres war zu entnehmen, dass 80 % der Bordellbetriebe in der Hand von Ausländern sind. Die Szene wurde dadurch gewalttätiger und krimineller. Deshalb sind immer weniger deutsche Frauen bereit, als Prostituierte zu arbeiten. Das bedeutet, dass immer mehr ausländische Frauen - zum Teil unfreiwillig - nach Deutschland geholt werden.

Leider gab es auch im Jahre 1999 noch 51 Frauen, die der Prostitution zum Opfer fielen, und 11 Frauen, die Opfer des Menschenhandels wurden.

Meine Damen und Herren! Das Thema „Häusliche Gewalt“ spielt auch immer wieder eine Rolle. Seitens der Landesregierung gibt es viele Bemühungen, dieser Gewalt entgegenzuwirken bzw. den betroffenen Frauen zu helfen. Welche Projekte dazu im Einzelnen im Land Brandenburg existieren, lässt sich der Antwort auf die Große Anfrage entnehmen. Dies im Einzelnen zu erörtern erspare ich mir. Doch diese Projekte können in den wenigsten Fällen Gewalt verhindern.

Viele von Ihnen werden noch den Spruch kennen: Die kleinste Zelle einer Gesellschaft ist die Familie. Hier wird in der Regel auch der Grundstein dafür gelegt, wie sich ein Kind später als Erwachsener verhalten wird. Kinder, die in einem Elternhaus aufwachsen, wo es keine Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung gibt, wo Auseinandersetzungen mit Gewalt geführt werden, wo Schläge und Misshandlungen der Erziehung dienen, werden in der Regel in ihren späteren Beziehungen auch gewalttätig sein. Hier gilt es präventiv einzugreifen.

Warum herrscht in manchen Beziehungen Gewalt? Oftmals spielt der Alkohol eine Rolle. Doch warum verfallen immer mehr Menschen gerade in den neuen Bundesländern dem Alkohol? Ein Grund ist die hohe Arbeitslosigkeit.

Einen weiteren Grund für immer mehr Gewaltbereitschaft sehen wir in den Medien. Medien sind zu einem ganz erheblichen Teil Meinungsmacher. Sie beeinflussen die öffentliche Meinung und erzeugen sehr oft Nachahmungstäter, besonders dann, wenn Gewalt in reißerischer Form mit entsprechender Bebilderung geschildert wird.

Unsere Fraktion hat im November vergangenen Jahres diesbezüglich einen Antrag eingereicht. Er wurde mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, natürlich kann man noch mehr Frauenhäuser errichten, noch mehr Projekte gegen Gewalt finanzieren, die Gesetze weiter verschärfen. All das wird nicht viel nutzen, wenn wir als Erwachsene den Kindern Gewalt vorleben. Wie will man Kindern beibringen, ihre Konflikte gewaltfrei zu lösen, wenn sogar Politiker Gewalt gegen andere Völker anwenden - denken wir nur an den Kosovo-Krieg!

Alle Maßnahmen, die gegen Gewalt gegenüber Frauen gerichtet sind, sind wenig wirksam, wenn kein Umdenken in den Köpfen der Menschen stattfindet. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Frau Abgeordnete Schulz, bitte!

Frau Schulz (CDU):

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf einige hanebüchene Theorien, die hier eben vor-

getragen worden sind, möchte ich nicht eingehen. Ich möchte nur in Bezug auf ausländische Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, eins sagen: Das geschieht schlicht und einfach, weil sie billiger arbeiten und einfacher zu ködern sind. Alle, die von der polnischen Grenze kommen, kennen diese Problematik. Da sollte man hier nicht mit hanebüchenden Theorien aufwarten.

(Beifall bei der PDS)

Wir reden heute über ein sehr ernst zu nehmendes Thema. Wenn man über Gewalt spricht, muss man auch über die Ursachen und deren Beseitigung sprechen.

Aggression und Gewalt liegen oft nahe beieinander. Es gibt unterschiedliche Aggressionstheorien: Aggression als Verhalten oder Aggression als Bedürfnis. Wenn das Aggressionsverhalten auf die Verletzung anderer zielt, ist es selbstverständlich verwerflich. Als affektbedingtes Angriffsbedürfnis ist es akzeptabel. Wir kennen das ja alle hier im Haus. Wir entwickeln manchmal verbale Aggressionen. Aggressionen müssen offen ausgetragen werden, ohne Gewalt auszuüben.

Aggressives Verhalten resultiert aus den unterschiedlichsten Ursachen und mit Ausnahme medizinischer Befunde immer aus Defiziten: Frust wegen unerreichter Ziele, Versagen oder auch vermeintliches Versagen, geringes Selbstwertgefühl oder geringes Selbstvertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit sowie das Unvermögen, mit Gefühlen und Konflikten umzugehen.

Eine bedeutsame Rolle - darauf wiesen auch meine Vorredner hin - spielen an dieser Stelle die Familien und deren Erziehungsfähigkeit sowie diejenigen, die einen Erziehungsauftrag von der Gesellschaft erhalten haben.

Damit sage ich nicht, dass Kindertagesstätten, Schulen, Heime und andere den Familien diese Verantwortung abnehmen können. Diese können immer nur unterstützen. Denn die alte Weisheit, dass Hans nicht lernt, was Hänschen nicht gelernt hat, hat immer noch Gültigkeit. Deshalb sind familienunterstützende Maßnahmen von so großer Bedeutung.

Es ist traurig genug, meine Damen und Herren, dass uns Gerichte für das, was Familien benötigen, immer erst einen Auftrag erteilen müssen, wie beispielsweise im unlängst gesprochenen Urteil zur Pflegeversicherung. Fakt ist, dass der Umgang mit Aggression und das gewaltfreie verbale Austragen von Konflikten zuallererst in den Familien gelernt werden müssen und gelernt werden.

(Beifall bei der CDU)

Kinder, die Gewalt erleben, geben diese im späteren Leben weiter, wenn nicht rechtzeitig präventiv eingegriffen wird. Dies belegen viele Untersuchungen. Gewalt wird in den Familien gelernt und nicht zuletzt auch in den Medien und im gesellschaftlichen Umfeld. Gewalt und Gewaltausübung sind keine Privatsache. Jeder Mensch hat das Recht auf die Unversehrtheit seiner Person. Diesen Auftrag erteilten uns bereits die Mütter und Väter des Grundgesetzes.

Gewalt hat viele Gesichter. Eine besonders häufige und perfide Art der Ausübung von Gewalt ist die Gewalt gegen vermeintlich Schwächere, gegen Frauen und Kinder.

Bereits im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, Hilfen für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind, auf allen Ebenen anzubieten. Dazu gehören unter anderem die Frauenhäuser, die Anti-Gewalt-Projekte, Präventionsmaßnahmen sowie die Bekämpfung des Frauenhandels. Dabei denke ich auch an unsere lange Grenze zu Polen.

Brandenburg gehört neben Bremen und Hessen zu den ersten Bundesländern, die auf Landesebene bereits einen Aktionsplan erarbeiten. Der Kampf gegen die Gewalt ist eine politische Querschnittsaufgabe. Nur in der weiteren engen Zusammenarbeit der Ressorts der Landesregierung und des Parlaments bieten sich Möglichkeiten für die öffentliche Debatte über Gewalt und für das Ergreifen entsprechender Gegenmaßnahmen, aber auch für die Weiterentwicklung begleitender Hilfen und von Prävention.

Zur Lösung der Gewaltproblematik bedarf es einer Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen auf allen Ebenen, der polizeilichen Intervention, der Strafverfolgung durch die Justiz und der Verfahren bei den Zivil- und Strafgerichten. Das Ausmaß der Gewalt in engen sozialen Beziehungen ist groß und zahlenmäßig kaum erfasst. Dies zeigt auch die Große Anfrage. Die Dunkelziffer ist in diesem Bereich besonders hoch. Ihre emotionale und oft auch finanzielle Abhängigkeit führt häufig zum Verzicht vieler Opfer auf eine Anzeige. Dies ändert sich erst langsam, nicht zuletzt durch die Bemühungen um einen verbesserten Opferschutz. Der Staat muss deutlich machen, dass Gewalt in diesen engen sozialen Beziehungen keine Privatsache ist. Niemand hat das Recht, einem anderen Menschen Gewalt anzutun. Die öffentliche Diskussion über Gewalt gegen Frauen ist ein erster wichtiger Schritt zur Erfassung und zur umfänglichen öffentlichen Ächtung dieser Gewalt.

(Beifall bei CDU und PDS sowie vereinzelt bei der SPD)

Die Unterstützung von Frauen in Misshandlungssituationen, Sanktionen gegen den Täter und die Aufklärungsarbeit helfen dabei. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei, die in der Regel männlichen Täter stärker in das Blickfeld zu rücken und neben den Sanktionen Strategien zur Krisenbewältigung und zur Vorbeugung zu entwickeln. Die geplanten Veränderungen des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung müssen durch landesrechtliche Regelungen schnellstmöglich angepasst und umgesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Beantwortung der Großen Anfrage ist eine erste Grundlage zur Erarbeitung des Aktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf Landesebene. Noch offene oder unzureichend bearbeitete Fragen wie beispielsweise die nach den Strukturen der männlichen Täter bzw. nach der Erarbeitung geeigneter Maßnahmen, um auf diese einzuwirken, geben uns Hausaufgaben auf, die wir noch erledigen müssen, wenn tatsächlich effektiver Schutz und Prävention erreicht werden sollen.

Die Einbeziehung der Medien in diese Diskussion ist ebenso wichtig wie die Sensibilisierung für die Eindämmung von herabwürdigenden Darstellungen wie Mord, Totschlag und Darstellung von Gewalt. Dies gilt insbesondere auch für die neuen Medien wie dem Internet.

Dennoch kann ich mir an dieser Stelle eine Bemerkung nicht verkneifen. Fakt ist: Solange das Konsumverhalten, also die Einschaltquoten für derartige Darstellungen, entsprechend sind, ist der Druck zur Reduzierung derselben entsprechend gering.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Umso wichtiger ist es, die Vertreter der Medien und die Gremienvertreter der Parlamente nachhaltig zu sensibilisieren, damit sie an dieser Stelle ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Die öffentliche Ächtung des gesellschaftlichen Problems von Gewalt im sozialen Nahbereich, Maßnahmen zum Schutz der Opfer, wirksame Prävention, wirksame Repression ebenso und die Strukturierung, Vernetzung und Weiterentwicklung von Hilfsangeboten in allen Bereichen müssen vorangetrieben werden. Angesprochen ist aber ebenso die Zivilcourage. Keiner möge bitte wegschauen und damit dulden.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, unsere Gesellschaft muss eine menschliche Gesellschaft bleiben, die Unterschiede und Emotionen zulässt, ohne dass Probleme mit Gewalt ausgetragen werden und der Stärkere über den vermeintlich Schwächeren triumphiert. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich bedanke mich herzlich und erteile Minister Ziel für die Landesregierung das Wort. Dieser hat mich gebeten, vor seinem Redebeitrag zum Thema eine kurze Anmerkung zu einer akuten Situation machen zu dürfen. - Bitte sehr, Herr Minister.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich bin gegen Ende der Mittagspause, bevor wir wieder in die Plenarsitzung eingetreten sind, von mehreren Journalisten dazu befragt worden, dass ein Insasse des Maßregelvollzuges in Teupitz entwichen sei. Tatsächlich ist ein Mann aus dem Maßregelvollzug entwichen, indem er sich bei einem Ausgang losgerissen hat und weggelaufen ist. Inzwischen konnte er wieder eingefangen werden.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Mann hatte eine Raubstrafat verübt. Möglicherweise gibt es einen weiteren Hintergrund, der in der kurzen Zeit noch nicht aufgeklärt werden konnte.

Sie können sich vorstellen, dass ich sehr dankbar bin, dass die Polizei ihn sehr schnell wiedergefunden hat.

(Beifall bei der DVU)

Nun möchte ich mich dem Thema der Gewalt gegen Frauen widmen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir dieses so wichtige und leider nach wie vor

brisanter gesellschaftlicher Thema in diesem Hohen Hause so intensiv diskutieren. Es ist nicht hinnehmbar, was hinter den häuslichen Gardinen und mitunter auch in aller Öffentlichkeit an Gewalt gegen Frauen geschieht. Das sind beileibe keine Kavaliärsdelikte und die Täter dürfen nicht länger ungestraft davonkommen.

Auch deshalb hat das energische Vorgehen gegen Gewalt Priorität in der Politik der Landesregierung und ist immanenter Bestandteil der Koalitionsvereinbarung. Die Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder gehört dazu.

Seit Jahren befindet sich der Entwurf eines Gesetzes der Bundesregierung im parlamentarischen Verfahren, das, kurz gefasst, Gewaltschutzgesetz heißt.

Es soll unter anderem den zivilgerichtlichen Schutz bei Gewalttaten und Nachstellungen verbessern und die Überlassung der Ehemwohnung bei Trennung erleichtern. Ich habe mit Frau Ministerin Bergmann sehr zeitig darüber gesprochen; es ist klar: Wer gewalttätig wird gegen Frauen und Kinder, muss raus. Es kann nicht sein, dass Frauen und Kinder die Wohnung verlassen müssen und der gewalttätige Mann darin bleibt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Schicksale von Frauen und Kindern in den Frauenhäusern haben mich sehr angeührt.

Brandenburg hat am Entstehen des Bundesgesetzes von Anfang an entscheidend mitgewirkt und Mitte Februar im Bundesrat für seine Annahme plädiert. Darüber hinaus haben wir Änderungsanträge initiiert, die die Rechte der Frauen weiter stärken werden. Das alles wird auch von Teilen der Opposition unterstützt. Deshalb rechne ich damit, dass das Gesetz spätestens bereits im nächsten Jahr in Kraft tritt.

Meine Damen und Herren, im Jahre 1999 wurden im Lande Brandenburg fast 1 700 Frauen und Mädchen Opfer von Gewaltkriminalität. Von den 221 Opfern von Vergewaltigung und sexueller Nötigung waren 211 weiblich; das waren 95 %. Das sind die tatsächlich erfassten Fälle. Zu vermuten ist eine viel größere Dunkelziffer.

Leider liegen auch über die Grauzone häuslicher Gewalt bundesweit keine Erkenntnisse vor. Ebenfalls ist nicht bekannt, wie viele Frauen ihre Peiniger nicht anzeigen. Wir kennen noch zu wenig das tatsächliche Ausmaß dieser Gewalt, gehen aber davon aus, dass es höher ist als das der Gewalt durch Fremdtäter. Das bestätigt uns auch immer wieder die Arbeit in den Frauenhäusern.

Von 1997 bis 1999 suchten insgesamt 2 400 Frauen Zuflucht in den vom Land geförderten 23 Frauenhäusern und -wohnungen. Seit 1991 haben Land, Landkreise und Kommunen die Frauenhäuser mit mehr als 28 Millionen DM gefördert. Allein 1999 waren es 2 Millionen DM. Das werden wir trotz schwieriger Haushaltslage auch weiterhin tun.

Meine Damen und Herren, Gewalttäter müssen ganz entschieden gestoppt werden. Es ist doch ein Unding, dass die Opfer von Gewalt, die Frauen und Kinder, fliehen und ihr Zuhause verlieren, während die Täter weitgehend unbehelligt in der Wohnung bleiben.

Meine Damen und Herren, am Wochenende wird sich eine europäische Konferenz in Stockholm ebenfalls mit genau diesem Thema beschäftigen; denn häusliche Gewalt ist auch ein europäisches Problem. Ich erhoffe mir für unseren Aktionsplan Anregungen von solchen Ländern, die da schon ein Stückchen weiter sind, und werde an dieser Konferenz selbst teilnehmen. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich bedanke mich auch. - Das Wort geht noch einmal an die PDS-Fraktion, an Frau Kaiser-Nicht.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor fast einem Jahr hat Minister Ziel ein Landesaktionsprogramm zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen angekündigt, jetzt sind angeblich Eckpunkte in der Ressortabstimmung. Wie geheimnisvoll - und sehr spät! Bundesaktionsprogramm und Gewaltschutzgesetz des Bundes - Sie sprachen es an - liegen längst vor und nehmen die Länder in die Verantwortung.

Wenn wir uns heute hier über die Brisanz völlig einig sind, dann bin ich über die Qualität Ihrer Antworten auf unsere Große Anfrage doch sehr verwundert. Herr Minister, ich weiß um die Kompetenz und das Engagement Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir trafen uns in zahlreichen Diskussionen und Fachkonferenzen. Sie kennen sicherlich nicht weniger als wir politische Erfahrungen aus Schweden oder Österreich und auch den gesetzgeberischen Vorlauf aus Mecklenburg-Vorpommern.

Keine Erkenntnisse aber meinen Sie zu haben zur Verbreitung von Gewalt gegen Kinder im Lande, zur sexuellen Belästigung von Frauen am Arbeitsplatz, über durch Frauenhausmitarbeiterinnen erfolgte ambulante Beratungen, über Effekte von Maßnahmen der Gewaltprävention unter anderem in Schulen und Projekten, über den Handel mit Mädchen und Frauen zum Zwecke der Pornographie oder der Prostitution. Sie wissen angeblich auch nichts zu Tätergruppen, die via Internet solche Art Pornographie beziehen und zu aus Brandenburg stammenden so genannten Sextouristen. Auch die jetzt vorliegenden Schlussfolgerungen aus Wissen und Nichtwissen sind leider nur ein Anfang.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, Sie hätten es längst in der Hand gehabt, mehr zu wissen. Fragen Sie die Nichtregierungsorganisationen „terre des hommes“ oder „Kind im Zentrum“ in Berlin! Fragen Sie in Projekten wie STIBB in Kleinmachnow oder „belladonna“ in Frankfurt! Fragen Sie beim bundesweiten Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt! Einen Problemaufriss bietet selbst - das haben meine Kolleginnen und Kollegen heute auch schon erwähnt - das Lagebild Menschenhandel vom Bundeskriminalamt aus dem Jahre 1999.

Ich verweise auf die Anhörung vor dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport am 20. Mai 1999 zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Ist regierungsseitig seither wirklich nichts passiert? Auch zum Beispiel eine Opferfeldstudie wäre ein erster möglicher Schritt, hier Genaueres zu erfahren. Im Sinne einer phänomenbezogenen Ergänzung, die mir der Herr Innenminister - er ist jetzt leider nicht hier - in

seiner schriftlichen Antwort auf meine Mündliche Anfrage empfohlen hat, könnte man mit einer Opferfeldstudie auch tatsächlich erst einmal weiterkommen.

Fragen Sie in Bayern nach! Dort hat im letzten Jahr das Projekt „Bekämpfung des Sextourismus mit Kindesmissbrauch durch deutsche Täter in den grenznahen Gebieten zur Tschechischen Republik“ mit Plakat- und Postkartenaktionen an allen Grenzübergängen und mit breiter Öffentlichkeitsarbeit unter Beteiligung der politischen Elite des Freistaates stattgefunden. Und Sie sehen keinen Handlungsbedarf für Brandenburg? Ich kann es kaum glauben.

Im Zusammenhang mit der Polizeilichen Kriminalstatistik 2000 erklärte der Innenminister:

„Auch die Gewaltkriminalität konnte weiter zurückgedrängt werden.“

Offensichtlich waren Gewaltdelikte gegen Frauen und Kinder damit nicht gemeint; denn hier bleiben die offiziellen Zahlen gleich hoch.

Der kritiklose und formale Bezug der Landesregierung auf die Polizeiliche Kriminalstatistik in der vorliegenden Antwort spricht für sich. Polizisten und Kriminalisten sagen selbst Folgendes:

Das Dunkelfeld in den Deliktgruppen „Gewaltanwendung“ und „Sexualstraftaten in der Familie“ ist im Verhältnis zu anderen besonders hoch. Der Kriminologe Prof. Kury aus Freiburg argumentiert, dass kaum mehr als 10 % aller Straftaten Eingang in die Polizeiliche Kriminalstatistik finden.

Der Begriff Familienstreitigkeiten verschleiert das tatsächliche Gewaltgeschehen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bietet für Gewalt im häuslichen Bereich bisher keine korrekte Zuordnungsmöglichkeit. Das muss geändert werden. Die Wohnung darf nicht als rechtsfreier Raum betrachtet werden. Auch bei Körperverletzung in der Privatsphäre gilt der Strafanspruch des Staates und muss durchgesetzt werden. Hier besteht Diskussions- und Gesetzgebungsbedarf. Der Platzverweis taugt nicht für die Wohnung und die Ingewahrsamnahme kann bislang nur in engen Grenzen und für kurze Dauer verhängt werden.

Polizistinnen und Polizisten fordern weiterhin eine einheitliche Definition von „häuslicher Gewalt“ - ein Vorschlag liegt auf dem Tisch - und die Aufnahme dieser Problematik in die Ausbildungs- und Prüfungsinhalte der Polizei.

Eine Vernetzung von Polizei und nichtstaatlichen Hilfsangeboten ist erforderlich. Der Beirat gegen Gewalt und Menschenhandel in der Prostitution in Brandenburg ist längst mit der Vorarbeit für ein Kooperationskonzept befasst. Dabei haben der Generalstaatsanwalt und MASGF-Mitarbeiterinnen mitgearbeitet.

Resümee: Der Landesaktionsplan muss her. Er kann und muss all das oben Genannte enthalten, und zwar neben zum Beispiel der Einrichtung eines Interventionsprojekts nach dem Vorbild von CORA in Rostock, neben verbesserten Möglichkeiten zum Schutz von Opfern und dem Ausbau eines Zeugenschutzprogramms, neben inhaltlichen Akzentsetzungen in Kindergärten und Schulen, wo insbesondere zum Thema Internet bei den

Lehrerinnen und Lehrern Ratlosigkeit besteht und seit langem Handlungsbedarf signalisiert wird.

Wir brauchen Möglichkeiten zur Sicherung der vorhandenen Projekte und Fachberatungsstellen, und zwar nicht über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Kommen Sie endlich aus der Ressortabstimmung heraus!

Gewaltverbrechen gegen Frauen und Kinder werden leider niemals ganz zu verhindern sein, doch genau deshalb gilt es, alle Möglichkeiten zur Vorbeugung zu nutzen, Öffentlichkeit und Klarheit über Umfang und Bedingungsgefüge herzustellen und alle unsere gesetzgeberischen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Herr Fritsch hat gestern hier für die Arbeit des Parlaments ein besseres Miteinander angemahnt. Wenn wir wissen, dass die beste Prävention bei Gewalt gegen Frauen in der Familie eine langfristig gedachte Politik ist, die auf die materielle Unabhängigkeit der Frauen zielt, die Familien- und Geschlechterverhältnisse nicht als Machtverhältnisse akzeptiert und die Kinder als eigenständige Persönlichkeiten achtet, dann lassen Sie uns in diesem Sinne miteinander handeln, um etwas zu verändern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste und ich beende die Aussprache. Damit ist die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 15, Drucksache 3/2543, zur Kenntnis genommen. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ehrt mich, dass Sie mich auch mit wenigen anwesenden Abgeordneten in der Lage sehen, die 2. Lesung durchzuführen, aber Beschlussunfähigkeit ist eine schlechte Basis für die Diskussion eines Gesetzentwurfes in 2. Lesung. Ich bin gern bereit die Verantwortung in Bezug auf meine Fürsorgepflicht gegenüber den Abgeordneten zu übernehmen, wann immer es notwendig ist. Aber dann muss es auch Solidarität mit mir geben, wenn es darum geht, den Leistungen Gegenleistungen gegenüberzustellen. Ich bitte Sie also, in Zukunft zu Beginn der Nachmittagsitzung anwesend zu sein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Erstes Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für das Land Brandenburg

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/1388

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Landwirtschaft,
Umweltschutz und Raumordnung

Drucksache 3/2572

2. Lesung

Es wurde vereinbart, auf eine Debatte zu verzichten. Wir kommen zur Abstimmung. Es gibt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung und einen Änderungsantrag mit einem fristgerechten Antrag auf eine 3. Lesung. Ich lasse jetzt über das Gesetz und seine Überweisung in den Ausschuss abstimmen. Damit ist der Änderungsantrag automatisch mitüberwiesen, sodass er im Ausschuss bearbeitet wird. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist so beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Flughafenentwicklungsgesellschaft Schönefeld (BBI)

(gemäß Beschluss des Landtages vom 16.11.2000 - DS 3/1965-B)

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 3/2576

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 16. November 2000 wurde der Beschluss des Landtages Brandenburg zur Flughafenentwicklungsgesellschaft gefasst. Im Rahmen des Beschlusses wurde festgelegt, den Landtag im Frühjahr 2001 über den aktuellen Stand zur Flughafenentwicklungsgesellschaft zu informieren. Ich komme dieser Festlegung gerne nach.

Eine dynamische Entwicklung des Flughafens Schönefeld, die wir alle wollen, braucht eine angemessene Koordinierung. Durch viele Gespräche, unter anderem mit den Flughafenanrainergemeinden, hat sich herauskristallisiert, dass eine Entwicklungsgesellschaft, die von der öffentlichen Hand und von Privaten getragen wird, die höchste Akzeptanz bei den verschiedenen Beteiligten erreichen würde. Die Notwendigkeit einer Entwicklungsgesellschaft wurde auch durch ein externes Gutachten zum Flughafenentwicklungsgesellschaft vom Dezember 2000 bestätigt.

Viele Fachleute und Kommunalvertreter haben ebenfalls die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft befürwortet, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung in anderen großen Flughafenstandorten, wo die Umfeldgesellschaft eine ganz entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung spielt. Aufgrund dessen haben wir die Gründung einer Flughafenentwicklungsgesellschaft mit Nachdruck vorangetrieben.

Am 26. Februar 2001 hat die Investitionsbank des Landes Brandenburg zunächst zu 100 % die Flughafenentwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg gegründet. Wir werden jetzt Stück für Stück die weiteren Schritte vollziehen, sodass die ILB in den kommenden Wochen und Monaten Gesellschaftsanteile an Dritte, zum Beispiel an die Gemeinden im Umland, das Land Berlin und Private, überträgt. Die Verhandlungen hierzu laufen bereits.

Ziel der Gesellschaft ist es, Maßnahmen der Standort- und Strukturentwicklung des Flughafens in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, den Kommunen und privaten Entwicklern zu initiieren. Hierzu gehören auch Wettbewerb, Erwerb, die Entwicklung, Verwaltung und Verwertung von Grundstücken im Flughafenentwicklungsgesellschaft. Erste Gespräche mit internationalen Partnern zeigen, dass auch im Ausland grundsätzliches Interesse an diesem Thema besteht. Hieran knüpfen wir an und verhandeln im Moment mit weltweit erfahrenen Partnern, um sie ebenfalls für dieses Projekt und als Partner in der Gesellschaft zu gewinnen.

Die Arbeit der Entwicklungsgesellschaft zielt darauf, die Wirtschaftsstruktur der Region nachhaltig zu verbessern und eine aktive Flughafenentwicklung anzuregen. Die Entwicklungsgesellschaft muss auch einen dauerhaften eigenen wirtschaftlichen Erfolg anstreben und dazu beitragen, dass andere Akteure in der Region ebenfalls erfolgreich wirken können. Hierzu zähle ich zum Beispiel den zukünftigen Flughafenbetreiber, die zukünftigen Investoren im Umfeld und die bereits ansässigen regionalen Wirtschaftsunternehmen sowie die Umfeldgemeinden.

Insgesamt steht bei der Flughafenentwicklungsgesellschaft das Ziel im Vordergrund, die weitere Entwicklung der Wirtschaftsregion Schönefeld sinnvoll zu koordinieren. Wir wollen sicherstellen, dass das Umfeld so effizient wie möglich entwickelt wird; das ist im Interesse der ganzen Hauptstadtregion und auch im Interesse einer gezielten Entwicklung der Region. Wir können das nicht nur privaten Initiativen überlassen, sondern müssen die Planungs- und Entwicklungsinteressen der Kommunen und der Kreise mit den Interessen wirtschaftlicher Unternehmen verbinden.

Abschließend möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass nach Erfahrungen in allen Flughafenentwicklungsgesellschaften die Schaffung von Arbeitsplätzen, die wirtschaftlich positive Entwicklung eher im Umfeld als im Flughafen erzielt wird. Der Trend geht eindeutig dahin, dass auf dem Flughafen selbst mit dem Flugbetrieb etwa 40 %, im Umfeld etwa 60 % der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stattfinden. Deshalb muss es in besonderer Weise im Interesse des Landes Brandenburg sein - denn das Umfeld ist Brandenburg -, dafür zu sorgen, dass in diesem Bereich eine positive wirtschaftliche Entwicklung stattfinden kann. Im Übrigen ist auch selbstverständlich, dass diese Entwicklung nur zusammen mit den Gemeinden und den Kreisen und nicht gegen sie stattfinden kann. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Fürniß, es gibt noch eine Frage. Bitte sehr, Herr Schulze.

Schulze (SPD):

Herr Minister, die Gemeinden, die von den verschiedensten Auswirkungen des Flughafens betroffen sind, an den wirtschaftlichen Erfolgen zu beteiligen ist eine lobenswerte Angelegenheit. Ich möchte Sie fragen, wie zum Beispiel eine Gemeinde wie Eichwalde, in der 2,6 Quadratkilometer komplett bebaut sind und es überhaupt keine Freiflächen gibt, auf denen irgendeine sinnvolle Nutzung entwickelt werden kann, von solch einer

Flughafengesellschaft profitieren kann. Dort gibt es nur kaputte Straßen und bebaute Grundstücke, aber keine Gewerbeflächen. Wie könnte nach Ihrer Vorstellung eine solche Gemeinde von einer Flughafenentwicklungsgesellschaft profitieren? Oder würden Sie alternativ vorschlagen, die Gemeinden, die davon betroffen sind, zusammenzuschließen, damit im Rahmen eines Zusammenschlusses alle davon profitieren?

Minister Dr. Fürniß:

Ich wäre schlecht beraten, wenn ich mich über Gemeindegemeinschaften im Rahmen der Flughafendiskussion äußern würde. Im Übrigen ist eine positive Entwicklung auch dadurch möglich, dass interessante Arbeitsplätze geschaffen werden - das trifft für viele Leute zu. Außerdem möchte ich gerne, dass auch die Kreise als Mitglieder der Flughafenentwicklungsgesellschaft mitwirken, damit sie innerhalb ihrer Verantwortung, die sie als Kreis haben, einen vernünftigen Ausgleich herstellen können.

Präsident Dr. Knoblich:

Nachdem uns gestern der Nordwesten besucht hat, ist es heute der Nordosten. Die zweite Besucherwelle aus Angermünde ist da. Ich begrüße herzlich die Schüler des Einstein-Gymnasiums aus Angermünde.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort geht an die PDS-Fraktion, an Frau Tack. Bitte sehr.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie alles, was mit dem Großflughafen BBI zu tun hat, so wird auch die Flughafenentwicklungsgesellschaft und all das, was damit im Zusammenhang steht, allein vom Prinzip Hoffnung getragen. Die Rede des Wirtschaftsministers hat das gerade unterstrichen.

Der Bericht der Landesregierung, der uns vorliegt und zur Diskussion steht, erfüllt dabei allerdings nicht einmal die Hoffnungen, die die Vertreter der Koalitionsfraktionen, als sie den Antrag stellten, damit verbunden hatten. Ich erinnere an die Reden der Herren Karney, CDU, und Müller, SPD. Sie werden ähnliche Fragen haben wie ich, die ich gleich noch formulieren werde.

Zunächst sind wir darüber verwundert, dass es eine Menge Widersprüche zu den im Januar im Verwaltungsrat der ILB offensichtlich diskutierten und in der Presse vermittelten Vorlagen gibt. Dort war die ILB nicht als 100%ige, sondern als 80%ige Gesellschafterin vorgesehen. Unsere Frage ist: Warum ist nun die BBF nicht beteiligt? Wie soll es zum Interessenausgleich kommen, wenn wieder nur, wie es den Anschein hat, nebeneinander her gearbeitet wird?

Wenn die Gründung der Flughafenentwicklungsgesellschaft mit einem durchschaubaren Finanzierungskonzept verbunden wäre, hätten viele Fragen schon beantwortet werden können. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnern: Wenige Tage nach den prinzipiellen Entscheidungen im Hinblick auf die notwendige Rettung der Landesentwicklungsgesellschaft, für die wir uns alle ausgesprochen haben, wird erneut eine Gesellschaft mit Kapital, für das das

Land haftet, in die Gänge gebracht, ohne dass der Landtag etwas über das Finanzierungskonzept der Gesellschaft erfährt.

Der mehrfache Verweis im Bericht darauf, dass mit der Geschäftstätigkeit erst begonnen werden kann, wenn alle Gesellschafter feststehen, reicht für uns nicht aus. Schon jetzt entstehen Kosten für die Gesellschaft durch ihre Gründung. Ganz offensichtlich ist die Finanzierung von vornherein nicht gesichert. Eine Überschuldung kann schon in diesem Jahr eintreten, wenn der Geschäftsbetrieb aufgenommen wird und seine Ausgaben das Stammkapital vernichten oder überschreiten. Es wären gravierende Parallelitäten anhand der Gesellschaften mit Landesbeteiligung nachzuvollziehen.

Oder wie soll bei einem Stammkapital von nur 100 000 DM die vor Wochen noch genannte eine Million DM für die Geschäftstätigkeit aufgebracht werden? Sind für das Stammkapital Garantieerklärungen oder andere Sicherheiten vom Land übernommen worden? Will das Land Brandenburg als Kapitalgeber, als Bürge oder mit einer Garantieerklärung einspringen? Dies wäre, gemessen an der unausgereiften Konzeption der Gesellschaft, nicht gerechtfertigt und, wie wir meinen, auch wieder eine unzulässige Risikobehaftung für die Zukunft.

(Beifall bei der PDS)

Das wirtschaftliche Konzept der Gesellschaft ist nicht nachvollziehbar. Das sagt der Bericht ganz deutlich aus.

Die Landesregierung räumt - das wiederhole ich noch einmal - die ungesicherte Finanzierung des Geschäftsbetriebes ein. Der Geschäftsführer kann nicht bezahlt werden. Unter diesen Voraussetzungen hätte die Gesellschaft überhaupt nicht gegründet werden dürfen. Von vornherein fehlen Mitgesellschafter. Ein konkreter Wirtschaftsplan für dieses Jahr und auch für das Jahr 2002 scheint bisher nicht vorzuliegen.

Im Umfeld der Gründung der Gesellschaft war von einem Gutachten über den Nutzen der Gesellschaft zu lesen. Der Wirtschaftsminister hat dieses Gutachten der Presse vorgestellt. Ich bitte in diesem Zusammenhang darum, dass das Gutachten auch dem Landtag zur Verfügung gestellt wird, damit wir uns sachkundig machen können. Ich hoffe, dass wenigstens in diesem Gutachten vermittelt wird, welche positive wirtschaftliche Entwicklung im Flughafenentwicklungsbereich zu erreichen ist.

Im Weiteren enthält der Bericht der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Punkt 6 - Interessenausgleich zwischen Anwohnern und Flughafenentwicklungsgesellschaft - sehr dünne Antworten. Daraus entstehen, meine Damen und Herren, wiederum neue Fragen: Wie erfolgt die Einbeziehung der Umlandgemeinden? Wie findet der Interessenausgleich wirklich statt? Bislang sind nicht einmal jene Gemeinden Gesellschafter, die sich im Amt Schönefeld bereit erklärt haben, dies sein zu wollen. Die Tatsache, dass die Kommunen erst die Bereitschaft zur Einzahlung in einen zweckgebundenen Fonds signalisieren müssen, wird auf die betreffenden Kommunen wahrscheinlich nicht unbedingt befördernd wirken.

Ich stelle noch einmal die Frage in Unterstützung dessen, was der Kollege Schulze gerade gefragt hat: Wie werden in den Interessenausgleich all jene Kommunen einbezogen, die Probleme sehen vor allen Dingen in der wirtschaftlichen Nachteils-

entwicklung für diese Gemeinden und auch in den Gemeinden, von denen aus jetziger Sicht erwartet wird, dass Verschlechterungen der Lebensbedingungen eintreten?

Meine Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister, wir gehen davon aus, dass die Regierung einen erneuten Bericht vorlegt, nämlich dann, wenn alle Fragen beantwortet werden können, wenn es einen Wirtschaftsplan gibt, wenn die Finanzierung der Gesellschaft klar ist. Ich bitte Sie, in der erneuten Vorlage des Berichtes dieser Gesellschaft ...

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss!

Frau Tack (PDS):

... - das ist mein letzter Satz - auch die Frage 7 zu beantworten, die im gegenwärtig vorliegenden Bericht nicht beantwortet worden ist. - Schönen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Sind Sie bereit, noch eine Frage zu beantworten?

Frau Tack (PDS):

Ja.

Claus (DVU):

Frau Tack, Ihren Aussagen entnehme ich, dass Sie und Ihre Fraktion gegen den Flughafen Schönefeld sind. Stimmen Sie mir zu, wenn ich Ihren Äußerungen entnehme, dass Sie einen neuen Flughafen in Stendal bauen wollen?

Frau Tack (PDS):

Herr Kollege, ich kann entnehmen, dass Sie meinen Ausführungen nicht zugehört haben.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Nun spricht der Abgeordnete Dellmann für die SPD-Fraktion.

Dellmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Fürniß, Sie sprachen davon, dass wir alle wollen, dass er sich gut entwickelt. Den Worten von Frau Tack muss ich leider entnehmen, dass vieles sich noch nicht ganz erfüllt hat. Trotzdem bin ich relativ optimistisch; denn ich habe lange nicht so wenig Beifall zu einem Beitrag von Frau Tack wie eben aus den Reihen der PDS gehört. Vielleicht schaffen wir es noch, Herr Fürniß, dass wir irgendwann zu einem richtigen „Wir“ kommen.

(Vietze [PDS]: Dann haben Sie nicht richtig hingehört!)

Die Lautstärke von Beifall kann man sehr wohl vernehmen.

(Zuruf von der PDS)

Es geht um die zielorientierte Entwicklung des BBI und das Flughafenumfeld. Allen ist doch sehr deutlich, dass es dafür kein allgemein gültiges Muster geben kann. Die Erfahrungen, die andere Städte, andere Flughäfen in Europa, in den USA gemacht haben, zeigen ein relativ breites Bild, wie man so etwas organisieren kann. Eines ist ganz deutlich: Es geht nicht ausschließlich über eine Landes- oder eine Regionalplanung, sondern wir brauchen andere Mittel für eine Steuerung.

Die wirtschaftlichen Entwicklungsimpulse, die von einem solchen Flughafen ausgehen werden, müssen auf eine breite Basis gestellt werden und vor allen Dingen vielen zum Nutzen gereichen. Es ist die Frage zu stellen: Wie schaffen wir wirklich einen Vor- und Nachteilsausgleich? Es gibt die unterschiedlichen Ebenen zwischen den Gemeinden. Herr Schulze stellte die Frage nach den etwas mehr Betroffenen und den Gemeinden, die davon etwas mehr profitieren. Das ist die eine Ebene. Die andere Ebene bezieht sich aber auch auf den Flughafenbetreiber, also BBI, und die Nachbargemeinden.

Frau Tack, ich glaube, Sie wissen gar nicht, wie man so etwas überhaupt auf den Weg bringen kann. Es wäre eine spannende Aussage von Ihnen gewesen, wenn zum heutigen Tage die Landesregierung ein detailliertes perfektioniertes System vorgelegt hätte. Dann hätten Sie gesagt: Die Landesregierung kann den Kommunen vor Ort doch nicht vorschreiben, wie es gemacht werden soll.

So etwas bekommen Sie nur organisiert, wenn Sie auch ein hohes Maß an Selbstorganisation der Beteiligten zulassen. Das Land ist dabei nur ein Partner. Selbstorganisation, partnerschaftliche Betrachtung, ich glaube, das ist eines der wichtigsten Dinge, die hier zu beachten sind. Es geht nicht nur um Bauleitplanung, um Ansiedlungspolitik, um Flächenmanagement, sondern es geht vor allen Dingen auch um eine Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Gemeinden.

Lassen Sie mich auf das Thema potenzielle Gesellschaft eingehen. Ich habe mit großem Interesse die Studie gelesen, die im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erarbeitet wurde. Wir werden mehrere Partner brauchen. Aber, Herr Fürniß, darüber sollte noch ein Stück diskutiert werden: Fast alle Organisationen waren ausgesprochen stark kommunal verfasst und hatten eine sehr starke kommunale Verankerung, weil das ja auch diejenigen sind, die das größte Interesse und die größten Probleme haben.

Wir sollten schon genau überlegen, wen wir neben den Gemeinden, den Landkreisen und Berlin mit ins Boot holen und für welche Aufgaben wir wirklich internationale Partner brauchen. Ich hätte die Bitte, dass wir sehr genau darauf achten, dass hier wirklich schwerpunktmäßig die Region vertreten ist.

Frau Tack, selbstverständlich muss die Frage nach der finanziellen Ausstattung in den einzelnen Phasen gestellt werden. Allein die Konstruktion, die wir jetzt haben, dass wir erst einmal die ILB den Anschlag geben lassen, zeigt doch ganz deutlich: Selbstverständlich muss das Land Brandenburg direkt oder indirekt erst einmal mit in die Bütt gehen. Anders geht so etwas nicht. Wir müssen eines machen: Wir als Parlament - ich würde vorschlagen, sowohl der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr als auch der Wirtschaftsausschuss - müssen dieses Thema intensiv begleiten. Selbstverständlich sollten wir

uns dann auch die Finanzen anschauen. Ich habe keine Sorge, dass wir in irgendwelche größeren Finanzlücken hineingeraten.

Das Thema Flughafenentwicklung ist eine wichtige und lohnende Aufgabe. Wir müssen gemeinsam den Weg definieren. Der erste Schritt dazu ist getan. Frau Tack, die aktuelle Verweigerungshaltung von einigen aus der Region, auch einigen Gemeinden, ist für mich kein Grund für Pessimismus. Ich gehe davon aus, spätestens zum Zeitpunkt des Planfeststellungsbeschlusses werden auch die Gemeinden, die bisher nicht gesagt haben, sie machen mit, mitmachen. Wir sollten die Chancen des Flughafens nicht zerreden, wie Sie es tun, sondern wir sollten sie nutzen. - Danke.

(Beifall bei CDU und SPD - Frau Dr. Enkelmann [PDS]:
Das war auch kein toller Beifall!)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Herr Abgeordneter Schuldt, bitte!

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Glauben Sie an Wunder? Wenn ja, dann gehen Sie ruhig davon aus, dass im Jahr 2007 das erste Flugzeug auf dem geplanten Großflughafen Berlin Brandenburg International in Schönefeld abhebt. Wir dagegen halten uns mit unserer Wundergläubigkeit eher zurück. Daher gehen wir nicht davon aus, obwohl - das möchte ich hier betonen - es wirklich wünschenswert wäre.

Doch selbst Sie, Herr Verkehrsminister Meyer - er ist nicht da -

(Minister Meyer: Er ist da!)

Entschuldigung, Herr Verkehrsminister Meyer -, glauben, wie Sie letzte Woche der Presse gegenüber klarmachten, nicht mehr an die Einhaltung des Zeitplanes bis 2007. Sonst hätten Sie sich bei der Vorlage des Zwischenberichts auf einen Termin festgelegt.

Von der Presse wurden Sie so zitiert:

„In diesem Jahrzehnt kann der neue Flughafen auf jeden Fall genutzt werden.“

(Minister Meyer: Da sind Sie aber reingefallen!)

Am 23. April bzw. am 31. Mai soll in der Rathenau-Halle in Oberschöneweide die Anhörung beginnen und bis Herbst oder - laut Ihrer Aussage, Herr Minister Meyer - wenn nötig, länger dauern.

Für die Auswertung werden dann weitere sechs Monate benötigt. Danach ist nochmals mit mehreren Hundert Klagen vor den Verwaltungsgerichten zu rechnen.

All dies, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, haben Sie selbst und natürlich Sie, meine Damen und Herren von links außen als oberste Einpeitscher der Flughafengegner, zu verantworten.

Bereits am 5. Juli 2000 erklärten Sie, Herr Minister Fürniß,

nach einer Sitzung mit Vertretern aller Gemeinden des Amtes Schönefeld im Wirtschaftsministerium, dass die Gründung einer Gesellschaft zur Entwicklung des Flughafenumfeldes erwogen werde. Während der 26. Landtagssitzung am 16. November 2000 wurde sodann der Beschluss gefasst, auf den der vorliegende Bericht der Landesregierung zurückgeht.

Sehen wir uns den Bericht jedoch genauer an, so stellen wir fest, dass die Gesellschaft zwar gegründet und ein kommissarischer Geschäftsführer eingesetzt ist, dass aber eine Geschäftstätigkeit bisher nicht stattfindet. Begründet wird dies damit, dass man weitere Gesellschafter suchen und die Anschubfinanzierung sichern müsse. Also auch hier - ähnlich wie bei der Flughafenholding - bezahlte Untätigkeit. Herr Minister Fürniß, jetzt haben Sie gesagt, dass doch gearbeitet werden soll und wird.

Dabei gäbe es für die Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft bereits heute Arbeit genug. Die Arbeitsgemeinschaft ARGE Regioplan Schönefeld stellte am 7. März 2001 ein im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erarbeitetes Gutachten zur Entwicklung des Flughafenumfeldes vor. Bereits die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Region im BBI-Umfeld wird in diesem Gutachten positiv beurteilt und bildet nach Aussagen der Experten eine gute Grundlage für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Region und die Flughafenerweiterung. Das Flughafenumfeld werde schon heute stark durch den Dienstleistungssektor bestimmt, in dem rund 70 % der hier Beschäftigten tätig seien. Im produzierenden Bereich seien insbesondere die Medizin sowie die Luft- und Raumfahrttechnik vertreten.

Also, es gibt bereits Arbeit genug für diese Gesellschaft, um dann, wenn im Jahre 2007 oder 2008 das erste Flugzeug vom Großflughafen Schönefeld abhebt, dort ein längst infrastrukturell und wirtschaftlich entwickeltes Umfeld zu haben ist.

Denken Sie nur an den Franz-Josef-Strauß-Flughafen im Erdinger Moos bei München, der sich aus dem Stand zu einer florierenden Wirtschaftszone entwickelte, und zwar parallel zum Flughafenauf- und -ausbau. Oder denken Sie an den Rhein-Main-Flughafen mit eigener ICE-Anbindung. Auch das Beispiel des niederländischen Flughafens Schiphol bei Den Haag könnte ich hier anführen.

Daher nochmals mein Appell an Sie, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, in Abwandlung eines alten Sprichwortes: Reden ist Silber, Handeln ist Gold. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Schuldt und gebe das Wort an die Fraktion der CDU, an den Abgeordneten Karney.

Karney (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schuldt, nicht einmal das Sprichwort stimmt, das Sie gerade genannt haben. Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Sie sollten deutsche Sprichwörter nicht einfach verfremden. Ich glaube, als Sie Ihre Rede geschrieben haben, waren Sie gerade beim Eierfärben und

haben nicht gewusst, was Sie tun. Die Rede war nicht einmal schlüssig. Sie sollten sich überlegen, was Sie vor dem Haus hier sagen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Verwirklichung des Flughafens Berlin Brandenburg International bekommt Brandenburg das dringend benötigte Luftkreuz von internationalem Zuschnitt. Wie bei der Ansiedlung der Chipfabrik in Frankfurt (Oder) handelt es sich auch bei dem geplanten Großflughafen um eine Zukunftsperspektive erster Güte. Die Frage muss jetzt lauten: Wie können wir das Bestmögliche aus diesem bedeutenden Infrastrukturprojekt für das Land Brandenburg, für die hier lebenden Menschen herausholen? Darum geht es und um nichts anderes.

Es gibt kein Infrastrukturprojekt, das für die Entwicklung von Brandenburg, für die Zukunftssicherung seiner Menschen von größerer Bedeutung ist als BBI. Für parteitaktische Spielerchen ist ein Projekt wie dieses mit seiner Schlüsselfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs völlig ungeeignet. Die Wirtschaft Brandenburgs, deren Absatz immer noch zu stark auf den Binnenmarkt fokussiert ist, braucht das Luftkreuz als eine Verbindung zum Weltmarkt. Hier reichen sich Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch Ansporn zur Erschließung neuer Absatzmärkte die Hände.

Der Erfolg eines Infrastrukturprojektes in der Größenordnung des BBI ist sowohl in der Planungs- und Umsetzungsphase als auch bei späterem Betrieb unlösbar mit der Akzeptanz durch Wirtschaft und Bevölkerung verbunden. Aufgabe der Landesregierung wird es sein, unter Abwägung relevanter Aspekte Rahmenbedingungen zu setzen, die bei allen Beteiligten diese notwendige positive Akzeptanz erzeugen.

Es gehört zu den Binsenweisheiten erfolgreicher Wirtschafts- und Standortpolitik, dass positive Effekte für Wirtschafts- und Arbeitsmarkt nur bei frühzeitiger Einbindung und Berücksichtigung der regionalen Wirtschaft zu erzielen sind. Dies ist für Teile des heimischen Handwerks, des Mittelstandes und des Dienstleistungssektors nicht nur eine Überlebensfrage, sondern Grundlage für eine zukunftsfeste Entwicklung.

Die Fraktionen der SPD und der CDU begrüßen daher auch die Gründung einer Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft. Die Gründung dieser Gesellschaft war notwendig, um die durch den Bau und den Betrieb des Flughafens entstehenden positiven und wirtschaftlichen Impulse und Effekte aufzugreifen, zu verstärken und dadurch den größtmöglichen Nutzen für Standortentwicklung und Arbeitsmarkt zu erzielen.

Der Ihnen vorliegende Bericht der Landesregierung zur Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft Schönefeld verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem Bau dieses Flughafens und der daraus resultierenden Fortschreibung der wirtschaftlichen Entwicklung Brandenburgs.

Die zunächst beschriebenen Aufgabenfelder der Gesellschaft machen deutlich, dass nur eine abgestimmte Vorgehensweise ein Maximum der gewollten und notwendigen Wechselwirkungen zwischen dem Flughafen BBI und seinem Umfeld zum Nutzen von Wirtschaft und Bevölkerung ermöglicht. Sowohl die Verbindung zwischen endgültiger Aufnahme des Geschäftsbetriebes und der Sicherung der Anschubfinanzierung, die Be-

teiligung internationaler Partner mit Erfahrungen im Bereich der Flughafenumfeldentwicklung als auch die Tatsache, dass die Gemeinden des Amtes Schönefeld Verhandlungen mit der Entwicklungsgesellschaft mit dem Ziel der Integration in diese Entwicklungsgesellschaft aufgenommen haben, verdeutlicht explizit sowohl die Notwendigkeit als auch die Akzeptanz.

Die Gemeinden des Amtes Schönefeld haben bei aller anfänglichen Zurückhaltung erkannt, dass der geplante Großflughafen durch seine mittel- und langfristigen Effekte nachhaltig die Wirtschaftsstruktur der Region positiv beeinflussen wird.

Die pragmatische international gültige wirtschaftliche Rahmenbedingungen anerkennende Vorgehensweise der Umlandgemeinden dient den Menschen in dieser Region und sollte die in weiten Teilen der Landtagsopposition vorherrschende dogmatische Grundhaltung, wir sind dagegen, bis es sich nicht mehr verhindern lässt und der Erfolg sich zeigt, danach stellen wir dann fest, dass wir irgendwie und sowieso schon immer dafür waren und dass nur durch unseren beharrlichen Widerstand das Projekt zum Erfolg geführt wurde, endlich aufweichen.

Da es hier um Zehntausende Arbeitsplätze geht, fordere ich die Opposition auf, zumindest den Teil, der begriffen hat, dass Neinsagen als Oppositionsarbeit ein bisschen dünn ist, im Interesse der Menschen unseres Landes aufzuhören, Probleme und Schwierigkeiten aufzubauschen, kurz gesagt, jeden Monat eine neue Sau durchs Dorf zu treiben.

Wer von Ihnen glaubt, bei der herrschenden nationalen und internationalen Konkurrenz auf dem Luftfahrtsektor die Verwirklichung ohne Schaden für Brandenburg weiter hinauszögern zu können, der glaubt an den Weihnachtsmann oder - zeitnäher - an den Osterhasen.

Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden durch ihre Arbeit die nötigen Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg Brandenburgs setzen. Ich fordere die Opposition zum wiederholten Male auf, zum Wohle der Brandenburger Bürgerinnen und Bürger daran mitzuwirken. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Karney und gebe noch einmal der Landesregierung, Herrn Minister Fürniß, das Wort.

Minister Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal einfach, damit wir uns richtig verstehen, sagen: Der BBF beispielsweise, Frau Tack, ist deswegen nicht beteiligt, weil wir mit Bedacht gesagt haben: Die ILB macht für die 20 %, die wir für BBF vorgesehen haben, so lange den Platzhalter, bis die Privatisierung durchgezogen ist. Wir müssen doch erst einmal wissen, wo unser Partner ist, bevor wir ihn aufnehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

- Langsam, langsam! - Also kann doch das, was wir gemacht haben, Sinn machen. Im Übrigen haben wir gesagt, 51 % öffent-

liche Hand, 49 % Private. Diese 51 % teilen wir zwischen Brandenburg, Berlin und den Gemeinden und Kreisen auf. Sie wissen das, sie kennen ihre Anteile. Sie haben Beschlüsse gefasst. Sie haben mir noch vor einem Jahr gesagt: Herr Minister, Sie kriegen nie eine Gemeinde um Schönefeld herum dazu, bei dieser Gesellschaft mitzumachen. - Alle sieben im Amt Schönefeld haben beschlossen mitzumachen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Dr. Fürniß:

Aber gern. Wenn mir die Zeit nicht abgezogen wird.

Vizepräsident Habermann:

Es wird Ihnen nicht angerechnet.

Frau Tack (PDS):

Herr Minister, ich habe eine Nachfrage. Können Sie sich erinnern, dass bei der Debatte im November auch die PDS-Fraktion zustimmend signalisiert hat, dass es der richtige Weg ist, eine Umfeldentwicklungsgesellschaft zu gründen? In dem Zusammenhang, dass insbesondere auch Gemeinden besondere Probleme haben - sie sind vielfältig, mindestens 20 Kommunen wurde die Bauleitplanung versagt, weshalb sie in den vergangenen Jahren aufgrund der Planungen für den Flughafen Entwicklungsdefizite einstecken mussten -, haben wir uns ausdrücklich dafür ausgesprochen, einen Interessenausgleich mit diesen Kommunen zu schaffen.

Minister Dr. Fürniß:

Ich kann mich sehr gut daran erinnern. Sie können sich aber auch daran erinnern, dass ich gesagt habe, die Gemeinden müssen erst einmal Beschlüsse fassen, dass sie mitmachen wollen. Ich verstehe diesen Spagat. Es ist ja schwierig: auf der einen Seite mitmachen bei der Flughafenumfeldgesellschaft, auf der anderen Seite dagegen sein, dass es überhaupt einen Flughafen gibt. Ich verstehe ja dieses Spannungsverhältnis, in dem die Gemeinden sind. Aber die Entscheidung kann ich ihnen nicht abnehmen. Die müssen sie schon selbst treffen. Ich habe damals gesagt, dass die Gemeinden eingeladen sind, sich an dieser Flughafenumfeldgesellschaft zu beteiligen.

Wir bleiben dafür offen - das muss auch so sein -, aber ich bin froh, dass zunächst einmal sieben Gemeinden um Schönefeld herum gesagt haben: Wir machen das. Sie haben etwas begriffen, was, glaube ich, nicht strittig sein darf, meine Damen und Herren: dass das Flughafenumfeld die Jobmaschine und der Wirtschaftsfaktor schlechthin bei dieser Flughafenentwicklung sind. Und wenn wir als Brandenburger diese Chance nicht nutzen, dann verdienen wir es nicht besser.

Noch eine Anmerkung zum Erdinger Moos und zu Franz Josef Strauß: Die Bayern sind schnell, aber es hat fast fünf Jahre gedauert, bis sie angefangen haben, das Flughafenumfeld zu entwickeln. Wir sind früher dran, wir entwickeln es schon,

bevor der Flughafen gebaut wird bzw. entsteht. Das ist der Standortvorteil, den wir haben. Wir müssen, wenn der Flughafenbau losgeht, schon so weit sein. Aber dann reden Sie doch nicht von Märchen und stellen sich nicht her und sagen: Wir freuen uns, dass das Land Brandenburg früher dran ist, als die in Bayern dran waren, dass wir rechtzeitig auf dem Weg sind. - Nicht immer miesreden, sondern sagen: Wir sind auf dem richtigen Weg!

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Fürniß. - Ich gebe das Wort noch einmal an Herrn Minister Meyer.

(Frau Tack [PDS]: Dürfen wir auch noch einmal reden?)

Ihre Redezeit ist vorüber. Die Landesregierung spricht noch, Frau Tack.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Wenn Ihnen danach noch so ist, Frau Tack, jederzeit.

(Heiterkeit)

Ich möchte nur eine Richtigstellung vornehmen, damit ich nicht noch einmal falsch interpretiert werde. Ich habe in der Presse gesagt: Jetzt machen wir die Anhörung der Träger öffentlicher Belange und das wird zügig durchgeführt. Es gibt viele Einwendungen, die müssen angehört und abgewogen werden. Dann führen wir ab 31. Mai die Anhörung der privaten Einwander durch. Wenn eine Verlängerung notwendig ist, werden wir keine formellen Fehler machen, sondern dann wird das verlängert. Auch das ist richtig. Und dann wird es die Auswertung und den Bericht des LBVS an das MSWV geben. Dann werden notwendige nachgeordnete Gutachten einbezogen und es wird den Planfeststellungsbeschluss im Jahre 2003 geben.

Und wenn es Klagen, was Sie angeführt haben, gibt, wobei ich sicher davon ausgehe, dass es Klagen gibt, dann werden diese keine bauaufschiebende Wirkung haben. Das heißt, es kann gebaut werden. Lassen Sie sich sagen: Die vom Bau haben einen ordentlichen Beruf. Sie schaffen das in einer ordentlichen Zeit. Somit liegen der Flughafen und damit auch die Entwicklung des Umfeldes gerade im richtigen Zeitplan. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Meyer. - Wir sind damit am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angekommen. Ich kann feststellen, dass Sie den Bericht der Landesregierung - Drucksache 3/2576 - zur Kenntnis genommen haben.

Meine Damen und Herren! Ich mache wie bei der letzten Landtagssitzungsperiode wieder etwas Außergewöhnliches. Ich rufe noch einmal den **Tagesordnungspunkt 2** auf. Erschrecken Sie nicht, es ist nicht so wie beim letzten Mal. Der Anlass ist wesentlich einfacher, und zwar ist während dieser Debatte inner-

halb des Tagesordnungspunktes 2 von einem Abgeordneten ein falsches Zitat verwendet worden. Er möchte dies im Rahmen einer persönlichen Bemerkung richtig stellen. Ich gebe ihm hiermit in weiter Auslegung des § 73 Abs. 1 der Geschäftsordnung das Wort. Herr Domres, bitte schön!

Domres (PDS):

Herr Präsident, ich möchte mich noch einmal persönlich bedanken. Ich habe heute in der Aktuellen Stunde aus einer an die PDS-Fraktion gerichteten E-Mail vom 24.11.2000 zitiert und damit die Behauptung verbreitet, dass der Allesversicherer Lloyds besondere Bedingungen bei Reisen nach Brandenburg hat. Auf Nachfragen von Journalisten und Kollegen haben wir die Information überprüft. Die Agentur Lloyds in Deutschland konnte die Information nicht bestätigen.

Ich muss davon ausgehen, dass die E-Mail an uns von Marcel Hermes, abgeschickt von Thomas Wiczorek, den wir ebenfalls kurzfristig angerufen haben und der uns über Marcel Hermes und seinen Aufenthaltsort keine Angaben machen konnte, nicht auf Tatsachen beruht. Ich entschuldige mich vor dem Hohen Haus für die Verwendung ungeprüfter Informationen. - Danke.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Damit kann ich den Tagesordnungspunkt 2 nach der persönlichen Erklärung des Abgeordneten Domres wieder schließen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Bestandsaufnahme Kultur im Land Brandenburg/
Vorschlag für Prioritäten**

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 3/2528

in Verbindung damit:

**Konzeption für die weitere Förderung soziokultureller
und kulturpädagogischer Einrichtungen sowie der
freien Theater**

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/2573

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und erteile zuerst der SPD-Fraktion das Wort. Frau Abgeordnete Konzack, bitte sehr.

Frau Konzack (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kultur im Land Brandenburg - da denkt man sofort an Heinrich von Kleist, Theodor Fontane - der heute in der Aktuellen Stunde seine besondere Ehrung durch den Vortrag von Herrn Dr. Nie-

kisch erfahren hat -, Karl Friedrich Schinkel, Peter Joseph Lené, Herrmann Fürst von Pückler. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Ihre Werke haben Brandenburg weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt gemacht und ziehen jährlich Tausende Touristen ins Land. Sie sind unser kulturelles Erbe, das es zu bewahren und zu erhalten gilt.

Das „KulturLand Brandenburg“, das wir vor drei Jahren aus der Taufe hoben, ist jedoch viel mehr. Es sind darüber hinaus die vielen Museen, Bibliotheken, Gedenkstätten, Kulturzentren, Galerien, Theater und Konzerthäuser, die die unterschiedlichen kulturellen Interessen unserer Menschen bedienen und für deren nachhaltige Entwicklung zu sorgen unsere politische und gesellschaftliche Aufgabe ist.

Dieser Verpflichtung wollen und müssen wir nachkommen. Sie ist Bestandteil des Koalitionsvertrages und Grundlage unseres hier heute vorliegenden Antrags, der leider durch unseren Koalitionspartner monatelang verzögert wurde und erst jetzt im Plenum zur Abstimmung steht. Ich bedauere diese Verzögerungstaktik ausgerechnet beim Thema Kultur, zu dem hier selten genug in größerem Umfang gesprochen wird,

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

auch deshalb, weil es nun sehr schwierig werden wird, die Ergebnisse des Berichtes der Landesregierung noch in die Beratungen zum Doppelhaushalt 2002/2003 einfließen zu lassen.

Meine Damen und Herren, unser Land hat eine Bestandsaufnahme der Kultur sehr nötig. Viele schmerzliche Einschnitte mussten verkraftet werden. Ich erinnere nur an die Schließung der Sparte Ballett und die Verkleinerung des Orchesters am Staatstheater Cottbus, an die Abwicklung der Brandenburgischen Philharmonie in Potsdam und des Kleisttheaters in Frankfurt (Oder) und den notwendig gewordenen Theaterverbund zwischen Potsdam, Brandenburg und Frankfurt (Oder). Trotz dieser Einschnitte kämpfen kulturelle Einrichtungen weiterhin mit finanziellen Problemen und wir wissen es alle, meine Damen und Herren: Finanzielle Kürzungen und Abbau bedeuten immer auch Qualitätsverluste.

Aus diesem Grund sollen sämtliche kulturellen und soziokulturellen Einrichtungen - ob des Landes oder der Kommunen, ob öffentlich oder privat - erfasst und einer umfangreichen Bewertung unterzogen werden. Die Analyse soll Rückschlüsse auf die Bedeutung der einzelnen Einrichtungen ermöglichen, soll die Beteiligung der Kommunen an der Kulturfinanzierung darstellen und Möglichkeiten der Vernetzung und Kooperation im Kulturbereich aufzeigen.

Meine Damen und Herren, aus dieser Bestandsaufnahme sollen Prioritäten für die künftige Kulturpolitik und Kulturförderung des Landes hergeleitet werden und die Grundlage für eine qualitätssichernde Finanzierung sein. Eines muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden: Wir wollen keine „Speckgürtelkultur“. Kultur in der Fläche muss gefördert werden, was ja bisher immer Ziel war, und auch dort muss es „Leuchttürme“ geben - in der Uckermark, der Prignitz, im Oderbruch und der Lausitz. Brandenburg ist ein einwohnerschwaches großes Flächenland, dessen Kommunen, besonders im äußeren Entwicklungsraum, wirtschaftlich zu schwach sind, um ein umfangreiches Kulturangebot selbst vorzuhalten.

Neben den kulturellen Höhepunkten Brandenburgs wie der einzigartigen Schlösser- und Parklandschaft Potsdams, der Bundesmusikakademie Rheinsberg, dem Staatstheater Cottbus, dem Staatsorchester Frankfurt (Oder) und der Museumslandschaft ist die Finanzierung der Soziokultur in unserem Land von großer Bedeutung. Sie ist im Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion ausdrücklich in Punkt 4 erwähnt, entspricht also inhaltlich dem PDS-Antrag, ist somit unmittelbarer Arbeitsauftrag für die Landesregierung. Auch aus diesem Grund empfehle ich die Ablehnung des PDS-Antrags.

Meine Damen und Herren, Soziokultur, das sind die freien Theater, die Kunstschulen, die soziokulturellen Zentren und die vielen Kulturhäuser in unserem Land, deren Arbeit teilweise nur noch aufrechterhalten werden kann, weil der Idealismus ihrer Mitarbeiter größer ist als ihre berechnete Forderung nach regelmäßiger und pünktlicher Bezahlung. All diesen, zum Teil hoch qualifizierten, Fachkräften möchte ich an dieser Stelle Respekt für ihre Tätigkeit zollen und ihnen meinen herzlichen Dank aussprechen.

Die Anhörung, die der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur gemeinsam mit dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zur Stellensituation in der freien Kulturszene durchführte, hat deutlich gezeigt, dass hier einiges im Argen liegt und dass die Fördermöglichkeiten zum Aufbau nachhaltiger Personalstrukturen im Bereich der Soziokultur überprüft werden müssen.

Meine Damen und Herren, Kultur ist kein Selbstzweck. Sie umfasst die künstlerischen, sozialen, religiösen, wissenschaftlichen und technischen Lebensäußerungen von Menschen. Sie unterhält, sie stiftet Identität und sie vermittelt Werte. Wir müssen Kulturpolitik immer auch als Sozial-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und vor allem auch als Tourismuspolitik betrachten, über die wir heute Vormittag ja ausführlich debattiert haben. Ich habe mich besonders gefreut, dass ganz deutlich in dieser Debatte hervorgetreten ist, dass nicht nur die einzigartigen Naturlandschaften Brandenburgs, sondern auch seine Kultur für die Entwicklung des Tourismus wichtig sind.

Eines lassen Sie mich noch sagen: Investitionsentscheidungen hängen immer auch von den weichen Standortfaktoren ab, zu denen die Kultur ja gehört. Dies alles, meine Damen und Herren, was ich ausgeführt habe, sind Gründe, dem Koalitionsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Konzack, und gebe der Fraktion der PDS das Wort. Herr Abgeordneter Hammer, bitte.

Hammer (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit ich Mitglied des Brandenburger Landtages bin, habe ich schon viel gelernt, zum Beispiel, dass es für eine Regierung und die sie stützende Koalition wichtig ist, dem Anschein nach die Initiative zu behalten. Dafür gibt es verschiedene Techniken.

Technik Nummer 1: Wie stoppt man einen guten Oppositions-

antrag? Man geht mit einem inhaltlich ähnlichen, aber im Wortlaut leicht veränderten Initiativantrag darüber.

(Dr. Wiebke [SPD]: Was ist denn ein Initiativantrag im Landtag Brandenburg? - Zuruf: Ein Entschließungsantrag!)

Das ist wie Überholen und Ausbremsen auf der Autobahn.

Technik Nummer 2: Man lässt Fragen in seinem Ministerium erarbeiten und sie dann mit möglichst hohem Charmefaktor vortragen. Loben und loben lassen.

Technik Nummer 3 dürfen wir nun heute erleben: Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur will offensichtlich mit der Kraft der Koalition beweisen, dass auch ohne bemängelnde und drängelnde Opposition beharrlich Arbeit geleistet wird.

Was Ihre Zielplanung betrifft, ist die Aufgabenstellung des Koalitionsantrages zu akzeptieren. Wir machen aber trotzdem darauf aufmerksam, dass Landesregierung und damals allein regierende SPD schon in der letzten Legislaturperiode eine Kulturentwicklungsplanung vorlegen wollten und dass das im Herbst des letzten Jahres zum wiederholten Male auf der Tagesordnung stand.

Wir möchten auch noch einmal daran erinnern, dass es fraktionsübergreifende Initiativen zur Schaffung eines 90-Stellen-Programms gegeben hat. Die Planungsunsicherheiten treffen nach wie vor die Schwächsten.

Der Antrag selbst ist uns zu sympathisch, als dass wir ihn ablehnen könnten. Deshalb will ich kurz auf Ihre Begründung eingehen:

„Eine Bestandsaufnahme der Kultur, eine Definition und die Festlegung der Prioritäten der Kulturförderung des Landes sollen dazu dienen,

- diese Prioritäten der Kultur in Brandenburg langfristig zu definieren,“

- dem schließen wir uns vorbehaltlos an -

„- das Machbare durch Kreativität und Realitätssinn vom nur Wünschenswerten zu scheiden,“

- hier, sind wir der Meinung, hat das Leben schon viel korrigiert -

„- einen kulturpolitischen Diskurs auf allen Entscheidungsebenen im Land zu führen,“

- in dieser Allgemeinheit akzeptieren wir das. Hier werden wir uns beteiligen, solange es keinen Vertrauensverlust wie bei der Kita-Debatte oder bei der Polizeireform gibt. Mit anderen Worten: Der Stil hat eine entscheidende Bedeutung.

„- eine klarere und berechenbare Kompetenz- und Finanzierungsverteilung zwischen Land, Landkreisen und Kommunen zu erreichen“

- hier werden wir genau hinschauen, wenn den Kommunen zusätzliche Lasten zugemutet werden sollen -

„- und das vielfältig noch anzutreffende alleinige Vertrauen der Künstler und Kulturbeauftragten auf staatliche Zuwendungen durch eine realistische Mischung aus Förderung, Kreativität und die Nutzung der Marktmechanismen zu ersetzen.“

- das stimmt übrigens weitgehend mit den Überlegungen der PDS überein, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als drittes inhaltliches und strategisches Angebot der Arbeitsförderung zu diskutieren.

Mit dem vorliegenden PDS-Antrag „Konzeption für die weitere Förderung soziokultureller und kulturpädagogischer Einrichtungen sowie der freien Theater“ verfolgen wir in Kontinuität das Ziel, Initiativen und Einrichtungen zu fördern, die nach unserer Auffassung im Bereich ästhetische Bildung, Sinnstiftung, Werterhalt und -vermittlung Unbezahlabares leisten.

Viele Initiativen haben sich durch das Überlebenstraining der letzten Jahre so qualifiziert, dass sie, was das Verhältnis von Aufwand und Nutzen betrifft, den Vergleich mit der mittelständischen Wirtschaft nicht zu scheuen brauchen. Wie im Jugendbereich sind es oft die eine Personalstelle und die darum gruppierten Maßnahmen der Arbeitsförderung, die ein ganzes Geflecht an Aktivitäten möglich machen: über Einnahmen, Spenden und Sponsoring im weitesten Sinne.

Die Suche nach höherer Effektivität im Bereich der Kultur hat in den letzten Jahren mitunter seltsame Blüten getrieben. So sehr der Theater- und Orchesterverbund im Augenblick auch gefeiert wird, es war eine Reform von oben, die eines noch nicht geleistet hat: die Suche nach effektivsten Strukturen in den einzelnen Betrieben bzw. Einrichtungen. Im Gegenteil, der Verweis auf die Effektivität der so genannten freien Szene war im Rahmen der Gesamtdiskussion oft das einzige Argument für die Vollstreckung in der Verbunddiskussion. Das Ausspielen der Projekte untereinander war bisher dominierender politischer Stil in der brandenburgischen Kulturpolitik. Davon habe ich glücklicherweise bei Ihnen, Frau Minister Wanka, noch nichts bemerkt. Mein Kompliment!

Die faire Suche nach der optimalen, weil effizientesten und planungssichersten Lösung ist das Gebot für große und kleine Einrichtungen. Es ist dafür auch höchste Zeit. Die freie Szene ist jetzt an ihrer Existenzgrenze angekommen. Tragende Kulturinstitutionen mit überregionaler Ausstrahlung stehen vor einschneidenden Reduzierungen, wenn nicht sogar zum Teil vor der Aufgabe. Die sie tragenden Personen leben seit Jahren von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sind nicht länger auf diese Weise förderfähig. Das Land muss bekennen, ob es auch weiterhin für ein sozial und räumlich für alle erreichbares Kulturangebot steht - dazu haben wir heute inhaltliche Angebote erfahren - oder ob es tatenlos zusieht, wie dieser Anspruch aufgegeben wird. Angesichts der Finanzlage sind die Kommunen nicht imstande, dies aufzufangen, zumal sich das Land selbst zunehmend aus der Finanzierung dieser Einrichtungen zurückzieht. Ob es die Kulturgießerei in Schöneiche betrifft oder die alternative Theaterszene in Cottbus oder das deutsch-polnische Literaturbüro in Frankfurt (Oder) - die Initiativen unterschiedlichster Couleur haben eines gemeinsam: Sie agieren professionell in den Bereichen Förderung, Arbeitsförderung und Sponsoring sowie Ehrenamt und sie haben für ihre Region eine heraus-

ragende Bedeutung, manchmal sogar eine internationale Ausstrahlung.

(Beifall bei der PDS)

Das ist Werbung für Brandenburg pur. Im Zusammenhang mit der Tourismuskonzeption haben wir einiges dazu gehört. Zunächst sind keine zusätzlichen Mittel nötig, da der Antrag auf eine Umschichtung von Mitteln innerhalb der Haushalte des Landes sowie auf kommunaler und Bundesebene zielt.

Wir meinen, dass die Chancen, die sich aus dem SGB III § 10 zur freien Vergabe von Mitteln ergeben, durch Landesmittel entsprechend ergänzt werden könnten. Mittelfristig ist aber ein eigenständiges Stellenprogramm des Landes mit zusätzlichen Mitteln nicht zu umgehen, wenn der Anspruch der Förderung dieser Kulturszene nicht aufgegeben werden soll. Wenn Ihre Bemühungen, Prioritäten in der Kultur zu setzen, um vielleicht mehr Planungssicherheit zu schaffen, Früchte tragen sollen, so schaffen Sie vor allen Dingen Anreize für gute Arbeit nach klaren Kriterien! Das fördert Kreativität und hilft Staatshörigkeit zu überwinden. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Hammer und gebe das Wort der Fraktion der CDU, Herrn Abgeordneten Niekisch.

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich aufrichtig, dass wir heute Gelegenheit haben, so viel über Kultur und Kunst zu sprechen. Es ist schon lange fällig und überfällig. Das ist ja die andere Seite der Medaille dieses wichtigen Investitions- und Zukunftsministeriums an der Dortustraße in Potsdam.

Den Antrag, den wir heute vorlegen, haben die Parlamentarier wirklich von langer Hand geplant. Die Kollegin kulturpolitische Sprecherin der SPD, Frau Konzack, hat einen großen Anteil daran, dass er heute auf der Tagesordnung steht. Er sollte eigentlich schon viel, viel früher hier verhandelt werden. Ihr haben wir dies zu verdanken, nicht einer Kungelei mit dem Ministerium.

Die Koalitionsfraktionen beginnen heute, einen weiteren wichtigen Punkt des Koalitionsvertrages einzulösen. Wir skizzieren mit einem ziemlich umfänglichen und, wie ich meine, auch in die Tiefe gehenden Antrag das Vorhaben, eine Bestandsaufnahme der Kultur im Land Brandenburg vorzunehmen. Wir wollen das mit dem ehrgeizigen, aber durchaus heiklen Ziel verbinden, Vorschläge für Prioritäten zu machen und dann auch welche zu setzen, und zwar verantwortlich und gemeinsam. Wir möchten gemeinsam mit der Landesregierung feststellen, was tatsächlich Kunst und Kultur mit übergreifendem, also Landescharakter ist. Kultur von diesem definierten Rang muss auch davon unterschieden werden, was eher oder gar allein auf die kommunale Ebene und in die Kompetenz der Kreise und Kommunen gehört.

Diese Bestandsaufnahme ist dringend erforderlich, ja überfällig,

haben sich doch im Laufe der 90er Jahre Akzentverschiebungen, Unschärfen, Überschneidungen und Schwerpunktsetzungen ergeben, die so nicht weiter bestehen können und auch nicht finanzierbar sind.

Was der Inhalt dieses Antrages sein soll, möchte ich noch einmal kurz umreißen. Der Inhalt betrifft alle Landeseinrichtungen, kulturelle und soziokulturelle Institutionen, öffentliche und private Kunst- und Kultureinrichtungen, Vereine, Gruppierungen, Initiativen der Künstler, und zwar in einer spartenorientierten und regional differenzierten Darstellung. Wir sind dabei auf der Suche nach Problemen, aber vor allem auch nach Chancen, Perspektiven und neuen Feldern künstlerischer Kreativität.

Sie sehen, insbesondere meine Damen und Herren von der PDS, dass die von Ihnen angemahnte Konzeption für die weitere Förderung soziokultureller und kulturpädagogischer Einrichtungen inklusive der freien Theater integraler Bestandteil unseres Antrages ist. Er ist also nicht unnötig oder überflüssig, sondern er ist bei uns gut aufgehoben und muss deswegen nicht extra bestätigt werden.

Soweit mir bekannt ist - und das wird Sie, meine Damen und Herren auf der linken Seite, möglicherweise beruhigen -, ist uns die Exekutive einen nicht unbeträchtlichen Schritt voraus. Das Wissenschafts- und Kulturministerium sitzt schon seit über einem Jahr an einer Kulturentwicklungskonzeption, die alle Elemente enthält, die wir heute per Beschluss des Landtages einfordern. Ich möchte nur einige wenige Punkte der Kulturentwicklungskonzeption zitieren: Was ist Kultur im Land Brandenburg, Beitrag des Landes, Landeseinrichtungen, Bewertung der Ausgangssituation, Perspektive bis zum Jahr 2004 und darüber hinaus, Entwicklung der Kulturbereiche Denkmalpflege, Theater, Musik, Literatur, öffentliche Bibliotheken, Archive, bildende Kunst und Soziokultur? All dies wollen wir betrachten. Ich will das nicht näher ausführen, sondern nur mit acht Punkten kurz skizzieren, worauf es uns ankommen wird:

Erstens: Man sollte bei einer solchen Konzeption immer bedenken, dass die Kunst und die sich daraus entwickelnde Kultur nicht vom Staat oder einer ominösen Gesellschaft ausgehen, sondern von Menschen. Der Staat, das Land und die Kommunen haben sich daher vor allem politisch zu beschränken.

Zweitens: Grundlage unserer Kulturarbeit und Kulturpolitik ist auch in Brandenburg die Verpflichtung des Einigungsvertrages, nach der die kulturelle Substanz des Landes keinen Schaden zu nehmen hat. Bedenkt man, wie viele wirtschaftliche und finanzielle Verwerfungen, Herausforderungen und Engpässe wir im letzten Jahrzehnt zu überstehen und zu gestalten hatten, stellt man fest, dass hier erstaunlich viel bewahrt, ja sogar neu aufgebaut worden ist.

(Zuruf von der PDS: Vor zwei Jahren hat das die CDU noch anders gesehen.)

Drittens: Die heute von uns eingeforderte Konzeption soll als Agenda mindestens für diese Legislaturperiode und auch noch darüber hinaus gelten.

Viertens: Der Handlungsspielraum des Landes ist nahezu vollständig begrenzt. Fast 95 % der Mittel - hört man überall - sind verplant, gebunden, zugesagt oder zumindest kurzfristig ein-

klagbar. Diese Beschränkungen gilt es zu überwinden. Wir müssen uns auf die Leuchttürme konzentrieren, die wir haben, nicht nur um sie zu erhalten, sondern auch um sie qualitativ auszubauen, um dann neue Akzente setzen zu können.

Mir bleibt jetzt nicht die Zeit, noch die anderen Punkte zu ergänzen. Aber ich denke, wenn wir es schaffen, uns auf die Leuchttürme zu konzentrieren und an den Stellen, wo die Kommunen Neues beginnen, Anschubfinanzierung geben, zum Beispiel bei den Elblandfestspielen in Wittenberge, werden wir uns auf den richtigen Weg begeben, aber natürlich immer mit der Zielrichtung und der Maßgabe, dass irgendwann wirtschaftlich selbsttragende Mechanismen und kommunale Eigenverantwortung kräftiger in die Speichen greifen müssen.

Die jahrzehntelange Alimentierung und das ständige Überwintern oder das Sich-Zurückziehen in reaktive Mechanismen werden uns nicht weiterführen.

Meine Damen und Herren! Die Zahl der kulturellen Aktivitäten und Einrichtungen hat sich stabilisiert. An manchen Stellen - bei Museen und Galerien - ist sie sogar erheblich vergrößert worden.

Lassen Sie uns den Druck und das Primat des Sparens für Land und Kommunen nutzen, um Schwerpunkte zu setzen. Wir müssen dabei auch sagen, was wir nicht wollen. Dann werden wir Spielräume gewinnen, von denen wir alle noch lange zehren können. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Niekisch. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU, Herrn Abgeordneten Firneburg.

Firneburg (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind etwas verwundert über diesen Antrag der Koalitionsfraktionen. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine Bestandsaufnahme der Kultur im Land Brandenburg und seiner Kommunen vorzunehmen. Vermuten Sie etwa, dass die Landesregierung nicht so richtig weiß, wie es um die Kultur im Land Brandenburg bestellt ist?

Wir als Fraktion der DVU in diesem Landtag stimmen Ihrem Antrag ansonsten in allen Punkten zu.

Wenn man an Kultur im Land Brandenburg denkt, fallen wohl jedem das Staatstheater Cottbus, das Schloss Sanssouci, das Rheinsberger Schloss, die Klostersruine Chorin und der Spreewald mit seinen vielen kulturellen Einrichtungen ein. Aber die Kulturlandschaft in unserem Land bietet noch einiges mehr.

(Ah! bei der PDS)

Ich möchte hier stellvertretend für viele die rund 200 Museen, die ca. 170 öffentlichen Bibliotheken, die vielen Gedenkstätten, Orchester und Chöre, rund 40 000 Baudenkmale nennen, ganz zu schweigen von den 600 bis 700 Schlössern und Herrenhäusern, den Kulturzentren, den Stadttheatern und Galerien. Und

nicht zu vergessen die Filmstadt Babelsberg, die an die Tradition der UFA anknüpft!

Brandenburgs Kultur ist vielfältig und geschichtsträchtig. Sie soll der Antrieb für die Menschen in unserem Lande, aber auch Motivation für die politisch Verantwortlichen sein. Aus diesem Grunde spielt die Kultur auch eine besondere Rolle in der Politik.

Es ist kein Geheimnis: Letztendlich lebt das Kulturland Brandenburg von Billiglösungen. Kultur kann hier, wenn überhaupt, nur mit sehr wenig Geld gemacht werden, es sei denn, es wird gerade ein Fontane- oder Preußenjahr gefeiert. Aber für viele kulturelle Grundversorger, besonders in den ländlichen Gebieten Brandenburgs, zahlen sich selbst solche Superereignisse nicht aus. Diese Bereiche haben im Gegenteil von Haushaltsdebatte zu Haushaltsdebatte neue Kürzungen zu erwarten.

Dieser Tage schickte Ihnen das Kulturministerium die aktuell gekürzten Zuwendungsbescheide für das Jahr 2001 zu. Meine Damen und Herren, solche Geburtsfehler wie beim Theaterverband dürfen sich nicht wiederholen. Die Wirkung dieser Fehler ließ auch nicht lange auf sich warten. Die Zusammenarbeit zwischen Theatern und Orchestern droht bereits zu scheitern. Stein des Anstoßes ist die Inkonsequenz der Potsdamer Stadtväter. Während in Brandenburg an der Havel und in Frankfurt (Oder) die Theater gegen den Protest der Bevölkerung geschlossen wurden, löste die Landeshauptstadt zwar ihr Orchester auf, ließ aber gleichzeitig zu, dass ein neues Orchester gegründet wurde. Der Vertrag war also doch nicht so wasserdicht wie bisher angenommen.

Eine intakte kulturelle Landschaft belebt die Wirtschaft und gibt ihr kräftige Impulse. Denn wo die Kunst blüht, sprießen auch Investitionen. Aus diesem Grunde stimmen wir als Fraktion der Deutschen Volksunion dem vorliegenden Antrag von SPD und CDU zu. Auch der Antrag der PDS-Fraktion erhält unsere Zustimmung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Firneburg. - Ich gebe der Landesregierung das Wort. Frau Ministerin Wanka, bitte!

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hammer, in einem muss ich Sie enttäuschen: Der Antrag ist nicht durch eine Kungelei entstanden und das Ministerium hat nichts vorgeschrieben. Das Ministerium, genauer gesagt ich, war im ersten Moment verärgert, als der Antrag vorlag, weil ich seit Dezember schon an der Sache dran war. Ich habe mich dann beruhigt, nachdem mir Frau Konzack und Herr Niekisch nachweisen konnten, dass der Antrag schon seit letztem Sommer in Arbeit war.

Zum Thema: Die Kulturausgaben im Land Brandenburg lagen in den vergangenen Jahren nicht an der Spitze der Ausgaben in den neuen Bundesländern und die Kulturausgaben der brandenburgischen Kommunen sind in den letzten Jahren eher gesunken

als gestiegen. Das mag viele Gründe haben, aber das muss nicht zwingend falsch sein. So entspricht zum Beispiel die Summe der Kulturausgaben von Kommunen und Land pro Einwohner Brandenburgs dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Es könnte ja auch der Ausweis einer wachsenden Effizienz sein.

Aber hier sind wir schon im Bereich der Spekulationen. Es ist für mich ein Schwachpunkt der Kulturpolitik der vergangenen Jahre, dass zu viel aufgrund von unprüfbar Annahmen passierte und dass zu wenig auf reale Entwicklungen und nachweisbare Tatbestände reagiert wurde.

Ein gutes Beispiel für diesen Stil liefert leider der aktuelle Antrag der PDS, mit dem man eine Pseudolösung anbietet. Es ist natürlich nachweislich so und es wissen alle hier im Raum, dass viele kulturelle Einrichtungen nur mit Mühe die wichtigsten Aufgaben, die sie haben, erfüllen können. Sie stützen sich dann auf die Mittel der Arbeitsförderung. Das geht einige Zeit sehr gut, aber eben nur einige Zeit. Mehr ist mithilfe der Arbeitsförderung nicht machbar.

Warum man nun unbedingt mit den Instrumenten der Arbeitsförderung die Grenzen der Arbeitsförderung überwinden muss, ist für mich nicht ganz nachvollziehbar. Auch bei der Formulierung, dass Personalförderung im Bereich der freien Kulturförderung auf Projektförderung umzustellen sei, geht etwas durcheinander. Die Kulturförderung im freien Bereich ist immer Projektförderung und durch das Zusammenfassen der Personalförderung in einem Personalförderungsprogramm haben wir noch kein Geld gewonnen und können nicht eine Arbeitsstunde mehr bezahlen.

Was im Antrag der SPD und der CDU eingefordert wurde, dieser systematische Ansatz, ist - und ich denke, da sind wir auch mit der PDS einer Meinung - unbedingt notwendig, um sachlich über Prioritäten und Weiterentwicklung befinden zu können. Das bisherige Fehlen einer solchen Entscheidungsgrundlage kann man eigentlich niemandem vorwerfen, denn in den letzten zehn Jahren hat sich im Kulturbereich sehr viel entwickelt. Es hat viele Veränderungen gegeben. Die Bedarfe der Nutzer haben sich nach der Wende verändert. Es sind Vereine und Träger entstanden und die Finanzierung war durch Mischfinanzierung geprägt, sodass eine sehr komplizierte Struktur entstanden ist.

Aber jetzt ist, um entscheiden zu können, eine regionale Bestandsaufnahme unbedingt wichtig und ebenso der Versuch, herauszubekommen, welches die regionalen Prioritäten und zum Teil die Prioritäten in den Landkreisen sind. Diese Bestandsaufnahme ist in meinem Haus im Wesentlichen abgeschlossen. Wir haben einen Kulturatlas, der nach Sparten ein sehr umfassendes Bild dessen gibt, was im Lande vorhanden ist. Wir haben die regionalen Planungen, soweit sie von den Kreisen schon gemacht wurden, und wir haben Analysen dieser Daten. Jetzt ist es an der Zeit, Perspektiven und erstrebenswerte Entwicklungen aufzuzeigen und Prioritäten zu setzen.

Die Liste der Erwartungen an Kultur wurde heute mehrfach genannt. Ich möchte keine Beispiele hinzufügen.

Es ist mir sehr angenehm, dass in diesem Antrag explizit die Beteiligung des Landtagsausschusses verankert wird. Denn wenn wir wollen, dass die Betroffenen nur im Mindesten die

Entscheidungen oder Überlegungen mittragen, dann gibt es nur eine Chance: dass man viel mit ihnen darüber redet, bevor die Entscheidungen getroffen sind, aber nachdem man Angebote gemacht hat. Da kann auch der Landtagsausschuss, denke ich, eine wichtige Position einnehmen.

Vizepräsident Habermann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerin Prof. Dr. Wanka:

Ja.

Vizepräsident Habermann:

Bitte sehr, Herr Abgeordneter Dr. Trunschke.

Dr. Trunschke (PDS):

Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung möchte ich gerne zwei Zwischenfragen stellen.

Vizepräsident Habermann:

Bitte.

Dr. Trunschke (PDS):

Die erste Frage: Frau Ministerin, Sie haben das Angebot der PDS im Bereich der Soziokultur kritisiert. Welche Angebote sind denn in Ihrem Hause angedacht, um die Personalprobleme jetzt abzufangen?

Zweite Frage: Sie haben es selbst erwähnt und ich nehme es auch ernst, dass Sie nicht ganz am Anfang einer Kulturentwicklungsplanung - oder wie auch immer man es nennen will - stehen. Ich habe mir auch die mittelfristige Finanzplanung sehr genau angesehen. Dort ist zu entnehmen, dass die Kulturmittel des Landes von 2000 auf 2004 um 10 % gekürzt werden sollen. Das ist eine erhebliche Größenordnung. Gibt es in Ihrem Haus schon Konzepte, wie man damit umgehen will?

Ministerin Prof. Dr. Wanka:

Herr Trunschke, über Ihre erste Frage haben wir doch in der letzten Ausschusssitzung ausführlich beraten. Das heißt, Sie haben alle Informationen über die Zahlen und darüber, in welchem Maße wir in diesem Jahr fördern: eine halbe Million, 197 Stellen. Was die gegenwärtige Situation betrifft, kann ich eigentlich nicht viel hinzufügen. Was die strategische Ausrichtung der mittelfristigen Finanzplanung angeht, setze ich in gewisser Weise auf die Prioritätensetzung der Regierung und auch auf diese Konzeption, weil man an ihr exemplarisch machen kann, was wünschbar und was machbar ist und in welchen Bereichen man eventuell umsteuern will.

Aber nun weiter zu dem, was ich sagen wollte. Im Kulturbereich gibt es also vielfältige Interessen und auf jeden Fall eine begrenzte Finanzdecke. Ganz gleich, ob mit Erhöhung oder mit Absenkung, die Finanzen sind auf jeden Fall begrenzt. Die Entscheidungen über Prioritäten werden also in jedem Szenario auch die Kehrseite haben, dass nicht alles, was gewünscht wird,

leistbar ist. An diesem Punkt ist deutlich zu sagen, dass nicht nur die Landesregierung für die Entwicklung verantwortlich ist, sondern auch die Kommunen, die Kulturarbeiter und natürlich auch die Nutzer. Für die Landesregierung ist, wenn es um Finanzen geht, die Frage wichtig: Was ist Landesinteresse? Natürlich sind dies die Leuchttürme, aber dies ist nur eines. Genauso wichtig ist es, dass die kulturelle Aktivität in der Fläche gestärkt wird, und zwar nicht nach dem Gießkannenprinzip, wie es bisher zum Teil der Fall war. Mein Anspruch wäre es zum Beispiel, hiermit seitens des Landes Qualitätssicherung z. B. bei Musikfesten etc. zu betreiben. Aber das geht jetzt schon ins Detail dessen, worüber wir reden müssen, wenn es vorhanden ist.

Seit Dezember letzten Jahres haben wir in meinem Haus über diese Problematik intensive Debatten geführt und sind jetzt so weit gekommen, dass wir etwa Ende Mai in die Kommunikation mit denen, die es betrifft, eintreten wollen. Auf Seiten derjenigen, mit denen man reden muss, besteht große Gesprächsbereitschaft. Dann müssen wir zu einer Prioritätensetzung kommen, und zwar auf Basis nachvollziehbarer sachlicher Erwägungen.

In diesen Rahmen gehört auch die Soziokultur. Ich bin strikt dagegen, dass man die einzelnen Sparten oder Bereiche gegeneinander ausspielt. Ich wehre mich also dagegen, einen Bereich, welchen auch immer, zu fokussieren und dort Fakten zu schaffen. Vielmehr möchte ich jetzt die Zeit haben, dies alles im Gesamtpaket anzuschauen.

Als Letztes möchte ich sagen, dass es nicht darum geht, enge Raster zu setzen. „Landeskulturentwicklungskonzeption“ klingt schon schrecklich und weckt bestimmte Assoziationen. Vielmehr geht es gerade darum, durch strukturelle Neuordnung Handlungsspielräume, die auch in finanzieller Hinsicht jetzt nicht vorhanden sind, zurückzugewinnen. Denn wenn man z. B. ein anderes Landesinteresse darin sieht, neue, innovative Projekte zu befördern, wäre dies nur so möglich. Auch auf Klarheit kommt es an. Klarheit kann auch so aussehen, dass man endlich einmal feststellt und überlegt, nach welchen Aspekten Projektförderung künftig durchgeführt werden soll. Im investiven Bereich gibt es mittlerweile durch die Mischfinanzierung - EU etc. - Regeln. Da weiß man, worauf man sich einzurichten hat. Wenn Sie andererseits einen Antrag in meinem Hause abgeben, haben Sie zwar mit einem Mitarbeiter gesprochen, haben aber keine klare Orientierung, was zu erwarten ist. Das gehört aber zum Beispiel mit dazu. Also kein Raster, aber Orientierung und damit auch eine gewisse Sicherheit, nicht unbedingt im Sinne von hohen Finanzsummen, aber im Sinne von Erwartungshaltung.

Kultur konzeptioneller angehen ist sehr schwierig. Ich würde mich freuen, wenn hierfür eine große Unterstützung hier im Hause vorhanden wäre. - Danke.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Ministerin Wanka. - Wir sind damit am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angelangt und kommen zur Abstimmung.

Zunächst rufe ich die Drucksache 3/2528 auf. Das ist der Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU. Wer diesem Antrag seine

Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Zweitens rufe ich den Antrag der Fraktion der PDS auf. Er liegt Ihnen in Drucksache 3/2573 vor. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, teile ich Ihnen mit, dass ein Antrag eines Mitgliedes der Landesregierung vorliegt. In diesem Zusammenhang verweise ich auf § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung, wonach die Mitglieder der Landesregierung jederzeit Rederecht haben und ihnen im Falle der Wortmeldung das Rederecht auch außerhalb der Tagesordnung zu erteilen ist, und erteile Herrn Minister Schönbohm das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich auch in meiner Funktion als stellvertretender Ministerpräsident zu Wort gemeldet, weil durch Ihre Entschuldigung, Herr Domres, nichts aus der Welt geschafft wird. Vielmehr hat sich gezeigt, dass Sie sich in Ihrer Argumentation zum Thema Tourismus auf ein unsägliches Papier bezogen haben, das Ihrem Fraktionsvorsitzenden am 24. November zugestellt wurde.

Um die Unsäglichkeit deutlich zu machen, Herr Präsident, möchte ich einige wenige Zitate bringen und dann einige Schlussfolgerungen ziehen.

In diesem Papier heißt es:

„Nach internen Zählungen von Menschenrechtsorganisationen gab es allein von Januar 2000 bis September 2000 über 83 000 Übergriffe auf ausländische oder fremdartig aussehende Menschen, Asylbewerber und Touristen.“

Es geht nur um Brandenburg, nicht um Deutschland.

„Die Arbeitslosigkeit liegt bei circa 18 %. Das hat seinen Grund darin, dass kaum noch irgendein auswärtiges Wirtschaftsunternehmen in Brandenburg investiert und auch sonst versucht wird, ein umfassendes Wirtschaftsembargo, wie es sonst nur gegenüber totalitären Staaten üblich ist, durchzusetzen.“

Das steht in dem Papier. Dann kommen die Ausführungen zu der Versicherung und dann heißt es weiter:

„Sich auf offener Straße ohne Begleitung von Einheimischen zu bewegen gilt als lebensgefährlich, riskanter sogar als der nächtliche Besuch von Harlem für einen Weißen. Auf den Schutz der Öffentlichkeit zu vertrauen kann hier verhängnisvoll sein.

Sicher erinnern Sie sich noch“

- so heißt es in dem Papier weiter -

„an die weltweit gesendeten und gedruckten Bilder aus der Kleinstadt Hoyerswerda, als das Abfackeln eines Asylbewerberheimes von der Bevölkerung frenetisch bejubelt und unterstützt wurde. Dieses Ereignis war einer von zigtausend Einzelfällen, zeigt also den ganz normalen Alltag in einer x-beliebigen Brandenburger Gemeinde.“

Es heißt dann weiter:

„Ebenso naiv wäre es, in solchen Fällen auf die Polizei zu vertrauen, wobei Feigheit noch das ehrenwerteste Motiv wäre. Selbst der Brandenburger Regierung geht die Kumpanei der Polizei mit Nazischlägern zuweilen zu weit, weil es dem Ansehen der Region schade. Das ist umso bemerkenswerter, da diese Regierung von Beobachtern als keinesfalls übermäßig anti-rechtsradikal eingestuft wird und beispielsweise der Innenminister vorschlägt, mit Rechtsradikalen Fußball zu spielen.

Nur am Rande sei vermerkt, dass sich natürlich auch die Justiz in das Gesamtbild einfügt. Für die Tötung von Ausländern gibt es, wenn nicht sowieso Freispruch mangels Beweisen, gewöhnlich Verwarnung oder Bewährungsstrafen.“

(Zuruf von der CDU: Das ist ja unglaublich!)

Dann heißt es:

„Wem also Ski fahren auf ungesicherten Pisten Österreichs, der Flug mit defekten Concordes oder ein Tramperurlaub in Tschetschenien zu langweilig erscheinen, der sollte sich heiter und unbeschwert nach Brandenburg begeben.“

(Zuruf von der SPD: Pfui!)

Das steht in dem Brief. Aus diesem Brief zitieren Sie und Sie haben nicht bemerkt, dass er nicht in Ordnung ist?

Darum, Herr Bisky, möchte ich fragen: Haben Sie diesen Brief als Argumentationspapier in Ihre Fraktion gegeben? Verspüren Sie möglicherweise eine klammheimliche Freude?

(Zurufe von der PDS - Gegenruf von der SPD: Wenn die Wahrheit gesagt wird, regen Sie sich auf?)

Ich möchte gerne wissen, wie Sie darauf reagiert haben. Es geht darum, ob Sie gegenüber der Yale-Universität, von der das Papier stammt, Schaden von Brandenburg abgewandt haben. Haben Sie die Fakten klargelegt? Was haben Sie geantwortet? Wenn Sie darauf keine befriedigende Antwort geben können, werden wir eine Diskussion darüber führen, wie Sie eigentlich die Wirklichkeit sehen. Ich will in aller Klarheit sagen: Die Brandenburger Wirklichkeit sieht anders aus, als sie durch Ihre rote Brille manchmal erkennbar ist.

Das wollte ich nur darstellen.

(Beifall bei CDU, SPD und DVU)

Vizepräsident Habermann:

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt wieder auf den § 31 unserer Geschäftsordnung zurück. In Absatz 3 heißt es dort:

„Ergreift ein Mitglied der Landesregierung außerhalb der Tagesordnung das Wort, wird die Beratung über seine Erklärung eröffnet. In diesem Fall kann jede Fraktion für einen ihrer Redner die gleiche Redezeit wie die Landesregierung verlangen. Anträge zur Sache dürfen hierbei nicht gestellt werden.“

Der Vertreter der Landesregierung hat 3:33 Minuten gesprochen. Ich frage die Fraktionen, ob sie Redezeiten in der gleichen Größenordnung in Anspruch nehmen wollen. Herr Prof. Bisky?

(Prof. Dr. Bisky [PDS]: Ja.)

Bitte schön, Sie bekommen als Erster das Wort.

Prof. Dr. Bisky (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstens handelt es sich nicht um einen Brief, sondern um eine E-Mail - die über Internet zugänglich ist -, die an die PDS geschickt wurde.

(Unruhe bei der CDU)

- Bitte schön, ganz ruhig!

Zweitens: Wir sind uns in diesem Lande, in dieser Fraktion einig, dass wir ein Problem mit Rechtsradikalismus haben, und ich hoffe, dass die demokratischen Parteien das weiterhin so sehen. Wie stark das Problem ist, wird unterschiedlich beurteilt.

(Zuruf von der CDU: Aber so doch nicht!)

Diese E-Mail habe ich erhalten, habe sie überflogen und sie dann dorthin getan, wohin ich Mengen derartigen Materials täglich tue, nämlich in den Papierkorb.

Drittens handelt es sich, wie gesagt, um das Internet, und auf diesem Wege hat es Herr Domres zur Kenntnis genommen. - Er hat sich heute dafür entschuldigt. Dafür sage ich ihm meinen Respekt. Es ist nicht üblich, dass sich ein Abgeordneter, der einen Fehler macht, sofort entschuldigt.

(Beifall bei der PDS)

Viertens sage ich auch - und das ganz ruhig -: Es kommt derartiges Material mehr. Herr Minister, mit Ihnen habe ich darüber nicht gesprochen, wohl aber mit Herrn Ziel als damaligem Innenminister und mit Herrn Bräutigam als Justizminister. Es hat von der anderen Flanke her eine Unmenge von Drohungen gegen meine Person gegeben. Mir wurde, wahrscheinlich mit Ihrer Kenntnis, Polizei geschickt. Das war in Oranienburg, wo über die Sicherheit und über die Morddrohungen, die gegen mich gerichtet wurden, Auskunft gegeben worden ist. Damals habe ich der Polizei und dem Justizminister gesagt - und habe mit Herrn Ziel darüber auch eine Vereinbarung getroffen -, dass ich deswegen kein Fass aufmache, sondern dass ich alle auch an mich persönlich gerichteten Drohungen in den Papierkorb werfe. Das habe ich getan, das werde ich weiterhin tun, und ich bitte Sie: Lassen Sie uns jetzt nicht über ein - ein! - merkwürdiges Schreiben, das so überzieht, dass ich das gar nicht ernst nehmen kann, debattieren! Sonst könnte ich Sie, die Justiz und andere jeden Tag damit konfrontieren.

Es bleibt dabei: Ich habe es erhalten, habe es in den Papierkorb geworfen, und ich werde auch künftighin die Flut rechtsextremistischer Mails, die gegen das Land und gegen die Menschen in diesem Lande täglich eingeht, nicht weiterleiten. Wir werden sie in den Papierkorb werfen und weiterhin beständig gegen Rechtsextremismus und für eine sachliche Beurteilung dieses Landes auftreten. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Prof. Dr. Bisky. - Ich frage die Fraktion der SPD, ob sie das Rederecht in Anspruch nehmen will. - Bitte schön, Herr Abgeordneter Klein.

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bisky, ich finde es durchaus ehrenwert und vernünftig, dass Sie jetzt hier reagieren und zu dem, was heute Morgen an Ungeheuerlichem passiert ist, Ihre Meinung sagen. Trotzdem muss ich Ihnen Folgendes entgegenen: Es darf nicht sein, dass ein Mitglied Ihrer Fraktion aus diesem Brief, von dem wir jetzt gerade noch einiges gehört haben, nur das herausnimmt, was ja schon schlimm genug ist, und beispielsweise so etwas wie den Vergleich mit den Golanhöhen kolportiert. Auch wenn Sie sagen, dass es rechtsradikale Übergriffe gibt, so sind das ja doch nicht 84 000, wie es in dem Brief heißt.

(Vietze [PDS]: Das hat doch hier im Parlament niemand gesagt!)

- Herr Domres hat diesen Brief vor sich gehabt und hat offensichtlich daraus zitiert. Er kann solche Dinge aber doch nicht einfach übernehmen und vor der breiten Öffentlichkeit, vor dem Fernsehen und vor den Bürgern ausbreiten. Uns schauen ja doch einige zu, Herr Bisky. Deshalb können wir diese Sache nicht auf sich beruhen lassen. Wir finden es außerordentlich wichtig, dass dies noch einmal aufgegriffen worden ist, weil damit ein Niveau der Debatte erkennbar wird, das heute Morgen noch nicht erkennbar war.

(Unruhe bei der PDS)

Es hilft überhaupt nicht, Herr Bisky, wenn Sie - lassen Sie mich das so formulieren - an dieser Stelle, bei der Sie selbst im Glashaus sitzen, mit dem Finger auf den anderen zeigen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Klein. - Ich frage die Fraktion der CDU, ob sie das Wort wünscht. - Bitte schön, Herr Abgeordneter Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Prof. Bisky erhält am 24. November 2000 um 14.10 Uhr eine E-Mail

(Prof. Dr. Bisky [PDS]: Ja, eine E-Mail!)

von einem Herrn Marcel Erbes. Er liest die Anlage dazu und wirft das anschließend in den Papierkorb. Herr Minister Schönbohm hat berichtet, was diese Anlage an maßlosen Verunglimpfungen des Landes Brandenburg beinhaltet.

Ich frage mich, Herr Prof. Bisky, warum Sie eine solche Anlage, einen solchen Brief nicht unmittelbar und sofort an den Justizminister des Landes zwecks Prüfung übergeben haben, um zu klären, was der Hintergrund der Sache sein könnte.

(Prof. Dr. Bisky [PDS]: Das war zu DDR-Zeiten üblich!)

Das ist das eine. Das hätten Sie durchaus tun können.

Zum anderen möchte ich an das erinnern, was Herr Domres gesagt hat. Herr Domres hat heute Morgen hier in aller Öffentlichkeit gesagt, dass die Sicherheit des Landes Brandenburg gerade so vor der Sicherheit der Golanhöhen liege, das heißt, dass es für Menschen, die Urlaub machen wollten, ungefähr gleich unsicher sei, ob sie sich als Ziel des Urlaubs die Golanhöhen oder Brandenburg aussuchten, beziehungsweise Brandenburg sei etwas sicherer als Sierra Leone, wenn ich das richtig verstanden habe. Ein solcher Unsinn wurde heute Morgen öffentlich verbreitet.

Deshalb, so meine ich, ist es nicht damit getan, wenn Herr Domres sagt, er habe heute Morgen etwas ausgeführt, was nicht den Tatsachen entspreche beziehungsweise was er nicht geprüft habe. Ich erwarte, dass ein Abgeordneter dann, wenn er etwas so Schwerwiegendes hier sagen will, dies vorher prüft und erst danach ans Pult tritt und redet.

Von einem Fraktionsvorsitzenden, Herr Bisky, der so lange im Geschäft ist wie Sie, erwarte ich, dass er so etwas nicht einfach in den Papierkorb wirft, sondern prüfen lässt, um Schaden von Brandenburg abzuwenden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Homeyer. - Ich frage die Fraktion der DVU, ob sie ihr Rederecht in Anspruch nehmen möchte. - Frau Hesselbarth, bitte schön.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle mit großer Verwunderung fest, wie gut Sie sich hier miteinander abgesprochen haben, wie gut vorbereitet Sie in diese kurze Debatte gegangen sind.

Herr Dr. Bisky, Sie sprechen von Morddrohungen gegen Ihre Person. Davon kann ich auch ein Lied singen, wobei im Falle meiner Person diese Morddrohungen von der anderen Seite, nämlich von der linken, kommen.

Ansonsten, was das Internet und die E-Mails angeht, ist Folgendes zu sagen: Sie haben sich zwar entschuldigt, aber Sie gehören auch zu denjenigen, die Stoiber mit Hitler vergleichen. Man kann nicht Bäume fällen und sich hinterher dafür entschuldigen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU - Unruhe bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Meine Damen und Herren, damit haben Sie die Erklärung der Landesregierung zur Kenntnis genommen und die Fraktionen hatten Gelegenheit, darauf zu reagieren. Damit schließe ich diesen Vorgang ab.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Unterrichtung des Landtages Brandenburg über Schadensersatzansprüche und Schadensersatzforderungen der Gesellschafter der BBF gegen die Credit Suisse First Boston AG

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/2541

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der einreichenden Fraktion. Frau Abgeordnete Tack, Sie haben das Wort.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir kommen noch einmal auf den möglichen Großflughafen BBI in Schönefeld zurück. Die PDS-Fraktion bringt einen Antrag mit dem Ziel ein, dass wir gemeinsam reagieren.

Meine Damen und Herren, die Fakten liegen auf dem Tisch. Die mit Beschluss des Oberlandesgerichtes Brandenburg vom 3. August 1999 aus unserer Sicht gescheiterte Privatisierung der BBF an die Hochtief AG hat das Land Brandenburg mindestens 112,5 Millionen DM gekostet. Dieser Schaden wäre nicht entstanden, wenn das Vergabeverfahren zur Privatisierung der BBF und zur Errichtung des BBI fehlerfrei verlaufen wäre.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete Tack, ich möchte Sie kurz unterbrechen.

Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie eine Fraktionssitzung abhalten wollen, dann gehen Sie in Ihre Fraktionsräume und machen das bitte nicht hier im Saal!

Frau Abgeordnete Tack, Sie dürfen fortfahren.

Frau Tack (PDS):

Die Mitverantwortung der Gesellschafter der BBF und die persönliche Verantwortung der Landesvertreter in den verschiedenen Aufsichtsgremien der BBF und der PPS für diesen Schaden sind noch zu ermitteln. Sie wissen, dass wir gemeinsam in einem Untersuchungsausschuss daran arbeiten. In diesem Zusammenhang wird immer wieder darauf verwiesen, dass sich die Gesellschafter für das Vergabeverfahren zur Privatisierung der BBF und der Errichtung des BBI der Projektplanungsgesellschaft PPS bedient hätten, die wiederum eine Investmentbank, in diesem Fall die Credit Suisse First Boston AG - CSFB -, und eine Rechtsanwaltskanzlei zur Beratung herangezogen hätten. Die Gesamtsteuerung des Vergabeverfahrens unter Einbeziehung des Rechtsberaters lag angeblich allein bei der CSFB. Aus

diesem Grunde sind in Bezug auf diese Bank einige Fragen zu stellen.

Das Oberlandesgericht hat am 03.08.1999 vier Fehler bei der Durchführung des Vergabeverfahrens zur Privatisierung der BBF zur Errichtung des Großflughafens BBI von einer solchen Schwere festgestellt, dass eine Aufhebung der Vergabeentscheidung und die Zurückversetzung des Verfahrens erforderlich wurde. Seitdem steht die Frage im Raum, inwieweit diese Fehler auf einer Verletzung vertraglicher Pflichten vonseiten der CSFB und der mit ihr verbundenen Rechtsberater beruhen, welcher Schaden hierdurch entstanden ist und inwieweit dieser entstandene Schaden der CSFB und ihren Beratern zuzurechnen ist.

Ein weiterer Punkt kommt hinzu: das von vornherein unterlassene Aufzeigen der finanziellen und rechtlichen Risiken für ein Vergabeverfahren zur Errichtung des Großflughafens ohne rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss. Wir sind aktuell in einer gleichen Situation, aber ich erinnere an die Situation, die zum Scheitern der Privatisierung der Holding und zur Vorbereitung des Großflughafens geführt hat. Allein die Durchführung des Vergabeverfahrens ohne Planfeststellungsbeschluss hätte schon 1997 dazu führen müssen, dass das Vergabeverfahren überhaupt nicht erst begonnen wird. Es ist deshalb zu begrüßen, dass sich die Gesellschafter der BBF - dazu gehört das Land Brandenburg - im vergangenen Jahr entschlossen haben, ein Rechtsgutachten zur Prüfung von Regressansprüchen und -forderungen gegenüber der CSFB in Auftrag zu geben.

Berechtigte Schadensersatzansprüche sind mindestens aus folgenden Positionen zu ermitteln: Honorare der Berater in Höhe von vermutlich 15 Millionen DM, Gerichtskosten im Vergabenachprüfungsverfahren von ca. 10 Millionen DM, zusätzliche Verfahrenskosten ab dem 4. August 1999 in Höhe von schätzungsweise 10 Millionen DM und zusätzliche Zinsbelastungen aus den Jahren 1999 und 2000 aus den Baufeld-Ost-Krediten, die nach Ablösung der Kredite durch den Privatisierungserlös ab dem 2. Halbjahr 1999 eigentlich bei erfolgreicher Privatisierung nicht mehr erforderlich sein sollten, in Höhe von ca. 30 Millionen DM. Nach unserer Schätzung ergeben diese Positionen einen Gesamtbetrag in Höhe von bis zu 65 Millionen DM.

Die Frage, in welcher Höhe dieser Schaden tatsächlich gegenüber der CSFB gerichtlich geltend gemacht werden kann, wirft natürlich auch die Frage der Mitverschuldung der Auftraggeber auf. Dies ist für die Gesellschafter der BBF und für die PPS eine unbequeme Frage, denn ein Mitverschulden wird womöglich nicht ganz auszuschließen sein. Das gilt es im Rahmen des Untersuchungsausschusses noch zu beweisen.

In dem Zusammenhang fordern wir die Landesregierung mit unserem Antrag auf, den Landtag auf seiner Sitzung im Mai über das ihr als Gesellschafter der PPS vorliegende Rechtsgutachten zu Schadensersatzansprüchen gegen die CSFB zu unterrichten und daraus abgeleitete berechnete Ansprüche gegen die genannte Bank noch in diesem Jahr auf einem gerichtlichen Wege geltend zu machen, damit wenigstens ein Teil des für das Land Brandenburg entstandenen Vermögensschadens wieder beseitigt werden kann. Ich denke, die Finanzministerin und uns alle würde es freuen, wenn es gelingen würde, hier wieder eine Einnahme im Haushalt zu erreichen.

Da wir wieder beim Thema Großflughafen sind, möchte ich

abschließend noch eine Bemerkung machen. Herr Karney lächelt mich so an - das ist ja nichts Schlechtes, ich lächle auch viele Leute an. Ich würde ihn bitten, in der Debatte zur möglichen Privatisierung und zur Errichtung des Großflughafens, was die Struktur- und Verkehrspolitik der PDS-Landtagsfraktion betrifft, endlich mit seinen demagogischen Unterstellungen aufzuhören. Sie sagen dies wider besseres Wissen und ich fordere Sie auf, sich an den Realitäten und an den alternativen Politikvorstellungen der PDS zu orientieren. Dann haben wir, wie ich denke, eine Chance, uns zu den Sachfragen auszutauschen.

Eine Bitte habe ich auch noch an den Wirtschaftsminister: Sie haben vorhin gesagt, die künftige Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft soll zu 51 % die öffentliche Hand tragen. Aber leider war all das, was Sie hier ausgeführt haben, im Bericht der Landesregierung nicht enthalten. Ich denke, es wäre ein fairer Umgang miteinander, das Gutachten zur Umfeldentwicklung des Flughafens an alle Fraktionen zu geben, damit auch wir an der Meinungsbildung beteiligt sind. Dann könnten wir uns auf einer sachbezogenen Ebene viel besser austauschen, als wenn immer diese demagogischen Unterstellungen vorgebracht werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Tack. Ich habe die ganze Zeit überlegt, ob ich Sie zur Sache ermahnen sollte, aber da Sie noch Redezeit hatten, habe ich es gestattet. - Für die Koalitionsfraktionen spricht der Abgeordnete Dellmann. Bitte sehr.

Dellmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sachverhalt ist hinreichend bekannt. Das Oberlandesgericht Brandenburg hat am 3. August 1999 Rechtsverstöße der Projektplanungsgesellschaft PPS im Privatisierungs- und Vergabeverfahren festgestellt. Da sich die PPS zur Beratung in finanzieller und rechtlicher Hinsicht unter anderem der CSFB bediente, können zu Schadensersatz verpflichtende Beratungsfehler der CSFB grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

Die PPS wird eine rechtliche Prüfung unternehmen und befindet sich in Verhandlungen mit der CSFB. Würde dem Antrag der PDS entsprochen, müsste sich die Landesregierung in öffentlicher und damit auch der potenziellen Gegenseite zugänglicher Art und Weise über die sachlichen Grundlagen und eventuelle prognostizierte Erfolgsaussichten eines Gerichtsverfahrens äußern. Die öffentliche Preisgabe inhaltlicher Positionen der PPS, der BBF oder der Gesellschafter würde erkennbar die Erfolgsaussichten der auch im Interesse des BBF-Gesellschafters Brandenburg geführten Verhandlungen schmälern oder gar torpedieren. Ferner ist zu berücksichtigen, dass sich auch das Kontrollrecht des Parlaments grundsätzlich nur auf abgeschlossene Vorgänge bezieht und nicht die Befugnis enthält, in laufenden Verhandlungen und Entscheidungsvorbereitungen der Exekutive einzugreifen.

Sehr geehrte Frau Tack, eine Unterrichtung zum jetzigen Zeitpunkt diene also erkennbar nicht den Interessen des Landes Brandenburg. Sie würde diese vielmehr in eklatanter Weise schmälern. Da sich diese Einschätzung auch der PDS aufdrän-

gen muss, ist ihr vorzuwerfen, dass sie mit diesem Antrag grob fahrlässig und sogar bewusst die Schädigung der Landesinteressen betreibt. Eine Offenlegung durch die Landesregierung kommt erst in Betracht, wenn die Angelegenheit abgeschlossen ist. Sie ist somit erst zu einem solchen Zeitpunkt zu fordern.

Meine Damen und Herren, die Unterrichtung des Landtages und der Öffentlichkeit wird durch die Veröffentlichung des Untersuchungsausschussberichtes erfolgen. Der auf Antrag der PDS eingesetzte Untersuchungsausschuss 3/1 hat die Aufgabe, den bisherigen Verlauf des Privatisierungs- und Vergabeverfahrens zum Flughafen BBI aufzuklären. Dies beinhaltet ausdrücklich die Fragen zur Rolle der CSFB im Privatisierungs- und Vergabeverfahren sowie nach Regressansprüchen und Mehrkosten durch die Entscheidung des Oberlandesgerichtes Brandenburg. Der Antrag der PDS kollidiert mit dem Untersuchungsauftrag. Mit der Erfüllung dieses Auftrags, welche die Koalitionsfraktionen in sachgerechter Weise betreiben, wird die notwendige Transparenz sichergestellt.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zum Verhalten der PDS im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss: Dass überhaupt ein Erkenntnisinteresse der PDS hinsichtlich des vorgelegten Antrags vorliegt, muss angesichts ihres planlosen Verhaltens im Untersuchungsausschuss bezweifelt werden. Von bisher 45 eingebrachten Anträgen der PDS wurden von ihr 18 zur Präzisierung zurückgezogen. In der zweiten Sitzung des Untersuchungsausschusses wurde die komplette Themeneinteilung mit Zustimmung der Abgeordneten Tack und Enkelmann beschlossen.

(Zuruf von der PDS)

Seitdem sind Sie, liebe Frau Tack, damit beschäftigt, diese Einteilung zu torpedieren. Zwischenzeitlich liegt dem Untersuchungsausschuss ein Aktenberg mit zurzeit etwa 55 000 Blatt vor.

Die Abgeordnete Frau Dr. Enkelmann beklagt sich öffentlich darüber, dass 500 Aktenbände ausgewertet werden müssten und dies noch drei Jahre dauern sowie rund 500 000 DM pro Jahr kosten würde.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Darüber habe ich mich nicht beklagt!)

Sie selbst, Frau Dr. Enkelmann - auch an Ihrem Geburtstag muss ich das sagen -, haben mit Ihren planlosen Anforderungen den Grund allen Übels gelegt.

(Beifall bei SPD und CDU - Zuruf der Abgeordneten Frau Dr. Enkelmann [PDS])

Zuletzt haben Sie erneut 20 Bände Akten zum vor einem Jahr abgeschlossenen und eingestellten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Berlin angefordert, deren ausführlich begründetes Einstellungsergebnis dem Untersuchungsausschuss und auch der Öffentlichkeit längst hinreichend bekannt ist.

Meine Damen und Herren! Wer beschert dem Land eigentlich die überflüssigen Kosten?

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Wie kann man vom Untersuchungsausschuss überhaupt Akteneinsicht fordern?)

Entgegen Ihren öffentlichen Behauptungen, Frau Dr. Enkelmann, ist bis heute kein PDS-Antrag vom Untersuchungsausschuss und von den Koalitionsfraktionen abgeschmettert worden. Ich darf darauf hinweisen, dass Sie, Frau Tack, und Sie, Frau Dr. Enkelmann, eines beachten sollten, nämlich den § 12 Abs. 3 des entsprechenden Gesetzes:

„Vor Abschluss der Beratung über einen Gegenstand der Verhandlung sollen sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses einer öffentlichen Beweiswürdigung enthalten.“

(Unruhe bei der PDS)

Gestatten Sie ein Zitat aus einer Meldung vom DDP am gestrigen Tage. Dort wird geschrieben - es gibt eine wissenschaftliche Untersuchung:

„Die Abschlussberichte solcher Untersuchungsausschüsse füllen leicht Hunderte von Seiten, die Korruption, Misswirtschaft und Fehlverhalten aufdecken sollen. Doch wirklich wichtig sind sie nicht.“

Der Kölner Politikwissenschaftler Jürgen Klöhn sagt:

„Der Weg ist das Ziel.“

Als Beweis zitiert er einen Hamburger Abgeordneten, der sagt:

„Der Bericht ist scheißegal. Wichtig ist, dass über zwei Jahre alle zwei Wochen negative Schlagzeilen in der Zeitung stehen.“

Das ist auch Ihr Ziel, Frau Tack. Die PDS verhindert eine effektive Arbeit des Untersuchungsausschusses, beschwert sich über die Dauer des Verfahrens und eine angebliche Verhinderungstaktik der Regierung und der Koalitionsfraktionen.

(Beifall bei der CDU)

Wer hat eigentlich ein Interesse daran, den Untersuchungsausschuss weiter köcheln zu lassen? Von einem Erkenntnisinteresse der PDS kann aus unserer Sicht keine Rede sein. Ihr Antrag ist deshalb abzulehnen.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Haben Sie den Antrag eigentlich gelesen? Sagen Sie etwas zum Antrag!)

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter, Sie sind gerade zu Ende gekommen. Ich hätte Sie sonst ermahnt. Für Sie trifft übrigens dasselbe zu. Sie haben - zumindest im letzten Teil - nicht zur Sache gesprochen bzw. höchstens im weitesten Sinne.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Ganz richtig! In weitesten Teilen!)

Das Wort geht an die Fraktion der DVU, an den Abgeordneten Schuldt.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Un-

terrichtung des Landtages durch die Landesregierung ist fast immer gut. Der dem Landtag und dem Land Brandenburg durch die gescheiterte Privatisierung des Projektes entstandene Schaden ist beträchtlich. Er führt bzw. führte zur außerplanmäßigen Belastung des Landeshaushaltes in den Jahren 1999 bis 2001, weil auch unser Land Brandenburg mit 24,3 % an der Trägergesellschaft BBF beteiligt ist.

Die Vergabe an das Hochtief-Konsortium wurde bekanntlich durch das Brandenburgische Oberlandesgericht mit Beschluss vom 3. August 1999 aufgehoben. Die Bank Credite Suisse First Boston AG nahm bei der vorausgegangen sowie für rechtswidrig erklärten Vergabe an Hochtief eine Schlüsselstellung ein. Sie führte einen finanziellen Angebotsvergleich zwischen den verbliebenen Bewerbern, dem Hochtief- und dem IVG-Konsortium, durch. Grundlage für die letztlich als rechtswidrig erkannte Vergabe an das Hochtief-Konsortium war bekanntlich ein Vergleich der Angebote von Hochtief und IVG mit entsprechender Empfehlung durch die Bank Credite Suisse First Boston AG.

Obleich sich die Bedeutung dieser Empfehlung geradezu jedermann aufdrängen musste - es handelte sich hier nicht um die Vergabe des Baus eines Milchladens, sondern um das bis dato größte Investitionsprojekt des Landes Brandenburg mit einem Gesamtvolumen von etwa 10 Milliarden DM -, gibt es für diese Bevorzugung des Angebotes von Hochtief nicht einmal eine schriftliche Begründung seitens der Bank Credite Suisse First Boston AG. Obendrein gab sie ihre Empfehlung zugunsten von Hochtief ab, obgleich sie schon von anderweitigen vorausgegangenen Unregelmäßigkeiten im Vergabeverfahren Kenntnis erlangt haben musste. Bereits in einem Schreiben vom 10. Februar 1998 mahnte sie wegen versuchter Kontaktaufnahmen seitens Hochtief mit von der PPS beauftragten technischen Planern die Einhaltung der Vergaberichtlinien der RFP an.

Ob dies letztlich zu begründeten Schadensersatzansprüchen führen wird, mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben. Wichtig ist uns, dass solche möglichen Schadensersatzansprüche durch die Landesregierung ernsthaft geprüft werden; denn sicher ist, dass zumindest fehlerhafte Verhaltensweisen seitens der Bank Credite Suisse First Boston AG für die eingetretenen Schäden ursächlich waren.

Insoweit liegen wir vor folgendem Hintergrund mit Ihnen auf einer Linie, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion:

(Zuruf von der PDS: Das wollen wir aber nicht!)

in unserem Bestreben, Schaden von unserem Land abzuwenden, wo immer dies möglich ist. Wir haben aber erheblichen Zweifel daran, ob es Ihnen in der Tat darum geht, Schaden von unserem Land abzuwenden, oder ob Ihr Antrag nicht vielmehr Ausdruck eines Bestrebens ist, dem Land noch sehr viel größeren Schaden zuzufügen, und zwar durch die Verhinderung des Flughafenprojektes insgesamt.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Dr. Enkelmann [PDS])

Ich sage es heute noch einmal: Unsere Fraktion steht hinter der schnellstmöglichen Verwirklichung des Flughafenprojektes am Standort Schönefeld. Wir verfolgen mit unserer Zustimmung zu diesem Antrag erklärtermaßen folgende Ziele:

(Zuruf von der PDS)

- Beleidigen brauchen Sie mich hier nicht, Frau Kollegin Abgeordnete!

Wir verfolgen als besondere Ziele - dies auch an Ihre Adresse, Herr Minister Fürniß -: schnellstmögliche Verwirklichung des Projektes im Interesse unseres Landes, der Wirtschaft und der Bürger,

(Zuruf von der CDU)

faire und transparente Ausschreibungen von Aufträgen im Zusammenhang mit dem Flughafenprojekt unter besonderer Berücksichtigung örtlicher Wirtschaftsunternehmen und unter Ausschluss von „Interessenkungeleien“ von Großunternehmen und Politik sowie für die ortsansässigen Bürger eine möglichst geringe Beeinträchtigung durch den Flughafenbetrieb.

Jedes andere Vorgehen beeinträchtigt die Interessen unseres Landes: Verbesserung der Infrastruktur, wirtschaftliche Entwicklung, Rückführung der real existierenden Geißel der Arbeitslosigkeit und Schaffung einheitlicher Lebensbedingungen in der gesamten Region Berlin-Brandenburg.

In diesem Sinne hat sich unsere Fraktion immer wieder erklärt. Im Übrigen: Dieser Flughafen ist sozusagen zugleich Visitenkarte unseres Landes. Ich weise darauf hin, dass 2006 die Fußballweltmeisterschaft bei uns stattfindet. Unter diesem Gesichtspunkt kommt unseres Erachtens die Fertigstellung 2007 zu spät. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU - Zuruf von der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Das Wort geht an die Landesregierung. Herr Minister Fürniß, bitte sehr.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Tack, wenn ich mir erlauben darf: Wir waren uns, glaube ich, schon einmal einig, dass wir nicht vom Großflughafen sprechen, sondern von einem internationalen Drehkreuz. Das mit dem Großflughafen war einmal und ist nicht mehr.

Für die von Ihnen erbetene Unterrichtung des Landtages gibt es heute keine Grundlage. Zwischen der PPS und der Credit Suisse First Boston AG finden zurzeit Verhandlungen statt. Diese Verhandlungen schließen die Prüfung ein, den Rechtsweg zu beschreiten. Gleichmaßen wird auch nach der Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung gesucht. Erst wenn diese Verhandlungen abgeschlossen sind, kann ich den Landtag unterrichten. Ich werde von mir aus wieder auf Sie zukommen.

Vizepräsident Habermann:

Ich bedanke mich, Herr Minister Fürniß.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache zu diesem Punkt angekommen und kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über den Antrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in der Drucksache 3/2541 vorliegt, ab. Wer dem Antrag der Fraktion der PDS zustimmt, den bitte ich um sein

Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 7 und rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Konzeption für das Potsdamer "Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte"

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/2542

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und erteile Herrn Dr. Trunschke das Wort und nicht Herrn Prof. Bisky, wie mir gesagt wurde. Bitte schön.

Dr. Trunschke (PDS):

Herr Präsident, manchmal spielt das Leben etwas anders. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 300 Jahre Preußen erzeugen nicht nur in linken Köpfen äußerst widersprüchliche Bilder. Militärischem Drill, Untertanengeist und blutigen Kriegen stehen Reformen und Reformer wie von Stein oder Gneisenau, der Glanz der Schlösser und Gärten, die Tradition von Toleranz und Weltoffenheit gegenüber. Wir sollten uns der Geschichte Preußens, die auch die Geschichte Brandenburgs ist, in ihrer Gesamtheit nähern und uns mit dieser Vergangenheit auseinandersetzen, nichts beschönigen und nichts tabuisieren, aber auch nichts vorschnell verteufeln. Genau das erwarten wir auch von einem „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“, das in wenigen Monaten eröffnet werden soll.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, einen kurzen Einschub. „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“ erscheint mir als Name doch etwas schwerfällig, die Abkürzung HBPg hingegen nichts sagend. Es wäre zu überlegen, einen kurzen und prägnanten Namen zu suchen, beispielsweise in einem öffentlichen Wettbewerb, in dem die Potsdamerinnen und Potsdamer ihre kreative Ader unter Beweis stellen könnten. Dies dient auch der Identitätsfindung der Region.

(Beifall bei der PDS)

Wie Sie wissen, handelt es sich um den ehemaligen Kutschstall in Potsdam auf dem Neuen Markt, im Übrigen das älteste Gebäude der Stadt. Seine Kreuzgewölbe und die beeindruckenden Dachkonstruktionen lassen die ruhmreiche Vergangenheit dieser ehrwürdigen Räume erahnen, in denen einst edle Rosse aus marmornen Trögen fraßen bzw. speisten. Doch über den Toren rast nicht etwa ein Monarch, ein griechischer Gott oder eine Fee mit der Quadriga dahin, nein, es ist ein Gemeiner, es ist der Kutscher Hund, der von Friedrich II. nach einer strapaziösen Schüttelfahrt durch die Mark entlassen wurde. Als sich seine Majestät einige Zeit später nach dessen Befinden erkundigte, antwortete der Kutscher: Es macht keinen Unterschied, wenn ich eine Fuhre Holz fahre. Der König nahm ihn prompt wieder in den Dienst. Wahrheit, Legende - wer weiß. Für ein Museum, das nicht nur herrschaftlichen Prunk repräsentieren soll, ein treffliches Symbol.

Das Museum ist aber nicht unumstritten. Es wird darauf an-

kommen, wie die Auseinandersetzung mit der Geschichte erfolgt, wie sie dargestellt wird. Soll es um die Herrscher, die Kriegszüge Preußens oder auch um den Alltag der einfachen Menschen und deren Kultur gehen? Werden dunkle Kapitel ausgespart oder beleuchtet? Nur mit Glanz und Gloria wird dieses Haus nicht zur Identitätsfindung der Region beitragen.

Wir betrachten es als Chance, an dieser Stelle ein differenziertes Geschichtsbild zu vermitteln, das die unterschiedlichen Facetten Preußens aufnimmt und - so weit möglich - sinnlich erfahrbar macht. Wir setzen auf einen Ort, an dem sich vor historischem Ambiente konstruktiv streiten lässt. Wir setzen auf Kommunikation, Gedankenaustausch und Erlebnis. Dabei wird viel von den konzeptionellen Vorstellungen abhängen, die in die Eröffnungsausstellung und in die spätere Dauerausstellung einfließen. Die Eröffnungsausstellung „Marksteine“ steht.

Zurzeit fließen erhebliche Mittel in die Sanierung des Kutschstalles. Man kann sich heute schon vorstellen, wie imposant das gesamte Areal einschließlich des Hasso-Plattner-Gebäudes einmal sein wird. Dennoch bleiben eine Reihe von Fragen. Wenn die restaurierte Pferdeherberge in zwei Jahren museal genutzt werden soll, muss noch 2001 geklärt werden, wer dieses Museum dann tatsächlich betreiben wird, zumal in der Nachbarschaft Film- und Potsdammuseum liegen.

Wie weit ist das ehrgeizige Vorhaben gediehen, beim HBPg das Forschungsinstitut für die preußische Geschichte anzusiedeln? Eine Anschubfinanzierung durch die Volksbankstiftung ist bereits erfolgt. Selbst wenn das Haus gute Einnahmen erzielen sollte, muss man fragen, wie hoch der Jahresetat liegt. Schätzungen liegen bei etwa 1,5 Millionen DM. Wie hoch wird die Sockelfinanzierung sein? Wer stellt das Geld wie bereit? Die Staatskanzlei? Noch ist alles offen.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, kann ich nicht umhin zu erwähnen, dass viele andere Einrichtungen im Kulturbereich finanzielle Defizite aufweisen. Wir hatten das gerade einige Tagesordnungspunkte zuvor. Unseres Erachtens können die Gelder daher nicht aus dem derzeitigen Kulturretat bereitgestellt werden, zumal dieser laut mittelfristiger Finanzplanung auch noch gekürzt werden soll. Es wird also schwierig. Hier muss in den kommenden Monaten Klarheit geschaffen werden. Es nützt wohl nur wenigen, wenn am 18. August das Haus eröffnet, dann planmäßig wieder geschlossen wird und am Ende der lange Atem fehlt, ein ehrgeiziges und möglicherweise sinnvolles Projekt fortzuführen.

(Beifall bei der PDS)

Wir hätten dann zwar einen schönen Kutschstall, aber niemanden, der den Karren aus dem märkischen Morast zieht. Hier müssen alle Verantwortlichen, das Land und die Stadt Potsdam, die Mitarbeiter des Städtischen Museums, abgestimmt und eng zusammenarbeiten. Auch Berlin sollte eingebunden werden, um einen Ort zu schaffen, an dem die widersprüchliche Geschichte Preußens den Menschen differenziert und verständlich nahe gebracht wird, auch im Hinblick auf die Zukunft Brandenburgs.

Die Lehren aus der brandenburgisch-preußischen Geschichte, liebe Kolleginnen und Kollegen, wären richtig gezogen, wenn sich Brandenburg mit Bescheidenheit und Achtung vor den Kulturen anderer Völker und der entsprechenden Akzeptanz als

Vorreiter und Wegweiser in die bestehende EU-Ost-Erweiterung einbrächte, auch mit einem kritisch-konstruktiven Ausstellungszentrum, das nicht nur die Vergangenheit reflektiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie diesem Antrag zu, damit wir gemeinsam einen Beitrag leisten können für ein Bild Preußens, das in die Zukunft weist, ein weltoffenes tolerantes Brandenburg-Preußen ohne Säbelrasseln! - Schönen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Trunschke und gebe das Wort für die Koalitionsfraktionen an Herrn Dr. Niekisch.

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS verlangt in ihrem Antrag die Vorlage einer Konzeption für das „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“, und zwar samt inhaltlichen und finanziellen Komponenten. Es ist ein legitimes Anliegen, zumal Sie, meine Damen und Herren auf der linken Seite, in Ihrer Begründung bekennen, dass damit auch in diesem Haus ein wichtiges Kapitel der Vergangenheit des Landes Brandenburg aufgearbeitet werden wird, das es wert ist, Gegenstand einer parlamentarischen Debatte zu sein. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Oder um es in Ihrer Terminologie zu sagen: Es ist schön, dass auch deutsche Sozialisten bekennen und erkennen, dass die Biografie des Landes Brandenburg nicht erst 1947 beginnt.

Doch im Ernst: Wir halten dieses Anliegen für legitim und so wichtig, dass wir es gern mit Ihnen und auch mit allen anderen Fraktionen im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur eingehend diskutieren sollten. Deswegen plädiere ich für die Überweisung des Antrages in den Ausschuss. Sie sehen, Herr Dr. Trunschke, wir haben gelernt, dass man Anträge der Opposition nicht einfach niederstimmt. Wir sind offen und transigent geworden. Lassen Sie uns also im Ausschuss weiter darüber diskutieren!

Hier an dieser Stelle möchte ich gern nur auf ein paar grundlegende Aspekte in der Sache und in der Substanz eingehen. Gegen Mitte und Ende der 90er Jahre wurde die Idee für das „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“ geboren. Ich denke, mit dem Ziel, es am Neuen Markt in Potsdam unterzubringen, ist ein sehr gutes Unterfangen begonnen worden. Zweifellos sah die damalige Moderation des Projektes ein weit aus selbsttragenderes betriebswirtschaftliches Konzept vor. Aber darüber wird noch zu reden sein. Dieses Haus, dieses Museum, wird am richtigen Ort, am Neuen Markt in Potsdam, entstehen. Es steht im Konzert des Kultur-, Tourismus- und Wissenschaftsforums neben dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum, dem Moses-Mendelssohn-Zentrum, der Tourismusförderung und dem privaten Sponsoring und der privaten Institution durch Hasso Plattner.

Dieses Institut soll sicher nicht das Säbelrasseln oder andere Dinge, die auch in der preußischen Geschichte ihren Platz hatten, verherrlichen. Davon kann gar keine Rede sein. Es geht zunächst um Aufklärung und um Bildung, dann zweitens auch noch einmal um Aufklärung und um Bildung. Wenn dann vielleicht noch etwas zur Identitätsstiftung beigetragen werden kann

und wenn auch Regional- und Nationalbewusstsein und -gefüge gestärkt werden können, kann das nur gut sein.

Aber weswegen wir vor allen Dingen Aufklärung und Bildung brauchen, möchte ich gerne einmal an einem sehr negativen Beispiel der jüngsten Zeit demonstrieren. Es gibt eine Stiftung, die heißt „Heinrich-Böll-Stiftung“ und hat am 25. Februar 2001 ins Alte Rathaus nach Potsdam eingeladen, und zwar zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Preußen ade“. Dafür auf einem Flyer geworben wurde zunächst mit einem Naziplakat. Darauf sind zu sehen Friedrich der Große, Bismarck und Adolf Hitler. Das ist bestimmt kein Zugang zur brandenburgischen oder zur preußischen Geschichte.

Ich möchte aus diesem Konvolut, das auf dem Flyer geschrieben steht, ein paar Dinge zitieren, um einmal zu zeigen, wie nötig Aufklärung in diesem Land ist. Dort steht:

„Am 18. Januar 1701 krönte sich der Herzog von Preußen und Markgraf von Brandenburg Friedrich III. eigenhändig zum König von Preußen. Anlässlich des 300. Jahrestages dieser Krönung werden die so genannten preußischen Tugenden wieder heimatkundlich verklärt und zu positiven Elementen der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland umgedeutet. Die historische Verbindung zwischen dem preußischen Untertanengeist und der Militarisierung der ganzen Gesellschaft lässt die heutige Beschworung der Tugenden wie Treue, Disziplin, Gehorsam und sogar Redlichkeit suspekt erscheinen.“

Redlichkeit ist heute suspekt. Ich weiß nicht, ob dies stimmt.

„Anknüpfungspunkt für deutsche Identität sollte nach Meinung der Veranstalter nicht dazu führen, dass der Teil preußisch-deutscher Geschichte, der im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen nicht wegzudenken ist, entsorgt wird.“

Weiter steht hier noch:

„Im festlichen Rahmen wird die Veranstaltung an die Auflösung des Staates Preußen durch den Beschluss des Alliierten Kontrollrates erinnern. Im Beschluss des Kontrollrates wird darauf hingewiesen, dass Preußen immer der Träger von Militarismus und Reaktion gewesen sei.“

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Wo sind wir denn heute?)

„Wir laden anschließend zu einem kleinen Umtrunk mit Champagner ein. Die bolschewistische Kulturblaskapelle wird die Veranstaltung musikalisch begleiten.“

Wenn wir noch einen deutlicheren Hinweis brauchen, dass ein Museum wichtig und notwendig ist - hier steht es drin.

Es ist wirklich schon ungeheuerlich, dass solch eine Veranstaltung mit öffentlichen Mitteln einer Stiftung aus der Taufe gehoben wird. Das ist nicht nur historischer Materialismus, das ist die vulgärste und primitivste Form davon, wenn wir nur einmal auf dieses eine Argument eingehen, dass Preußen immer Träger des Militarismus gewesen sei.

Schaut man sich die europäische Geschichte zwischen 1701 und

1933 an, dann war Frankreich zu 28 % an Kriegen beteiligt, England zu 23 %, Russland zu 21 % und Preußendeutschland zu ganzen 8 %. Wenn man diese Primitivität sieht, dass man als Deutscher einen Kniefall vor dem dümmsten und überflüssigsten Akt der Alliierten macht, nämlich der Auflösung des Staates Preußen,

(Zuruf: Ungeheuerlich!)

dann kann ich nur sagen: Das ist wirklich Untertanengeist. Heinrich Mann und sein „Untertan“ waren dagegen Berufsrevolutionäre.

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU)

Es ist doch nun wirklich eine Tatsache, dass es Reaktionäre waren, wie Papen und die Nazis mit ihrer Reichsreform oder mit dem Reichsstatthaltergesetz, die Preußen aufgelöst haben - oder durch den Blutausch am 20. Juli 1944.

Also: Ich denke, es gibt eine Menge Aspekte, über die wir reden müssen. Wir müssen aufklären. Vor allem junge Menschen in diesem Land haben einen Anspruch darauf zu wissen, was Preußen ist. Wie man der Sache näher kommen kann, möchte ich am Ende mit einem kurzen Zitat des berühmten Historikers Hans-Joachim Schöps unterstreichen und aus seiner Monographie zitieren:

„Das Preußentum“

- steht in seinem Buch -

„hat zu allen Zeiten ein fast unheimliches Janusgesicht besessen. Es ist zugleich nach vorwärts und nach rückwärts gewandt. Es ist verbissen reaktionär und fast bodenlos modern. Es ist pietistisch und aufgeklärt, patriarchalisch und industriell, legitimistisch und revolutionär. Man kann es mit dem selben Recht zur Vormacht der Tradition und zum Pionier des kühnsten Unternehmungsgeistes erklären.“

Lassen Sie uns auf diesem Wege weiter diskutieren und dieses Museum entwickeln! Dann kommen wir unserer Geschichte und auch der Zukunft des Landes näher. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Herr Abgeordneter Firneburg, bitte!

Firneburg (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die seit Wochen andauernde Patriotismusklausur zeigt, dass Politiker der Altparteien ein gebrochenes Verhältnis zum deutschen Volk haben. Die Aussage „Ich bin stolz, Deutscher zu sein“ wird zwar von der Mehrheit der Deutschen unterstützt, Berliner Politiker zeigen jedoch offene Ablehnung. Ein Franzose oder ein Türke würde erst gar nicht auf die Idee kommen, den Stolz auf sein eigenes Volk in Zweifel zu ziehen.

Kommen wir zur über 300-jährigen Geschichte Preußens. Ich

sage es von vornherein klar und deutlich: Auch auf die Preußen können wir mit Stolz zurückblicken. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Abgeordnete Bisky nicht stolz ist, ein Preuße zu sein. Die SED - Biskys Vorgänger-Partei - hat zumindest den Versuch unternommen, traditionelle Werte in der DDR wieder einzuführen.

Die PDS möchte am liebsten jede Form von Nationalstolz beseitigen und das deutsche Volk in eine multikulturelle Gesellschaft verwandeln. Für die politische Linke ist Preußen eher ein Hort des Militarismus. So stand es auch im Kontrollratsgesetz vom 25. Februar 1947, das die Auflösung Preußens verfügte.

Für die Deutsche Volksunion ist Preußen ein Teil unserer Geschichte. Heutige Politiker sollten sich an dem Satz Friedrich des Großen: „Ich bin der erste Diener meines Staates“ ein Beispiel nehmen. Sie, meine Damen und Herren der Altparteien, haben kürzlich die Diätenerhöhung beschlossen und damit verdeutlicht, dass Sie nicht ans Dienen, sondern in erster Linie ans Verdienen denken. „Mehr sein als scheinen“, war auch ein preußischer Grundsatz, der die Beamten zu Sparsamkeit und Pflichterfüllung ermahnte.

Die Altparteien haben durch ihre jüngste Diätenerhöhung unter Beweis gestellt, dass sie von Sparsamkeit und Pflichterfüllung nichts halten.

(Schulze [SPD]: Können Sie außer Ablesen auch einmal einen eigenen Beitrag bringen?)

Das „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“ ist auch deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil gerade bei führenden Politikern Traditionsdefizite bestehen. Fraglich ist aber in der Tat, wie die inhaltliche Konzeption aussehen soll.

Wenn das Land Preußen lediglich ein Hort des Militarismus sein soll, wenn Preußen verantwortlich gemacht wird für die schrecklichen Untaten der Neuzeit, dann betrachten wir dies als Geschichtsklitterung. Preußen war ein Land der Toleranz. Denken Sie an die Freiheit der Wissenschaft und der Künste. Es wurden Universitäten gegründet. Etwa 20 000 Salzburger wurden unter Friedrich Wilhelm I. in Ostpreußen angesiedelt.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Die Hugenotten aus Frankreich, die dort wegen ihres Glaubens verfolgt wurden, durften sich in Brandenburg niederlassen.

Um hier keine Irrtümer aufkommen zu lassen: Die damaligen Einwanderungen sind schon zahlenmäßig nicht zu vergleichen mit der Masseneinwanderung seit Beginn der 70er Jahre. Außerdem standen die damaligen Einwanderer unserem Kulturkreis nicht völlig fremd gegenüber. In Preußen entstand 1794 das preußische allgemeine Landrecht. Dies war ein wichtiger Schritt zum Rechts- und Verfassungsstaat. Unter Friedrich dem Großen wurde die Trennung von Justiz und Verwaltung durchgesetzt.

1871 wurde der Staat Preußen einer von 25 Gliedstaaten, der jedoch im Deutschen Reich dominierend blieb. Der deutsche Kaiser war zugleich König von Preußen. Preußen hatte Sperrminorität im Bundesrat.

Es bestand eine Personalunion zwischen dem preußischen Mi-

nisterpräsidenten, dem preußischen Außenminister und dem Reichskanzler Bismarck. Es gab zahlreiche personelle Verzahnungen - auch in der Beamtenschaft.

Ich muss dies klarstellen, weil gerade von der politischen Linken immer wieder der Eindruck erweckt wird, Preußen sei bereits mit der Reichsgründung am 18. Januar 1871 untergegangen. Auch in der Weimarer Republik hat Preußen lange Jahre für Stabilität gesorgt und vor allem die kommunistische Machtübernahme in den 20er Jahren verhindert. Das Land wurde übrigens von dem Sozialdemokraten Otto Braun regiert.

Die DVU wird dem Antrag deshalb zustimmen, weil es uns um die inhaltliche Konzeption geht. Wir wollen nicht von Geschichtsklitterungen überrascht werden. Die Vermittlung von Geschichte kostet Geld. Aber dieses Geld müssen wir aufbringen, denn die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wie unsere Vorfahren gelebt bzw. die Geschicke des Staates gelenkt haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der Landesregierung. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Prof. Dr. Wanka:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der fünf Minuten beschränke ich mich auf die erfragten finanziellen und konzeptionellen Fakten.

Ein Konzept für das Haus liegt seit Ende 1999 vor. Zur Vorgeschichte: 1997 wurde vom Bund der Kutschstall mit den umliegenden Nebengebäuden mit der Maßgabe übertragen, in diesem Ensemble ein Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte einzurichten. Dieser Komplex wird seit 1999 in Kooperation mit Plattner als Tourismusforum Potsdam in der Verbindung von Kultur, geistig-wissenschaftlichen Zentren und Tourismus saniert. Die Sanierung dieses Vorhabens wird mit GA-Mitteln in einem Umfang von 35 Millionen DM finanziert.

Das Konzept von Ende 1999 war die Grundlage für die Bewilligung dieser GA-Mittel, also für die Baumaßnahmen auf dem Kutschstall-Areal.

Wir müssen zwei Ebenen unterscheiden. Die eine ist das Kultur-, Tourismus- und Wissenschaftsforum Neuer Markt, die Tourismuseinrichtung, zum Teil jetzt schon bezogen, das Kulturforum Östliches Europa. Dazu gehört das Zentrum für Zeithistorische Forschung und das Forschungszentrum für Europäische Aufklärung, das Moses-Mendelssohn-Zentrum, das Einstein-Forum ect. und - mit privatem Investmentfonds Plattner - Gastronomie, Gewerbe, Wohnungen für Professoren des Hasso-Plattner-Instituts und eben der Kutschstall.

Für den Kutschstall selbst ist konzeptionell verankert, dass dort eine Dauerausstellung zur Geschichte Brandenburgs-Preußens stattfinden soll. Um diese Dauerausstellung haben sich bereits viele konzeptionell bemüht. Wir versuchen, diejenigen, die daran gearbeitet haben - insbesondere die Mitglieder der Grün-

dungskommission für diese Dauerausstellung, die Herr Dr. Hackel initiiert hatte -, einzubeziehen.

Zu der Dauerausstellung, die vor allem unten, im größeren Teil des Gebäudes platziert werden wird, sollen wechselnde Sonderausstellungen zu allen Facetten der Geschichte und Gegenwart Preußens und Brandenburgs treten. Wir haben dort einen Vortragssaal und können das Gebäude multifunktional nutzen. Das heißt, der Ansatz ist nicht nur Museum, sondern geht darüber hinaus. Der Ansatz ist Netzwerk und Forum für die Vermittlung von Inhalten und neuen Aspekten der brandenburgisch-preußischen Geschichte im überregionalen und im europäischen Kontext. Dabei ist auch die Nähe zu Berlin, zu verschiedenen Institutionen, beispielsweise dem Deutschen Historischen Museum, dem Forum für Deutsche Geschichte etc., außerordentlich wichtig. Das Vorhaben ist auch in Kooperation mit Berlin konzipiert worden.

Nur ein Satz zu den Inhalten: Natürlich ist durch die Nähe zu den geisteswissenschaftlichen Zentren vor allem angedacht, dort moderne Erkenntnisse zu präsentieren, Preußengeschichte substantiell zu betrachten und - über den europäischen Kontext hinaus - Sonderausstellungen einzurichten. Eine solche ist neben vielen anderen „Preußen in Afrika“.

Ein wichtiger Schwerpunkt in dieser Einrichtung soll Vermittlung der Landes- und auch der Preußengeschichte an Kinder, Jugendliche und Lehrer sein.

Ein weiterer Schwerpunkt wird der Kulturtourismus sein. Das heißt, es ist kein Museum, sondern ein Haus mit wechselnden Angeboten, das wichtige Synergieeffekte für die sie umgebenden Institutionen am Neuen Markt, aber auch für das Filmuseum und andere liefert.

Zur Finanzierung: Die Finanzierung der Sanierung des Kutschstalls ist gesichert. Es handelt sich dabei um 9,2 Millionen DM. 300 000 DM kommen von Plattner hinzu. Für die Eröffnungsausstellung im August dieses Jahres sind 3,6 Millionen DM als Erstausrüstung gesichert, und zwar hälftig von Bund und Land. Diese 3,6 Millionen DM waren es wohl, die in Ihrer Anfrage die Summe von 3,5 Millionen DM für den Betrieb hineinbrachten. Dem ist aber nicht so. Diese 3,6 Millionen DM werden formal für die erste Ausstellung eingesetzt, gehen in sehr viele Dinge, die später verwendet werden, also in Technik, in Vitrinen und Exponate, aber auch in die multimediale Ausrüstung des Hauses, die sehr modern angedacht ist.

Jetzt geht es darum, was nach Ablauf des Jahres 2001 geschieht. Der Finanzbedarf für das Haus muss jetzt geprüft und verhandelt werden. Der Betrieb des Hauses kostet keinesfalls 3,5 Millionen DM, sondern weniger. Wir haben jetzt die finanzielle Ausstattung für den Grundbetrieb vonseiten des Landes für den Haushalt 2002 und 2003 eingestellt. Es handelt sich um etwas mehr als eine Million DM. Dies reicht aber nicht, um attraktive Ausstellungen zu gestalten.

In den Mitteln sind zwar die Dauerausstellung und deren Konzept enthalten, aber für Weiteres muss zusätzlich Geld aufgebracht werden. Hier ist die Stadt Potsdam - ich bin noch mit dem Oberbürgermeister im Gespräch - sehr stark in der Pflicht, weil sie damit ein attraktives Museum gewinnt. Zudem überarbeitet Potsdam zurzeit sein Museumskonzept. Potsdam will

bestimmte Standorte schließen und hätte die Möglichkeit, hervorragende Exponate teils in diesem Haus zu präsentieren. Ich denke, die Stadt ist gut beraten, in den zukünftigen Haushaltsplänen einen deutlichen Schwerpunkt in diesem Bereich zu setzen.

Anfangs bestand die Idee, alles privat zu finanzieren. Dies hat - Sie haben dies nachgefragt - nicht funktioniert, aber wenn das Haus vorgerichtet, die Dauerausstellung konzipiert ist und es um einzelne Sonderausstellungen etc. geht, dann haben wir, denke ich, eine Drittmittelfähigkeit, die auch privates Sponsoring möglich macht. Hier ist vor allen Dingen der Förderkreis gefragt.

Zur Art und Weise, wie das Haus betrieben wird, ist zu Recht gesagt worden: Wir haben den Museumsverband, der es vorübergehend, während der Gründungsphase, als Träger betreibt. Das geht bis zum Jahresende. Ab Anfang 2002 müssen wir wissen, ob wir es als GmbH oder anders betreiben und wer mit dabei ist. Diesbezüglich stehen wir in Verhandlungen. Das ist nicht einfach, aber die Grundsicherung ist machbar.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin, Sie überschreiten die vereinbarte Zeit erheblich.

Ministerin Prof. Dr. Wanka:

Ich komme zum Schluss. - Als letzten Gedanken möchte ich Folgendes äußern: Dieses Haus ist nicht als Museum gedacht, würde aber auch in musealer Hinsicht eine wichtige Lücke schließen, da in Brandenburg kein Museum für die brandenburgisch-preußische Geschichte existiert. Es wäre sehr schön, wenn sich diese Intentionen realisieren ließen. - Danke.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Dr. Knoblich:

Es war eine Frage angemeldet worden? - Frau Konzack, bitte.

Frau Konzack (SPD):

Frau Ministerin, ich habe eine Nachfrage: Gehört dieses Haus bereits zu den Einrichtungen, die wir vorhin in unserem Antrag für die Zukunft aufzulisten beschlossen haben? Wir haben gesagt, der Bestand an Kultur in Brandenburg soll aufgelistet werden. Ist vorgesehen, diese neue Einrichtung einzubeziehen?

Ministerin Prof. Dr. Wanka:

Aber sicher.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Wir sind damit am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Koalitionsfraktionen beantragen die Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Wer diesem Überweisungsansinnen folgt, möge die Hand aufheben. - Gegenstimmen? - Stimm-

enthalten? - Dann ist so beschlossen. Ich schließe Tagesordnungspunkt 8.

Ich begrüße Beelitzer Gymnasiasten, die heute zu uns gefunden haben. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 9:**

Änderung der Verdingungsordnung für Bauleistungen - Teil B/Fassung 2000, in Anwendung seit dem 01.02.2001

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/2564
(Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der beantragenden Fraktion. Frau Abgeordnete Hesselbarth, Sie haben das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fast täglich hören wir Meldungen wie „Pleitenwelle rollt über Brandenburg hinweg“ und immer wieder „Baubranche am stärksten betroffen“. Das hat natürlich unterschiedliche Ursachen. Eine Ursache ist aber eindeutig die ständig schlechter werdende Zahlungsmoral.

Sicher ist der Begriff „Zahlungsmoral“ schon von Hause aus falsch gewählt. Das, was wir mit unserem vorliegenden Antrag zu verhindern suchen, hatte wohl nie etwas mit dem Begriff „Moral“ zu tun. Ginge es nach der Beurteilung von Moral, müsste man vieles andere ändern, nicht aber die VOB. Die Moral scheint hier verloren.

Unser Antrag stellt den Versuch dar, Zahlungen - und zwar gesetzlich legitimiert - im Sinne der schnellen und reibungslosen Vergütung von Bauleistungen zu beschleunigen.

Am Montag erst entnahm ich einem Artikel der MAZ, dass die Höhe der gesamten Gläubigerforderungen bei ca. 216 Millionen DM liegt und somit 18 % über dem Forderungsvolumen des Vorjahres. Von 108 Unternehmensinsolvenzen sind 48 dem Baugewerbe zuzuordnen. Weiter heißt es:

„Allerdings steht die Baubranche auch bei der Unternehmensgründung an der Spitze!“

Was bleibt den gewerblichen Arbeitnehmern auch anderes übrig, wenn sie nicht in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden wollen? Dann entstehen Firmen wie solche für Holz- und Bauteenschutz, weil die fachliche Qualifikation für ein Bauhauptunternehmen fehlt. Aber das ist heute nicht Gegenstand der Debatte; das heben wir uns für einen späteren Zeitpunkt auf. Ich möchte diesen Fakt nur erwähnen, um deutlich zu machen, dass sich auch diese neuen Unternehmer zum größten Teil nicht mit den gesetzlichen Vorschriften, wie sie in der VOB-B vorgeschrieben sind, auskennen. Ihre baldige Insolvenz ist aufgrund von Zahlungsausfällen vorprogrammiert.

Wir sprechen in Brandenburg fast täglich von großen Reformen, so zum Beispiel immer wieder von der Gemeindegebietsreform, der Polizeistrukturreform, der Forstreform und der Bildungsreform. Eines aber vermisste ich ganz deutlich: Wo bleibt die Reform, um das Handwerk - und dazu gehört nun einmal die Baubranche - zu retten? Das gesamte Handwerk ist immerhin Kernbestandteil des Mittelstandes in unserem Land. Der Mittelstand ist sozusagen das Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft. Hier können die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen. Daher ist unser Land unabdingbar auf das Wohlergehen des Handwerks angewiesen.

Wird nicht ständig von den etablierten Politikern gefordert, die Betriebe müssten mehr Ausbildungsplätze schaffen? Aber bitte schön, meine Damen und Herren, es muss ein Geben und ein Nehmen sein!

Mit der vorliegenden Form der VOB-B wird jedenfalls nicht in gebührendem Umfang den Interessen der mittelständischen Baubetriebe und der kleinen Handwerksbetriebe Rechnung getragen. Dies wurde auch bei der öffentlichen Anhörung „Zur Situation und Perspektive des Handwerks in Brandenburg“ deutlich. Ich verweise auf die Ausführungen von Herrn Kraschinski als Vertreter der Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg e. V.

Es hat den Anschein, dass die VOB-B nur dem Stärkeren, insbesondere Großinvestoren und deren "angeheirateter" Regierungsmacht, im Schatten der deutschen Gesetzgebung dient. Sie spiegelt nur allzu sehr deren Interessen wider.

(Homeyer [CDU]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Ein Handwerksbetrieb ist unter den derzeitigen Bedingungen, Herr Homeyer, unter den Prämissen der Regelungen in der VOB-B zum einen überfordert und zum anderen immer gegenüber dem Auftraggeber benachteiligt. Hier stellt sich mir die Frage: Ist das so gewollt?

Hier ist es doch ganz eindeutig die Aufgabe des Gesetzgebers, tätig zu werden. Hier müssen wir Politiker dafür Sorge tragen, dass auch und gerade das Rückgrat der deutschen Wirtschaft juristisch so abgesichert wird, dass es keinen Boden für Betrug gibt

(Beifall bei der DVU)

und dass bewusste Fehlinterpretationen von VOB, BGB und anderen Gesetzestexten nicht zum Grabstein des deutschen Handwerks werden.

Das von der Bundesregierung verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen kann es ja wohl nicht gewesen sein. Erarbeitet wurde es nach der Methode: „Wasch mir den Buckel, aber mach mich nicht nass!“ Dieses Gesetz ist ein klassischer Flop der deutschen Gesetzgebung überhaupt.

Meine Damen und Herren der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen, wir erwarten gespannt Ihre entsprechende Bundesratsinitiative zur Änderung oder auch zur Ergänzung. In der Hoffnung, dass es kein zahnloser Papiertiger wird, Herr Homeyer, lassen wir uns überraschen.

Aber kommen wir zurück zur VOB-B; denn nach Meinung

unserer Fraktion kann den Handwerksbetrieben nur geholfen werden, wenn diese umfangreich reformiert wird. Durch die bedingungslose Anlehnung der VOB an die Vorgaben des BGB ist es schwer, Einzeltexte zu ändern oder herauszulösen, ohne dass man mit dem BGB in Konflikt gerät. Es wäre sinnvoll, zunächst die Deklaration der VOB zum eigenständigen, genau abgegrenzten Gesetzeswerk eigens für die Vergabe von Bauleistungen zu machen. Alle bis dato geschriebenen Anlehnungen von Paragraphen der VOB an das BGB sollten herausgelöst werden und detailliert nur für die VOB gelten. Somit würden Übersichten geschaffen, die jeder Handwerker lesen und nach denen er handeln kann, ohne dass er einen Stab von Juristen oder anderen Rechtskundigen beschäftigen muss. Seine Arbeit ist es nämlich, sein Handwerk zu verrichten - und nichts anderes. Dies scheint bei genauerer Betrachtung der Rechtspflege in diesem Land ohnehin schwer möglich zu sein. Wir beschränken uns hier also auf konkrete Beispiele praktischer und realisierbarer Verbesserungen.

Was die DVU-Fraktion mit den vorliegenden Veränderungen bezwecken möchte, ist in den jeweiligen Begründungen deutlich und leicht verständlich für jedermann aufgeführt. Wir als Politiker müssen dafür Sorge tragen, dass gute Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich unsere Wirtschaft gut, also besser als bisher, entwickeln kann. Denn nur gut funktionierende Unternehmen können Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze erhalten und neu schaffen. Wobei wir wieder beim Geben und Nehmen wären. Dafür wird sich meine Fraktion ganz besonders einsetzen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhalten die Koalitionsfraktionen. Für sie spricht der Abgeordnete Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die antragstellende Fraktion, Frau Hesselbarth, entlarvt sich mit diesem Antrag erneut. Immer wieder versuchen Sie, sich in diesem Parlament als Hüterin der Moral aufzuspielen. Sie legen normalerweise Anträge vor, mit denen Sie sich gerieren, Interessen des „kleinen Mannes“ zu vertreten. Heute präsentieren Sie uns einen Antrag, mit dem Sie die Interessen des Mittelstandes vertreten wollen und in dem Sie die Landesregierung auffordern, eine Bundesratsinitiative einzuleiten, um die VOB nach Ihren Vorstellungen zu verändern. Sie, meine Damen und Herren von der DVU, betreiben damit jedoch puren Lobbyismus.

Aber auch unabhängig von diesem Hintergrund ist der Antrag der DVU ungeeignet, das gesteckte Ziel, nämlich die Förderung bzw. die Konsolidierung der brandenburgischen Bauwirtschaft, zu erreichen. Denn zunächst ist festzustellen, dass die VOB weder ein Gesetz noch eine Verordnung ist, sondern vielmehr eine vom Deutschen Verdichtungsausschuss für Bauleistungen erarbeitete Verwaltungsvorschrift darstellt, die von daher nicht durch den Bundestag als Bundesgesetzgeber zu verändern ist.

Frau Hesselbarth, Sie haben eben dargestellt, Sie hätten den Eindruck, dass diese Verdichtungsordnung einseitig den Auftraggeber bevorzuge und den Auftragnehmer benachteilige. Ich

möchte Sie auf Folgendes aufmerksam machen: Ich habe hier die Liste der Mitglieder des Vorstands des Deutschen Verdichtungsausschusses für Bauleistungen. Das ist das Gremium, das die VOB modernisiert bzw. aktualisiert, das ist das „Who's who“ des deutschen Baugewerbes, der deutschen Bauindustrie, des Mittelstandes, des Handwerks. Alle, die in diesem Bereich etwas zu sagen haben, sind hier vertreten, sicherlich auch die verschiedenen Ministerien. Auch Landesregierungen sind vertreten. Diese Damen und Herren setzen sich zusammen und erarbeiten die VOB, die, wie gesagt, nicht Gesetzescharakter hat. Insofern nützt Ihnen auch eine Bundsratsinitiative nichts. Ich finde es schon infam, wenn Sie hier behaupten, dass diese Damen und Herren, die für die VOB verantwortlich sind, einseitig irgendjemanden bevorzugten bzw. benachteiligten. Im Gegenteil, allgemein bekannt ist, dass die VOB ausgesprochen ausgewogen ist.

Ihre Novellierungsvorschläge, meine Damen und Herren von der DVU, sind schon aus der von mir erwähnten Motivation heraus so einseitig auftragnehmerfreundlich, dass sie im Grunde nicht diskutabel sind. Neben den berechtigten Interessen der Unternehmer muss doch weiterhin der ebenso berechnete Anspruch des Bestellers auf eine mängelfreie Leistung geschützt werden. In der VOB in der derzeit geltenden Fassung sind gerade aufgrund der Erarbeitung der Vorschriften durch den Deutschen Verdichtungsausschuss für Bauleistungen die Interessen beider Vertragspartner ausgewogen berücksichtigt.

Aus diesem Grund sehen wir keinen Novellierungsbedarf und lehnen Ihren Antrag ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält der Abgeordnete Christoffers. Er spricht für die PDS-Fraktion.

Christoffers (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die geforderte Veränderung der Verdingungsordnung ist in dieser Form aus unserer Sicht nicht zielführend. Wir konzentrieren uns erstens auf die Verabschiedung eines Landesvergabegesetzes. Zweitens: Die von der DVU vorgeschlagenen Veränderungen tangieren das allgemeine Vertragsrecht des BGB und ebenfalls das Gesetz zur Verbesserung der Zahlungsmoral und sind nicht in der VOB zu regeln.

Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab, genauso wie wir ablehnen, dass in einem anderen Tagesordnungspunkt Herrn Prof. Bisky unterstellt worden ist, gegen die Interessen des Landes gehandelt zu haben.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit ist die Reihe an der Landesregierung. - Sie verzichtet. Frau Hesselbarth, Sie möchten noch einmal sprechen? - Bitte.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Ihrer Einstel-

lung werden Sie bei den nächsten Landtagswahlen Ihr blaues Wunder erleben, Herr Homeyer, darauf gebe ich Ihnen Brief und Siegel. Die Handwerker fühlen sich nämlich von Ihnen im Stich gelassen, Herr Homeyer. Da nützt es auch wenig, wenn man sich einmal bei einem Großunternehmen wie dem Zementwerk in Rüdersdorf blicken lässt. Dadurch ändert sich an der miserablen Situation der Handwerker in unserem Land Brandenburg schlichtweg überhaupt nichts, Herr Homeyer.

An die Adresse der SPD-Fraktion richte ich die Frage: Wovor hat Ihre Partei eigentlich Angst, dass Ihr Landrat in Seelow den Handwerkern die Nutzung der Räumlichkeiten der Aula im Oberstufenzentrum in Strausberg für eine Versammlung versagt hat? Darauf geben Sie uns doch bitte einmal eine vernünftige Antwort.

Schon diese Verhaltensweisen führen mich zu weiteren Fragen, meine Damen und Herren der Landesregierung sowie der Fraktionen von SPD und CDU: Nehmen Sie die Situation der Handwerker im Land überhaupt zur Kenntnis? Sind Sie überhaupt willens, daran etwas zu ändern? Wir von der DVU-Fraktion haben daran unsere ernsthaften Zweifel.

Wenn ich Ihren soeben gehaltenen Redebeitrag Revue passieren lasse, kann ich nur feststellen: Das war nichts sagend, strotzte vor Ignoranz und Arroganz. Das wird der wirtschaftlichen Situation hier in Brandenburg nicht gerecht und der Misere unserer Handwerksbetriebe schon gar nicht.

Und Sie, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, insbesondere Sie, Herr Christoffers, haben gestern in der aktuellen Stunde die wirtschaftliche Situation im Land ebenfalls zu Recht beklagt und ein Betroffenheitsritual im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit vorgeführt. Das mag zwar PDS-typisch sein, hilft aber dem Lande in der Sache nicht weiter.

(Beifall bei der DVU)

Wir von der DVU-Fraktion unterscheiden klar nach Ursache und Wirkung. Die Handwerkermisere ist eine Ursache. Hier haben Sie die Möglichkeit,

(Zuruf von der CDU)

eine der Ursachen zu bekämpfen. Wir bitten trotzdem um die Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste und kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der DVU beantragt die Überweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, der federführend sein soll, sowie an den Ausschuss für Wirtschaft. Wer diesem Überweisungsantrag folgt, möge die Hand heben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Das erfordert die Abstimmung über den Antrag an sich. Wer dem Antrag in der Sache folgt, möge die Hand heben. - Gibt es

Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Modifizierung des Wasserstraßenausbaus im Zuge des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/2574

Dazu liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 3/2619 vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Frau Abgeordnete Tack, Sie haben das Wort.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie in der März-sitzung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr angekündigt, bringt die PDS-Fraktion angesichts der aktuellen Planungen zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17 einen Antrag zur Modifizierung des Wasserstraßenausbaus auf die Tagesordnung und rechnet natürlich mit Ihrer Zustimmung.

Aus aktuellem Anlass gibt es dafür mindestens vier Gründe:

Der erste Grund: Der Bundesverkehrsminister Bodewig von der SPD hat in mehreren Reden die verkehrspolitische Strategie der Bundesregierung unterstrichen, die vorrangig in einer Integration und Kooperation der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße liegt. Dazu gehört die Herstellung der Chancengleichheit der drei Verkehrsträger im Wettbewerb. Ebenfalls gehören dazu gleiche Rahmenbedingungen und gemeinsame Standards.

Ziel der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes seien darüber hinaus: Gewährleistung dauerhaft umweltgerechter Mobilität, Förderung nachhaltiger Raum- und Siedlungsstrukturen, Verringerung der Inanspruchnahme von Natur, Landschaft und natürlichen Ressourcen, die Reduktion von Emissionen, die Verbesserung der Verkehrssicherheit, die Förderung der europäischen Integration und ein neuer An Schub für die Verkehrsforschung.

Ein zweiter Grund: Die aktuelle Haushaltssperre und das weitere Streichen auch beim Einzelhaushalt des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr bringen es mit sich, dass Ihr kürzlich vorgestelltes Hafenausbauprogramm für das Land, Herr Minister Meyer, schon nur noch Makulatur ist, weil rapide zusammengestrichen. Das ist kein Beitrag zur Stärkung der regionalen Binnenschifffahrt und zur Verlagerung von Gütermassentransporten von der Straße.

Ein dritter Grund ist die ausstehende Positionierung der Landesregierung zur Planfeststellung für den Ausbau der Schleuse Kleinmachnow - Bestandteil des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17.

Der vierte Grund ist die Eröffnung des Planfeststellungsverfah-

rens für den Abschnitt 5 - Sacrow-Paretz-Kanal - und einen Teilabschnitt des Havelkanals als Bestandteil des genannten Projektes 17.

Das sind wichtige Gründe und deshalb beantragen wir, dass die Landesregierung erstens beauftragt wird, sich gegenüber der Bundesregierung und der Wasser- und Schifffahrdirektion Ost für eine Modifizierung der Planungen für den Wasserstraßen-ausbau in Brandenburg einzusetzen mit dem Ziel, für den Teltow-Kanal, die Schleuse in Kleinmachnow und den Sacrow-Paretz-Kanal die Wasserstraßenklasse IV - das bedeutet in erster Linie Sanierung der Wasserstraßen und Kanäle für Europas Schiffe - zu gewährleisten und auf den nicht notwendigen Ausbau zu Klasse V, wie ihn das jetzige Verkehrsprojekt Nr. 17 verlangt, zu verzichten.

Die Modifizierung des Verkehrsprojektes Nr. 17 ist angesichts des mit den bisherigen Planungen verbundenen finanziellen Aufwandes in Milliardenhöhe dringend geboten. Mit weniger kostenträchtigen Baumaßnahmen können in kürzerer Zeit und mit höherer Effektivität Beiträge zur Verbesserung der Befahrbarkeit der Binnenwasserstraßen geleistet werden, die eine Erhöhung der Transportleistung der Binnenschifffahrt erwarten lassen und irreparable Eingriffe in die Natur vermeiden.

Die Anbindung der brandenburgischen Binnenhäfen, darunter des besonders interessanten Hafens Königs Wusterhausen, ist mit der beantragten Modifizierung hinreichend möglich.

Mit den bisher in der Realisierung befindlichen Teilen des Verkehrsprojektes in Sachsen-Anhalt - genannt sei hier das Wasserstraßenkreuz Magdeburg -, dem Ausbau des Elbe-Havel-Kanals und der Schleuse Charlottenburg in Berlin kann Berlin ab dem Jahr 2003 mit großen Motorschiffen bis zu einer Abladetiefe von 2,20 m angefahren werden. Darüber hinaus wird mit der Fertigstellung der Trog-Brücke bei Magdeburg für die Europaschiffe und Schubverbände eine Vergrößerung der Abladetiefe um über 60 % auf der gesamten Ost-West-Strecke erreicht, sodass schon jetzt für die verkehrenden Schiffe eine erheblich größere Transportmenge realisiert werden kann, ohne dass ein weiterer Ausbau nötig ist.

Damit kann insgesamt eine deutliche Steigerung der Kapazität der Binnenwasserstraßen erreicht werden, die bislang nicht durch eine entsprechende Entwicklung von Gütertransportmenge und -leistung gedeckt ist. Wir alle wissen, dass die Wasserstraßen in der Region Berlin-Brandenburg nur zu 30 % ausgelastet sind.

Mit diesen infrastrukturellen Voraussetzungen wäre auch die Nutzung der Wasserstraße bis zur Oder ausreichend gewährleistet. Das PLANCO-Gutachten von 1992 sagt aus, dass hierfür ohnehin nur die Wasserstraßenklasse IV vorgesehen ist.

Die Landesregierung wird laut unserem Antrag zweitens beauftragt, das Einvernehmen zum Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Schleuse Kleinmachnow gemäß § 14 Bundeswasserstraßengesetz so lange nicht zu erteilen, bis alle Voraussetzungen geprüft worden sind. Voraussetzungen für das Einvernehmen sind der Abschluss des Raumordnungsverfahrens für die Nordumfahrung von Berlin sowie die Alternativplanung für die Wartestellen im Zusammenhang mit der Schleuse, der Nachweis der Erforderlichkeit der Schleusenkammergröße, eine

Neubewertung des Eingriffs unter Berücksichtigung ausgewiesener Schutzgebiete und des daraus resultierenden höheren Kompensationsbedarfs sowie eine Aktualisierung der Prognosezahlen für den Schiffsverkehr überhaupt. Ich erinnere daran: Das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17 basiert auf Prognosezahlen von 1990.

(Zuruf von der SPD: Eben! Und die sind viel zu gering.)

Das war wohl ein falscher Zwischenruf.

Die Ausführungen des Ministers für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung am 25. Januar dieses Jahres in Bezug auf das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Schleuse Kleinmachnow haben gezeigt, dass das Einvernehmen mit der Planung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsdirektion Ost nicht erteilt werden kann. Ich denke, das ist die Situation, in der wir einen gemeinsamen Nenner finden müssen. Das Einvernehmen kann bis zum 11. April nicht hergestellt werden.

Meine Damen und Herren! Insgesamt können mit der Modifizierung des Verkehrsprojektes Nr. 17 neben der erheblichen Kostenreduzierung, für die Sie alle sich aussprechen sollten, Eingriffe in die Natur und Landschaft vermieden werden, die ohnehin mit den Naturschutzziele des Landes nicht vereinbar wären.

Da ich nicht glaube, dass der Verkehrsminister und der Umweltminister Brandenburgs etwas anderes im Sinn haben als die künftige Verlagerung von Straßengütertransporten auf die Wasserstraße, möchte ich Sie ermuntern, heute zu unserem Antrag Ja zu sagen, um genau dieses Ziel zu erreichen, und sich gleichzeitig dafür einzusetzen, dass die durch die Modifizierung des Verkehrsprojektes Nr. 17 eingesparten Mittel für den Ausbau der Hafenanlagen, für Güterverkehrszentren und für die stärkere Entwicklung der Schienenverbindungen im Land Brandenburg eingesetzt werden können.

(Zuruf von der CDU: Zwangsverlagerung!)

Deshalb halten wir, sehr verehrte Kollegen der CDU-Fraktion, die Modifizierung des Projektes 17 für dringend geboten.

Abschließend möchte ich auf die vielfältigen Bürgerinitiativen, auf die kommunalen Proteste und Aufrufe, strukturpolitisch zur Vernunft zu kommen, verweisen. Auch die Protestbriefe an den Ministerpräsidenten, an den Verkehrsminister, an die Landtagsfraktionen und an den Deutschen Bundestag will ich hier erwähnen und ich will auch erwähnen, dass sich alle Fraktionen der Gemeindevertretung in Kleinmachnow sowohl 1999 als auch 2001 gegen den Ausbau der Schleuse und gegen die damit verbundenen irreparablen Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet Parforceheide ausgesprochen haben.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kolbe zu?

Frau Tack (PDS):

Selbstverständlich.

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte sehr.

Kolbe (SPD):

Erstens: Frau Tack, könnte es vielleicht sein, dass die geringe Auslastung der Wasserstraßen von nur 30 %, die Sie beklagen, hauptsächlich darin begründet liegt, dass der Ausbauzustand eine effektive wirtschaftliche Nutzung nicht zulässt?

Zweitens: Ist es vielleicht möglich, dass es nicht gerade im brandenburgischen Interesse liegt, wenn die Schleuse in Kleinmachnow durch Ihre Intervention oder durch vorfristige Festlegungen unter Umständen doch zu klein ausgebaut wird?

Frau Tack (PDS):

Zu Ihrer ersten Frage, sehr geehrter Herr Kollege: Die nur 30%ige Auslastung der Wasserstraßen in Berlin-Brandenburg hängt unter anderem damit zusammen, dass die Aufträge für diese Leistung an die Binnenschifffahrt sehr zurückgegangen sind. Sie können sich auch erklären, woraus dies resultiert. Einerseits ist die Auftragslage aus Stahlwerken und aus anderen wirtschaftlichen Großeinheiten sehr stark zurückgegangen. Andererseits gibt es natürlich zwischen Straße, Schiene und Wasserstraße keine Wettbewerbsgleichheit, das heißt, die Straße ist gegenwärtig immer der billigste und vorteilhafteste Verkehrsträger, um Massentransporte zu realisieren.

(Zuruf des Abgeordneten Kolbe [SPD])

- Das hat nichts damit zu tun, dass die Wasserstraßen nicht dem Ausbaugrad des Verkehrsprojektes 17 entsprechen.

(Kolbe [SPD]: Doch, doch!)

- Es hat nichts damit zu tun. Die Schiffe können fahren. Sie sollten es einmal vor Ort beobachten. Wir haben letztes den Sacrow-Paretz-Kanal bereist. In drei Stunden sind uns sage und schreibe zwei Schiffe entgegengekommen. Dies ist natürlich ein Debakel, wenn wir davon sprechen, dass es ein leistungsfähiges Transportangebot auf der Wasserstraße geben könnte.

(Kolbe [SPD]: Sie verwechseln Ursache und Wirkung!)

- Ich denke, Ursache und Wirkung verwechseln Sie. Wir sind allerdings der Auffassung, dass die Wasserstraßen in der Region Berlin-Brandenburg dringend saniert werden müssen, und zwar sowohl die Kanäle als auch die Flussläufe, insbesondere der Wasserlauf der Havel. Hier besteht dringender Investitionsbedarf und diese Investitionen sollten nunmehr auch realisiert werden.

Das Zweite hatte ich bereits gesagt: In erster Linie sind die gesetzlichen Bedingungen zur Herstellung der Wettbewerbschancen zwischen Wasserstraße, Autobahn und Straße zu gestalten. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Ausführungen des neuen Bundesverkehrsministers Bodewig, der von einer Integration und Kooperation der unterschiedlichen Verkehrsträger gesprochen hat. - So viel als Antwort auf Ihre Fragen.

Ich will noch einmal darauf eingehen, dass über 500 Bürgerinnen und Bürger zum Thema Wasserstraßen- und Schleusenausbau in Kleinmachnow Einzel- und Sammelpetitionen an den Landtag eingereicht haben. Ihre Entscheidung zu unserem Antrag wird sehr aufmerksam und mit großem Interesse verfolgt, und zwar sowohl in Kleinmachnow als auch in Potsdam, wo sich gestern die Stadtverordnetenversammlung - wo ist der Kollege Niekisch? - ...

Präsident Dr. Knoblich:

Ich sehe ihn auch nicht, aber ich sehe jemanden am Mikrofon stehen. Lassen Sie noch eine Frage zu?

Frau Tack (PDS):

- Aber ja; gerne. - ... ablehnend gegen das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit ausgesprochen hat.

(Dombrowski [CDU]: Darf ich?)

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte sehr!

Dombrowski (CDU):*

Frau Kollegin, da Sie eben festgestellt haben, dass der Transport mit dem LKW immer das Billigste ist: Könnten Sie mir vielleicht eine Zahl nennen, einen Vergleich, einen Tonnenpreis für den Transport per LKW und für den Transport auf dem Wasser?

Frau Tack (PDS):

Es ist kein Geheimnis und Sie haben es gerade noch einmal wiederholt, dass die Kostenbedingungen auf der Straße in jedem Falle günstiger sind als auf der Wasserstraße. Ich habe jetzt keine Tonnenpreise parat. Aber die Massengütertransporte und der Transport mit schweren LKWs haben insbesondere in der Region Berlin-Brandenburg in den letzten Jahren sehr zugenommen. Um die Autobahnen und die Straßen von Massengütertransporten, zum Beispiel von Baustoffen und Zuschlagstoffen, zu entlasten, ist es angeraten, genau diese Transporte über die Wasserstraßen zu realisieren.

(Neumann [CDU]: Wie denn?)

Ich gebe Ihnen Recht, dass die Transportzeiten länger sind als auf der Straße.

(Zuruf des Abgeordneten Neumann [CDU])

- Ach, Herr Neumann, Sie versuchen es immer wieder. - Ich will daran erinnern, dass sich die Stadtverordnetenversammlung von Potsdam gestern gegen das Projekt 17 und gegen das Einvernehmen zum Ausbau des Sacrow-Paretz-Kanals ausgesprochen hat, dass sich die SPD sowohl in Potsdam als auch andernorts dagegen ausgesprochen hat, und ich will Ihnen in diesem Zusammenhang den Kompromiss vorschlagen, dass wir über die zwei Punkte unseres Antrages getrennt abstimmen. Damit Sie sich ganz deutlich erklären können, bieten wir Ihnen auch an, dass wir den zweiten Punkt mit einer namentlichen Abstimmung verbinden, sodass sich jeder zum Ausbau der

Schleuse in Kleinmachnow positionieren kann. Da kann sich insbesondere auch der gerade abwesende Innenminister als Kleinmachnower Einwohner positionieren, da können sich auch Frau Dettmann und der Umweltminister positionieren.

(Zuruf: Zählen Sie nicht alle Abgeordneten auf!)

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss Ihres Beitrages!

Frau Tack (PDS):

Sie machen ja des Öfteren Betroffenheitspolitik. Deshalb wollen wir Ihnen das anbieten, sodass Sie eine Chance haben zu reagieren.

Mit Ihrem Einverständnis, Herr Präsident, möchte ich abschließend dem Umweltminister noch mehrere Unterschriftenlisten von Schülerinnen und Schülern aus Kleinmachnow übergeben. Sie haben diese Unterschriften in dem Zusammenhang gesammelt, dass sie sich dafür aussprechen, die Natur zu erhalten und damit auch Zukunft gestalten wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Vogelsänger.

Vogelsänger (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der gestrigen Aktuellen Stunde wurden von den Rednern die Defizite Brandenburgs beim Ausbaugrad der Infrastruktur beklagt, im Übrigen auch von der PDS. Hinsichtlich der Wasserstraßen sind die Defizite besonders groß. Diese Defizite sollen nicht nur abgebaut werden. Mit dem Verkehrsprojekt 17 besteht vielmehr die einmalige Chance, die Region Berlin-Brandenburg leistungsfähig an das westeuropäische Wasserstraßennetz anzubinden. Wir unterstützen das parlamentarisch. Der Entschließungsantrag von SPD und CDU verdeutlicht dies.

Beim Projekt 17 selbst geht es in erster Linie um die Sanierung und den Ausbau von Kanalverbindungen, also von künstlichen Wasserstraßen. Diese sind zum Transport von Gütern, also für die Binnenschifffahrt, gebaut worden.

Umweltfreundliche Verkehrspolitik heißt, Verkehrsträger zu fördern, die mit Energie sparsam umgehen und die Umwelt schonen. Nirgendwo sonst können Transporte mit weniger Energie und Abgasbelastung, weniger Lärmbelastung und weniger Flächenverbrauch durchgeführt werden als auf den Wasserstraßen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Deshalb haben die Binnenschiffe selbst im europäischen Maßstab eine enorme Entwicklung erlebt. Die Binnenschifffahrt muss sich jedoch auch in einem harten Konkurrenzkampf mit den anderen Transportträgern behaupten. Wenn wir unsere Was-

serstraßen nicht ausbauen, dann hat die Binnenschifffahrt in diesem Konkurrenzkampf keine Chance.

Wenn wir das Projekt 17 nicht umsetzen, dann werden wir die Auswirkungen auf der Straße zu spüren bekommen.

Beim Ausbau der Wasserstraße ist auch das Land in der Pflicht. Deshalb gilt es, nicht nur auf den Bund zu schauen. Mit den Binnenhäfen in Eberswalde und in Königs Wusterhausen und dem im Bau befindlichen Hafen in Schwedt, um nur drei Beispiele zu nennen, hat sich das Land erheblich engagiert.

Auch die kommunale Seite setzt sich hier stark ein. Der gemeinsame Brief des Bürgermeisters von Königs Wusterhausen, Jochen Wagner, und des Landrats von Dahme-Spreewald, Dr. Martin Wille, an den Landtagsausschuss sind ein deutliches Zeichen dafür, dass diese Region auf diese Wasserstraße setzt.

Wir haben die Aufgabe, für den Binnenhafen von Königs Wusterhausen eine leistungsfähige Erschließung mit wirtschaftlichen Abladetiefen und Tragfähigkeiten zu gewährleisten. Des Weiteren gilt es, den Oder-Spree-Kanal in Richtung Binnenhafen Eisenhüttenstadt zu sanieren, und zwar sicherlich mit anderen Parametern als beim Teltowkanal.

Die notwendige Erschließung für die Standorte Königs Wusterhausen und Eisenhüttenstadt erfolgt über den Teltowkanal. Wichtige Grundzüge des Ausbaus wie Einrichtungsverkehr, Wassertiefe 4 Meter und Brückendurchfahrts Höhe 5,25 Meter sind nach meiner Kenntnis durch die zuständigen Behörden vereinbart. Kompliziert ist dabei die Schleuse Kleinmachnow, im Übrigen auch wegen des Denkmalschutzes.

Des Weiteren wird der Bund gebeten, auf der Basis der Abschätzung des perspektivischen Aufkommens den Nachweis der erforderlichen Länge der Schleusenammer Kleinmachnow vorzulegen.

Fachleute sind ebenfalls im Rahmen der laut Bundeswasserstraßengesetz geforderten Einvernehmensregelung zwischen Bund und Land gefordert, und nur diese können das Einvernehmen verweigern. Der Veto-Antrag der PDS-Fraktion hilft hier nicht weiter.

Aus all diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab.

Der Entschließungsantrag von SPD und CDU macht dagegen deutlich, dass die Binnenschifffahrt in Brandenburg eine Zukunft haben soll und dass ein entsprechender Ausbau der Wasserstraße notwendig ist. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Zukunftsprojekt. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Schrey.

Schrey (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle hier im Landtag wissen, welche Bedeutung der Ausbau der Verkehrs-

infrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hat. Das gilt nicht nur für die Straßenverkehrsinfrastruktur, sondern auch für die Schienen- und Wasserwege.

Angesichts der Bedeutung, die das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17 für den Wirtschaftsstandort Brandenburg haben wird, spricht sich die CDU-Fraktion ausdrücklich für die Umsetzung dieses Projekts aus. Die Binnenschifffahrt fordert es, Eisenhüttenstadt fordert es, und auch in Königs Wusterhausen wird die Umsetzung dieses Projekts befördert. Die Kammern stehen ebenfalls dahinter.

Natürlich ist es unser Ziel, Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen so zu realisieren, dass von der Baumaßnahme die geringste Belastung für Mensch und Natur ausgeht. Mit dem gemeinsamen Entschließungsantrag von SPD- und CDU-Fraktion soll die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes daher gebeten werden, auf der Basis der Abschätzung des perspektivischen Aufkommens den Nachweis zu der erforderlichen Länge der Schleusenammer Kleinmachnow vorzulegen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einige Worte zu dem PDS-Antrag verlieren.

Meine Damen und Herren von der PDS, für welche Verkehrsprojekte stehen Sie eigentlich? Sie sind zwar nicht gegen einen Flughafen, sind aber gegen den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zu einem internationalen Drehkreuz.

(Unruhe bei der PDS)

Sie waren gegen den Transrapid, und dem Ausbau unserer Wasserwege stehen Sie mittlerweile auch eher kritisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber. Sie versuchen, einen Verkehrsträger gegen den anderen auszuspielen, um anschließend auch gegen diesen Front zu machen. Wenn Sie für eine derartige Verkehrspolitik stehen, dann müssen Sie aber auch sagen, wie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg vorangetrieben werden soll. Wie ich bereits am Anfang meiner Rede gesagt habe, ist der Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur nämlich von existenzieller Bedeutung für den Weg Brandenburgs hin zu einer sich selbst tragenden Wirtschaftsstruktur und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wir lehnen den Antrag der PDS-Fraktion ab und bitten um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke dem Abgeordneten Schrey. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU, Frau Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer beim Zuknöpfen mit dem falschen Knopf beginnt, kommt niemals zum richtigen Ende.

Um Ihre Verkehrspolitik sind Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, nicht zu beneiden. Ihre so viel geprie-

senen Güterverkehrszentren sind bisher nur Geldverschwender. Diese Zentren im wirtschaftlichen Sinne wieder flottzukriegen würde es erfordern, das Ganze mit weiteren Millionen auszubauen. Dabei besteht die Gefahr, dass das nicht klappt und dass die Verluste noch viel größer werden.

Ähnliches darf es bei dem milliardenteuren Ausbau der Wasserstraße zwischen Hannover und Berlin, dem Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17, nicht geben.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz verweist auf Statistiken der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest in Mainz. Diese belegen, dass es von den 110 Meter langen Großmotorschiffen, für deren Einsatz unter anderem die Havel ausgebaggert werden soll, im Jahre 2000 bundesweit nur elf Exemplare gab. Für diese 11 Schiffe werden mehr als 5 Milliarden DM ausgegeben. Der Fachreferent des Bundes für Umwelt und Naturschutz, Berlin, Winfried Lücking, nennt das schlicht und einfach volkswirtschaftlichen Unsinn.

Der Ausbau des Mittellandkanals zur Havel sowie des östlichen Elbe-Havel-Kanals würde nach Hochrechnungen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit ca. 5 Milliarden DM sogar mehr Geld verschlingen als der Bau des Main-Donau-Kanals.

Das Ausbauprogramm beruht unter anderem auf einer Prognose, nach der ein Bedarf von rund 26 Millionen Gütertonnen jährlicher Transportleistung auf der Havel und den anschließenden Gewässern besteht. Die Bedarfsprognosen für die Wasserautobahnen seien morsch wie altes Holz. Dieser Aussage des Berliner Landesgeschäftsführers des Bundes für Umwelt und Naturschutz, Stefan Bundscherer, schließt sich meine Fraktion an.

Auch der Berliner Verkehrssenator Strieder (SPD) äußert im Jahre 2000 erstmals Zweifel an den Verkehrsprognosen.

Die DVU-Fraktion in diesem Landtag wird nicht wegsehen, wenn sich der Verdacht aufdrängt, dass 5 Milliarden DM Steuergelder in den märkischen Sand gesetzt werden.

Wenn man die Durchgangstonnagezählungen für drei wichtige Schleusen auf der Ausbaustrecke vergleicht, dann erkennt man eine deutliche Aufkommensverringering. Stellvertretend für die drei Schleusen möchte ich hier nur die Schleuse Kleinmachnow nennen. Hier verringerte sich das Aufkommen von rund 586 500 Tonnen im Jahre 1998 auf ca. 511 000 Tonnen im Jahre 1999.

Bis zum Jahre 2003 soll der Umbau der Trogbrücke über die Elbe bei Magdeburg, des Elbe-Havel-Kanals und der Schleuse in Berlin-Charlottenburg fertig sein. Dann könnten die so genannten neuen Rheinschiffe mit einer Abladetiefe von zwei Metern bis nach Berlin fahren. Das sollte ausreichen.

Die zuständige Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost aber will den Wasserweg auf westeuropäisches Niveau anheben. Auf der Havel und auf den Kanälen sollen Schiffe mit einer Abladetiefe von bis zu 2,80 Metern fahren. Sollten aus diesen Gründen die Wasserstraßen auf eine Tiefe von vier Metern ausgebaggert werden müssen, so sind die Folgen schwerwiegend: Der Grundwasserspiegel sinkt enorm ab, Feuchtbiotope an den Ufern trocknen aus, und die Wasserqualität der Seenplatte im Süden

von Potsdam wird gefährdet. Auch wird an manchen Stellen eine Verdopplung des Kanalquerschnitts notwendig. Dadurch würden ganze Uferpartien verschwinden.

Wir sind selbstverständlich dafür, dass der Gütertransport auf den Straßen unseres Landes zugunsten der Wasserwege verringert wird, dies aber nicht um jeden Preis.

Bei dem vorliegenden PDS-Antrag drängt sich der Verdacht auf, dass der Havelausbau nur behindert werden soll und dass, wie es die PDS-Kreistagsabgeordnete Kersten ausspricht, Sand ins Getriebe des anstehenden Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau des Sacrow-Paretz-Kanals gestreut werden soll. Bei der Abstimmung über den vorliegenden Antrag der PDS-Fraktion werden wir uns daher der Stimme enthalten.

(Zurufe von SPD und CDU)

- Ich muss Sie enttäuschen; denn bei der Abstimmung über Ihren Entschließungsantrag werden wir ebenfalls so verfahren.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Danke, Frau Abgeordnete Hesselbarth. - Das Wort geht an die Landesregierung, Herr Minister Meyer, bitte.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal habe ich den Eindruck, dass es der einen Partei nur darum geht, ein Thema zu besetzen. Bei Ihrem Antrag, Frau Tack, ging mir heute ganz deutlich Folgendes durch den Kopf: Auf der einen Seite kritisieren Sie mich, wenn ich über Weiterbetrieb oder Einstellung einer Schienenverbindung nachdenke und gar noch nach Fahrgästen beziehungsweise nach Prognosen über Fahrgastzahlen frage. Diesmal fragen Sie nach Prognosen, weil damit eine Kerbe in die möglichen perspektivischen Aufkommen geschlagen werden soll.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

- Wenn Sie Ihre Rede noch einmal durchlesen, dann werden Sie erkennen, dass Sie das Wort Prognose viermal genannt haben.

(Unruhe bei der PDS)

Um erst einmal Klarheit zu schaffen: Sehr geehrte Frau Tack, bei dem Projekt 17 handelt es sich um ein Verkehrsprojekt Deutsche Einheit. Die Landesregierung steht zu den Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplanes und damit auch zum Ausbau der Wasserstraßen.

Für den Verkehr zwischen den Seehäfen und Berlin-Brandenburg und die Weiterführung nach Stettin gibt es auch nach kleineren Projektänderungen Übereinstimmung zwischen dem Bund und den Ländern. Unstrittig ist auch, dass die Südtrasse mit den Häfen Königs Wusterhausen und Eisenhüttenstadt gerade für Brandenburg notwendig ist. Das schließt auch ein, dass die Oder-Spree-Wasserstraße im Status quo wieder instand gesetzt werden muss.

Bezüglich des Ausbaus des Teltowkanals gibt es in der Landesregierung bereits eine weitgehende Verständigung sowohl über den Ein-Richtungs-Verkehr als auch über weitere technische Parameter wie Tiefe, Brückenhöhe, Breite usw., natürlich auch unter Beachtung der Kompatibilität zum vorgesehenen polnischen Oderausbau.

Mein Kollege Wolfgang Birthler und ich haben uns dahin gehend verständigt, dass es nicht darum geht, die Wasserstraßenklasse 4 oder 5 festzulegen, sondern das notwendige Maß der technischen Parameter zu finden, welche einen wirtschaftlichen Betrieb der Binnenschifffahrt sichert. Dazu gehört auch die Schleuse Kleinmachnow. Hier besteht eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen dem konzipierten Ein-Richtungs-Verkehr, den Vorhäfen oberhalb und unterhalb der Schleuse und der Schleusenammerlänge. Deshalb haben wir im Rahmen der laufenden Verhandlungen mit der Wasser- und Schifffahrtsdirektion des Bundes darum gebeten, dass dieser Zusammenhang auf der Basis der Abschätzung des Aufkommens nochmals dargestellt und aufgrund dessen eine Neubewertung des Eingriffs in Bezug auf die Schutzgebiete und den möglichen Kompensationsbedarf vorgenommen und ein Nachweis zur erforderlichen Länge der Schleusenammer vorgelegt wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Meyer. - Wir sind am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der PDS hat für die Drucksache 3/2574 eine punktweise Abstimmung beantragt.

Ich rufe zuerst den Punkt 1 der genannten Drucksache zur Abstimmung auf. Wer Punkt 1 der Drucksache 3/2574 zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Punkt 1 mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe Punkt 2 der Drucksache 3/2574 zur Abstimmung auf. Hierzu wurde eine namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es einen Abgeordneten im Plenarsaal, der seine Stimme nicht abgeben konnte? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung der Stimmen und Sie um ein wenig Geduld.

Meine Damen und Herren! Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Punkt 2 der Drucksache 3/2574 bekannt. Für den Punkt 2 stimmten 19 Abgeordnete, gegen diesen Punkt 35 Abgeordnete und 8 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Damit ist der Punkt 2 mehrheitlich abgelehnt, das heißt, der Antrag laut Drucksache 3/2574 ist insgesamt mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 2181)

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU laut Drucksache 3/2619 auf. Wer diesem Entschlie-

ßungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Bildung einer Gemeindefinanzkommission zur Vorbereitung eines kommunalen Finanzausgleichsgesetzes

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/2575

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion der PDS. Herr Abgeordneter Sarrach, Sie haben das Wort.

Sarrach (PDS):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag - Bildung einer Gemeindefinanzkommission zur Vorbereitung eines kommunalen Finanzausgleichsgesetzes - dürfte ich nach den gestrigen Bekenntnissen des Innenministers heute leichtes Spiel haben und offene Türen einrennen. Gestern sagten Sie in der Fragestunde, dass Sie hoffnungsfroh seien, dass sich beispielsweise der Städte- und Gemeindebund zum Wohle des Landes in die Reformprozesse einbringen werde und die Zusammenarbeit am konkreten Beispiel weiter fortgeführt werden sollte.

Sie haben natürlich damit Recht, dass zu einer guten Zusammenarbeit immer zwei gehören. Es gehört aber genauso zu einer guten Zusammenarbeit, dass sich beide Seiten mit ihren Anliegen ernst genommen fühlen. Darum geht es heute.

Gegenstand unseres Antrages sind auch keine Festlegungen auf bestimmte Inhalte eines kommunalen Finanzausgleichsgesetzes. Anliegen ist vielmehr, in Vorbereitung eines solchen Finanzausgleichsgesetzes sowohl fachliche als auch Gruppeninteressen zu bündeln und einen breiten und fraktionsübergreifenden Konsens zu erzielen.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, eine Gemeindefinanzkommission aus Vertretern des Ausschusses für Inneres, dem Ministerium des Innern, den kommunalen Spitzenverbänden sowie der Arbeitsgemeinschaft der Oberbürgermeister der kreisfreien Städte zu bilden. Die Beteiligung sollte gleichberechtigt ausgestaltet sein. Diesbezüglich gibt es bereits positive Erfahrungen und ein Beispiel aus Baden-Württemberg.

Heute kann auch der Landtag Brandenburg ein solches Zeichen setzen und den kommunalen Spitzenverbänden ein qualifiziertes Mitwirkungsrecht bei diesem für die kommunale Selbstverwaltung so wichtigen Gesetzgebungsvorhaben einräumen - und das zu einem Zeitpunkt, wo eine Diskussion im Idealfall noch frei von Koalitionszwängen und politischen Konstellationen und dafür unter sachgemäßer Berücksichtigung der kommunalen Interessen geführt werden kann.

Meine Zuversicht, mit unserem Antrag ein gemeinsames Anliegen aufgegriffen zu haben, schöpft sich aus den bisherigen

Äußerungen des Herrn Innenministers. In der schriftlichen Beantwortung der Mündlichen Anfrage 341 von Kollegin Osten im Juli 2000 heißt es:

„Für das Gesetz zur Regelung des kommunalen Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen des Jahres 2001 sind die entscheidenden Weichen bereits gestellt.“

Es heißt dann weiter:

„Eine umfassende Umsetzung der Empfehlungen des DIW bedarf einer breiten Diskussion, damit die Entscheidungen auch längerfristig in einem auf Dauer angelegten kommunalen Finanzausgleichsgesetz tragfähig bleiben. Zur Erfüllung dieses Anspruchs ist im Vorfeld der Umsetzung der Empfehlungen des DIW ein möglichst breiter Konsens mit den kommunalen Vertretungen und mit den politischen Gremien herbeizuführen.“

Herr Minister Schönbohm äußerte sich in der Debatte über den Antrag der PDS zu einem zügig vorzulegenden Gemeindefinanzierungsgesetz 2001 in der 19. Sitzung des Landtages ähnlich. Allerdings sollten dann auch Taten folgen. Ich bin nun schon lange genug Mitglied des Innenausschusses, um nachvollziehen zu können, dass ein kommunaler Spitzenverband wie der Städte- und Gemeindebund bei folgenden Erfahrungen ungehalten nur von vermeintlicher Mitwirkung spricht.

Erstes Beispiel: Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2001. Trotz begründeter Stellungnahmen nach Erhalt des Entwurfes fand die ganz überwiegende Anzahl der Anregungen keinen Eingang in das Gemeindefinanzierungsgesetz.

Zweitens: Die grundsätzliche Kritik am Bericht des Nachweises einer symmetrischen Verteilung der finanziellen Mittel zwischen Land und Kommunen, der aufgrund der Neulietzgericke-Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes zu geben war, wurde nicht berücksichtigt. An der Erstellung des Berichtes wurde der Städte- und Gemeindebund nicht beteiligt. Das Ergebnis nach dieser Nichtbeteiligung war eindeutig: aus methodischen Gründen unschlüssige Argumente in einem für die Begründung einer Finanzverteilung nicht verwertbaren Bericht.

Drittens: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bekam 1999 den Auftrag vom Innenministerium, ein Gutachten zu den Kommunalfinzen und zum Finanzausgleichssystem zwischen Land und Kommunen zu erstellen. Nach lediglicher Zuleitung des Gutachtens soll es trotz ausdrücklichen Wunsches des Städte- und Gemeindebundes noch keine Erörterung und Zielentwicklung für den künftigen Finanzausgleich gegeben haben.

Viertens: Schließlich wird auch die Forderung nach einer Gemeindefinanzkommission - in Baden-Württemberg Finanzverteilungskommission genannt - dem Innenministerium seit Monaten vorgetragen, ohne dass es zu Fortschritten in der Sache gekommen ist.

Aber diese Kritik kann allsbald der Vergangenheit angehören, wenn es nun wirklich zu einer vertrauensvollen und gleichberechtigten Zusammenarbeit der politischen Verantwortsträger - dem Landtag, der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden - kommt.

Konsensfähiger Vorschläge für die Grundzüge eines Finanzausgleichsgesetzes bedarf es dabei für eine Vielzahl von Fragestellungen. Ich will nur Stichworte nennen: weitgehender Zweckbindungsverzicht im Finanzausgleichsgesetz zugunsten allgemeiner Finanzausweisungen, Regelung von Landesinteressen hinsichtlich besonderer Erwartungen an kommunale Aufgabenerfüllungen außerhalb des Finanzausgleichs, Einrechnung bisheriger zweckgebundener Zuweisungen in die Verbundquote, Aufgabenkritik der Landesverwaltung und Fortsetzung der Funktionalreform unter strikter Einhaltung des Konnexitätsprinzips; die Höhe der Verbundquote, die Fortsetzung oder die Aufgabe des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes, die sachgerechte Unterscheidung der Finanzbedarfe nach äußerem Entwicklungs- und engem Verflechtungsraum und auch innerhalb des jeweiligen Raumes; die Stärkung der großen kreisangehörigen und kreisfreien Städte mit ihren besonderen Problemlagen; die Berücksichtigung hoher sozialer Lasten; die Veränderung der Hauptansatzstaffel mit Einführung von Nebenansätzen; ein Flächenansatz auch für Städte und Gemeinden und nicht nur bei Landkreisen oder Investitionsmittel unmittelbar in eigenverantwortlicher Mittelbewirtschaftung auch durch kreisangehörige Gemeinden und durch Ämter.

Deshalb lassen Sie uns nach Beratung im Innenausschuss eine solche Kommission bilden oder - um mit den Worten des Herrn Innenministers am 20. September 2000 im Landtag zum weiteren Vorgehen für ein Finanzausgleichsgesetz zu sprechen - sagen:

„Es ist doch nicht zu übersehen, dass eine ausreichende Diskussion zur richtigen Weichenstellung, die für die Zukunft notwendig ist, noch nicht stattgefunden hat. Daher wird dies eine umfangreiche Diskussion werden und - wie ich meine - auch werden müssen.“

- Ich bedanke mich.

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Sarrach. - Das Wort geht an die Fraktion der SPD, an den Abgeordneten Schippel.

Schippel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist selten, dass die Opposition mit der Koalition übereinstimmt. Aber an der Stelle muss ich Ihnen, Herr Sarrach, Recht geben: Wir brauchen eine Veränderung im kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall bei der PDS)

Das ist unbestritten. Das haben wir als Koalition auch so in unserem Koalitionsvertrag zu stehen.

Über das Ziel brauchen wir uns auch nicht zu streiten. Das Ziel ist wie bisher, die kommunale Ebene bedarfsgerecht und in Anbetracht der finanziellen Lage des Landes mit finanziellen Mitteln auszugestalten.

Strittig ist eventuell der Weg. Da haben Sie etwas von den kommunalen Spitzenverbänden gesagt. Die kommunalen Spitzenverbände müssen in Brandenburg - es ist ja noch nicht so lange her, dass wir das beschlossen haben, da haben wir auch bei

Baden-Württemberg abgeschaut - zwangsläufig bei solchen Entscheidungen gehört werden. Was wir nicht machen können und was Sie so bitter beklagt haben, ist, jede Anregung der kommunalen Spitzenverbände in einem Gesetz unterzubringen. Dazu gibt es nämlich auch differierte Standpunkte zwischen den Spitzenverbänden und es ist auch eine Frage des Geldes. Logischerweise würde ich, wenn ich Vertreter des Spitzenverbandes wäre, auch meinen Job tun und nach immer mehr Geld fragen. Das gehört einfach zum Geschäft.

Wir haben die Verantwortung, abzuwägen, was möglich und was nicht möglich ist. Daran sollten wir uns halten und das sollten wir diskutieren. Insofern, Herr Sarrach, werden wir Ihren Antrag nicht ablehnen. Wir sind dafür, ihn an den Innenausschuss zu überweisen und dort das Gesetz vorzubereiten, was eine lange Vorbereitungszeit braucht, wenn wir es denn über ein paar Jahre behalten wollen.

Im Moment haben wir noch ein paar Veränderungen. Wir haben die Gemeindereform, die beachtet werden muss. Wir müssen die Verwaltungsmodernisierung beachten. Das haben Sie schon ausgeführt. Bei Verwaltungsmodernisierung kann es nicht nur um Stelleneinsparungen gehen, es kann eventuell eine Aufgabenverlagerung auf die kommunale Ebene bedeuten und damit Verlagerung von Geld. All das gilt es zu bedenken.

Ich bitte Sie, sich unserem Vorschlag zur Überweisung anzuschließen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Schippel. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU, an die Abgeordnete Frau Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade beschlossen, dass ich meinen Redebeitrag nicht halten werde. Wir werden dieser Ausschussüberweisung ebenfalls zustimmen.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Hesselbarth. - Die Fraktion der CDU hat mir auch Redeverzicht signalisiert. Ich kann das Wort an die Landesregierung geben. Herr Minister Schönbohm, bitte!

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da ich die Eile sehe, nur einige wenige Bemerkungen. Ich glaube, wir haben in der Zeit, die vor uns liegt, genügend Gelegenheit, über dieses Finanzausgleichsgesetz zu sprechen. Ich glaube, hier im Hause besteht eine große Übereinstimmung, dass dieses eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben ist.

Zum Zweiten denke ich, dass es im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens genügend Möglichkeiten der Anhörung gibt, um gemeinsam mit den Spitzenverbänden zu erörtern, welche

die bessere Lösung ist. Herr Abgeordneter Sarrach, da gibt es, wie Sie wissen, zwischen den Spitzenverbänden auch sehr unterschiedliche Auffassungen. Von daher gesehen denke ich, dass der Innenausschuss der geeignete Ort ist, die Fragen im Einzelnen zu erörtern. Danach kann man über das weitere Vorgehen entscheiden. Ich biete zu dieser Sache ausdrücklich die Zusammenarbeit an. Aber wir müssen unsere Schularbeiten erst noch erledigen.

Ich möchte auch den Spitzenverbänden sagen: Auch wenn wir unterschiedlicher Meinung sind, zur Zusammenarbeit gehört dieses Vertrauen. Darum, glaube ich, ist der Vorschlag sachgerecht, diesen Antrag in den Innenausschuss zu überweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, bleiben Sie freundlicherweise noch da. Während Ihres letzten Satzes wurde eine Frage angemeldet. Herr Abgeordneter Sarrach, bitte schön!

Sarrach (PDS):

Herr Minister, in der Septemberdebatte des vergangenen Jahres kündigten Sie Eckpunkte für das Jahr 2001 für ein künftiges Finanzausgleichsgesetz an. Welcher Zeithorizont tut sich nach jetziger Einschätzung auf, wann ist mit diesen Eckpunkten zu rechnen?

Minister Schönbohm:

Ich kann Ihnen die Frage im Augenblick noch nicht endgültig beantworten. Ich muss sogar so weit gehen, dass ich nicht genau sagen kann, ob ich im Innenausschuss vortragen werde.

Noch einmal die Mechanik, die dazu eine Rolle spielt: Dabei wird das Ergebnis der Gemeindereform wesentlich sein. Wenn wir sehr viele Gemeinden in der Größenordnung von 500 bis 600 Einwohnern haben, wird es anders aussehen, als wenn wir weniger Gemeinden haben. Von daher gesehen glaube ich nicht, dass wir es im Augenblick schaffen können. Wir werden Eckpunkte nennen können, aber dann werden Sie vielleicht sagen, diese Eckpunkte seien Ihnen nicht dicht genug. Eine Orientierung können wir Ihnen geben, aber Eckpunkte bis in alle Einzelheiten noch nicht, das kann keiner.

(Sarrach [PDS]: Eine Diskussionsgrundlage statt Orientierung würde schon reichen!)

Eine Orientierung, auf deren Grundlage Sie diskutieren können, Herr Abgeordneter.

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Schönbohm. - Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angekommen.

Die Fraktionen der SPD, der CDU und der PDS haben beantragt, die Drucksache 3/2575 an den Ausschuss für Inneres zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgt, den bitte

ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 11 und die 34. Sitzung

des Landtages Brandenburg. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Ende der Sitzung: 17.18 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 6:****Bestandsaufnahme Kultur im Land Brandenburg/Vorschlag für Prioritäten**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 34. Sitzung am 5. April 2001 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Bestandsaufnahme der Kultur im Land Brandenburg und den Kommunen vorzunehmen und auf deren Grundlage Prioritäten für die Kulturentwicklung des Landes vorzuschlagen. Die Vorschläge für die Prioritäten der Landeskultur sollen in enger Abstimmung mit dem Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur entwickelt werden. Dem Vorschlag für die Prioritäten der Kultur im Land Brandenburg soll eine Definition vorangestellt werden, was als Kultur mit landespolitischem Rang in Brandenburg gelten und entsprechend vorrangig und langfristig gefördert werden soll.

1. Die Bestandsaufnahme soll die kulturellen und soziokulturellen Einrichtungen, öffentliche und private Kunst- und Kultureinrichtungen, Vereine, Gruppierungen, Initiativen und Künstler enthalten, sodass eine spartenorientierte und regional differenzierte Darstellung der kulturellen Infrastruktur erreicht wird. Sie soll die vom Land geförderten künstlerischen und kulturellen Aktivitäten erfassen, aber auch Probleme, Chancen und Perspektiven in diesem Bereich aufzeigen.
2. Die Bestandsaufnahme soll detaillierte Informationen über die einzelnen Angebote bereithalten, damit Rückschlüsse auf die Bedeutung der einzelnen Einrichtungen möglich werden.
3. Die Veränderung und Entwicklung der kulturellen Infrastruktur soll - auch unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung - seit 1990 aufgezeigt werden. Dabei sollen Vergleiche zu anderen Bundesländern angestellt und eventuelle Brandenburger Besonderheiten aufgezeigt werden.
4. Die Bestandsaufnahme sollte insbesondere darstellen:
 - a) eine Stärken-Schwächen-Analyse im Kulturbereich,
 - b) die Beteiligung der Kommunen, Landkreise und kreisfreien Städte an der Kulturfinanzierung,
 - c) Vernetzungen und Kooperationen im Kulturbereich nach Sparten und Regionen sowie
 - d) die Finanzierung der Soziokultur.
5. Die Bestandsaufnahme soll auch die Kulturstiftungen berücksichtigen und diese einer kulturpolitischen Be-

urteilung unterziehen. Dies gilt insbesondere für die Stiftungen Brandenburgische Gedenkstätten und Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, für die Stiftungen Neuzelle und Park und Schloss Branitz und das Wirken der Stiftung für das sorbische und wendische Volk.

6. Die Bestandsaufnahme und die daraus abgeleiteten Prioritäten für das Land Brandenburg sind dem Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur als Zwischenbericht bis zum 30. Juni 2001 und in einem ersten Bericht im Landtag bis zum Dezember 2001 vorzustellen und regelmäßig zu aktualisieren. Neue künstlerische, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen müssen Eingang in die Planung finden. In diesem Zusammenhang sind auch neue Formen der künstlerischen und kulturellen Interaktion zu berücksichtigen, die sich aus den sich schnell entwickelnden technischen Möglichkeiten der Kommunikation sowie der Informationsbeschaffung und -bereitstellung (Internet, Multimedia, Neue Medien) ergeben.“

Zum TOP 10:**Modifizierung des Wasserstraßenausbaus im Zuge des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 34. Sitzung am 5. April 2001 folgende Entschließung angenommen:

- „1. Der Landtag spricht sich für die Umsetzung des Projektes 17 der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit 'Ausbau der Wasserstraßenverbindung zwischen Hannover und Berlin' aus.
2. Der Ausbau des Havelkanals entsprechend der Parameter des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17 zur vorrangigen Anbindung des Güterverkehrszentrums Wustermark und der Ausbau der Oder-Havel-Wasserstraße (Oder-Havel-Kanal und Hohensaaten-Friedrichstaler-Wasserstraße) nach Stettin hat für den Wirtschaftsraum Brandenburg Priorität.
3. Für den Binnenhafen Königs Wusterhausen ist eine leistungsfähige Erschließung mit wirtschaftlichen Abladetiefen und Tragfähigkeiten zu gewährleisten.
4. Für den Ausbau des Teltowkanals sind folgende Grundsätze zu realisieren: Einrichtungsverkehr, Wassertiefe 4,0 m und Brückendurchfahrthöhe 5,25 m.
5. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes wird gebeten, auf der Basis der Abschätzung des perspektivischen Aufkommens den Nachweis zur erforderlichen Länge der Schleusenammer Kleinmachnow vorzulegen.
6. Zur verbesserten Anbindung des Hafens Eisenhüttenstadt ist für den neuen Bundesverkehrswegeplan die Aufnahme der Spree-Oder-Wasserstraße anzumelden. Die Landesregierung wird gebeten, die Wasser- und Schifffahrtsdirektion aufzufordern, für die Weiterführung des Projektes Prognosezahlen vorzulegen.“

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 10 - Modifizierung des Wasserstraßenausbaus im Zuge des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17 - Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/2574, Nr. 2

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Birkholz (PDS)
 Birthler (SPD)
 Prof. Dr. Bisky (PDS)
 Christoffers (PDS)
 Dellmann (SPD)
 Frau Dettmann (SPD)
 Frau Dr. Enkelmann (PDS)
 Frau Große (PDS)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Ludwig (PDS)
 Frau Osten (PDS)
 Sarrach (PDS)
 Frau Tack (PDS)
 Thiel (PDS)
 Dr. Trunschke (PDS)
 Vietze (PDS)
 Warnick (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Dombrowski (CDU)
 Dr. Ehler (CDU)
 Fritsch (SPD)
 Frau Gregor (SPD)
 Habermann (CDU)
 Dr. Hackel (CDU)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Homeyer (CDU)
 Karney (CDU)
 Klein (SPD)
 Kliesch (SPD)
 Kolbe (SPD)
 Lenz (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Marquardt (CDU)
 Meyer (SPD)
 Frau Müller (SPD)
 Muschalla (SPD)
 Neumann (CDU)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Nieschke (CDU)
 Petke (CDU)
 Frau Richstein (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schöps (CDU)
 Schrey (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Dr. Sternagel (SPD)
 Vogelsänger (SPD)

Dr. Woidke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Firneburg (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Schuldt (DVU)
 Schulze (SPD)
 Dr. Wagner (CDU)
 Dr. Wiebke (SPD)

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf Mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 5. April 2001

Frage 675

Fraktion der SPD

Abgeordneter Klaus Bochow

- Schließung der Güterverkehrsstellen in Luckenwalde und Zossen -

Nach mir bekannt gewordenen Plänen zieht die DB Cargo eine Schließung der Güterverkehrsstellen in Luckenwalde und Zossen in Betracht.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen wird sie in die Wege leiten, um dieses Vorhaben zu verhindern?

Antwort der Landesregierung

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer

Zunächst ein Wort zur Klarstellung: Nach der Bahnstrukturreform trägt das Land die ausschließliche Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr. Dennoch werden auch die übrigen Bahnprobleme in Brandenburg seitens der Landesregierung aufmerksam beobachtet. Was nun die aktuelle Entwicklung im Schienengüterverkehr betrifft, werden im Rahmen des Möglichen gemeinsam Lösungen angestrebt, die für alle Beteiligten tragbar sind.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Rationalisierungsabsichten der DB Cargo AG hat die Landesregierung eine abgestimmte Verfahrensweise angemahnt, die es vor allem interessierten nichtbundeseigenen Eisenbahnen ermöglicht, die entstehenden Lücken zu schließen. Damit könnte in Durchführung des vom Vorstand der Deutschen Bahn AG initiierten Konzeptes MORA C (marktorientiertes Angebot Cargo) ein Rückzug des Schienengüterverkehrs aus der Fläche weitgehend vermieden werden. Der Landesregierung ist bekannt, dass diesbezüglich bilaterale Gespräche zwischen den Eisenbahnverkehrsunternehmen, die zum Teil auf Arbeitsebene begleitet werden, im Gange sind.

Für den Fall von Schließungen sieht das Konzept der DB Cargo AG außerdem vor, den Verladern adäquate Alternativen anzubieten. Die DB Cargo AG hat sich in diesem Zusammenhang bereit erklärt, allen betroffenen verladenden Unternehmen ent-

sprechende Hilfen anzubieten. Dies entspräche den Vorstellungen der Landesregierung, durch mehr Wettbewerb auch im Schienengüterverkehr die Flexibilität zu erhöhen.

Frage 676

Fraktion der DVU

Abgeordneter Michael Claus

- Auswirkungen von Rinderseuchen im Land Brandenburg -

Der aufgrund der EU-weit ausgebrochenen Rinderseuche BSE dramatisch gesunkene Rindfleischabsatz veranlasste die EU-Kommission zu dem Beschluss, eine so genannte „Marktberreinigung“ durchzuführen. Dies bedeutet, dass EU-weit 2 Millionen Rinder und in der Bundesrepublik Deutschland allein 400 000 Rinder geschlachtet und verbrannt werden sollen, statt sie einer Nutzung zuzuführen. In der Bundesrepublik Deutschland läuft diese Maßnahme, welche ethisch wie wirtschaftlich äußerst umstritten ist, seit dem 26. März 2001.

Dies ist eine freiwillige Entscheidung des jeweiligen Landwirts, ob er sich an dieser Maßnahme beteiligen soll.

Ich frage die Landesregierung: Wie will das Land Brandenburg die von der EU geforderte Quote im Rahmen dieses Not-schlachtprogramms angesichts der Freiwilligkeit der Entscheidung bei den Landwirten erreichen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung BIRTHLER

Die durch die BSE-Krise entstandene Situation auf dem Rindfleischmarkt kann als dramatisch bezeichnet werden. So ist zum Beispiel der Verbrauch von Rindfleisch EU-weit um 25 % und in Deutschland um 50 % zurückgegangen. Damit ist der Rückgang in Deutschland am höchsten. Die Preise für Rindfleisch sind in diesem Zusammenhang förmlich abgestürzt. Die Rindfleischerzeuger sind unverschuldet in eine äußerst schwierige und insolvenzgefährdete Lage geraten. Aus dieser Situation heraus sind marktentlastende Maßnahmen grundsätzlich zu befürworten. Die für das erste Ankaufsprogramm vorgesehene Vernichtung des Rindfleisches hat auch bei mir ethische Bedenken ausgelöst, jedoch sieht es so aus, dass es dazu keine Alternativen gibt.

Im Rahmen des ersten Ankaufsprogramms sollen nach dem Beschluss der Kommission in Deutschland bis zu 400 000 Rinder aufgekauft und vernichtet werden, wobei die EU 70 % und der Mitgliedsstaat 30 % der Kosten tragen. Das Programm ist in Deutschland am 26. März 2001 angelaufen und bis zum 20. April 2001 befristet. Die Zahl von 400 000 Rindern ist eine Zielstellung, aber keine von der EU geforderte Quote.

Aufgrund der Befristung bis zum 20. April 2001 werden in Deutschland im Rahmen des ersten Ankaufsprogramms wahrscheinlich höchstens 100 000 Rinder geschlachtet. Das Ankaufsprogramm wird durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung in Frankfurt am Main im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft durchgeführt. Die Bundesländer sind bei diesem Verfahren nicht beteiligt. Der Landwirt wendet sich direkt an

die im Bundesanzeiger veröffentlichten, am Ankaufsprogramm beteiligten Schlachthöfe. Im Land Brandenburg beteiligt sich am Ankaufsprogramm kein Schlachthof.

Frage 677

Fraktion der SPD

Abgeordnete Heidemarie Konzack

- Stand der Nachnutzung des Baudenkmal Bundesschule Bernau - Ausnahmeentscheidung zur Anhebung des regulären GA-Fördersatzes für Bernau von 50 % auf 65 % -

Bereits im Januar 2000 habe ich die Landesregierung in einer Mündlichen Anfrage nach dem Stand der Nachnutzung Liegenschaft der Fachhochschule Bernau und ihren Aktivitäten bezüglich der Bereitstellung der bereits zugesagten Fördermittel zur Realisierung des Barnim-Wissenszentrums gefragt. Inzwischen wurde mit der Handwerkskammer Berlin, als dem vom Land bevorzugten Investor zur Nachnutzung des Internatsteils des Bauhaus-Ensembles, ein Untererbaurechtsvertrag abgeschlossen. Nach meiner Kenntnis strebt die Handwerkskammer eine Fördergröße von bis zu 80 % an. Um diese Fördergröße zu erreichen, muss jedoch der GA-Fördersatz, der für Bernau bei 50 % liegt, auf 65 % angehoben werden. Die nötige Ausnahme-genehmigung durch das Ministerium für Wirtschaft steht jedoch noch aus. Diese Entscheidung ist jedoch schnellstmöglich zu treffen, da die Handwerkskammer bis zum 31.05.2001 vom Untererbaurechtsvertrag zurücktreten kann, wenn bis zu diesem Zeitpunkt der Förderaspekt noch nicht geklärt ist.

Ich frage die Landesregierung: Ist die zügige Bewilligung der Fördermittel, insbesondere zur Nachnutzung des Internatsteils des Bauhaus-Ensembles, für das Barnim-Wissenszentrum gesichert?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. FÜRNIß

Die Handwerkskammer Berlin hat am 29. November 2000 bei der ILB einen GA-Förderantrag für den Ausbau und die Herichtung des „Hannes-Meyer-Baus“ als Berufsausbildungsstätte und Internat für ihre Lehrlingsausbildung gestellt.

Der GA-Antrag wird gegenwärtig bei der ILB bearbeitet. Neben dem MW sind MASGF und MWFK in die Förderung einbezogen. Wenn alle Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt sind, wird dieser Antrag zeitnah bewilligt werden.

Ich gehe davon aus, dass dabei insgesamt eine Förderung von 80 % erreicht wird.

Frage 678

Fraktion der CDU

Abgeordneter Uwe Bartsch

- Meyer/Wittwer-Baudenkmal in Bernau-Waldfrieden -

In Beantwortung einer Mündlichen Anfrage in der Landtags-sitzung vom 13. April 2000 erklärte die damalige Finanzministerin, Frau Dr. Simon, dass die Sicherung der Bauhausschule in Bernau beinahe zu einem Herzensanliegen der Landesregierung gemacht wurde.

Weiterhin wies sie in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in der derzeitigen Phase der Nichtnutzung der beiden Baudenkmale Meyer- und Waterstradtbau der Bauunterhalt auf unabdingbare bausubstanzerhaltende Maßnahmen beschränkt wird und das Land somit seinen Verpflichtungen aus dem Erbbaurechtsvertrag nachkommt. Umso erstaunter waren die Mitglieder des Wissenschafts- und Kulturausschusses in der vergangenen Woche über das Maß an Vernachlässigung der Gebäude, welches sich ihnen bei einer Besichtigung bot.

Ich frage die Landesregierung: Wie gedenkt das Finanzministerium seiner Verantwortung zur Bauunterhaltung und -sicherung der Gebäude endlich nachzukommen, um so weiteren Schaden vom Eigentum des Landes abzuwenden?

Antwort der Landesregierung

Ministerin der Finanzen Ziegler

Der Meyer-Bau befindet sich derzeit in einer Übergangssituation, die mit der Übergabe des Grundstücks an die Handwerkskammer Berlin enden wird. Diese Übergabe wird erfolgen, sobald der im September 2000 abgeschlossene Untererbbauvertragsvertrag unwiderruflich wirksam geworden ist. Letzteres hängt wiederum von den noch ausstehenden Fördermittelbewilligungen ab. Ich erwarte, dass die Förderentscheidungen in Übereinstimmung mit dem Kabinettsbeschluss vom Mai 1998 und unter Berücksichtigung der zeitlichen Sensibilität der Angelegenheit bald getroffen werden. Meine Vorgängerin im Amt, Frau Dr. Simon, hatte ja für die Landesregierung bereits am 13.04.2000 an dieser Stelle betont, dass sich alle Beteiligten auf den Kabinettsbeschluss verlassen können.

Nach dem Besitzübergang wird die Handwerkskammer das Gebäude grundlegend sanieren und für die Nutzung als Internat herrichten. Ich betrachte es als großen Erfolg, dass es dem Land gelungen ist, mit der Kammer einen sehr soliden Nutzer zu finden, der die Gewähr für eine fach- und denkmalgerechte Erneuerung des Meyer-Baus bietet.

Die derzeitige bauliche Situation ist geprägt durch den Leerstand des Gebäudes. Dabei ist die Bausubstanz nach wie vor solide. Zur ständigen Überwachung und Sicherung des Gebäudes gegen schädigende Einwirkungen von außen hat das Land einen Wachschutzdienst beauftragt. Dadurch sind bisher Vandalismusschäden auf ein Minimum beschränkt worden.

In der gegenwärtigen Leerstandssituation beschränkt sich der Bauunterhalt auf unabwiesbare bausubstanzerhaltende Maßnahmen. Es wäre auch nicht zu vermitteln, wenn das Land durch weitergehende Schritte der Handwerkskammer vorgreifen würde, die die Herrichtung des Meyer-Baus nach ihren eigenen Nutzungsinteressen gestalten wird. Das Land kommt seiner Verpflichtung zum Bauunterhalt in diesem Rahmen in vollem Umfang nach.

Das gilt auch für die Beseitigung der Folgen des Ende Dezember aufgetretenen Frostschadens im Heizungssystem. Nach Aufdeckung des Schadens sind zur Entschärfung der akuten Schadenssituation Belüftungs- und vorläufige Trocknungsmaßnahmen eingeleitet worden. Zwischenzeitlich ist entschieden worden, dass die Heizung wieder funktionsfähig gemacht und nachhaltige Trocknungsmaßnahmen eingeleitet werden. Die

Aufträge dafür wird die Landesbauverwaltung kurzfristig vergeben.

Ich habe großes Verständnis dafür, dass der Eindruck von den Folgen des letzten Schadens Betroffenheit auslöst. Ich hoffe jedoch, Ihnen durch die Darstellung der beabsichtigten Maßnahmen zur Schadensbehebung deutlich gemacht zu haben, dass von einer Vernachlässigung des Meyer-Baus durch das Land nicht die Rede sein kann.

Insgesamt sollten wir uns bewusst sein, dass die Zukunft des Meyer-Baus in seiner Nachnutzung liegt. Die Landesregierung wird weiterhin alles daransetzen, die dafür noch erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Frage 679

Fraktion der PDS

Abgeordnete Gerlinde Stobrawa

- Europapolitisches Programm der Landesregierung und „Heranführungsstrategie“ für die Grenzregion des Landes -

Am 12. Juli 2000 ersuchten die Fraktionen von SPD, CDU und PDS durch ihre Zustimmung zu einem Koalitionsantrag die Landesregierung, im I. Quartal 2001 einen Bericht über die weitere Intensivierung der EU-Politik vorzulegen, der auch die Prüfung der Erarbeitung eines „Europapolitischen Programmes“ der Landesregierung mit dem Schwerpunkt Osterweiterung beinhalten sollte. Zugleich wurde von der Landesregierung gefordert, eine eigene „Heranführungsstrategie“ für besonders betroffene Regionen und Wirtschaftszweige des Landes zu entwickeln, um die Brandenburger auf die Herausforderungen und Chancen der Erweiterung intensiv vorzubereiten. Das „Europapolitische Programm“ liegt mittlerweile vor.

Ich frage die Landesregierung: Welche konzeptionellen Vorstellungen für eine „Heranführungsstrategie“ für besonders betroffene Regionen und Wirtschaftszweige hat sie bisher entwickelt und gegebenenfalls bereits im Kabinett beraten?

Antwort der Landesregierung

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten

Prof. Dr. Schelter

Die Landesregierung hat dem Landtag - wie von ihm erbeten - in der vergangenen Woche ein Europapolitisches Programm mit dem Titel „Herausforderung Europa“ zugeleitet. Herr Staatssekretär Stange hat es Ihnen und den übrigen Mitgliedern des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik am 28. März 2001 persönlich übergeben.

Darin bezeichnen wir die „Mitgestaltung des Erweiterungsprozesses bei Wahrnehmung gesamteuropäischer Verantwortung und Berücksichtigung spezifischer Landesinteressen“ als eines der fünf vorrangigen Ziele der Europapolitik des Landes. Die Bemühungen der Landesregierung gehen dahin, die Rahmenbedingungen für die Erweiterung der Europäischen Union und insbesondere den Beitritt der Republik Polen so zu gestalten, dass die damit verbundenen Chancen möglichst optimal genutzt werden können und zu erwartende Änderungen der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse nicht zu Nachteilen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich führen. Hierzu gehö-

ren erstens die Aufnahme von Übergangsregelungen in die Verträge mit den Kandidatenländern, zweitens die Erarbeitung eines Aktionsprogramms der EU für die Grenzregionen und drittens die optimale Vorbereitung des Landes auf die Erweiterung.

Zu der von Ihnen erwähnten Heranführungsstrategie wird die Landesregierung - wie im Europapolitischen Arbeitsprogramm ausgeführt - „noch im II. Quartal 2001 einen ersten Bericht vorlegen, in dem grundsätzliche Orientierungen für die Vorbereitung auf die Erweiterung vorgestellt werden.“ Eine Kabinettsbefassung wird zu gegebener Zeit stattfinden.

Frage 680

Fraktion der CDU

Abgeordneter Rainer Neumann

- Unterstützungsmöglichkeiten für existenzgefährdete Wohnungsunternehmen -

Im letzten Jahr hat die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um Unterstützungsmöglichkeiten für Wohnungsunternehmen zu entwickeln, die aufgrund hohen Leerstandes in ihrer Existenz gefährdet sind. Erste Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden für Ende 2000 angekündigt.

Im Rahmen eines regionalen Workshops zu diesem Thema am 15. Februar 2001 in Wittenberge hat das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Presseberichten zufolge erneut bekräftigt, dass man Kommunen und Wohnungsunternehmen mit hohem Leerstand fachlich und finanziell unterstützen werde.

Ich frage die Landesregierung: Welche Unterstützungsmöglichkeiten für existenzgefährdete Wohnungsunternehmen wurden durch die Arbeitsgruppe vorgeschlagen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer

Auf Initiative des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr hat sich im Juni 2000 eine Interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, an der die Ministerien der Finanzen, des Innern, der Wirtschaft, für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung sowie für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen beteiligt waren. Die Arbeitsgruppe tagte insgesamt sechs Mal und hörte Vertreter verschiedener Verbände sowie Wohnungsmarkexperten zur Leerstandssituation im Land Brandenburg an. Die Arbeitsgruppe hat eine Kabinettsvorlage erarbeitet, die derzeit den betroffenen Ressorts zur Mitzeichnung vorliegt. Im Bericht der Arbeitsgruppe werden zur Unterstützung von Kommunen, Wohnungsunternehmen und privaten Wohnungseigentümern zur Bewältigung des Wohnungsleerstandes und zum Stadtbau folgende Maßnahmen des Landes vorgeschlagen:

- konzentrierter Einsatz von Fördermitteln für Kommunen zur Anpassung der gesamtstädtischen Stadtentwicklungsplanungen an die veränderten Rahmenbedingungen;
- Unterstützung der Erarbeitung wohnungspolitischer und wohnungswirtschaftlicher Konzepte zur Bewältigung des

Strukturwandels auf örtlichen Wohnungsmärkten mit hohen Leerständen;

- Aufstockung der Landesprogramme zur Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen sowie zur Stadterneuerung;
- ein neues Programm zur Förderung des Abrisses leer stehender Wohngebäude;
- präventiver Einsatz von Hilfen zur Liquiditätssicherung und Konsolidierung sowie von Gewährleistungen des Bundes und des Landes für existenzgefährdete Wohnungsunternehmen;
- verstärkte Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wohnungsbauförderung im Zusammenhang mit dem Abriss von Wohngebäuden;
- flankierende infrastrukturelle und regionalpolitische Maßnahmen aus den Bereichen Wirtschafts- und Raumordnungspolitik.

Frage 681

Fraktion der PDS

Abgeordnete Anita Tack

- Umsiedlung der Gemeinde Diepensee -

Nach Presseberichten soll die Gemeinde Diepensee demnächst in das zehn Kilometer entfernte Deutsch Wusterhausen umgesiedelt werden. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, dass der Umzug der rund 350 Einwohner nur nach einem rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss für den Großflughafen BBI erfolgen soll. Ein solcher Beschluss ist - wenn überhaupt - frühestens 2003 zu erwarten. Inzwischen soll der Umzug der Gemeinde jedoch vor dem Vorliegen dieses Beschlusses erfolgen, unabhängig davon, ob der BBI in Schönefeld errichtet werden kann oder nicht.

Ich frage daher die Landesregierung: Wer übernimmt ab 2001 in welcher Höhe die Umsiedlungskosten für die Gemeinde Diepensee?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß

Die Gesellschafter der BBF haben sich entschieden, zur Einhaltung des Zeitplanes des Ausbaus des Flughafens Schönefeld die Grundstücke für den Ersatzstandort Diepensee zu erwerben und die Bebauungsplanung zu veranlassen. Alle weiteren Kosten der Umsiedlung werden nach Abschluss der Privatisierung durch das Erwerbberkonsortium zu tragen sein.

Frage 682

Fraktion der CDU

Abgeordneter Wilfried Schrey

- Ausschreibung von SPNV-Leistungen -

Wie durch die Beantwortung der Großen Anfrage der Koalitionsfraktionen „ÖPNV/SPNV im Land Brandenburg“, aber

auch durch Presseveröffentlichung von Minister Meyer deutlich wurde, plant das Land Brandenburg, die Bestellung von SPNV-Leistungen verstärkt auszuschreiben.

Ich frage die Landesregierung: Welche Arbeitsschritte wurden bisher eingeleitet, damit die Bestellung von SPNV-Leistungen schnellstmöglich über Ausschreibungen realisiert werden kann?

Antwort der Landesregierung

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer

Die Aufgabenträgerschaft für den SPNV bedeutet auch Daseinsvorsorge nach dem ÖPNV-Gesetz. Zur Sicherstellung dieser Aufgabe kann der von der Landesregierung befürwortete Wettbewerb auf der Schiene daher nur schrittweise und mit Augenmaß entwickelt werden.

Zielstellung ist es, noch in diesem Jahr die Vorbereitungen für eine weitere Teilausschreibung von SPNV-Leistungen zu treffen. Die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) ist daher als Regieebene für den SPNV beauftragt, die für eine Vergabe im Wettbewerb geeigneten Linien zu definieren und die Bedingungen für interessierte Bieter festzulegen. Derzeit finden diesbezügliche Abstimmungsgespräche zwischen VBB und Aufgabenträger über das weitere Vorgehen statt. Weitere Teilausschreibungen werden gemäß dem oben genannten Grundsatz in den kommenden Jahren folgen.

Frage 683

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kerstin Kaiser-Nicht - Bildung von Verwaltungsregionen -

Einerseits bereitet die Landesregierung mit dem Ziel der Schaffung von Verwaltungseinräumigkeit die Zusammenfassung von Landesbehörden in sechs Verwaltungseinheiten vor. Diese Aktivitäten stoßen vor allem bei den Landräten auf die Befürchtung der beabsichtigten Bildung von Regierungspräsidien. Andererseits steht vor allem im Zusammenhang mit der Gemeindegebietsreform eine Weiterführung der Aufgabenübertragung vom Land auf die Kommunen im Rahmen der Funktionalreform an.

Meine Frage lautet: Wie sieht die Landesregierung den Zusammenhang zwischen der Vorbereitung von Verwaltungsregionen und der notwendigen Weiterführung der Funktionalreform?

Antwort der Landesregierung

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Speer

Mit der Initiative zur Einräumigkeit der Verwaltung soll erreicht werden, dass sich die unterschiedlichen regionalen Zuständigkeiten der sonstigen unteren Landesbehörden nach Möglichkeit einander anpassen. Zuständigkeiten werden dadurch übersichtlicher. Bürger und Behörden haben eindeutige Ansprechpartner.

Es ist kategorisch auszuschließen, dass eine neue Verwaltungsebene eingeführt werden soll. Regierungspräsidien wird es nicht

geben. Es bleibt bei der Zweistufigkeit der brandenburgischen Landesverwaltung.

Die Frage, auf welcher Verwaltungsebene Aufgaben am zweckmäßigsten ausgeübt werden können, ist Gegenstand fortlaufender Aufgabenkritik in der Landesverwaltung. Im Rahmen dieser Aufgabenkritik ist auch zu prüfen, ob Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen werden können. Alle Aufgaben, die einer Kommunalisierung zugänglich sind, sollen kommunalisiert werden.

Aus diesem Grunde ist vorgesehen, anlässlich der Initiative zur Einräumigkeit der Verwaltung alle Aufgaben der sonstigen unteren Landesbehörden im Hinblick auf eine Kommunalisierung auf den Prüfstand zu stellen.

Frage 684

Fraktion der CDU

Abgeordnete Barbara Richstein - JVA Neuruppin-Wulkow -

Am 23. März weihte Minister Kurt Schelter die neu errichtete JVA Neuruppin-Wulkow ein. Während der Minister diese Anstalt als leistungsfähige und moderne Einrichtung pries, wurde von Teilen der Bevölkerung und der Medien diese Anstalt als „Luxusherberge“ kritisiert. Insbesondere die hohe Zahl von Einzelzellen und die hervorragenden Sportmöglichkeiten wären dem Zweck nicht angemessen. Vielen Schulen stünden solche Sportplätze nicht zur Verfügung.

Ich frage die Landesregierung: Welche Überlegungen führten zu der gewählten Ausstattung der JVA?

Antwort der Landesregierung

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter

Die Unterbringung der Gefangenen in den Brandenburger Justizvollzugsanstalten ist weder luxuriös noch komfortabel. In der neuen JVA wurden lediglich die Anforderungen des bundesrechtlichen Strafvollzugsgesetzes erfüllt. Eine gemeinsame Unterbringung ist ausnahmsweise dann zulässig, sofern ein Gefangener hilfsbedürftig ist oder eine Gefahr für Leben oder Gesundheit eines Gefangenen besteht. Gemäß § 67 StVollzG sind darüber hinaus in den Vollzugsanstalten Sport- und Freizeiteinrichtungen vorzuhalten.

Die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Anstalten im Land Brandenburg erfüllen diese Forderungen des Strafvollzugsgesetzes nicht. Vor allem aber genügen sie nur eingeschränkt modernen Sicherheitsanforderungen, sodass Neubauten unumgänglich sind.

Die Bedingungen in der neu errichteten Anstalt in Wulkow bedeuten für die Gefangenen natürlich eine Verbesserung gegenüber der Unterbringung in den alten Anstalten. Die durch das Strafvollzugsgesetz geforderten Rahmenbedingungen ermöglichen eine menschenwürdige Unterbringung der Gefangenen, wirken schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges entgegen und fördern ein Leben ohne Straftaten nach der Entlassung.

Insbesondere der Gefangenenport ist ein wesentlicher Bestand-

teil eines modernen Resozialisierungsvollzuges. Neben der - gerade auch für die Sicherheit in einer Justizvollzugsanstalt - besonders bedeutsamen Entspannungs- und Entlastungsfunktion hat der Sport auch erhebliche Bedeutung für das Üben und Erlernen zentraler sozialer Fähigkeiten wie z. B. Kooperation und gegenseitige Rücksichtnahme. Es war deshalb wichtig, auch in der JVA Neuruppin-Wulkow für den Gefangenen-sport angemessene Sportstätten zu schaffen. Das und nichts anderes haben wir getan. Wir haben uns dabei an dem Ausstattungsstandard in den anderen Bundesländern orientiert. Luxus - als ein „Mehr“ gegenüber dem erforderlichen Standard - wurde nicht geschaffen.

Frage 685

Fraktion der PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- Schulsozialarbeit -

Die Staatskanzlei teilte einer Bürgerin in der vergangenen Woche bezüglich der Weiterführung von SAM für Schulsozialarbeit mit: „Leider macht die erforderliche Konsolidierung des Landeshaushaltes erforderlich, dass das Land sich aus Fördermaßnahmen zurückzieht, für die es nicht zuständig ist.“

Ich frage die Landesregierung: Wer ist auf welcher Rechtsgrundlage für Schulsozialarbeit zuständig?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche

Sozialarbeit an Schulen ist ein Angebot der Jugendhilfe am Ort Schule. Damit sind die Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe für diese Angebote zuständig. Die Rechtsgrundlage dafür ist das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) - Kinder- und Jugendhilfegesetz.

Auch wenn der Begriff „Sozialarbeit an Schulen“ bzw. „Schulsozialarbeit“ im Gesetz nicht explizit benannt ist, sind für Sozialarbeit an Schulen die gesetzlichen Regelungen nach § 11 zur Jugendarbeit, § 13 zur Jugendsozialarbeit sowie § 27 ff zu den Hilfen zur Erziehung maßgeblich. Sozialarbeit an Schulen ist vom konzeptionellen Ansatz her in besonderem Maße dazu geeignet, den gesetzlichen Auftrag der Jugendhilfe zu erfüllen.

Wenn der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen der Jugendhilfeplanung für Sozialarbeit an Schulen einen Bedarf feststellt, besteht eine Leistungsverpflichtung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Dies ergibt sich aus § 79 Abs. 1 SGB VIII, der besagt, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB VIII die Gesamtverantwortung einschließlich Planungsverantwortung haben. Damit ist auch die Frage, wer in Bezug auf Sozialarbeit an Schulen leistungspflichtig ist, vom Gesetzgeber klar geregelt.

Die Aufgaben des Landes als oberste Landesjugendbehörde bestehen gemäß § 82 SGB VIII darin, die Tätigkeit der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe und die Weiterentwicklung der Jugendhilfe anzuregen und zu fördern sowie auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hinzuwirken und die Jugendämter und das Landesjugendamt bei

der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Diese Aufgaben nimmt das MBS als oberste Landesjugendbehörde in Bezug auf Sozialarbeit an Schulen auch wahr, in dem

- im Rahmen des 610-Stellen-Programms landesweit 126 Stellen für Schulsozialarbeiter vom Land bezuschusst werden und somit eine Grundausrüstung an Fachpersonal in diesem Arbeitsfeld sichergestellt wird und in dem
- die fachliche Entwicklung dieses Arbeitsfeldes seitens des Landes angeregt und gefördert wird.

Unabhängig davon ist darauf hinzuweisen, dass Sozialarbeit an Schulen vielfach durch SAM- oder ABM-Stellen geleistet wird. Darauf bezieht sich auch die Aussage der Staatskanzlei gegenüber einer Bürgerin - die zu dieser Anfrage geführt hat -, dass die erforderliche Konsolidierung des Landeshaushaltes es erforderlich macht, dass sich das Land aus Fördermaßnahmen zurückzieht, für die es nicht alleine zuständig ist. Wie dargestellt gibt es keinen Anlass, die weitere Förderung von Stellen für Sozialarbeit an Schulen im Rahmen des 610er Programms infrage zu stellen. Richtig ist diese Aussage allerdings in Bezug auf die SAM-Förderung und auch nur insofern, als die Zahl der vom Land geförderten SAM-Stellen in der Jugendhilfe etwas reduziert wird. Künftig werden 410 Stellen für den Jugendbereich bereitstehen. In Bezug auf die Förderung von SAM-Stellen ist noch darauf hinzuweisen, dass von Landesseite immer wieder deutlich gemacht wurde, dass dieses Instrument der Arbeitsmarktförderung zwar eine Ergänzungsmöglichkeit für die Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit bietet, die auf Dauer finanziert und damit gesichert sind. Deshalb sind allein auf diese Finanzierungsbasis aufbauende Vorhaben als relativ riskant einzuschätzen und es ist keine geeignete Grundlage, um Sozialarbeit an Schulen ausschließlich daraus zu finanzieren.

Zusammengefasst: Die Leistungsverpflichtung für Sozialarbeit an Schulen liegt bei den Landkreisen und kreisfreien Städten als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Das Land fördert jedoch im Rahmen des 610-Stellen-Programms auch den Bereich Sozialarbeit an Schulen und wird diese Aufgabe auch künftig wahrnehmen. Anliegen der Förderung von SAM-Stellen in der Jugendhilfe durch das Land ist daher, zusätzliche Maßnahmen zu ermöglichen, die die regulären örtlichen Jugendhilfeangebote ergänzen, jedoch nicht ersetzen sollen.

Frage 686

Fraktion der PDS

Abgeordneter Ralf Christoffers

- Innovative Maßnahmen zur regionalen Entwicklung -

In seiner 26. Sitzung hat der Landtag Brandenburg beschlossen, bei der Erarbeitung von Programmen zur Förderung von innovativen Maßnahmen zur regionalen Entwicklung gemäß Artikel 22 und 23 der Verordnung über die Strukturfonds für den Zeitraum 2000 bis 2006 die drei von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Hauptthemen zu berücksichtigen. In den Programmen sollte die Förderung von für das Bundesprogramm InnoRegio entwickelten Projektideen ermöglicht werden. Die Ausschüsse für Wirtschaft sowie Haushalt und Finanzen sollen im Juni 2001 über die bei der Europäischen Kommission eingereichten Programme informiert werden.

Ich frage die Landesregierung: Welcher Arbeitsstand ist bei der Erarbeitung der Programme erreicht worden?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß

Zu den in Ihrer Anfrage angesprochenen innovativen Maßnahmen hat die Europäische Kommission am 31.01.2001 entsprechende Leitlinien verabschiedet und diese in einer Informationsveranstaltung am 19.02.2001 den infrage kommenden Regionen der Europäischen Union erläutert. Dazu gehört Brandenburg als eine der Ziel-1-Regionen des EFRE.

Danach kann jede Region zunächst nur einen Antrag einreichen. Der Antrag muss sich auf eines der drei Hauptthemen beziehen, wie sie auch in der Entschließung des Landtages vom 16. November 2000 genannt sind.

Nach Prüfung der bei uns eingegangenen Vorschläge haben wir uns entschieden, uns auf das Hauptthema „e-Europe - Die Informationsgesellschaft im Dienste der regionalen Entwicklung“ zu konzentrieren und hier Maßnahmen zur Stärkung der brandenburgischen KMU vorzunehmen. Diese Auswahl ist Ergebnis einer Analyse der Anforderungen der Europäischen Union und der brandenburgischen Potenziale und Bedürfnisse.

Wir werden dabei die folgenden drei Aktionsfelder vorsehen:

- Stärkung der Medien - Informations- und Kommunikationswirtschaft,
- Unterstützung der brandenburgischen KMU allgemein bei der Nutzung der modernen Informationstechniken für interne und externe Unternehmensprozesse,
- Aufbau von Internetportalen für in Brandenburg relevante Wirtschaftsbranchen.

Die Einzelmaßnahmen des Programms werden zurzeit erarbeitet und in Kürze mit den Vertretern der brandenburgischen Wirtschaft auf einem Workshop verabschiedet werden. Das Programm wird rechtzeitig vor dem 31.05.2001 eingereicht werden und soll in den Jahren 2002 und 2003 mit Mittelabfluss bis in das Jahr 2004 hinein zum Tragen kommen. Es wird ein Gesamtvolumen von ca. 4 Millionen Euro vorgesehen.

Die für das Bundesprogramm InnoRegio entwickelten Projektideen lassen sich nur bedingt in unseren Vorschlag einbeziehen. Zum einen haben sie größtenteils andere thematische Schwerpunkte, zum anderen gehen sie von einem Regionalbegriff aus, der Brandenburg in mehrere kleine Regionen unterteilt.

Bei dem Programm zu innovativen Maßnahmen müssen wir jedoch ein Programm entwickeln, das das Land Brandenburg als Ganzes berücksichtigt.

Bestandteile der InnoRegio-Projekte können in das Regionalmanagement einbezogen werden, welches mit dem 29. Rahmenplan der GA ermöglicht wurde. Die besonders innovativen Kerne der InnoRegio-Projekte haben über die neue Fördermaßnahme des BMBF „Innovative regionale Wachstumskerne“ eine Chance auf Umsetzung.

Frage 687

Fraktion der DVU

Abgeordnete Liane Hesselbarth

- Finanzierung der Insolvenzberatungsstellen im Land Brandenburg -

Laut Haushaltsplan 2000/2001 werden für die Finanzierung der Insolvenzberatungsstellen im Land Brandenburg jährlich 2 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Im Jahre 2000 sowie im I. Quartal 2001 floss jedoch nur ein Teil dieser Mittel ab. Als Begründung für den relativ geringen Mittelabfluss wurde angegeben, dass die Fallpauschalen nicht kostendeckend seien. In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen am 6. Dezember 2000 sagte die Vertreterin des Ministeriums, dass in Abstimmung mit dem Finanzministerium am Ende des II. Quartals 2001 eine veränderte Finanzierung vorgelegt und beschlossen werde. Bisher waren für die Erstberatung eine Fallpauschale von ca. 80 DM und für die außgerichtliche Einigung von ca. 500 DM veranschlagt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Fallpauschalen für die einzelnen Schritte der Insolvenzberatung seitens der Insolvenzberatungsstellen im Land Brandenburg sollen nach Einigung über die geplante veränderte Finanzierung in Zukunft veranschlagt werden?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

In Brandenburg werden die Insolvenzberatungsstellen auf der Grundlage von Fallpauschalen finanziert. Von den sechs Bundesländern, die das ebenfalls so machen, haben inzwischen drei - nämlich Bremen, Bayern und Sachsen - die Finanzierung geändert. Auch Brandenburg beabsichtigt, die derzeit gültige Finanzierungs-Verordnung im Verbraucherinsolvenzverfahren zu verändern. Nach Vergleichsberechnungen mit anderen Bundesländern wurden die notwendigen Bearbeitungszeiten und der Personal- und Sachkostenaufwand geprüft.

Die endgültige Abstimmung mit den zu beteiligenden Ressorts - neben MdF ist MdJE beteiligt - und die Einigung zu konkreten Beträgen und zur Staffelung der Fallpauschalen stehen noch aus. Daher kann ich heute noch keine konkreten Zahlen nennen. Ich denke aber, dass wir kurzfristig zu einer Einigung kommen werden.

Frage 688

Fraktion der PDS

Abgeordneter Frank Hammer

- Kulturentwicklungsplanung des Landes Brandenburg -

In den vergangenen Jahren hat sich die Landesregierung bemüht, durch personelle Aufwendungen und Sachkostenaufwendungen die Grundlagen für eine Kulturentwicklungsplanung im Land Brandenburg zu schaffen. Gestützt auf Planungen in den Kommunen sollten erste Vorstellungen bis März dieses Jahres vorliegen.

Deshalb frage ich die Landesregierung: In welcher Form wird das Parlament mit den Planungsergebnissen vertraut gemacht?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka**

In der Tat hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren die Kommunen bei deren Kulturentwicklungsplanungen in vielfältiger Form unterstützt, ohne sich jedoch in die kommunale Selbstverwaltung einzumischen.

Viele Kommunen haben sich über den Umfang ihres kulturellen Engagements und über ihre dabei verfolgten Ziele verständigt. Sie haben diese Überlegungen oft in Form von Leitlinien, Richtlinien, Rahmenplänen und Kulturentwicklungsplanungen beschlossen. Die kommunalen Planungen über die Entwicklung ihrer Kultur sind eine wichtige Hilfestellung bei der Feststellung der Prioritäten der Kulturpolitik des Landes Brandenburg, denn beide, Land und Kommunen, haben eine gemeinsame Verantwortung für die Ermöglichung von Kunst und Kultur - wenn auch nicht immer an der gleichen Stelle.

Die Fraktionen der SPD und CDU haben beantragt, dass die Landesregierung dazu bis zum Juni 2001 dem Kulturausschuss einen Zwischenbericht und bis zum Dezember 2001 einen ersten Bericht dem Landtag vorlegt.

Frage 689**Fraktion der PDS****Abgeordnete Anita Tack****- Fußgängerbrücke am Bahnhof Elstal -**

Seit Bau und Inbetriebnahme der ICE-Strecke Hannover - Berlin wird der Regionalbahnhof Elstal nicht vom Regionalverkehr der Bahn bedient, weil die Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen nicht benutzbar war und inzwischen abgerissen wurde. Zahlreiche Beratungen mit der DB AG blieben ohne Ergebnis; nach wie vor fehlen Planungsunterlagen. Vorschläge der Gemeinde wurden nicht berücksichtigt. Das Eisenbahn-Bundesamt hat mit Schreiben vom 5. Februar 2001 auf eine nach wie vor nicht abgeschlossene Entbehrlichkeitsprüfung für ein Rangiergleis des ehemaligen Rbf. Wustermark verwiesen.

Angesichts der Zusage des MSWV von 1999 75 % der Baukosten zu finanzieren, frage ich die Landesregierung: Welchen Einfluss nimmt das Land als Besteller des SPNV auf die kurzfristige Fertigstellung eines Brückenneubaus als Voraussetzung der Anbindung des Bahnhofes Elstal an den Regionalverkehr?

Antwort der Landesregierung**Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Meyer**

Das Land Brandenburg kann die derzeitigen Verzögerungen bei der Errichtung des Brückenbauwerkes in Elstal leider nicht verhindern, da es um noch nicht abgeschlossene unternehmensinterne Entscheidungen über die vorhandene Schieneninfrastruktur im Bahnhof Elstal geht. Es handelt sich hierbei um bisher von

DB Cargo bestellte Gleisanlagen, die diese zum Teil nicht mehr benötigt, die jedoch von DB Netz freigegeben werden müssen. Erst danach ist es der zuständigen Eisenbahnaufsichtsbehörde, dem Eisenbahn-Bundesamt, möglich, die für das neue Brückenbauwerk erforderliche Plangenehmigung zu erteilen.

Das Land Brandenburg als Aufgabenträger für den SPNV hat von Beginn an Einfluss auf eine zügige Realisierung genommen, so unter anderem auf die Klärung der offenen Finanzierungsprobleme. Die Erneuerung der Fußgängerbrücke Elstal wird maßgeblich durch das Land Brandenburg unterstützt. Es wurden für die Maßnahme Fördermittel in Höhe von knapp 3 Millionen DM bewilligt.

Frage 690**Fraktion der PDS****Abgeordnete Kerstin Kaiser-Nicht****- Kriminalitätsdunkelziffer -**

Nach Auffassung des Bundesvorsitzenden der GdP ist die offizielle Kriminalitätsstatistik irreführend, da nach verlässlichen wissenschaftlichen Untersuchungen nur ein Zehntel der Straftaten gemeldet und statistisch erfasst würden. Er forderte die Ergänzung der Kriminalitätsstatistik durch einen jährlichen Forschungsbericht über die Dunkelziffer.

Meine Frage lautet: Wie hoch schätzt die Landesregierung die nicht gemeldete und erfasste Kriminalität im Land Brandenburg ein?

Antwort der Landesregierung**Minister des Innern Schönbohm**

Die erfasste Kriminalität wird von der Polizei in jährlichen Berichten, der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), dargelegt. Seit Jahrzehnten wird die PKS kritisiert sowie ihr Wert angezweifelt. Sie ist aber, bei all ihren Schwächen - derer man sich bewusst sein muss - ein wesentliches Hilfsmittel, um Erkenntnisse über die Häufigkeit der erfassten Fälle sowie über Formen und Entwicklungstendenzen der Kriminalität zu gewinnen und daraus Maßnahmen abzuleiten. Es gibt, bei allen Vorbehalten, derzeit kein besseres Instrument.

Kritiker der PKS kommen immer sehr schnell auf das Dunkelfeld zu sprechen. Sie verweisen darauf, dass Straftaten, die tatsächlich begangen wurden, nicht in der PKS erscheinen, weil sie den Strafverfolgungsbehörden nicht bekannt werden. Tatsächlich ist die Zahl der begangenen Straftaten höher als uns die PKS glauben lässt. Allerdings stellt sich in einzelnen Phänomenbereichen dies sehr unterschiedlich dar. So dürfte es bei Raubüberfällen auf Geldinstitute kein Dunkelfeld geben, bei Beförderungerschleichung im öffentlichen Personennahverkehr sehr wohl. Globale Einschätzungen, dass z. B. nur 10 % aller Straftaten bekannt werden, sind unseriös. Die Landesregierung ist sich aber sehr wohl der Bedeutung der Dunkelfeldforschung bewusst. Dies kann die PKS nicht ersetzen, sie kann diese jedoch phänomenbezogen ergänzen.